



- PROJEKTE
- STUDIEN
- PUBLIKATIONEN

Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein

Konsequenzen des demographischen Wandels

Studie für die
Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein

Juli 2004

Inhaltsverzeichnis

	Seite
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	6
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	8
1. VORWORT	11
2. STUDIE „ZUKUNFTSFÄHIGES SCHLESWIG-HOLSTEIN – KONSEQUENZEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS“ – EINE ZUSAMMENFASSUNG	13
3. KONZEPT DER STUDIE	28
3.1 Ziel, Inhalt und Struktur der Studie	28
3.2 Methode der Informationsgewinnung	30
3.2.1 Desk-Research	30
3.2.2 Schriftliche Befragung.....	31
3.2.3 Experteninterviews	32
3.2.4 Interministerielle Arbeitsgruppe	33
4. DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND UND SCHLESWIG-HOLSTEIN	34
4.1 Demographische Entwicklung in Deutschland.....	34
4.1.1 Phasen und sozioökonomische Ursachen des demographischen Wandels – eine Annäherung	34
4.1.2 Daten und Fakten	37
4.2 Demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein gesamt	42
4.3 Regionale Entwicklungen in Schleswig-Holstein	54
4.3.1 Vorausberechnung und tatsächliche Entwicklungen.....	55
4.3.2 Demographische Entwicklungen in den Kreisen und kreisfreien Städten	57
4.3.3 Zusammenfassung: Demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein	70
5. DEMOGRAPHISCHER WANDEL UND HANDLUNGSOPTIONEN AUF LANDESEBENE	74
5.1 Wirtschafts- und Arbeitswelt	74
5.1.1 Folgen der demographischen Entwicklung.....	74
5.1.2 Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein	81
5.1.2.1 Handlungsfeld 1: Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials für Schleswig-Holstein	83
5.1.2.2 Handlungsfeld 2: Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein	87
5.1.2.3 Handlungsfeld 3: Erhöhung des Kapitaleinsatzes in Schleswig-Holstein	90

5.1.2.4	Handlungsfeld 4: Branchenspezifische Anpassung an die veränderte Nachfragestruktur in Schleswig-Holstein.....	91
5.1.3	Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“	93
5.2	Lebenslanges Lernen	106
5.2.1	Folgen der demographischen Entwicklung.....	106
5.2.2	Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein	112
5.2.2.1	Handlungsfeld 5: Ausweitung eines bedarfsgerechten Bildungsangebots in Schleswig-Holstein	114
5.2.2.2	Handlungsfeld 6: Steigerung von Kooperation und Vernetzung der Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein.....	118
5.2.2.3	Handlungsfeld 7: Erhöhung der Anzahl von Qualifizierungs- und Weiterbildungsteilnehmenden in Schleswig-Holstein.....	120
5.2.3	Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Lebenslanges Lernen“	122
5.3	Infrastruktur und Lebensumfeld	132
5.3.1	Folgen der demographischen Entwicklung.....	132
5.3.2	Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein	144
5.3.2.1	Handlungsfeld 8: Effizienzsteigerung und Kooperation bei privaten und öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten in Schleswig-Holstein	146
5.3.2.2	Handlungsfeld 9: Anpassung der Infrastruktur an die Nachfrageveränderung in Schleswig-Holstein insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Verkehr	151
5.3.2.3	Handlungsfeld 10: Regionalspezifische Nutzung von Chancen und Minderung von Risiken des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein.....	155
5.3.3	Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Infrastruktur und Lebensumfeld“	158
5.4	Gesellschaftliches Leben	170
5.4.1	Folgen der demographischen Entwicklung.....	170
5.4.2	Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein	174
5.4.2.1	Handlungsfeld 11: Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein	176
5.4.2.2	Handlungsfeld 12: Stärkung des Zusammenlebens der Generationen	178
5.4.2.3	Handlungsfeld 13: Verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein	180
5.4.3	Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“	182

6. ERGEBNISSE UND FAZIT.....	190
6.1 Ergebnisse im Überblick	190
6.1.1 Wirtschafts- und Arbeitswelt – Ergebnisse im Überblick	191
6.1.2 Lebenslanges Lernen – Ergebnisse im Überblick	192
6.1.3 Infrastruktur und Lebensumfeld – Ergebnisse im Überblick.....	193
6.1.4 Gesellschaftliches Leben – Ergebnisse im Überblick.....	194
6.2 Fazit	195
LITERATURVERZEICHNIS.....	198
ANHANG.....	209
Statistische Datenblätter	210
Fragebogen.....	231

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abbildung 1: Inhaltliche Grundstruktur der Studie	29
Abbildung 2: Institutionelle Verteilung der ausgefüllten Fragebögen der schriftlichen Befragungen	31
Abbildung 3: Mündlich befragte Expertinnen und Experten.....	32
Abbildung 4: Varianten der 10. KBV	38
Abbildung 5: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland	39
Abbildung 6: Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in Deutschland 2001 bis 2050.....	41
Abbildung 7: Altersaufbau der Bevölkerung in Schleswig Holstein 2002, 2010, 2030 und 2050	44
Abbildung 8: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050	46
Abbildung 9 : Lebendgeborene und Gestorbene in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050.....	46
Abbildung 10: Entwicklung in drei Altersklassen in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050	47
Abbildung 11: Entwicklung der bildungsrelevanten Altersklassen in Schleswig-Holstein 2002 bis 2020	49
Abbildung 12: Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050	51
Abbildung 13: Entwicklung von Jugend- und Altenquotient in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050.....	52
Abbildung 14: Entwicklung der Altenquotienten (60/65) in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050	52
Abbildung 15: Entwicklung des Greying-Index in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050	53
Abbildung 16: Kreise und kreisfreie Städte in Schleswig-Holstein	55
Abbildung 17: Entwicklung der Bevölkerungszahl in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015	58
Abbildung 18: Entwicklung der Bevölkerungszahl in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015	59
Abbildung 19: Entwicklung des Altenquotienten in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015	60
Abbildung 20: Entwicklung des Altenquotienten in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten von 1999 bis 2015.....	61
Abbildung 21: Entwicklung der Zahl der Personen im Erwerbsalter in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015	63
Abbildung 22: Entwicklung der Personen im Erwerbsalter in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015	64
Abbildung 23: Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 60-Jährigen in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015	65
Abbildung 24: Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 80-Jährigen in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015	65

Abbildung 25: : Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 60-Jährigen in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015.....	66
Abbildung 26: Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 80-Jährigen in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015.....	67
Abbildung 27: Durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland – Anzahl der Personen je Haushalt	137
Abbildung 28: PKW-Verfügbarkeit und Wegstrecken der Altersgruppe 60+	142
Abbildung 29: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum I	211
Abbildung 30: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum II	212
Abbildung 31: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum III	213
Abbildung 32: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum IV	214
Abbildung 33: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum V	215
Abbildung 34: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Dithmarschen	216
Abbildung 35: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Herzogtum Lauenburg	217
Abbildung 36: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Nordfriesland	218
Abbildung 37: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Ostholstein	219
Abbildung 38: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Pinneberg	220
Abbildung 39: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Plön	221
Abbildung 40: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Rendsburg-Eckernförde	222
Abbildung 41: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Schleswig-Flensburg	223
Abbildung 42: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Segeberg.....	224
Abbildung 43: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Steinburg	225
Abbildung 44: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Stormarn	226
Abbildung 45: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Stadt Flensburg	227
Abbildung 46: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Landeshauptstadt Kiel.....	228
Abbildung 47: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Hansestadt Lübeck.....	229
Abbildung 48: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Stadt Neumünster.....	230

Abkürzungsverzeichnis

AFW	Ausschuss für Fort- und Weiterbildung
ALR	Akademie für ländliche Räume Schleswig-Holstein e.V.
AQUA	Altersgerechte Qualifizierung
arbid	Arbeit und Innovation im demographischen Wandel
ARL	Akademie für Raumordnung und Landesplanung
ASH	Arbeit für Schleswig-Holstein 2000
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BFQ	Büro für Qualifikationsforschung
BIB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BLK	Bund-Länder-Kommission
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
CAU	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
DEHOGA	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband
DZA	Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.
DZFA	Deutsches Zentrum für Altersforschung
EBISS	Erweiterte Berufsorientierung im System Schule
FALL	Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf
GEFAS	Gesellschaft für Arbeitsplatz- und Strukturpolitik
GENIUS	Generationenaustausch in industriellen Unternehmensstrukturen
GGT	Ganztagsschulverband Schleswig-Holstein
HMWVL	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
IAT	Institut Arbeit und Technik
IDN	Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften
IfR	Institut für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
IFS	Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik
IHK	Industrie- und Handelskammer
IM	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
INIFES	Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie
IQSH	Institut für Qualitätssicherung an Schulen
ISIS	Institut für Sozialforschung, Informatik und Soziale Arbeit
ITD	Institut für Tourismus- und Dienstleistungsmarketing
IW Köln	Institut der deutschen Wirtschaft in Köln
KBV	Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
Kolibri	Kooperation der Lernorte für berufliche Bildung
Kompass	Kommunales Projekt zum Aufbau einer strategischen Steuerung
LiBG	Landesinitiative Bürgergesellschaft

LIDO	Lernorte im Dialog
LSE	Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen
MBWFK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
MEA	Mannheim Research Institute for the Economics of Aging
MJF	Das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein
MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
MLR	Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
MSGV	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein
MWAV	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
NICHD	National Institute for Child and Human Development
NLI	Niedersächsisches Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
QuiSS	Qualitätsverbesserung in Schulen und Schulsystem
Rd-Eck	Kreis Rendsburg-Eckernförde
ROG	Raumordnungsgesetz
Schl-FI	Kreis Schleswig-Flensburg
SÖSTRA	Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen
TAK	Transparenz und Akzeptanz berufsrelevanter Kompetenzen – Instrumentarien und Umsetzungsstrategien
Technologieregion K.E.R.N.	Technologieregion Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster
TIF	Technologie- und Innovationsfonds
TSH	Technologiestiftung Schleswig-Holstein
UN	United Nations
VhU	Vereinigung der hessischen Unternehmensverbände
WTSH	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH

1. Vorwort

Welche demographischen Entwicklungen gibt es in Schleswig-Holstein? Wie betrifft der demographische Wandel in Schleswig-Holstein einzelne gesellschaftliche Bereiche? Wie sieht die Entwicklung in den verschiedenen Landesteilen aus? Gibt es spezielle Entwicklungen im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik? Welche Handlungsoptionen hat das Land, den negativen Auswirkungen der demographischen Entwicklung zu begegnen? Antworten auf diese Fragen gibt die hier vorliegende Studie. Im Dezember 2003 wurde dsn Projekte - Studien - Publikationen, Kiel, mit dieser Studie beauftragt mit der Vorgabe, Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene und im Land zu entwickeln. Die Studie ist ein Projekt im Rahmen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“.

Demographische Entwicklungen entfalten sich in langen Zeiträumen. Ist einmal eine Richtung eingeschlagen und eine Veränderung in Gang gesetzt, so ist die zukünftige Entwicklung nachhaltig geprägt. Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungen bestimmen den Umfang und den Aufbau einer Bevölkerung. Die resultierende Bevölkerungsstruktur setzt den Rahmen für die weitere Entwicklung. In Schleswig-Holstein - und im gesamten Bundesgebiet - ist die zukünftige demographische Entwicklung durch eine niedrige Geburtenhäufigkeit und eine steigende Lebenserwartung geprägt. Die Folgen sind Alterung und Rückgang der Bevölkerung. Diese Folgen und ihre Bedeutung werden gegenwärtig unter dem Begriff „demographischer Wandel“ intensiv diskutiert. Ein derartiger demographischer Wandel vollzieht sich in den meisten Industrienationen, vor allem in Japan und praktisch allen Staaten Europas. Eine Studie der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen kommt unter anderem zu diesem Ergebnis: „Die neuen Herausforderungen, die durch eine schrumpfende und alternde Bevölkerung entstehen, werden objektive, eingehende und umfassende Neubewertungen zahlreicher überkommener Maßnahmen und Programme im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich erfordern.“ (Quelle: UN, 17.03.2004, S. 5) Genau hier setzt die Studie an. Sie soll der schleswig-holsteinischen Landespolitik als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage dienen, um auf die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung im Land zu reagieren, ihre Chancen zu nutzen, in den vier spezifischen Themenfeldern

- Wirtschafts- und Arbeitswelt
- Lebenslanges Lernen
- Infrastruktur und Lebensumfeld
- Gesellschaftliches Leben

Schwerpunkte zu setzen und Maßnahmen zu entwickeln.

Ausgangspunkt ist eine regional differenzierte Analyse des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein, aus der dann gesellschaftliche und politische Herausforderungen und Chancen in den vier Themenfeldern abgeleitet worden sind. In der Studie werden Maßnahmen und Projekte zu den genannten vier Themenfeldern vorgeschlagen, die unter Einbeziehung von potenziellen Akteuren und Projektpartnern aus Schleswig-Holstein umsetzungsorientiert entwickelt wurden.

dsn Projekte-Studien-Publikationen möchte sich an dieser Stelle bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der schriftlichen Befragung bedanken. Bedanken möchten sich die Autoren auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der durchgeführten Experteninterviews. Die Experteninterviews dienten als Rückkopplung und Reflexion der vorläufigen Ergebnisse. Sie haben den Autoren eine Vielzahl konstruktiver Hinweise gegeben und darüber hinaus die entwickelten Ergebnisse im Wesentlichen bestätigt. Zudem gilt der Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei und verschiedener Ministerien des Landes Schleswig-Holstein, die die Entwicklung der Studie mit ihrem Fachwissen begleitet haben.

Dem Projektteam zur Erarbeitung der Studie gehörten Soziologe (M.A.) Frank Jürgensen; Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Handelslehrer Ralf Duckert; Dipl.-Betriebswirt Michael Eisermann; Dipl.-Betriebswirt Sven Neumann sowie Daniel Klose, Kay Behrenbruch und Cornelia Gai an. Die Entwicklung der Verzeichnisse führte Svenja Bronzel durch. Die Projektleitung und die Verantwortung für den Inhalt liegt allein bei Frank Jürgensen.

Kiel, im Juli 2004

2. Studie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein – Konsequenzen des demographischen Wandels“ – eine Zusammenfassung

Die folgende Zusammenfassung bietet einen Überblick über die Entwicklung und die zentralen Ergebnisse der Studie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein - Konsequenzen des demographischen Wandels“.

Vorbemerkungen

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit dem abzeichnenden demographischen Wandel in Schleswig-Holstein und ist das Ergebnis eines sechsmonatigen Entwicklungsprozesses. Mit dieser Studie erhält die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein eine aktuelle Aufbereitung der demographischen Entwicklung und seiner Konsequenzen in vier ausgewählten Themenbereichen und Empfehlungen zur Intensivierung der Demographieorientierung der Landespolitik.

Die Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins wird bereits bis zum Jahre 2030 abnehmen, älter werden und einen Rückgang an jungen Menschen haben. Diese Entwicklungen haben Konsequenzen auf alle gesellschaftlichen Bereiche in Schleswig-Holstein. Die sich abzeichnenden Folgen und die daraus abzuleitenden Herausforderungen an eine zukunftsorientierte, demographieorientierte Politik für Schleswig-Holstein bilden den Schwerpunkt der Studie. Sie konzentriert sich auf Themen, die auf Landesebene gestaltbar sind.

Schon heute gibt es in Schleswig-Holstein Aktivitäten, die helfen werden der demographischen Herausforderung zu begegnen. Auf einige der Aktivitäten haben die Autoren an den entsprechenden Stellen der Studie hingewiesen. Viele der in der Studie aufgezeigten Handlungsfelder und -empfehlungen sind bekannt. Sei es die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen oder die bessere Integration von Erwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt. All diese Ziele stehen seit vielen Jahren auf der politischen Agenda.

Problemlagen nicht neu - Handlungszwänge nehmen zu

Der demographische Wandel in Schleswig-Holstein verändert nicht im Wesentlichen die Problemlagen. Was sich jedoch verändert ist:

1. *der Zwang zu Handeln*
So steigt der Handlungszwang z.B. im Bereich der Reform der Sozialsysteme, in der Notwendigkeit der Erreichung eines langfristigen, stabilen Wachstumspfad und in der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
2. *der Grund des Handelns*
So ist die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen und die Verbesserung der Kinderbetreuung nicht mehr allein ein Gleichstellungsthema, sondern auch ein Thema für mehr Wachstum.
3. *die Notwendigkeit zu einer erhöhten Wirksamkeit des Handelns*
So kann ein Scheitern eines Reformvorhabens angesichts des demographischen Wandels Folgen haben, die nur unter großen Lasten wieder zu kompensieren sind.

Chance zur Modernisierung von Strukturen in Schleswig-Holstein

Wie in der Studie an vielen Punkten beschrieben, erfordert der demographische Wandel zum Teil auch neue Strukturen im Bereich der Bildung und Weiterbildung, der sozialen Infrastruktur oder auch der Arbeitsmarktpolitik. Die Entwicklung neuer Strukturen bzw. die Änderung bestehender Strukturen ist eine der großen Chancen, die der demographische Wandel mit sich bringt. Für bestimmte

Reformvorhaben, die bisher politisch nicht durchzusetzen waren, entstehen neue Realisierungschancen. So muss zum Beispiel das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend zu verbessern, angesichts der demographischen Entwicklung in der politischen Zielpyramide deutlich an Priorität gewinnen.

Demographieorientierte Politik ist Standortpolitik

Angesichts des demographischen Wandels und den in dieser Studie aufgezeigten zentralen Folgen - wie die Gefährdung der Innovationsfähigkeit oder der sich abzeichnende starke Mangel an Arbeitskräften - wird eine demographieorientierte Politik für die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins in den nächsten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen. Standortfaktoren wie die relative Höhe des Geburtenüberschusses, die Höhe der Frauenerwerbsquote, eine überdurchschnittlich gute Schüler-je-Lehrer Relation werden wichtiger. Eine Region, die sich mit dem demographischen Wandel aktiv auseinandersetzt, für negative Folgen Lösungen findet und sie ihren Bürgerinnen und Bürgern und ihren Unternehmen anbietet, wird an Standortattraktivität gewinnen.

Problembewusstsein fördern und Umsetzungshilfen anbieten

Da eine ganze Reihe von Folgen des demographischen Wandels bereits heute absehbar sind, sehen die Autoren zwei zentrale Querschnittsaufgaben auf Landesebene für die Zukunft:

1. Die Entwicklung eines Problembewusstseins
2. Die Entwicklung eines Angebotes und des Transfers von Informationen und Lösungen

Ein originäres Interesse der Landespolitik muss die Sicherstellung einer Transparenz sein, wie und von wem der demographische Wandel in Entwicklungskonzepten und Aktivitäten in Schleswig-Holstein Berücksichtigung findet. Die hohe Bedeutung des Themas erfordert eine enge Koordination, um die laufenden Aktivitäten zu sammeln und den Transfer von Lösungen in einem ersten Schritt (z.B. der Anbahnung von Kontakten) zu unterstützen. Der demographische Wandel ist ein Querschnittsthema, das Konsequenzen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen Schleswig-Holsteins haben wird. Deshalb sind auch alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert, sich mit dem demographischen Wandel in den eigenen Gestaltungsfeldern auseinander zu setzen und den demographischen Faktor bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen. Bei der Umsetzung der Maßnahmen und Projekte sollten deshalb in erster Linie dezentrale Verfahren zum Einsatz kommen. Eine politische Gesamtsteuerung des Prozesses durch eine organisatorische Einheit wird nicht empfohlen.

Der strategische Rahmen einer demographieorientierten Politik

Die Zukunftsstrategie des Landes ist mit der Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ definiert worden. Dem Ziel dieses Politikansatzes: eine nachhaltige Entwicklung Schleswig-Holsteins zu verfolgen und den dort formulierten Leitgedanken (wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit und eine Stabilisierung der ökologischen Systeme) entsprechend zu handeln, müssen sich alle Strategien und Aktionen einer demographieorientierten Politik für Schleswig-Holstein unterordnen.

Design der Informationsgewinnung

Das Desk-Research diente der Bestimmung des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes und der Generierung von Daten und Fakten zum demographischen Wandel. Statistische Analysen sowie sozioökonomische Ursachen und Handlungsoptionen standen im Vordergrund der Recherchen. Die statistische Analyse stützte sich auf die 9. und 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein. Datengrundlage für Deutschland und Schleswig-Holstein gesamt war die 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis ins Jahr 2050. Für die Teilräume (Planungsräume, Kreise,

kreisfreie Städte) Schleswig-Holsteins bildete die 9. Koordinierte Vorausberechnung bis 2015 die Grundlage.

Eine schriftliche Befragung bezog über 200 Personen mit ihren Ideen und Meinungen in die Entwicklung der Studie ein. Ziel der Befragung war es, eine Gewichtung, Bewertung, Anpassung und Ergänzung vorgeschlagener zentraler Folgen und wichtiger Handlungsfelder von den Befragten zu erhalten. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt in Fragen zu konkreten Projektvorschlägen und zu bereits bestehenden Aktivitäten, um den Herausforderungen zu begegnen und Chancen zu nutzen. Die Rücklaufquote lag bei 56 Prozent. Zur Rückkopplung und Reflexion der Ergebnisse der schriftlichen Befragung wurden ergänzend 15 Experteninterviews geführt. Eine interministerielle Arbeitsgruppe begleitete die Entwicklung der Studie.

Die Themenbereiche

Die Themen zum demographischen Wandel, die auf Bundesebene im Zentrum der Diskussion stehen – wie die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme – werden in dieser Studie weitgehend ausgeklammert. Im Mittelpunkt stehen Themen, die auf Landesebene gestalt- und steuerbar sind. Die Studie konzentriert sich daher auf folgende vier Themenbereiche zwischen denen sich inhaltliche Überschneidungen ergaben:

- Wirtschafts- und Arbeitswelt
- Lebenslanges Lernen
- Infrastruktur und Lebensumfeld
- Gesellschaftliches Leben

Für die vier Themenbereiche werden zentrale Handlungsfelder herausgearbeitet, auf die sich die Landesregierung konzentrieren sollte. In den einzelnen Handlungsfeldern werden Handlungsempfehlungen gegeben.

Daten und Fakten im Überblick

Demographische Entwicklung in Deutschland und Schleswig-Holstein

Die zukünftige demographische Entwicklung in Deutschland und Schleswig-Holstein wird von zwei wesentlichen Faktoren bestimmt:

- Die natürliche Bevölkerungsentwicklung mit einer geringen Geburtenhäufigkeit bewirkt, dass die Bevölkerungszahl insgesamt rückläufig ist. Die nachrückenden Jahrgänge sind geburtenschwach und können ebenso wie die Zuwanderung die Alterung und den Rückgang der Bevölkerung nicht kompensieren.
- Die geburtenstarken Jahrgänge der 60-er Jahre, die so genannten Baby-Boomer, durchlaufen die zukünftigen Jahrgänge wie eine Welle. Dies führt zu einer Alterung der Gesellschaft insgesamt sowie zunächst zu einer Alterung der Erwerbsbevölkerung im Besonderen.

Ergebnisse für Deutschland

Die 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland des Statistischen Bundesamtes bis zum Jahr 2050 liefert folgende Ergebnisse:

- Die Geburtenhäufigkeit stagniert in Deutschland bis 2050 weiterhin auf niedrigem Niveau bei 1,4 Kindern pro Frau. (Zum Vergleich: Frankreich 1,88; Dänemark 1,77; Italien 1,24; Spanien 1,23)
- Die Lebenserwartung steigt weiter auf über 86 Jahre bei Mädchen und über 79 Jahren bei Jungen im Jahr 2050 an. (Heute: Mädchen ca. 81 Jahre; Jungen ca. 75 Jahre)

- Die Gesamtbevölkerung steigt von heute 82 Millionen Personen noch leicht an und wird ab etwa 2012 auf 75 Millionen im Jahr 2050 abnehmen (10. KBV, mittlere Variante).
- Der Alterungsprozess der Bevölkerung setzt sich fort. Immer weniger junge werden immer mehr älteren Menschen gegenüberstehen. (Rückgang bei den Jugendlichen unter 20 Jahre um ca. 5 Mio.; Zuwachs bei den über 60-Jährigen um ca. 8 Mio. bis 2050 (10. KBV, mittlere Variante)).
- Das Durchschnittsalter der Personen im Erwerbsalter steigt.
- Die Zuwanderung kann die Alterung und den Rückgang der Bevölkerung nicht aufhalten, sondern nur verlangsamen.

Ergebnisse für Schleswig-Holstein

Bevölkerungszahl:

- Die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein steigt bis ins Jahr 2011 um 40.000 Personen auf 2,86 Millionen an
- und sinkt dann ab 2012 bis zum Jahr 2050 mit jedem Jahr schneller um über 400.000 Personen auf 2,44 Millionen.
- Die Bevölkerungszahl sinkt in den kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins früher als in den Kreisen. Zudem ist der Bevölkerungsrückgang hier größer als in den Kreisen.
- Die Bevölkerung nimmt zunächst noch in den Umlandkreisen der kreisfreien Städte und dem Hamburger Rand bis 2010 zu, bevor sie auch hier sinkt.

Alterung:

- Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins altert bereits heute und wird bis zum Jahr 2030 weiter altern. Danach stagniert die Entwicklung bis zum Jahr 2050.
- Die Alterung ist von starken Zuwächsen bei den Seniorinnen und Senioren von heute bis ins Jahr 2030 und von starken Zuwächsen bei den Hochbetagten in den Jahren zwischen 2010 und 2020 sowie zwischen 2035 und 2050 geprägt.
- Die Alterung vollzieht sich in den Kreisen stärker als in den kreisfreien Städten; besonders stark im Hamburger Rand, darunter insbesondere im Kreis Segeberg. Hier sind die Zuwächse bei den Seniorinnen und Senioren und den Hochbetagten besonders hoch. Im Kreis Ostholstein altert die Bevölkerung aufgrund hoher Verluste bei den Jugendlichen ebenfalls besonders stark.
- Die Alterung ist am geringsten im ländlichen Raum. Hier sind die Rückgänge bei den Jugendlichen und die Zuwächse bei den Seniorinnen und Senioren noch relativ niedrig.

Die Bevölkerungszahl in den bildungsrelevanten Altersklassen:

- Die Bevölkerungszahl in den bildungsrelevanten Altersklassen (3 bis 26 Jahre) sinkt in Schleswig-Holstein ab dem Jahr 2004 bis 2050 auf 80 Prozent des Standes aus dem Jahr 2002.
- Bezogen auf die 3 bis unter 16-Jährigen sinkt die Anzahl bis zum Jahr 2020 auf 80 Prozent des Standes aus dem Jahr 2002. Die Bevölkerungszahlen dieser Altersgruppe sind in allen Kreisen und kreisfreien Städten rückläufig, insbesondere diejenigen in Kindergarten und Grundschule.
- Bezogen auf die 16 bis unter 26-Jährigen insgesamt steigt die Anzahl bis zum Jahr 2014 auf 115 Prozent des Standes des Jahres 2002 und sinkt ab dem Jahr 2015 bis 2050 stark ab.
- Bezogen auf die 16 bis unter 26-Jährigen sinkt die Anzahl in den kreisfreien Städten, während sie in den Kreisen steigt. Insbesondere die Altersklasse der 19 bis 26-Jährigen (Ausbildung und Studium) wird in den kreisfreien Städten stark abnehmen.

Die Bevölkerung im Erwerbsalter:

- Ab dem Jahr 2020 sinkt die Zahl der Bevölkerung im Erwerbsalter deutlich. Insgesamt wird sie im Jahr 2020 mit etwa 1,7 Millionen Personen so umfangreich sein wie heute und im Jahr 2050 nur noch etwa 1,3 Millionen Personen umfassen.
- Besonders früh und besonders stark wird die Bevölkerung im Erwerbsalter in den kreisfreien Städten und im Hamburger Rand zurückgehen, während sie im ländlichen Raum im Vergleich hierzu weniger stark altert und abnimmt.
- Die Bevölkerung im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein altert bereits heute und wird kontinuierlich bis ins Jahr 2020 im Durchschnitt älter. Die Gruppe der 50 bis 65-Jährigen stellt dann mit 40 Prozent den größten Anteil an der Gesamtgruppe. Nach dem Jahr 2020 stagniert der Alterungsprozess der Bevölkerung im Erwerbsalter. Besonders stark ist die Alterung in den kreisfreien Städten sowie im Hamburger Rand.

Entwicklungen im Hamburger Rand:

- Die Bevölkerungszahl wird im Hamburger Rand im Jahr 2015 um ca. 24.000 höher sein als noch 1999 mit einem Maximum der Entwicklung im Jahr 2010.
- Hingegen werden die Personen im Erwerbsalter im Jahre 2015 insgesamt rund 23.000 weniger sein als 1999 mit einem Minimum der Entwicklung im Jahr 2010.
- Die Zahl der Personen in den bildungsrelevanten Altersklassen wird 2015 insgesamt höher sein als 1999, wobei die jungen Klassen (3 bis 16 Jahre) dabei stark abnehmen und die älteren Klassen (16 bis 26 Jahre) deutlich zulegen.
- Der Altenquotient, d.h. das Verhältnis der über 60-Jährigen zu den Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 60 Jahre), steigt.

Entwicklungen im ländlichen Raum:

- Die Altersstruktur wird sich im ländlichen Raum zunächst nicht so stark verändern wie in den restlichen Regionen Schleswig-Holsteins.
- Die Bevölkerungszahl steigt noch an und erreicht ihr Maximum in den Jahren zwischen 2010 und 2015.
- Die Zahl der Personen im Erwerbsalter bleibt bis 2015 nahezu unverändert, wird aber durchschnittlich älter.
- Insgesamt fallen die Veränderungen moderater aus als in den kreisfreien Städten und deren Umlandgebieten sowie dem Hamburger Rand.

Perspektive 2030:

Bis zum Jahr 2030 werden sich die entscheidenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und der Bevölkerungsstruktur vollzogen haben:

- Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins wird im Jahr 2030 bereits kleiner sein als heute und weiter kontinuierlich abnehmen.
- Die Zahl der Seniorinnen und Senioren wird 2030 ihr Maximum erreichen und langsam wieder abnehmen. Auch der Altenquotient erreicht im Jahr 2030 seinen höchsten Wert.
- Die Zahl der Personen in den bildungsrelevanten Altersklassen wird 2030 deutlich unterhalb des heutigen Niveaus liegen. Innerhalb dieser Altersgruppe werden sich die einzelnen Altersklassen ab 2030 nahezu parallel entwickeln.
- Die Zahl der Personen im Erwerbsalter verringert sich bis 2030 deutlich. Nach dem Jahr 2030 schwächt sich der Rückgang ab, die Alterung dieser Altersgruppe wird allerdings weiter voranschreiten.

- Der Greying-Index, d.h. das Verhältnis der über 80-Jährigen zu den 60 bis 80-Jährigen wird nach dem Jahr 2030 besonders stark ansteigen. Die Zahl der Hochbetagten wird ab diesem Zeitpunkt also verstärkt zunehmen.

Handlungsfelder in den vier Themenbereichen

Wirtschafts- und Arbeitswelt

Handlungsfeld 1: Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials für Schleswig-Holstein

Ab dem Jahr 2020 sinkt die Zahl der Bevölkerung im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein deutlich, besonders stark in den kreisfreien Städten und im Hamburger Rand. Darüber hinaus kommt es in Kiel und im Hamburger Rand zu einer besonders starken durchschnittlichen Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung. Diese Entwicklung kann in Schleswig-Holstein zu quantitativen Engpässen bezüglich des Arbeitskräfteangebotes führen. Folglich sind entsprechend der künftigen Nachfrageentwicklung nach Arbeitskräften gezielte Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung mit regionaler Schwerpunktsetzung zu treffen.

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft und die Landesregierung sollten sich bezüglich der Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials verstärkt auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung schleswig-holsteinischer Frauen, aufbauend auf einem ganzheitlichen „Gender Mainstreaming-Ansatz“, zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentrieren. Gezielte Maßnahmen zur stärkeren Erwerbsbeteiligung von Älteren, beispielsweise in kreisfreien Städten und im Hamburger Rand mit einer besonders starken Alterung der Erwerbsfähigen, sind zu entwickeln. Die generelle Verkürzung der Schul- und Studienzeiten in Schleswig-Holstein mit dem Ziel des früheren Eintritts der Absolventen in das Erwerbsleben muss erreicht werden. In Schleswig-Holstein sollten zukünftige Fachkräfte bereits schon während ihrer Ausbildung verstärkt an das Land gebunden werden, z.B. durch die stärkere studienbegleitende Integration von Studenten in Unternehmen an den Hochschulstandorten. Eine verstärkte Abstimmung zur Gewährleistung einer bedarfsorientierten Anzahl von Ausbildungsplätzen ist notwendig. Die Integration bislang Arbeitsloser in den Produktionsprozess und die Abkehr von einer jugendzentrierten Personalpolitik ist als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und von der Landesregierung entsprechend mitzugestalten. Die gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland muss ebenfalls Bestandteil einer demographieorientierten Politik sein.

Handlungsfeld 2: Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein

Mit dem Rückgang der Anzahl der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie deren durchschnittliche Alterung steht auch Schleswig-Holstein vor der Herausforderung, sein künftiges Wirtschaftswachstum nur mit einer deutlich höheren Produktivität der Beschäftigten erzielen zu können. Dabei steigen die Anforderungen an die Qualifikation und die kontinuierliche Aktualisierung des Wissens der Erwerbstätigen. Neben den Betrieben und Organisationen, den öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen ist auch die Landesregierung weiterhin gefordert, zur Aufrechterhaltung der Innovations- und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Land beizutragen.

Zunächst sollte die Qualität der Bildung und Ausbildung von der Schule, über die Berufsausbildung bis zum Studium durchgängig verbessert werden und dauerhaft gewährleistet sein, künftig verstärkt auf das Herausbilden von Fähigkeiten zu individuellem, eigenverantwortlichem Lernen Wert gelegt werden muss. Bildungsferne und benachteiligte geringqualifizierte Erwerbspersonen sollten gezielt in den Prozess des lebenslangen Lernens eingebunden werden, um deren Beschäftigungsfähigkeit sicherzustellen. Die Entwicklung von Modellen zur Lohndifferenzierung, die Qualifizierungsanstrengungen mit der Möglichkeit zur Einkommensverbesserung verbinden, muss gemeinsam mit den Tarifpartnern

angegangen werden. Die Weiterbildungsbeteiligung insbesondere älterer Menschen, bildungsferner Personengruppen und ausländischer Mitbürger muss erhöht werden. Aus- und Weiterbildung sollten bedarfsgerecht, das heißt in Abstimmung mit der Nachfrageentwicklung nach bestimmten Qualifikationen, angepasst, angeboten und genutzt werden. Verstärkte Investitionen in das Humankapital alternder Belegschaften in schleswig-holsteinischen Unternehmen und Organisationen sowie die Entwicklung von innovativen Finanzierungsmodellen für die Weiterbildung sind gemeinsame Aufgaben von den Unternehmen, den Bildungseinrichtungen und der Politik des Landes.

Handlungsfeld 3: Erhöhung des Kapitaleinsatzes in Schleswig-Holstein

Ab Mitte des nächsten Jahrzehnts wird es zu einem Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen in Schleswig-Holstein kommen, der vermutlich nicht mit einer Aktivierung des dann bestehenden Erwerbspersonenpotenzials kompensiert werden kann. Dadurch würde die Zunahme des Produktionspotenzials bzw. die erreichbare wirtschaftliche Wachstumsrate gemindert. Solche Engpässe beim Faktor Arbeit könnten in Zukunft durch erhöhte Investitionen in Realkapital (Maschinen, Computer etc.) zum Teil ausgeglichen werden, um eine Zunahme des Produktionspotenzials bzw. Wirtschaftswachstum mit künftig weniger zur Verfügung stehenden Arbeitskräften realisieren zu können und bestehende Arbeitsplätze dadurch abzusichern.

Konkret sind an dieser Stelle die öffentlichen Fördereinrichtungen des Landes gefordert, zu prüfen, ob in die Entscheidungen über Investitionsförderungen schleswig-holsteinischer Betriebe künftig auch die demographische Entwicklung (Humankapital als limitierender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung) einbezogen werden sollte. Durch eine derartige Förderausrichtung sollen Unternehmen des Landes im nächsten Jahrzehnt in die Lage versetzt werden, die durch Arbeitskräftemangel verursachten Produktivitäts- und damit Wachstumsrückgänge mittels erhöhtem Einsatz von Kapital ausgleichen zu können.

Handlungsfeld 4: Branchenspezifische Anpassung an die veränderte Nachfragestruktur

Die künftige Alterung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bewirkt eine Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragestruktur. Dabei wird die Konsumentengruppe der Älteren zukünftig eine größere Rolle spielen. Mit den Lebensstilen der künftig Älteren ändern sich auch deren Konsummuster. Diese Entwicklungen stellt die Wirtschaft im Land vor die Herausforderung, sich an die veränderten Märkte anpassen zu müssen, um weiterhin Wachstum und Beschäftigung sicherzustellen. Davon werden die einzelnen Branchen unterschiedlich betroffen sein. Bereiche wie der Tourismus, die Gesundheit und Wellness mit den Schnittstellen zu Kultur, Ernährung und dem Bereich mariner Wirkstoffe (Kosmetika, Pharmazeutika) zählen zu den so genannten möglichen Strukturgebern der demographischen Entwicklung. Diese Bereiche sind in Schleswig-Holstein bereits heute gut vertreten.

Rahmenbedingungen für eine sektorenübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit zur Deckung der steigenden Nachfrage älterer Menschen nach Produkten und Dienstleistungen sind zu verbessern. Die einzelnen Unternehmen müssen verstärkt auf die Chancen der demographischen Entwicklung hingewiesen, Vernetzungspotenziale offen gelegt und der Wissenstransfer bezüglich Marketing und Produktgestaltung für heterogene Konsumentengruppen („design for all“) organisiert werden. Beispielsweise werden Dienstleistungen, die die Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren erhöhen und ihnen solange wie möglich eine selbstständige Lebensweise ermöglichen, eine steigende Nachfrage in Schleswig-Holstein erfahren - auch vor dem Hintergrund der steigenden Beliebtheit des Landes als „Altersruhesitz“. Bereiche wie das Baunebengewerbe (Wohnungsumbau für altengerechtes Wohnen), die Ernährungswirtschaft, der Kulturbereich und der Einzelhandel müssen sich entsprechend ausrichten. In diesem Rahmen sollten Gründungsinitiativen unterstützt werden. Weiterhin sollten die im Rahmen der „Tourismuskonzeption Schleswig-Holstein“ entwickelten Überlegungen weiter verfolgt werden, die den Rückgang der Zielgruppe der „Familien mit Kindern“ mit einer verstärkten Konzentration auf die Zielgruppe „50+“ und den Seniorentourismus kompensieren helfen.

Ein weiterer Aspekt ist die frühe Sicherstellung eines umfassenden Verbraucherschutzes, gerade in den Bereichen Altersvorsorge sowie Finanzen und Versicherungen, um die Wirtschaftskraft der künftig Älteren nicht zu gefährden. Die generelle Ausrichtung auf das veränderte Konsumverhalten und auf die Verschiebung der Nachfragestruktur birgt mehr Chancen als Risiken für die schleswig-holsteinische Wirtschaft, wenn es frühzeitig gelingt auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft einzugehen und diese auch zu vermitteln.

Lebenslanges Lernen

Handlungsfeld 5: Ausweitung eines bedarfsgerechten Bildungsangebots in Schleswig-Holstein

Neben der allgemeinen Entwicklung zur Wissensgesellschaft stellt auch der demographische Wandel neue Anforderungen an das Bildungsangebot in Schleswig-Holstein. So müssen die Leistungen in Wirtschaft und Gesellschaft zukünftig von weniger und durchschnittlich älteren Menschen erbracht werden. Eine durchgängige Höherqualifizierung und Aktualisierung des Wissens sowie eine bessere Nutzung der Potenziale aller Bürgerinnen und Bürger im Land werden stärker in den Mittelpunkt treten müssen. Ein zentrales Leitbild ist dabei das „lebenslange Lernen“, das alles formale, nicht-formale und informelle Lernen des Menschen von der frühen Kindheit bis in das Seniorenalter umfasst.

So müssen Kindertageseinrichtungen stärker die Grundlagen für lebenslanges Lernen legen. Sowohl eine entsprechende Anpassung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern als auch eine Ausweitung des Betreuungsangebots sind notwendig. Potenziale liegen in Schleswig-Holstein insbesondere bei der Versorgung mit Krippen für Kinder von 0 bis 3 Jahren. Im Schulbereich stehen die Verlässlichkeit und die Qualitätssicherung des Unterrichts sowie eine stärkere Vermittlung der Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Lernen im Mittelpunkt.

Berufsbegleitendes Lernen gewinnt an Bedeutung. Im Zuge dessen ist eine Ausweitung des Angebots akademischer Weiterbildung an schleswig-holsteinischen Hochschulen notwendig. Weiterhin werden ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor dem Hintergrund der durchschnittlichen Alterung der Erwerbsfähigen in Schleswig-Holstein eine wichtige Zielgruppe im Bereich der Weiterbildung. Das Bildungsangebot für Seniorinnen und Senioren, deren Anteil im Land stark zunehmen wird, bedarf einer weiteren Stärkung, um beispielsweise eine aktive gesellschaftliche Beteiligung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Land zu unterstützen.

Diese Aspekte sind bereits heute weitgehend Bestandteil der landespolitischen Zielsetzungen. Die konsequente Verfolgung und die erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele sind entscheidende Voraussetzungen für ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

Handlungsfeld 6: Steigerung von Kooperation und Vernetzung der Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein

Die demographische Entwicklung stellt die Bildungsinfrastruktur vor wirtschaftliche Tragfähigkeitsprobleme, erfordert zugleich aber auch eine bessere Bildung und Qualifizierung der Menschen in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund leisten Kooperation und Vernetzung von Bildungseinrichtungen einen Beitrag, die Effizienz zu erhöhen sowie eine bessere Qualität und Durchgängigkeit der Bildungsangebote im Land zu erzielen.

Im Bereich von Kindertageseinrichtungen und Schulen muss sich die Planung von Infrastruktureinrichtungen an die demographische Entwicklung im Land anpassen. Während in Schleswig-Holstein die Bevölkerung der 3 bis unter 16-Jährigen bereits ab 2004 zurückgeht, wird die Zahl der 16 bis unter 26-Jährigen bis 2014 zunächst noch ansteigen, bevor sie zu sinken beginnt. Der absehbare Rückgang der Schülerzahlen macht eine verstärkte interkommunale Kooperation bei der Schulversorgung

insbesondere auch im ländlichen Raum notwendig. Derzeit wird u.a. zu diesem Thema ein Gutachten für das Land erstellt.

Die Hochschullandschaft Schleswig-Holsteins befindet sich derzeit in einem Strukturwandel, in dessen Rahmen u.a. die Fächerangebote konzentriert und Kooperationen auch mit den Hochschulen in Hamburg verfolgt werden. Somit ist zu erwarten, dass auch effizientere Strukturen im Hochschulbereich entstehen. Die Vernetzung der universitären Ausbildung mit der regionalen Wirtschaft sollte durch Studienmodelle gefördert werden, die Studium und praktische Arbeit im Betrieb miteinander verknüpfen (z.B. „Duales Studium“). Dadurch werden Hochqualifizierte an Schleswig-Holstein gebunden und stehen der Wirtschaft im Land als Fachkräfte zur Verfügung.

Im Weiterbildungsbereich besitzt Schleswig-Holstein mit elf regionalen Weiterbildungsverbänden und fünf „Lernenden Regionen“ einen hohen Vernetzungsgrad. Somit bestehen in den Regionen Voraussetzungen, das Weiterbildungsangebot an die regionale Nachfrageentwicklung anzupassen, die auch maßgeblich von der regionalen demographischen Entwicklung abhängen wird (z.B. regionale Altersstruktur der Erwerbsfähigen).

Ein weiterer Schritt zur regionalen Vernetzung ist der Aufbau von „Bildungslandschaften“, welche die Akteure und Verantwortlichen für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik sowie die Anbieter und Nachfrager nach Bildung und Qualifizierung zusammenführen. Die Schaffung eines durchgängigen und regionalspezifischen Bildungsangebots wird somit gefördert und die Regionen in Schleswig-Holstein können sich konkrete Standortvorteile erarbeiten.

Handlungsfeld 7: Erhöhung der Anzahl von Qualifizierungs- und Weiterbildungsteilnehmenden in Schleswig-Holstein

Neben einer Verbesserung des Bildungsangebots in Schleswig-Holstein muss die Beteiligung der Menschen an Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen erhöht werden. Auf diese Weise lassen sich eine notwendige Höherqualifizierung und eine kontinuierliche Aktualisierung des Wissens der Menschen im Land erzielen, die im Zuge des demographischen Wandels verstärkt notwendig werden.

Grundsätzlich ist eine Erhöhung der Zahl der Menschen mit mittlerer Qualifikation und von Hochschulabsolventen in Schleswig-Holstein erforderlich, um dem zukünftigen Anstieg des Qualifizierungsniveaus gerecht zu werden. Im Bereich der Weiterbildung bedarf es insbesondere einer höheren Weiterbildungsbeteiligung bestimmter Personengruppen. Zu den Gruppen mit besonders geringer Teilnehmerquote gehören Menschen mit niedriger Qualifikation, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, ältere Personen und Frauen. Deren Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen muss zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht gefördert werden, um einerseits die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und andererseits einem zu erwartenden Fachkräftemangel in den Regionen Schleswig-Holsteins zu begegnen.

Der Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen lässt sich durch Transparenz und eine gute Flächenabdeckung des Angebots verbessern. In Schleswig-Holstein bestehen Möglichkeiten, um die Transparenz des vielschichtigen Weiterbildungsangebots z.B. durch bessere Informationsstrukturen zu erhöhen. Die Flächenabdeckung von Weiterbildungsangeboten lässt sich zukünftig auch durch einen verstärkten Einsatz von e-learning Angeboten erweitern. So wird im Land beispielsweise mit dem „Portal nach vorn“ ein landesweites akademisches Online-Weiterbildungsangebot aufgebaut.

Die Frage nach der Finanzierung eines höheren Weiterbildungsbedarfs tritt zukünftig weiter in den Mittelpunkt. Bezüglich der Finanzierung müssen Modelle entwickelt werden, die allen Personen in Schleswig-Holstein gleiche Zugangschancen zu Weiterbildungsmaßnahmen gewähren. Finanzierungsmöglichkeiten sollten diskutiert und ggf. im Land umgesetzt werden (z.B. Empfehlungen der Expertenkommission zur Finanzierung lebenslangen Lernens).

Infrastruktur und Lebensumfeld

Handlungsfeld 8: Effizienzsteigerung und Kooperation bei privaten und öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten in Schleswig-Holstein

Die Problematik der wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen wie z.B. für Verkehr, Ver- und Entsorgung, Kultur, Bildung oder Freizeit, wird sich im Zuge des demographischen Wandels erhöhen, weil sich mit der zurückgehenden Bevölkerungszahl prinzipiell auch die Auslastung der Einrichtungen verringert. Hier steht Schleswig-Holstein vor zunehmenden Herausforderungen insbesondere in der flächendeckenden Versorgung. So leben nahezu 50 Prozent der schleswig-holsteinischen Bevölkerung im ländlichen Raum, in dem ab ca. 2010 die Bevölkerung ebenfalls abnehmen wird. Während die Kosten für Infrastrukturen nahezu unverändert bleiben, werden sich die kommunalen Einnahmen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs verringern.

Potenziale zur Effizienzsteigerung von Infrastrukturen ergeben sich in Schleswig-Holstein insbesondere im ländlichen Raum aufgrund der äußerst kleinteiligen Gemeindestruktur (ca. 1.130 Gemeinden). Hier ist verstärkt interkommunale Zusammenarbeit anzustreben, insbesondere in der Zusammenarbeit und Zusammenlegung von Verwaltungen. In ländlichen Räumen kann die wirtschaftliche Tragfähigkeit z.B. durch eine verbesserte Verkehrsanbindung, angemessene Verkleinerung oder Zusammenlegung unterausgelasteter Einrichtungen, eingeschränkte Öffnungszeiten oder die Mehrfachnutzung von Infrastruktureinrichtungen verbessert werden. Eine weitere Maßnahme ist die Stärkung der zentralen Orte als übergemeindliche Versorgungszentren, um die Effizienz von Infrastruktureinrichtungen zu erhöhen und Kosteneinsparpotenziale zu realisieren. Grundsätzlich müssen Zentralitäten von Orten und Erreichbarkeiten von Einrichtungen im Zuge der demographischen Entwicklung neu bewertet werden. Die Ausstattung der Orte müssen einem schrumpfenden regionalen Einwohnerpotenzial angepasst werden – dies kann auch eine Rückstufung in der Zentralität und die Schließung von Einrichtungen bedeuten. Es ist in diesem Falle jedoch zu prüfen, in wieweit eine Schließung mit anderen politischen Zielsetzungen, z.B. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in Einklang zu bringen ist.

Während in den Kernstädten die Bevölkerung bereits in den kommenden Jahren stark rückläufig sein wird, ist in den Umlandgemeinden erst langfristig mit Rückgängen zu rechnen. Allerdings wird die Bevölkerung im Umland stärker als in den Städten altern. Folglich werden sich die Finanzprobleme für die Kernstädte verschärfen und in den Umlandgemeinden neue Anforderungen an Infrastrukturen z.B. durch höhere Pflegebedarfe entstehen. Daher ist die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Städten und ihren Umlandgemeinden z.B. in Bereichen wie Flächenmanagement, Wirtschafts- und Technologieförderung, soziale Infrastruktur oder Tourismusmanagement weiterhin anzuregen, die langfristig in der Bildung von Stadtregionen mit z.T. gemeinsamen Strukturen und Verwaltungsaufgaben münden könnten.

Zur Finanzierung von Infrastrukturen müssen Public Private Partnerships zum Beispiel bei Verkehrsprojekten, (Weiter-)Bildungseinrichtungen oder im Krankenhausbereich intensiviert werden. Generell erhöhen sich - aufgrund des demographischen Wandels und den daraus zunehmenden Finanzierungs- und Tragfähigkeitsproblemen von Infrastrukturen - die Notwendigkeiten, die Größe und Leistungsfähigkeit der eher kleinteiligen Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein auszubauen.

Handlungsfeld 9: Anpassung der Infrastruktur an die Nachfrageveränderung in Schleswig-Holstein insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Verkehr

Aufgrund des steigenden Anteils älterer Menschen im Zuge des demographischen Wandels ist mit einer Nachfrageveränderung hin zu mehr altersspezifischen und altersgerechten Infrastrukturen und Dienstleistungen zu rechnen. Trotz der zukünftig insgesamt abnehmenden Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren bis 2030 stark ansteigen und dann um fast 40 Prozent höher sein als 2002. Der Anteil der Hochbetagten an der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins wird sich von rund 4 Prozent auf über 13 Prozent im Jahr 2050 verdreifachen.

Insbesondere im Kreis Segeberg und den anderen Hamburger Rand Kreisen Stormarn und Pinneberg wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren bis 2015 stark zunehmen.

Dies bedeutet für den Gesundheitsbereich, dass geriatrische Themen in der Gesundheitsversorgung zunehmend bedeutsamer werden. Dies ist bereits heute in der ärztlichen Aus- und Weiterbildung zu berücksichtigen. Der steigende Bedarf an Pflegeleistungen erfordert mehr qualifiziertes Pflegepersonal und die Förderung von Pflegeberufen. Dies wird bereits im Rahmen der Pflegequalitätsoffensive des Landes verfolgt. Gleichzeitig gilt es die ambulante Pflege vor dem Hintergrund des wachsenden Kostendrucks an den Patientenbedürfnissen orientiert zu stärken. Im ländlichen Raum kann durch ärztliche Versorgungszentren und dem Einsatz von IuK-Technologien („e-health“) eine effizientere Grundversorgung sichergestellt werden. Im Bereich der Krankenhausplanung werden in Schleswig-Holstein bereits effizienzsteigernde Maßnahmen wie maßvolle Konzentration der Standorte, Schwerpunktbildungen, bessere Abstimmungen des medizinischen Angebots, Kooperationen und Privatisierungen verfolgt.

Im Verkehrsbereich wird der demographische Wandel zu mehr älteren Fahrgästen im Öffentlichen Personennahverkehr führen, wodurch sich die Anforderungen an die Barrierefreiheit im ÖPNV erhöht. Insbesondere im ländlichen Raum werden die Tragfähigkeitsprobleme für den ÖPNV zunehmen. Hier sind regionale Lösungsansätze wie z.B. der „Anrufbus“ zu entwickeln und auszubauen. Zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ist die integrierte Raum- und Verkehrsplanung in Schleswig-Holstein im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung konsequent weiterzuführen. Eine Stärkung der zentralen Orte erfordert eine angepasste Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für den ÖPNV. Aufgrund der demographisch bedingten Steuermindereinnahmen werden die Finanzierungsmöglichkeiten von Verkehrsinfrastrukturprojekten weiter eingeengt werden. Die knapperen Finanzmittel sollten daher vorwiegend auf den Bestand von Verkehrsinfrastruktur gerichtet werden, wobei private Finanzierungsmodelle vor diesem Hintergrund an Bedeutung gewinnen werden.

Der demographische Wandel bedeutet für die Wohnungswirtschaft einen Nachfragerückgang, da die Zahl der Haushalte ab 2020 abnehmen wird. Weiterhin erfolgt eine Nachfrageverschiebung hin zu mehr älteren und kleinen Haushalten. Im derzeitigen Wohnungsbestand besteht künftig ein hoher Investitionsbedarf, um die Wohnungen den Anforderungen der verschiedenen Lebensformen anzupassen bzw. altersgerecht zu gestalten. Generell wird mit einem Anstieg der Nachfrage nach alterngerechten Wohnformen (Betreuungskonzepte in unterschiedlichen Preiskategorien) gerechnet. Zudem wird sich der künftige Wohnungsbau schwerpunktmäßig auf das Hamburger Umland und in geringem Maße auf das Umland von Kiel und Lübeck konzentrieren. Der langfristige Rückgang der Haushalte wird innerhalb der Wohnungswirtschaft eine Verlagerung vom Neubau hin zur Bestandserhaltung, Umbau und selektiven Rückbau zur Folge haben. Die Vergabe von Fördermitteln für Wohnungsbauinvestitionen durch das Land hat in Zukunft vermehrt auf Basis von kommunal zu erstellenden Wohnraumversorgungskonzepten zu erfolgen. Diese müssen bei Ihrer Erstellung verstärkt die demographischen Veränderungen (z.B. anhand von Wohnungsmarktbeobachtungen und -prognosen) berücksichtigen, um eine bedarfsgerechte Wohnraumförderung zu gewährleisten.

Handlungsfeld 10: Regionalspezifische Nutzung von Chancen und Minderung von Risiken des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein

Einige Wirtschaftsbranchen werden aufgrund der älter werdenden Bevölkerungsstruktur zu den Gewinnerbranchen des demographischen Wandels zählen. Hierzu gehören vor allem die Bereiche Gesundheit, Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Hier bieten sich Chancen für Schleswig-Holstein insbesondere im Tourismus und der Gesundheitswirtschaft.

Die Familienfreundlichkeit im Sinne einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Karriere wird als weicher Standortfaktor insbesondere für Hochqualifizierte im Zuge des demographischen Wandels zunehmend bedeutsamer. Durch eine Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein können Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen deutschen und europäischen Regionen erzielt werden.

Dies gilt in Schleswig-Holstein vorwiegend für die Standorte am Hamburger Rand sowie für die Agglomerationsräume Kiel und Lübeck. Weiterhin kann durch eine Steigerung der Familienfreundlichkeit die Erwerbsbeteiligung von Frauen und damit das Arbeitskräfteangebot erhöht und einem möglichen Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Ebenso kann durch die Förderung des Zuzugs junger Familien nach Schleswig-Holstein die Bevölkerungsstruktur in einigen Regionen beeinflusst und die Bevölkerungsrückgang vermindert oder sogar aufgehoben werden. In Zukunft wird die demographische Entwicklung und Zusammensetzung einer Region ein bedeutender Standortfaktor für die Wirtschaft sein.

Aufgrund der landschaftlichen Attraktivität mit der Nähe zum Meer und den gesundheitsfördernden klimatischen Bedingungen Schleswig-Holsteins kann eine strategische Ausrichtung auf den Zuzug von Seniorinnen und Senioren eine weitere Chance im Zuge des demographischen Wandels sein. Eine frühzeitige Orientierung auf einen zunehmenden Senioren- und Gesundheitstourismus kann Chancen für die Tourismusdestinationen in Schleswig-Holstein bieten. Allerdings ist zu prüfen, ob eine einseitige Ausrichtung auf diese Tourismusbereiche sinnvoll ist. Weitere Projekte auf kommunaler oder regionaler Ebene, ähnlich dem Projekt „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“ zur Nutzung der Chancen des demographischen Wandels, sollten von Seiten des Landes angeregt werden.

Gesellschaftliches Leben

Handlungsfeld 11: Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein

Die demographische Entwicklung stellt höhere Anforderungen an die Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein, um einerseits die Geburtenrate von derzeit rund 1,4 Kindern pro Frau zu erhöhen - zur Bestandserhaltung sind 2,1 Kinder pro Frau notwendig - und andererseits eine höhere Erwerbsquote von Frauen im Land von 64,5 Prozent (2002) zu ermöglichen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als ein Bestandteil einer familienfreundlichen Gesellschaft, ermöglicht mehr Frauen mit Kindern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Zugleich können sich dadurch Erwerbstätige leichter einen Kinderwunsch erfüllen.

Eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Sicherstellung der Kinderbetreuung. Die Versorgungsquote der 3 bis unter 6-Jährigen mit Kindertageseinrichtungen liegt in Schleswig-Holstein derzeit bei etwa 90 Prozent, wobei die demographische Entwicklung mit einem zahlenmäßigen Rückgang dieser Altersklasse in den kommenden Jahren zu einer Entlastung führt. Es bedarf jedoch zusätzlicher Betreuungsangebote für Kinder anderer Altersklassen. So ist die Versorgungsquote in Schleswig-Holstein mit Krippen für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren sehr niedrig. Zudem ist insgesamt eine stärkere bedarfsorientierte Flexibilisierung dieser Angebote z.B. bei den Öffnungszeiten notwendig. Diese Ansätze müssen von einer Stärkung einer familienfreundlichen Personalpolitik in Wirtschaft und Verwaltung begleitet werden.

Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden als Standortfaktor für schleswig-holsteinische Regionen zunehmend wichtiger. Gerade solche Regionen mit starkem Rückgang der Zahl von Erwerbsfähigen wie im Hamburger Rand können durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen einem Fachkräftemangel entgegenwirken, der bei einer entsprechenden Nachfrageentwicklung droht. Kooperationen von Betrieben, Kommunen oder Verbänden bieten sich daher an, um insbesondere auf regionaler Ebene einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zu leisten. So ist eine Ausweitung „lokaler Bündnisse für Familie“ im Land ein wichtiger Ansatzpunkt.

Handlungsfeld 12: Stärkung des Zusammenlebens der Generationen

Im Zuge des Wandels der Altersstruktur der Bevölkerung müssen gesellschaftliche Aufgaben zukünftig von weniger jungen und mehr älteren Menschen bewältigt werden. Dabei steht das Zusammenleben und die Solidarität der Generationen auch in Schleswig-Holstein vor Herausforderungen. So ist die öffentliche Diskussion derzeit häufig von Verteilungsaspekten im Bereich der Sozialsysteme und einem negativen Altersbild geprägt („Generationenkonflikt“).

Das Verhältnis zwischen den Generationen sollte durch einen Dialog in Schleswig-Holstein gestärkt werden, um ein positives Bild vom Alter zu fördern. Ein wichtiger Aspekt sind Unterstützungsmöglichkeiten für ältere Menschen, die ihre Potenziale und Stärken zur Bewältigung von gesellschaftlichen Aufgaben beispielsweise im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements einbringen möchten. So ließen sich eine aktive gesellschaftliche Mitwirkung und Beteiligung älterer Menschen und die Begegnung der Generationen stärken. Die Beteiligung des Landes am Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ bildet einen konkreten Rahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen in Schleswig-Holstein.

Die Gestaltung von Wohn- und Lebensräumen unterstützt ebenfalls das Zusammenleben der Generationen und die Begegnung von Jung und Alt. Zu einem Mit- statt eines Nebeneinanders der Generationen tragen beispielsweise ein Verbleib älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung („selbstbestimmtes Wohnen im Alter“), Nachbarschaftszentren oder eine räumliche Nähe von Jugend-, Familien- und Senioreneinrichtungen bei. Im Bereich der Planung von Wohn- und Lebensräumen ergeben sich somit Handlungsansätze auf kommunaler Ebene, insbesondere auch in Regionen mit besonders starker Alterung der Bevölkerung.

Handlungsfeld 13: Verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

Vor dem Hintergrund des zurückgehenden Arbeitskräfteangebots in Schleswig-Holstein und des drohenden Fachkräftemangels gewinnen die Zuwanderung von hochqualifizierten Personen nach Schleswig-Holstein und deren Integration an Bedeutung.

Im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung in Schleswig-Holstein ist die steigende Bedeutung der Zuwanderung von hochqualifizierten Personen aus dem Ausland zur gezielten Deckung eines konkreten Fachkräftemangels und somit zur Aufrechterhaltung von Wachstum und Beschäftigung stärker zu betonen. Eine positive Wahrnehmung von Migration ist zudem eine Voraussetzung für die Attraktivität des Wirtschafts- und Lebensraums Schleswig-Holstein für hochqualifizierte Personen aus dem Ausland. Das „Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“ der Landesregierung bildet einen Rahmen, um spezifische Fragestellungen zu behandeln, die im Zuge einer zukünftig stärker notwendigen qualifikationsorientierten Zuwanderung nach Schleswig-Holstein entstehen (z.B. Spracherwerb, interkulturelle Kompetenz, Anerkennung von Bildungsabschlüssen).

Die Attraktivität für hochqualifizierte Personen aus dem Ausland ist somit auch ein zunehmend wichtiger Standortfaktor insbesondere für die schleswig-holsteinischen Regionen, in denen ein starker Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen und ein Fachkräftemangel zu befürchten ist.

Projektideen im Überblick

Für den jeweiligen Themenbereich werden Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen in Schleswig-Holstein vorgeschlagen. Die von schleswig-holsteinischen Akteuren vorgeschlagenen Projekte und Maßnahmen wurden zusammen mit diesen weiterentwickelt. Wenn möglich dienen „Best-Practice“-Beispiele zur Orientierung bei der Maßnahmen- und Projektentwicklung. Die Maßnahmen und Projekte stellen umsetzungsorientierte Ansätze für das Land in den jeweiligen Themenbereichen dar und dienen als Diskussionsgrundlage für die nächsten konkreten Schritte.

Wirtschafts- und Arbeitswelt

- *Potenziale nutzen – Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs in Schleswig-Holstein:* Konzept zur besseren Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein.
- *Innovation und Wachstum – KMU im demographischen Wandel:* Landesweite Initiative, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Schleswig-Holstein für den demographischen Wandel mit zukünftig älteren und weniger Erwerbsfähigen zu sensibilisieren und auf diese Entwicklung vorzubereiten.
- *Wachstumspotenziale für den Tourismus:* Spezifische Marktforschung über die touristische Zielgruppe „Seniorinnen und Senioren (50+)“ in Schleswig-Holstein.
- *„Wirtschaftskraft Alter“:* Wissenstransfer für eine verstärkte Nutzung der „Wirtschaftskraft Alter“ in Schleswig-Holstein
- *Verbraucherschutz auf neuen Wegen – Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft:* Informationskampagne zum Thema Verbraucherschutz für ältere Menschen, das sowohl die Verbraucherinnen und Verbraucher, als auch die Produzenten und Dienstleister ansprechen soll, um die beidseitigen Interessen miteinander zu verbinden.

Lebenslanges Lernen

- *Altersgerechte Qualifizierungskonzepte für älter werdende Belegschaften:* Aufbau einer Beratungsstelle in Schleswig-Holstein, die Unternehmen bei der Gestaltung altersheterogener Lern- und Arbeitsstrukturen unterstützt, um gemeinsam mit diesen unternehmensspezifische Lösungsstrategien zu entwickeln.
- *Lern- und Lebenschancen für Kinder und Jugendliche verbessern:* Vernetzung und systematische Kooperation verschiedener regionaler Bildungsakteure (z.B. Schulen, Berufsschulen, Jugendeinrichtungen, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen) in Schleswig-Holstein.
- *„ProfilPASS“ – Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens:* Es wird ein Weiterbildungspass in der Erprobungsregion Neumünster unter Federführung des Weiterbildungsverbundes Neumünster – Mittelholstein eingeführt, der alle persönlichen Lern- und Bildungsleistungen und insbesondere informell erworbene Kompetenzen dokumentiert.

Infrastruktur und Lebensumfeld

- *Entscheidungsqualität erhöhen:* Untersuchung der Region Preetz-Land, der Stadt Preetz, der Gemeinde Raisdorf und der Gemeinde Klausdorf unter demographischen Gesichtspunkten mit Hilfe des Sensitivitätsmodells nach Prof. Dr. Frederic Vester, bei der die Beziehungen der Kommunen untereinander und deren Interdependenzen zur Unterstützung der nachhaltigen regionalen Entwicklung im demographischen Wandel simuliert werden.
- *Zukunftsstrategien benötigen Input:* Erstellung einer Datenbank für die Untersuchung der Auswirkung des demographischen Wandels am Beispiel des Kreises Dithmarschen.
- *Workshop der Raumplanung zum Thema demographischer Wandel in Schleswig-Holstein:* in dem es um die Frage geht, „Was müssen Raumordnung und Landesplanung tun, um auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu reagieren?“.
- *Neue soziale Wohngruppenprojekte:* Konkretisierung und Umsetzungsszenarien der Machbarkeitsstudie „Nachbarschaftlich orientierte Wohnformen auf genossenschaftlicher Basis“. Die Umsetzung beschränkt sich zunächst auf zehn Initiativprojekte und soll bei erfolgreicher Durchführung auch auf andere Projekte transferiert werden.
- *Soziale Unterstützungsnetzwerke für die Bevölkerung „50+“ in Schleswig-Holstein:* Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung der Konsequenzen für soziale Unterstützungsnetzwerke auf regionaler Ebene durchgeführt werden.

Gesellschaftliches Leben

- *Ausweitung der „Lokalen Bündnisse für Familien“:* Ausweitung der von der Bundesregierung gestarteten Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ zur Entwicklung familienverträglicher Beschäftigungsmodelle in Schleswig-Holstein, um die Lebensbedingungen von Familien noch stärker in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns zu rücken.
- *Öffentlicher Diskurs zum Alter(n) in Schleswig-Holstein:* Landesweite Kampagne zum Thema „Alter(n) in Schleswig-Holstein“, die einem einseitigen Belastungsdiskurs der Folgen einer alternenden Gesellschaft entgegenwirkt und das Leitbild eines gesellschaftlich aktiven Alters fördert.

3. Konzept der Studie

3.1 Ziel, Inhalt und Struktur der Studie

Das Ziel der Studie ist es, Handlungsempfehlungen zu geben und konkrete Maßnahmen- und Projektvorschläge für die Landespolitik sowie auf Landesebene herauszuarbeiten, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen und entstehende Chancen zu nutzen. Die Studie soll eine Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die weitere Entwicklung des Themas in Schleswig-Holstein sein.

Die inhaltliche Grundstruktur der Studie ist der Abbildung 1 zu entnehmen. Diese Struktur hat hinsichtlich der Abfolge der einzelnen Entwicklungsschritte einen idealtypischen Charakter. Die Rückkopplungen zwischen den einzelnen Schritten waren Bestandteil des gesamten Entwicklungsprozesses.

Basis der Studie ist die statistische Analyse der demographischen Entwicklung in Schleswig-Holstein. Die Analyse wird sowohl für Schleswig-Holstein insgesamt als auch für seine Teilräume (Planungsräume, Kreise, kreisfreie Städte) erstellt.

Die Themen zum demographischen Wandel, die auf Bundesebene im Zentrum der Diskussion stehen – wie die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme – werden in dieser Studie weitgehend ausgeklammert. Im Mittelpunkt stehen Themen, die auf Landesebene gestalt- und steuerbar sind. Die Studie konzentriert sich daher auf folgende vier Themenbereiche (siehe Kapitel 5) zwischen denen sich inhaltliche Überschneidungen ergeben:

- Wirtschafts- und Arbeitswelt
- Lebenslanges Lernen
- Infrastruktur und Lebensumfeld
- Gesellschaftliches Leben

Die Wahl der Themenbereiche bestimmt die statistische Analyse sowie alle folgenden Entwicklungsschritte. Die auf die jeweiligen Themenbereiche wirkenden Effekte des demographischen Wandels werden untersucht und beschrieben, um daraus zentrale Folgen des demographischen Wandels für Schleswig-Holstein (z.B. Innovations- und ökonomische Leistungsfähigkeit sind gefährdet) abzuleiten.

Die zentralen Folgen in dem diskutierten Themenbereich bestimmen die zentralen Herausforderungen (z.B. Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein angesichts einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft), die sich für Schleswig-Holstein ergeben.

Aus den Herausforderungen werden die zentralen Handlungsfelder (z.B. Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein) und Handlungsempfehlungen (z.B. Ausweitung bedarfsorientierter Weiterbildung) für Schleswig-Holstein abgeleitet. Grundlage für die Wahl der Handlungsempfehlungen bilden unter anderem eine Vielfalt von Handlungsoptionen, die während der Themenbearbeitung intern und im Zuge der Expertenbefragungen auch extern diskutiert wurden.

Die einzelnen Handlungsfelder sind inhaltlich sehr komplex und umfangreich. Die wesentlichen Aspekte werden in den jeweiligen Kapiteln beschrieben, wobei nicht jedes Detail diskutiert werden kann.

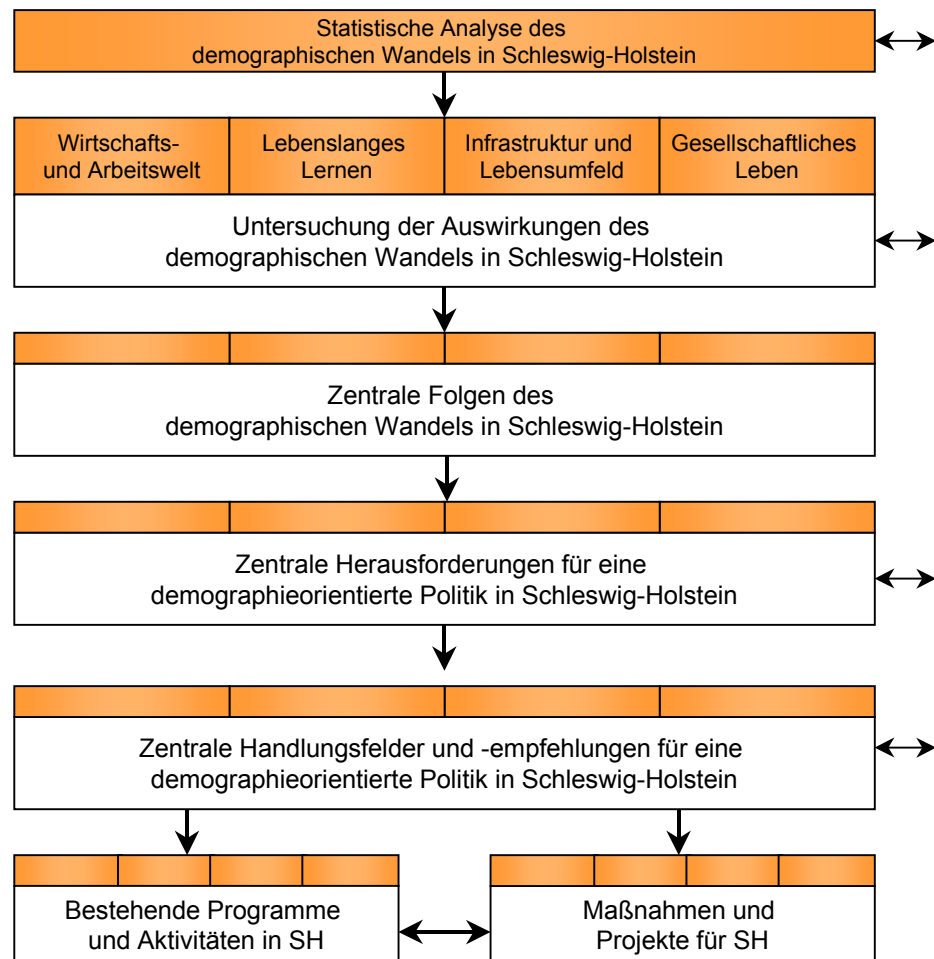


Abbildung 1: Inhaltliche Grundstruktur der Studie
(Quelle: eigene Erstellung)

In den Handlungsfeldern sind bereits heute zahlreiche Akteure und Organisationen aus Schleswig-Holstein aktiv. Bestehende Aktivitäten wie z.B. Initiativen, Konzepte, Maßnahmen oder Projekte, die im Laufe der Studienerstellung recherchiert und in den Befragungen genannt wurden, werden exemplarisch erwähnt, um Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Vernetzung in Schleswig-Holstein aufzuzeigen. Die Beispiele unterscheiden sich teilweise stark in ihrem Umfang und sind – wenn möglich – thematisch zugeordnet, jedoch nicht gewichtet.

Abschließend werden für den jeweiligen Themenbereich Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen in Schleswig-Holstein vorgeschlagen. Sie sind das Ergebnis der schriftlichen Befragung, an der größtenteils Akteure aus Schleswig-Holstein teilgenommen haben. Weiterhin wurden diese Ergebnisse in den Expertengesprächen (siehe Kapitel 3.2.3) diskutiert und durch die begleitende Literaturrecherche ergänzt.

Die von schleswig-holsteinischen Akteuren vorgeschlagenen Projekte und Maßnahmen wurden zusammen mit diesen weiterentwickelt und aufbereitet, um eine gezielte Einbindung in die Umsetzung zu unterstützen. Wenn möglich dienten „Best-Practice“-Beispiele zur Orientierung bei der Maßnahmen- und Projektentwicklung.

Die Maßnahmen und Projekte stellen umsetzungsorientierte Ansätze für das Land in den jeweiligen Themenbereichen dar und dienen als Diskussionsgrundlage für die nächsten konkreten Schritte. Sie ergänzen bzw. vernetzen sich mit bestehenden Programmen und Aktivitäten in Schleswig-Holstein.

Die Autoren bitten, die Ideengeber in die weitere Entwicklung mit einzubeziehen. Nicht alle im Laufe des Prozesses an die Autoren herangetragenen Projektideen werden hier vorgestellt, da sie nach einer ersten Einschätzung der Autoren eher geringe Beiträge hinsichtlich der identifizierten Herausforderungen des demographischen Wandels leisten würden. Abgesehen von dieser Vorauswahl findet im Rahmen dieser Studie keine gutachterliche Bewertung der Projektideen statt.

3.2 Methode der Informationsgewinnung

Die amtliche Statistik, die umfangreiche Literatur in Büchern, Zeitschriften und im Internet waren die zentralen Quellen des Desk-Research. Eine schriftliche Befragung und mündliche Experteninterviews bezogen über 200 Personen mit ihren Ideen und Meinungen in die Entwicklung der Studie ein. Zur Unterstützung des Prozesses wurde von Seiten der Staatskanzlei eine Interministerielle Arbeitsgruppe gebildet.

3.2.1 Desk-Research

Das Desk-Research diente zur Bestimmung des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes und zur Generierung von Daten und Fakten zum demographischen Wandel. Statistische Analysen, sozioökonomische Ursachen und Handlungsoptionen standen im Vordergrund der Recherchen. Es bildete in einem ersten Schritt die Ausgangsbasis zur Entwicklung des Fragebogens (siehe Anhang) und der Grundstruktur der Studie (siehe Abbildung 1). Die Staatskanzlei unterstützte die Informationsgewinnung durch Anfragen bezüglich relevanter Informationen an die verschiedenen Ministerien des Landes Schleswig-Holstein.

Die Statistische Analyse stützte sich auf die 9. und 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Datengrundlage für Deutschland und Schleswig-Holstein gesamt war die 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (KBV) (hier die Variante 1). Für die Teilräume (Planungsräume, Kreise, kreisfreie Städte) Schleswig-Holsteins bildete die 9. Koordinierte Vorausberechnung bis zum Jahr 2015 die Grundlage, da die Daten der 10. KBV auf Kreisebene erst zu Beginn des Jahres 2005 vorliegen werden.

3.2.2 Schriftliche Befragung

Im Januar 2004 ist an 215 Personen ein Fragebogen (siehe Anhang) versandt worden. Der befragte Kreis setzte sich aus zwei Gruppen zusammen:

1. Personen, die sich wissenschaftlich oder praktisch mit dem Thema demographischer Wandel beschäftigen und
2. Personen, deren Organisationen vom demographischen Wandel betroffen sein werden (Unternehmen, Verbände, Vereine und weitere Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft).

Ziel der Befragung war es, Gewichtung, Bewertung, Anpassung und Ergänzung vorgeschlagener zentraler Folgen und wichtiger Handlungsfelder von den Befragten zu erhalten. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt in Fragen nach konkreten Projektvorschlägen und nach bereits bestehenden Aktivitäten, um den Herausforderungen zu begegnen und Chancen zu nutzen.

Gestützt durch eine telefonische Nachfassaktion kurz vor Ablauf der Rücksendefrist konnte eine Rücklaufquote von 56 Prozent (dies entspricht 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern) erreicht werden.

Von den 120 zurückgesandten Fragebögen kamen aus dem Bereich ...	
Verbände	21
Ministerien	17
Unternehmen	14
Politische Parteien	12
Forschungseinrichtungen / Institute	11
Hochschulen	9
Kommunale Verwaltung	8
Wirtschaftsförderung	8
IHK / Handwerkskammern	7
Vereine	6
Weiterbildungseinrichtungen / Akademien	3
Gewerkschaften	2
Banken	2
Insgesamt	120

Abbildung 2: Institutionelle Verteilung der ausgefüllten Fragebögen der schriftlichen Befragungen
(Quelle: eigene Erstellung)

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung wurden ausgewertet und den jeweiligen Themenfeldern zugeordnet. Die Hinweise wurden bei dem Auswahlprozess hinsichtlich der Handlungsfelder, Maßnahmen und Projekte, die im Laufe der Studiererstellung entwickelt wurden, von den Autoren berücksichtigt. Einige prägnante Aussagen werden in der Studie zitiert. Jedes Zitat steht stellvertretend für eine Reihe von subjektiven Einzelmeinungen, die ein Meinungsbild zum jeweiligen Befragungsschwerpunkt wiedergeben.

3.2.3 Experteninterviews

Es wurden 15 Expertinnen bzw. Experten befragt. Die Interviews dienten der Rückkopplung und Reflexion

- der Ergebnisse der schriftlichen Befragung,
- der Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels in den Themenfeldern in Schleswig-Holstein,
- der Priorität, Steuerung und Umsetzung der Handlungsfelder und -optionen
- erster Maßnahmen- und Projektvorschläge.

Mündlich befragte Expertinnen und Experten

Dr. Heino Apel, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Bonn
 Matthias Breindl, Provinzial Nord Lebensversicherung AG, Kiel
 Andreas Esche und Ole Wintermann, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
 Prof. Dr. Frederico Foders, Institut für Weltwirtschaft, Kiel
 Dr. Frerich Frerichs, Geschäftsstelle der Landesinitiative Seniorenwirtschaft, Gelsenkirchen
 Sonja Giesow, Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins, Kiel
 Dr. Hayo Herrmann, Institut für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
 Catrin Homp, Tourismus Verband Schleswig-Holstein, Kiel
 Jens Karp, IG Metall Rendsburg
 Helmut Knüpp, Wankendorfer Baugenossenschaft e.G., Kiel
 Dr. Martin Kruse, IHK zu Kiel
 Dr. Günther Meisterling, Gesellschaft für Arbeitsmarkt und Strukturpolitik, Rendsburg
 Holger Rohde, Kommunaler Pflegeverband Schleswig-Holstein e.V., Kiel
 Bärbel Winkler-Kühlken, IfS - Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin

Abbildung 3: Mündlich befragte Expertinnen und Experten

(Quelle: eigene Zusammenstellung)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stammen vorwiegend aus Schleswig-Holstein (siehe Abbildung 3). Fünf der 15 befragten Personen kamen aus dem übrigen Bundesgebiet. Zehn der Expertinnen bzw. Experten haben sich sowohl an der schriftlichen als auch an der mündlichen Befragung beteiligt. Die Interviews wurden im April 2004 anhand eines Interviewleitfadens durchgeführt und dauerten zwischen 45 und 90 Minuten.

Die Ergebnisse der mündlichen Befragungen sind in die jeweiligen Diskussionspunkte integriert worden, sofern die Hinweise ergänzenden oder neuen Charakter hatten.

3.2.4 Interministerielle Arbeitsgruppe

Die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein hatte zur Begleitung der Studie eine Interministerielle Arbeitsgruppe einberufen. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Staatskanzlei und aller Ministerien des Landes Schleswig-Holstein zusammen.

Der Gruppe wurde in der ersten Sitzung im Dezember 2003 das Arbeitskonzept der Studie vorgestellt. In den Folgesitzungen wurden Zwischenergebnisse der vorhergehenden Arbeitsphasen präsentiert und diskutiert sowie die jeweiligen nächsten Schritte vorgestellt. Die Gruppe stand den Autoren auch zur Seite, wenn es um Rückfragen und die Lieferung landesspezifischer Informationen ging.

4. Demographische Entwicklung in Deutschland und Schleswig-Holstein

Die in diesem Kapitel durchgeführten statistischen Betrachtungen der demographischen Entwicklung in Deutschland und Schleswig-Holstein sind Basis für die in den folgenden Kapiteln analysierten Themenfelder. Insbesondere die Untersuchungen der Regionen in Schleswig-Holstein liefern statistische Erkenntnisse für die Identifizierung und Beschreibung der umsetzungsorientierten Handlungsfelder.

Das Kapitel liefert einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung für Deutschland, Schleswig-Holstein sowie die Kreise und kreisfreien Städte des Landes. Neben der Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl wird dabei auf die Veränderung der Altersstruktur eingegangen. Zudem werden sozioökonomische Ursachen und verschiedene Phasen der demographischen Entwicklung beleuchtet. Den Abschluss dieses Kapitels bildet eine Zusammenfassung der wichtigsten demographischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein.

4.1 Demographische Entwicklung in Deutschland

In diesem Kapitel werden zunächst die Phasen der demographischen Entwicklung in Deutschland sowie die sozioökonomischen Ursachen für die niedrige Geburtenrate, die steigende Lebenserwartung sowie die Wanderungsbewegungen diskutiert und anschließend Daten und Fakten der demographischen Entwicklung für Deutschland dargestellt.

4.1.1 Phasen und sozioökonomische Ursachen des demographischen Wandels – eine Annäherung

Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung sank um 1900 in Deutschland die Zahl der Geborenen pro Frau von vier bis fünf auf zwei bis drei Kinder. Kinder verloren an Bedeutung als soziale Absicherung für die Eltern aufgrund der aufkommenden Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung zwischen den Jahren 1883 und 1889. Zudem wirkten sich erhöhte Anforderungen an die Mobilität, die beginnende Emanzipation der Frau, die Verstädterung und ungünstige Wohnverhältnisse einschränkend auf die Kinderzahl aus (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 1988, S.16).

Insgesamt war die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im letzten Jahrhundert vor allem von den Auswirkungen der beiden Weltkriege geprägt. Insbesondere die männliche Bevölkerung in den jungen und mittleren Jahrgängen ging aufgrund der Kriegseinwirkungen zurück, was in der Nachkriegszeit zu einer zunehmenden Feminisierung der Gesellschaft führte. Seit 1945 gibt es mehr Frauen als Männer in unserer Gesellschaft, wenngleich sich die Zahlen in Deutschland immer mehr angleichen. Ursache hierfür ist die Geschlechterproportion bei Neugeborenen zugunsten der Jungen, d.h. es werden mehr Jungen als Mädchen geboren. Hingegen sind insbesondere in den älteren Jahrgängen ab 55 Jahren mehr Frauen als Männer aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung vertreten.

60-er Jahre – die Generation der Baby-Boomer wird geboren

Anfang bis Mitte der 60-er Jahre war die Geburtenziffer¹ mit über 2,5 Kindern pro Frau auf einem Nachkriegshoch, so dass die in dieser Zeit geborene bevölkerungsstarke Generation auch als „Baby-Boomer“ bezeichnet wird. Diese Baby-Boomer werden in der künftigen demographischen Entwicklung in Deutschland als bevölkerungsstärkste Generation wie ein „Wellenberg“ die verschiedenen Altersstufen durchwandern und letztendlich zwischen 2020 und 2030 in das Rentenalter eintreten. Hier werden sie andere Lebensweisen im Vergleich zu heutigen Rentnerinnen und Rentnern praktizieren und als so genannte „Neue Alte“ auch im Alter mobiler und aktiver sein (siehe auch Kapitel 5.4).

Seit den Baby-Boomern Mitte der 60-er Jahre hat sich die Geburtenziffer in Deutschland aufgrund des so genannten „Pillenknicks“ rückläufig entwickelt. Sie liegt nunmehr seit zirka 20 Jahren stabil bei einem niedrigen Geburtenniveau von 1,4 Kindern pro Frau und damit unterhalb des Bestanderhaltungsniveaus von wenigstens 2,1 Kindern pro Frau. Jede Elterngeneration wird somit nur zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt. Diese Entwicklung führt zu einer Abwärtsspirale, die davon geprägt ist, dass es von Generation zu Generation weniger potenzielle Mütter gibt (vgl. BiB, 2000, S.12). Zur Zeit existieren keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die Geburtenziffer künftig signifikant verändern wird. Die Geburtenhäufigkeit ging somit zurück, obgleich der Wohlstand und das Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik seit 1945 gestiegen sind. Dies erscheint auf den ersten Blick paradox, geht man davon aus, dass sich mit steigendem Einkommen der Kinderwunsch zumindest ökonomisch einfacher realisieren lässt (vgl. Birg, 2001, S. 42).

Demographisch-ökonomisches Paradoxon

Analysiert man Kosten und Nutzen von Kindern, so löst sich dieser Widerspruch zumindest teilweise auf: Die Kosten für Kinder sind gestiegen, während der Nutzen insbesondere in Form von finanzieller Absicherung im Alter bei dem heutigen hohen Absicherungsniveau gesunken ist. Besonders die Opportunitätskosten, also etwa der wegen der Kindererziehung entgangene Lohn, sind neben den direkten Kosten wie z.B. Ausgaben für Kleidung und Ernährung gestiegen und betreffen in erster Linie Eltern mit hohen Einkommen. Der Nutzen von Kindern lag früher - rein ökonomisch betrachtet - in einer Absicherung gegenüber persönlichen Risiken und Altersarmut. „Seit Einführung der kollektiven Sozialversicherung ging die Geburtenrate in dem Maße zurück, in dem persönliche Risiken, ... die vor Einführung der Sozialversicherung von der Familie aufgefangen werden mussten, nun von der Versicherungsgemeinschaft getragen wurden“ (Quelle: DB Research, 2002, S.12).

Gestiegene Kosten und gesunkener Nutzen

Gesellschaftlicher Wertewandel

Parallel zu dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik verlief ein gesellschaftlicher Wertewandel, der sich heute noch in einer Betonung der individuellen Freiheit ausdrückt. Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und beruflichem Erfolg konkurriert oftmals mit dem Wunsch nach eigenen Kindern (vgl. BiB, 2000, S. 12). Die Einführung der Pille und die Liberalisierung des Abtreibungsrechts erweiterten den Rahmen, das persönliche generative Verhalten nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Diese Entwicklungen wirkten sich insbesondere auf Geburtenhäufigkeit und Kinderbetreuung aus.

¹ Gemeint ist die zusammengefasste Geburtenziffer: „Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2003b, S. 52).

Kinderbetreuung vor allem durch Frauen	Es sind vor allem Frauen, die die Kinderbetreuung übernehmen. Nach wie vor nehmen weniger als 2 Prozent der Väter Erziehungszeit an Stelle der Mütter (vgl. Hertel, 29.04.2004). Aus diesem Grund stehen besonders die Frauen in einem Konflikt zwischen Karriere und Kindern, der aber nicht zwingend zu sein scheint. Wenn sich Beruf und Kinderwunsch besser vereinen lassen, wie dies angesichts flächendeckender Kinderkrippen sowie Vor- und Ganztags-schulen z.B. in Frankreich der Fall ist, entschärft sich der Konflikt. So arbeiten in Frankreich mehr als 70 Prozent aller Mütter mit zwei Kindern. Die Erwerbsneigung dieser Gruppe ist damit ähnlich hoch wie diejenige von kinderlosen Frauen (vgl. DB Research, 2002, S.12). In diesem Zusammenhang spielt allerdings nicht nur das Betreuungsangebot eine Rolle: „Die Commerzbank bietet jungen Eltern Möglichkeiten, von denen selbst Französinen nur träumen können. Dennoch arbeiten nur etwa 60 Prozent der jungen Mütter bei der Commerzbank weiter. Das ist nicht mehr als im deutschen Durchschnitt“ (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 2003). Der Grund für diese Tatsache könnte in der in Deutschland weit verbreiteten Einschätzung liegen, dass eine Fremdbetreuung den Kindern schadet. Zudem glauben 54 Prozent der jungen Frauen in Deutschland, dass Mütter keinen Beruf annehmen, weil sie nicht als Rabenmutter in Verruf geraten möchten (vgl. stern, 28.04.2004). Dieses Meinungsbild führt selbst bei sehr guten Möglichkeiten zur Kinderbetreuung dazu, dass viele Frauen entweder Mutter oder beruflich erfolgreich werden. Dabei zeigen neben vielen anderen Untersuchungen auch die Resultate der „Study of Early Child Care“², dass Fremdbetreuung Kindern nicht schadet (vgl. Schweizerische Ärztezeitung, 2000, S. 1329).
Kinder wünschen sich die Leute weiterhin	Die Menschen in Deutschland wünschen sich auch heute noch Kinder, denn trotz des gesellschaftlichen Wertewandels und trotz sinkender Kinderzahlen ist der Kinderwunsch relativ konstant geblieben. Junge Deutsche erhoffen sich heute im Schnitt 2,2 Kinder, also sogar etwas mehr als nötig, um den Bevölkerungsbestand stabil zu halten (vgl. Der Spiegel, 2004, S. 41). Der Grund für die niedrige Geburtenhäufigkeit liegt eher darin, dass der Kinderwunsch mit anderen Lebensplanungen – besonders der Erwerbstätigkeit – in Konkurrenz tritt (vgl. Mai, 2003, S. 23). So wird die Erfüllung des Wunsches nach eigenen Kindern oft weit hinausgezögert. Das führt dazu, dass mehr Frauen kinderlos bleiben und der Rückgang der Geburten bei den jungen Frauen zwischen 20 und 24 Jahren besonders hoch ist (vgl. Roloff, 2000, S. 118). Vor dem Hintergrund der dargestellten sozioökonomischen Ursachen für die niedrige Geburtenhäufigkeit kommt Bert Rürup zu folgender Feststellung:
Konkurrenz für den Kinderwunsch	
Senkung der Opportunitätskosten durch Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie	„Und wenn in einigen modernen Staaten die Geburtenzahlen anstiegen, ginge dies weniger mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung einher, sondern mehr mit staatlichen Dienstleistungsangeboten und Maßnahmen, die die Gleichzeitigkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit begünstigen, um auf diese Weise die mit dem steigenden Ausbildungsniveau (der Frauen) höheren und steigenden Opportunitätskosten von Kindern bei einem Rückzug aus der Erwerbsarbeit zu verringern“ (Quelle: Rürup, 2000, S. 529).

² „NICHD Study of Early Child Care“ durchgeführt vom National Institute of Child Health and Human Development einem Departement des Gesundheitsministeriums der USA.

	Selbst wenn die Geburtenrate kurzfristig erhöht werden könnte, träten die daraus resultierenden Stabilisierungseffekte auf die Bevölkerungsstruktur erst langfristig auf. Der demographische Wandel wird dadurch nicht verhindert. Zudem scheint eine völlige Kompensation schwer erreichbar, da die Geburtenhäufigkeit auf 2,1 steigen müsste – einem Wert, der seit Anfang der 70-er Jahre nicht mehr erreicht wurde.
Steigende Lebenserwartung	Die durchschnittliche Lebenserwartung hingegen ist bisher u.a. aufgrund des medizinischen Fortschritts und sich verbessernden Lebensverhältnisse kontinuierlich gestiegen. So erhöhte sich die Lebenserwartung eines neugeborenen Kindes im Zeitraum von 1901 bis 2000 von 44,8 auf 74,8 Jahren bei Jungen sowie von 48,3 auf 80,8 Jahren bei Mädchen. Alle Vorausberechnungen gehen von einer auch zukünftig steigenden Lebenserwartung aus.
Migration verlief unstetig	Die Migration als dritter bestimmender Faktor der demographischen Entwicklung unterliegt keinem konstanten Verlauf und ist daher nur schwierig für zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren. So folgten z.B. den hohen Wanderungsgewinnen aufgrund der Anwerbung von Arbeitskräften in den 50-er und 60-er Jahren negative Wanderungssalden in Folge eines Anwerbestopps und Rückkehrhilfegesetz aus dem Jahre 1983. In den 90-er Jahren haben Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge und deutschstämmige Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Osteuropa das Wanderungsgeschehen bestimmt. In diese Zeit fiel auch der höchste Zuwanderungsüberschuss von 780.000 Personen aus dem Jahre 1992 (vgl. Statistisches Bundesamt, 2003b, S. 20). Die Annahme, dass die Zuwanderung den demographischen Wandel aufhalten könne, ist unwahrscheinlich. Durch Zuwanderung können der Bevölkerungsrückgang sowie die Alterung der Gesellschaft zwar verzögert, aber nicht aufgehalten werden.
Demographischer Wandel auf leisen Sohlen	Obwohl die Ursachen für Alterung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung seit langem offensichtlich sind, näherte sich der demographische Wandel auf leisen Sohlen: Die Zuwanderung – besonders seit Mitte der 80-er Jahre – und die gestiegene Lebenserwartung führten dazu, dass die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Menschen bis heute angewachsen ist. Die sinkende Zahl der Geborenen pro Frau wurde durch die hohen absoluten Geborenenzahlen verdeckt. Diese erklären sich daraus, dass die Mütter dieser Jahre aus den geburtenstarken Zeiten des Baby-Booms in den 60-er Jahren stammen (vgl. Statistisches Bundesamt 2004b, S. 28ff).

4.1.2 Daten und Fakten

Datengrundlage: 10. KBV	Die folgenden Aussagen über die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland basieren auf der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (10. KBV) des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2003.³ Unter aus heutiger Sicht realistischen Annahmen berechnet sie die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2050. Die Annahmen, die der 10. KBV zugrunde liegen, gehen dabei von einer stagnierenden Geburtenziffer, einer steigenden Lebenserwartung in der Bevölkerung sowie von positiven Wanderungssalden aus.
--------------------------------	--

³ Wenn nicht anders angegeben ist die 10. KBV die Quelle dieses Kapitels.

In der 10. KBV werden aus Kombinationen der drei Faktoren (Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Wanderung) Szenarien der demographischen Entwicklung entworfen, jeweils im Hinblick einer hoch, mittel oder niedrig anzunehmenden Wanderung und Lebenserwartung. Aus den Kombinationen werden neun Szenarien abgeleitet (siehe Abbildung 4). Im Folgenden wird in der Regel das „mittlere“ Szenario (Variante 5) als Wert herangezogen. Um die möglichen Extreme zu verdeutlichen wird teilweise auch auf die „höchsten“ und „niedrigsten“ Szenarien Bezug genommen.

Annahmen zum langfristigen Außenwanderungssaldo bis zum Jahr 2050			Annahmen zur Lebenserwartung (LE) im Jahr 2050 bei Geburt (bzw. im Alter von 60 Jahren)		
			M: 78,9 (fernere LE: 22,0)	M: 81,1 (fernere LE: 23,7)	M: 82,6 (fernere LE: 24,9)
			W: 85,7 (fernere LE: 27,7)	W: 86,6 (fernere LE: 28,2)	W: 88,1 (fernere LE: 29,4)
Deutsche	Ausländer/ innen		L1	L2	L3
Schrittweiser Abbau des Wanderungs- überschusses von jährlich 80.000 bis zum Nullniveau im Jahr 2040 (gilt für alle Varianten)	100.000	W1	Variante 1 (niedrigste Bevölkerungszahl)	Variante 4	Variante 7 („relativ alte“ Bevölkerung)
	200.000	W2	Variante 2	Variante 5 („mittlere“ Bevölkerung)	Variante 8
	200.000 ab dem Jahr 2011 300.000	W3	Variante 3 („relativ junge“ Bevölkerung)	Variante 6	Variante 9 (höchste Bevölkerungszahl)

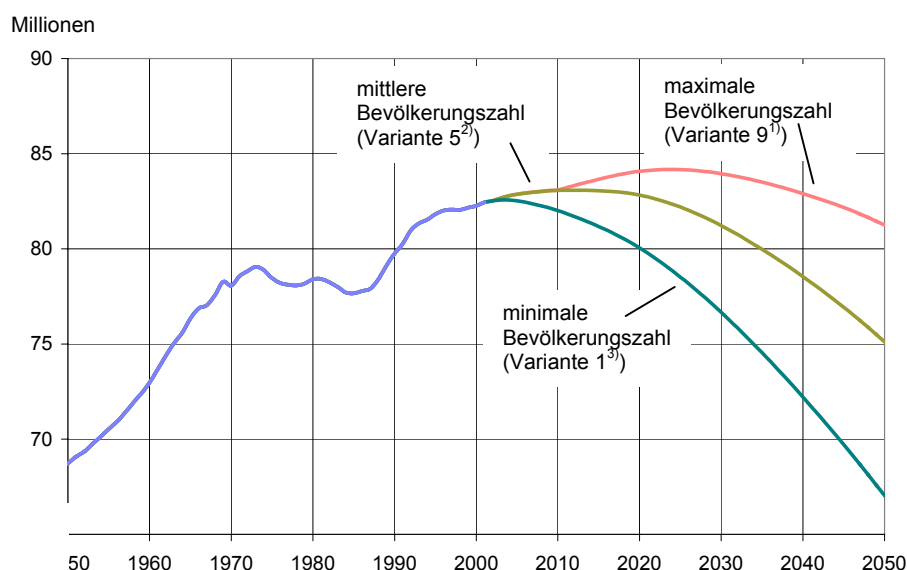
M = männlich, W = weiblich

Abbildung 4: Varianten der 10. KBV

(Quelle: Statistisches Bundesamt, 2003a, S. 25)

Die Bevölkerungszahl steigt weiter und beginnt mittelfristig zu sinken

Seit dem Jahr 1945 nahm die Bevölkerungszahl in Deutschland nahezu stetig zu. Lebten im Jahr 1950 rund 68 Millionen Menschen im jetzigen Bundesgebiet, so stieg die Bevölkerungszahl seither auf heute gut 82 Millionen Menschen. Diese Tendenz lässt sich jedoch nicht nur mit der Fertilität der eigenen Bevölkerung begründen, da die Geburtenziffer seit den 70-er Jahren unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegt. Vielmehr haben Wanderungsgewinne und die steigende Lebenserwartung maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Nach den Ergebnissen der 10. KBV wird die Gesamtbevölkerung in Deutschland im Jahre 2050 in dem Extremfall hoher Zuwanderung und hoher Lebenserwartung bei 81 Millionen Personen, in dem anderen Extremfall - geringe Wanderung und geringe Lebenserwartung - bei 67 Millionen Menschen liegen. Bei mittlerer Wanderung und mittlerer Lebenserwartung wird die Bevölkerung auf 75 Millionen Personen im Jahr 2050 geschätzt. Das Bevölkerungsmaximum würde in diesem Fall im Jahr 2012 erreicht (siehe Abbildung 5). Alle Szenarien kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Bevölkerungszahl in Zukunft verringert.



1) Variante 9: Hohe Wanderungsannahme W3 (jährlicher Saldo von mindestens 300.000) und hohe Lebenserwartungsannahme L2 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 83 bzw. 88 Jahren).

2) Variante 5: Mittlere Wanderungsannahme W2 (jährlicher Saldo von mindestens 200.000) und mittlere Lebenserwartungsannahme L2 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 81 bzw. 87 Jahren).

3) Variante 1: Niedrige Wanderungsannahme W1 (jährlicher Saldo von mindestens 100.000) und niedrige Lebenserwartungsannahme L1 (durchschnittliche Lebenserwartung 2050 bei 79 bzw. 86 Jahren).

Abbildung 5: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland (ab 2002 Schätzwerte der 10. KBV)

(Quelle: Statistisches Bundesamt, 2003a, S. 26)

Wachsendes Geburtendefizit seit 1972

Der Bevölkerungsrückgang ist das Resultat des seit dem Jahr 1972 bestehenden Geburtendefizits. Betrug die Differenz von Gestorbenen und Lebendgeborenen im Jahr 2000 noch 72.000 Personen, wird sie bis zum Jahr 2050 auf 576.000 ansteigen. Die „Schere“ zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen öffnet sich immer weiter.

Mehr alte Menschen stehen weniger jungen gegenüber

Die zukünftige demographische Entwicklung hat nicht nur Einfluss auf die Bevölkerungszahl – auch die Alterstruktur der Gesellschaft wird sich erheblich verändern. In unserer heutigen Gesellschaft sind die Jahrgänge der 30 bis 45-Jährigen stark besetzt. Doch spätestens in 30 Jahren werden diese Jahrgänge in höhere Altersklassen vorgerückt sein. Gleichzeitig sind die nachfolgenden Jahrgänge aufgrund der niedrigen Fertilität um rund ein Drittel schwächer besetzt. Unsere Gesellschaft wird also aus immer weniger jüngeren und immer mehr älteren Menschen bestehen. Die 10. KBV verdeutlicht diese Entwicklung anhand eines anschaulichen Vergleiches verschiedener Generationen zu verschiedenen Zeiten: „War um 1950 noch jeder Dritte ein junger Mensch unter 20 und lediglich jeder Siebte älter als 59, so ist heute lediglich jeder Fünfte unter 20, dagegen erreicht schon fast jeder Vierte das Seniorenalter. Im Jahr 2050 wird nur noch jeder Sechste unter 20 Jahre, aber jeder Dritte bereits 60 Jahre oder älter sein“ (Quelle: Statistisches Bundesamt, 10. KBV 2003, S. 29).

Jugend- und Altenquotient	Ein statistischer Indikator für den Altersaufbau der Bevölkerung ist der Altenquotient, der im Jahr 2001 bei 43,9 lag. Das bedeutet, dass 100 Menschen zwischen 20 und 59 Jahren etwa 44 Personen über 60 Jahren gegenüber standen. In den Jahren von 2001 bis 2050 steigt der Altenquotient auf 77,8 an. Der Jugendquotient, definiert als relative Anzahl der Menschen unter 20 Jahren – wiederum auf die Personengruppe zwischen 20 und 59 Jahren bezogen – wird im gleichen Zeitraum von 38,1 auf 34,1 sinken (siehe Abbildung 6). Im Ergebnis wird sich das Verhältnis zwischen jungen und alten Menschen zu Lasten der Jungen verschieben. Dementsprechend wird auch das mittlere Alter von 40,6 Jahren im Jahr 2001 auf 48 Jahre im Jahr 2050 ansteigen. ⁴
Gesamtquotient	Als weiterer Indikator gibt der Gesamtquotient das Verhältnis der Personengruppe zwischen 20 und 59 Jahren zu den unter 20-Jährigen und den über 59-Jährigen an. Der Gesamtquotient steigt von 81,9 im Jahr 2001 bis auf 112 im Jahr 2050 an. Das heißt, dass im Jahr 2050 insgesamt 112 Personen außerhalb der Altersgrenze von 20 bis 60 Jahren auf 100 Personen dieses mittleren Alters kommen, die heute überwiegend die arbeitende Bevölkerung bilden (siehe Abbildung 6).
Bevölkerung im Erwerbsalter: mehr Ältere, weniger Jüngere	Eine weitere wichtige Entwicklung ist das durchschnittliche Altern der Bevölkerung im Erwerbsalter. Heute stellt die Altersgruppe der 35 bis 49-Jährigen die stärkste Altersgruppe mit fast 40 Prozent der Personen im Erwerbsalter. Im Jahr 2050 wird dies die Gruppe der 50 bis 64-Jährigen sein. Dies liegt vor allem daran, dass die Zahl der 20 bis 34-Jährigen von 16 Millionen auf 12 Millionen und die der 35 bis 49-Jährigen von 20 Millionen auf 14 Millionen im Zeitraum 2001 bis 2050 schrumpft, während sich die Zahl der 50 bis 64-Jährigen nur um 400.000 auf 15 Millionen Personen verringert. Somit verschiebt sich die Altersstruktur innerhalb der Gruppe der Personen im Erwerbsalter: Mehr Ältere stehen weniger Jüngeren gegenüber, das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Erwerbsalter wird deutlich ansteigen.
Es stellt sich nicht die Frage, ob der demographische Wandel eintritt,...	Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die schon heute aktuelle Alterung und der in den kommenden Jahren einsetzende Rückgang der Bevölkerung die Entwicklung unserer Gesellschaft zukünftig bestimmen werden. Wenngleich dieser Trend eindeutig ist, so ist die demographische Entwicklung ein komplexer Prozess, in dem z.B. durch die steigende Lebenserwartung einerseits der Schrumpfungsprozess der Population gemildert, andererseits aber die Alterung der Gesellschaft beschleunigt wird. Diese komplexen Wirkungszusammenhänge bedingen unter anderem, dass die einzelnen Schätzungen und Modellrechnungen nicht zwingend in ihrer berechneten Höhe eintreffen müssen. Doch an dem aufgezeigten Trend der demographischen Entwicklung besteht keinerlei Zweifel. Es stellt sich nicht die Frage, ob der demographische Wandel kommt, sondern nur wann und wie stark er eintreffen wird.
...sondern wann und wie stark!	

⁴ Das mittlere Alter gibt das Alter an, das die Bevölkerung in zwei zahlenmäßig gleiche Teile gliedert (Modalwert).

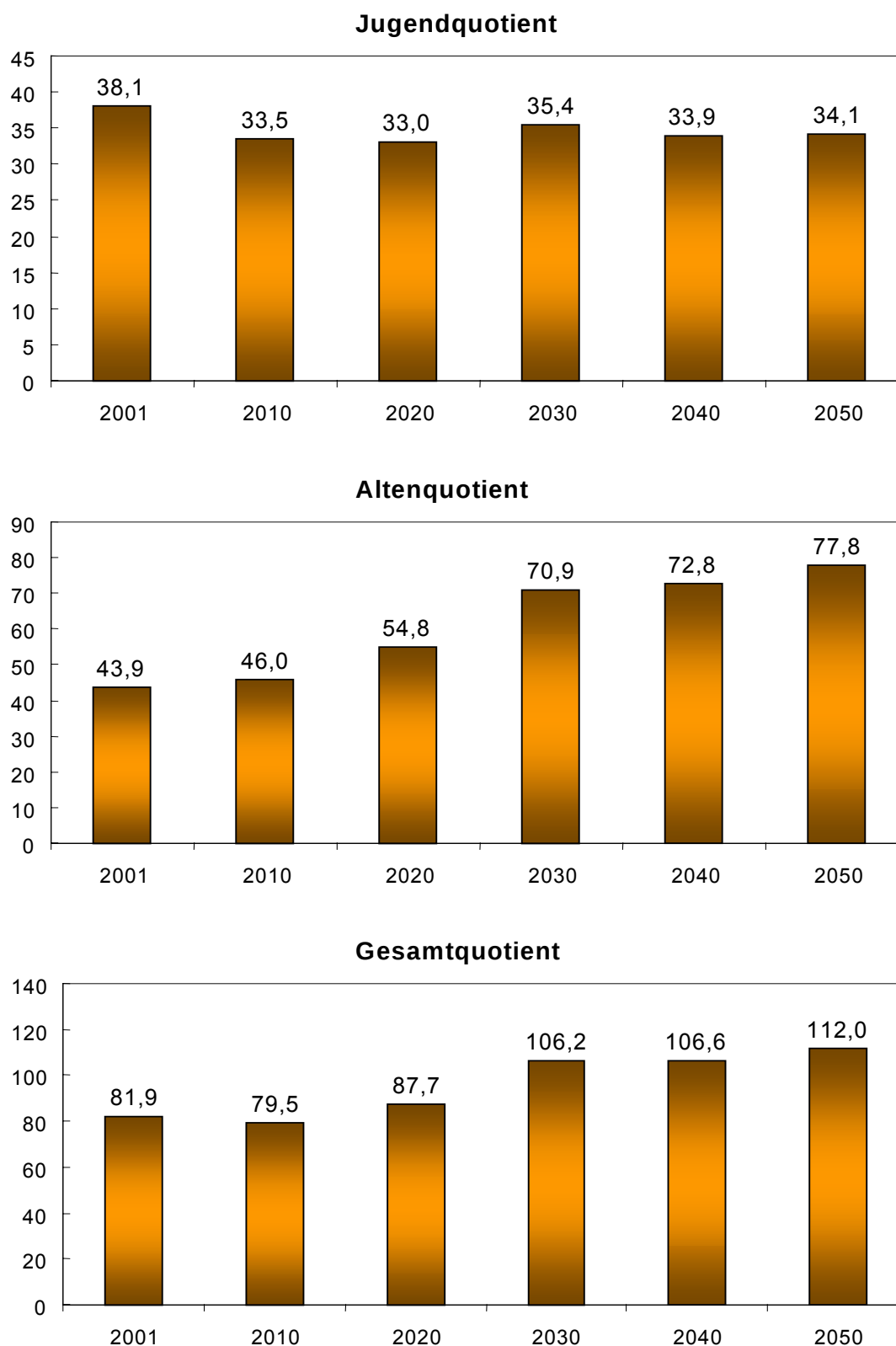


Abbildung 6: Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten in Deutschland 2001 bis 2050
(10. KBV Variante 5)
(Quelle: Statistisches Bundesamt, 2003b)

Fazit

Die bisherigen Betrachtungen lassen sich für Deutschland zu folgenden Kernaussagen zusammenfassen:

- Die Geburtenhäufigkeit stagniert auf niedrigem Niveau bei 1,4.
- Die Lebenserwartung steigt weiter an.
- Der Alterungsprozess der Bevölkerung setzt sich fort. Immer weniger junge werden immer mehr älteren Menschen gegenüberstehen.
- Die Zuwanderung kann die Alterung nicht aufhalten, sondern nur verlangsamen.
- Die Gesamtbevölkerung steigt noch leicht an und wird ab 2012 abnehmen (10. KBV, mittlere Variante).
- Das Durchschnittsalter der Personen im Erwerbsalter steigt.
- Der Gesamtquotient, d.h. das Verhältnis der 20 bis 59-Jährigen zu den unter 20 und über 59-Jährigen, steigt von 81,9 im Jahr 2001 bis auf 112 im Jahr 2050.

4.2 Demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein gesamt

In den folgenden Abschnitten wird die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein beschrieben. Es wird darauf eingegangen, inwieweit die schleswig-holsteinische Entwicklung mit der bundesweiten übereinstimmt bzw. von ihr abweicht.

Parallele Entwicklungen zum Bundesgebiet

Ebenso wie im Bundesgebiet werden im nördlichsten Bundesland durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau geboren. Auch die Entwicklung der Geburtenziffer über die letzten 40 Jahre verlief parallel zu jener des Bundesgebietes.

Zugleich ist die Lebenserwartung in Schleswig-Holstein wie in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich auch in Zukunft fortsetzen.

Die Wanderungssalden gegenüber den anderen Bundesländern und dem Ausland weichen in Schleswig-Holstein vom Bundesdurchschnitt ab. Verschiedene Trends hinsichtlich der Wanderungen zwischen den Bundesländern bescherten Schleswig-Holstein über die Jahre schwankende Salden, die zeitweise positiv oder negativ ausfielen. Wanderungsgewinne gab es im Zeitraum von 1991 bis 1998 vor allem gegenüber Hamburg, Westberlin und den neuen Bundesländern. Wanderungsverluste verzeichnete Schleswig-Holstein im selben Zeitraum insbesondere gegenüber Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg (vgl. Roloff, 2000, S. 120 f.).

Insgesamt positive Wanderungsbilanzen

Die Außenwanderungssalden Schleswig-Holsteins sind für die meisten Jahre positiv. So liegen diese in den Jahren 1990 bis 1992 besonders hoch. In den Jahren 1991 bis 1997 bestimmten insbesondere Zuzugsüberschüsse an Deutschen das Außenwanderungsgeschehen im Land. Diese Gewinne sind dadurch verursacht, dass Schleswig-Holstein im Ländervergleich relativ viele Aus- und Übersiedler aufgenommen hat (vgl. Roloff, 2000, S. 122). Seit Anfang der 60-er Jahre bis heute haben insgesamt positive Wanderungsbilanzen

in Schleswig-Holstein dazu geführt, dass die Verluste durch das Geburtendefizit mehr als ausgeglichen wurden.

Phasen verlangen zeitlich angepasste Maßnahmen

Diese drei demographiebestimmenden Faktoren – Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderung – werden ausschlaggebend für das Ausmaß der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und -veränderung in Schleswig-Holstein sein. Die kommenden Strukturveränderungen müssen jedoch nicht nur in ihrem Umfang, sondern auch in ihrer zeitlichen Dimension erkannt werden. Dabei ist zu beachten, dass sich die Altersstruktur bis ins Jahr 2050 phasenweise wandeln wird und somit nach zeitlich angepassten Maßnahmen verlangt. Die momentane und künftige Altersstruktur im Zeitverlauf bis 2050 ist in Abbildung 7 anhand von Bevölkerungspyramiden in den Schritten 2002, 2010, 2030 und 2050 dargestellt.

Derzeit Wellenberg um das 40. Lebensjahr herum

Wie die Bevölkerungspyramiden zeigen gibt es derzeit in Schleswig-Holstein wie auch in den übrigen Bundesländern besonders viele Menschen in einem Alter um die 40 Jahre. Die Ursache hierfür liegt in der hohen Geburtenhäufigkeit in den 60-er Jahren. Dem entsprechend ist in der Bevölkerungspyramide für 2002 ein „Wellenberg“ um das 40. Lebensjahr erkennbar (siehe Abbildung 7). Dieser Wellenberg liegt derzeit im erwerbsfähigen Alter, wird in den nächsten Jahrzehnten das Rentenalter durchwandern und anschließend das hochbetagte Alter erreichen. Sobald der Wellenberg der geburtenstarken Kohorten im Jahr 2030 das Rentenalter erreicht, führt dies zu einem stagnierenden Altenquotienten in Schleswig-Holstein.

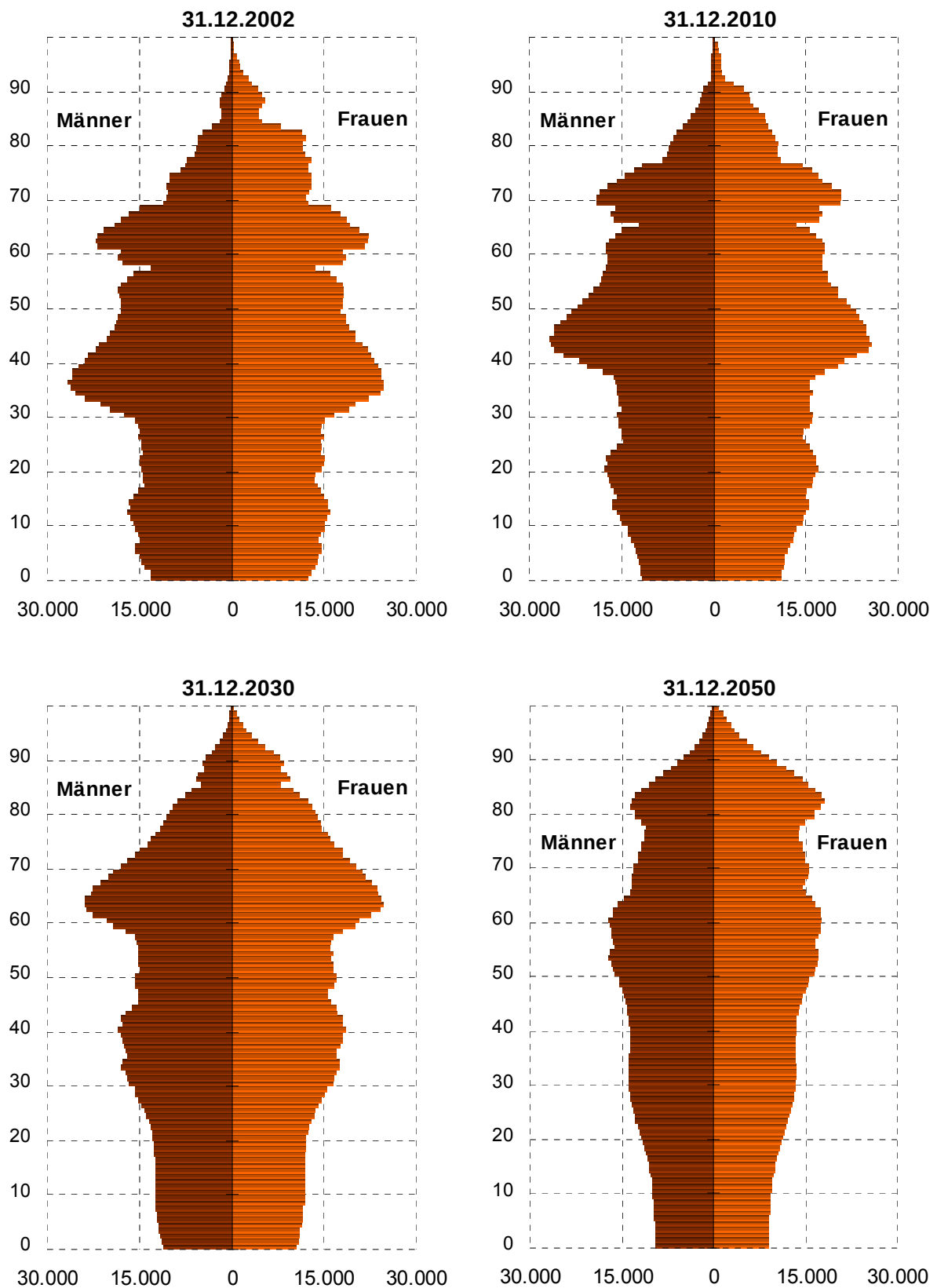


Abbildung 7: Altersaufbau der Bevölkerung in Schleswig Holstein 2002, 2010, 2030 und 2050
 (Quelle: Statistisches Landesamt, 2004, eigene Darstellung)

Perspektive 2030

Generell lässt sich sagen, dass sich bis zum Jahre 2030 in Schleswig-Holstein die entscheidenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur vollziehen werden: Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer werden bis dahin das Senioren- und Hochbetagtenalter erreicht haben, so dass die bis dahin fortschreitende Alterung der Gesellschaft ab dem Jahr 2030 nahezu konstant bleibt. Des weiteren wird die Bevölkerungszahl bereits im Jahr 2011 ihr Maximum erreicht haben und danach kontinuierlich abnehmen. Nach 2030 ist nicht mehr mit einer Zunahme der Bevölkerung bis zum Jahre 2050 zu rechnen. Diese Entwicklungen belegen, dass sich schon in den kommenden Jahrzehnten die ausschlaggebenden demographischen Effekte auswirken werden und frühzeitiges Handeln erforderlich machen.

Zukünftige Entwicklung nach der 10. KBV

Im Folgenden wird die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein anhand der 10. Koordinierten Vorausberechnung (10. KBV) für Schleswig-Holstein dargestellt. Die Aussagen beziehen sich dabei auf die untere der drei Varianten, die für Schleswig-Holstein gerechnet wurden. Ihr liegen folgende Annahme zugrunde:

- Ein Wanderungsgewinn von rund 220.000 Personen im Zeitraum 2002 bis 2050, darunter rund 65.000 aus dem Ausland,
- eine Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau und
- eine langsam steigende Lebenserwartung von 86,6 Jahren für Mädchen und 81,1 Jahren für Jungen im Jahre 2050. Dies entspricht in etwa einem Anstieg von sechs Jahren im Vergleich zu der Lebenserwartung zu Beginn des Jahrhunderts.

Ab 2020 modellhafte Weiterrechnung

Ab 2020 wurde für die Berechnungen nur mit Wanderungsgewinnen aus dem Ausland und nicht mit zu erwartenden Wanderungsgewinnen aus anderen Bundesländern gerechnet. Die Bevölkerungsvorausberechnung für den Zeitraum von 2020 bis 2050 ist eine modellhafte Weiterrechnung.

Entwicklung der Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein

Die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein wird voraussichtlich von heute bis 2011 auf 2,86 Millionen steigen und anschließend wieder sinken. Für das Jahr 2050 wird eine Bevölkerungszahl von 2,44 Millionen Personen prognostiziert, wobei ab Beginn der 20-er Jahre mit einer geringeren Einwohnerzahl als heute gerechnet werden kann (siehe Abbildung 8).

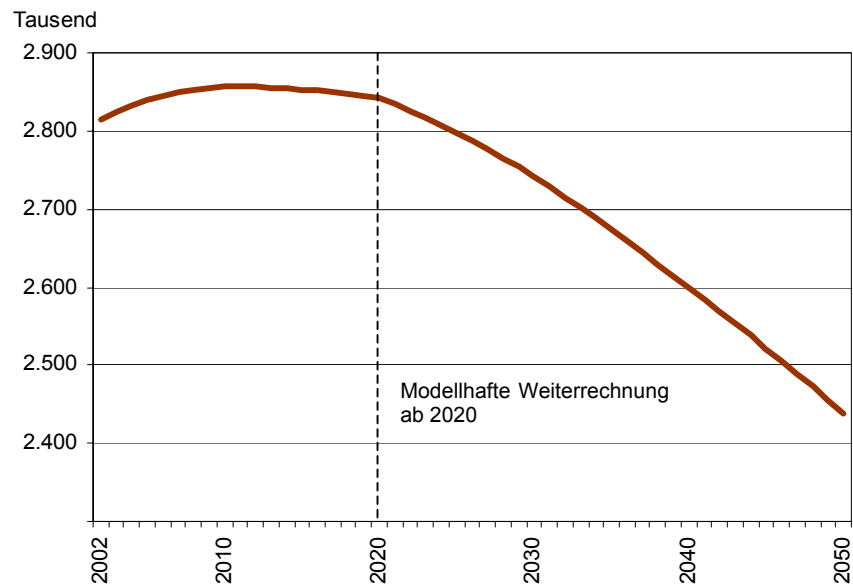


Abbildung 8: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050
(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004)

Schere zwischen Geborenenzahl und Sterbefällen öffnet sich

Der Rückgang der Bevölkerung in Schleswig-Holstein ist wie im Bundesgebiet im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich die Schere zwischen der Zahl der Geborenen und jener der Gestorbenen immer weiter öffnet (siehe Abbildung 9).

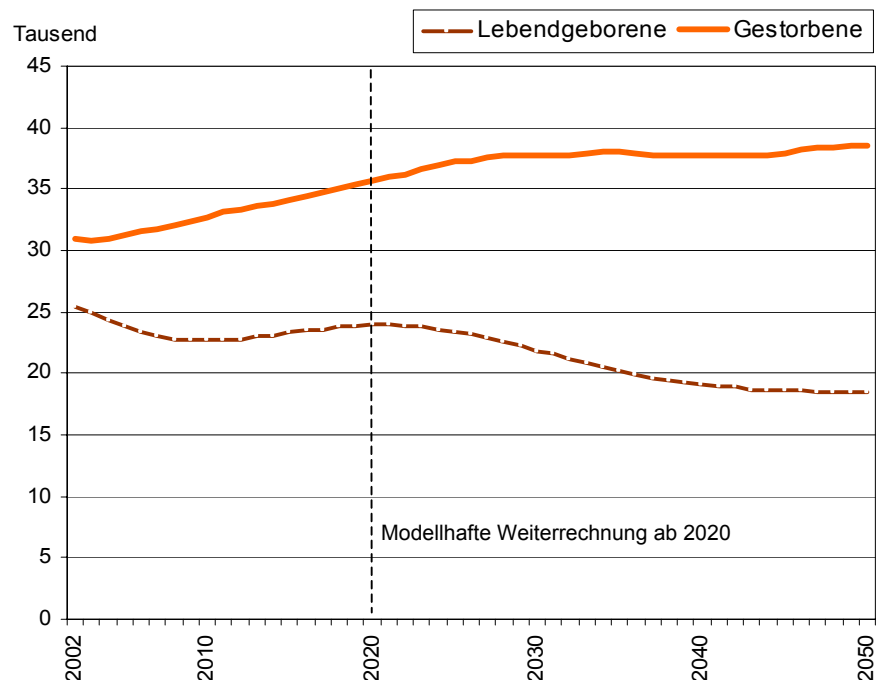


Abbildung 9 : Lebendgeborene und Gestorbene in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050
(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004)

Zukünftig werden Wanderungsgewinne die wachsende Differenz zwischen Gestorbenen und Lebendgeborenen in Schleswig-Holstein nicht mehr ausgleichen. Auch höhere als die in der Modellrechnung angenommenen Wanderungsgewinne werden die Entwicklung nur abschwächen aber nicht stoppen können. Trotz der Wanderungsgewinne und einer steigenden Lebenserwartung werden also mittelfristig weniger Menschen in Schleswig-Holstein leben.

Veränderung der Altersstruktur in Schleswig-Holstein

Mehr Seniorinnen und Senioren, weniger Jugendliche und Erwachsene

Aufbauend auf den vorangegangenen Untersuchungen zu Änderungen der Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein gilt es im Folgenden, den zukünftigen Wandel in der Bevölkerungsstruktur zu analysieren. Eine erste Analyse anhand dreier Altersgruppen zeigt auf, dass sich in Schleswig-Holstein neben der Bevölkerungszahl auch die Altersstruktur der Bevölkerung Schleswig-Holsteins stark verändern wird (siehe Abbildung 10). Während sowohl die Zahl der Jugendlichen (0 bis 20 Jahre) als auch die Zahl der Erwachsenen (20 bis 60 Jahre) langfristig sinkt, steigt die Zahl der Seniorinnen und Senioren (60 Jahre und älter) bis zum Jahr 2031 stark an.

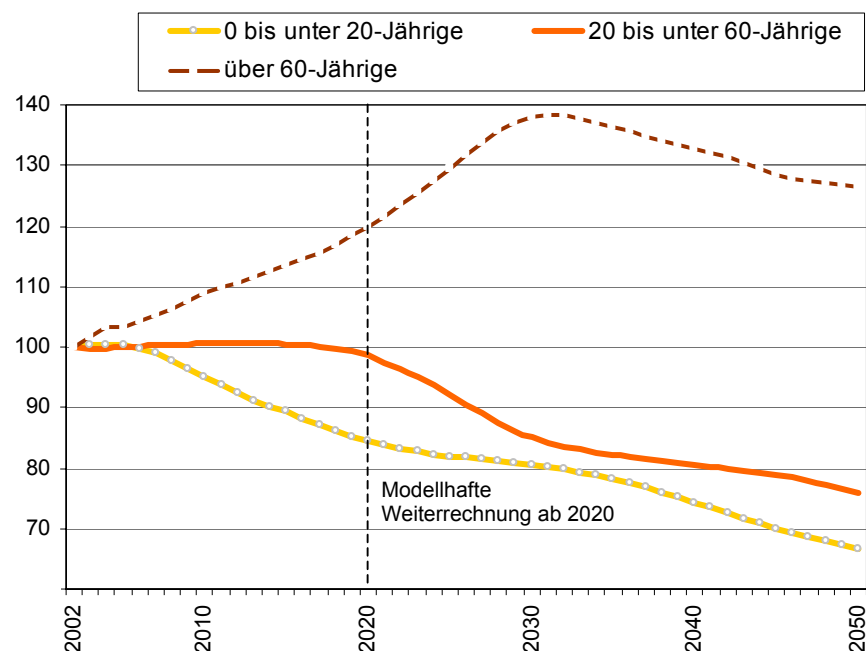


Abbildung 10: Entwicklung in drei Altersklassen in Schleswig-Holstein, 2002 bis 2050

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004)

Die demographischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein werden im Folgenden anhand der bildungsrelevanten Altersgruppe, den Personen im Erwerbsalter sowie der Altersgruppe der Senioren und Hochbetagten dargestellt. Aus einer solchen differenzierten Bevölkerungsanalyse lassen sich Rückschlüsse auf zukünftige Infrastrukturbedarfe, z.B. für die Bildung oder für Senioren, auf die zukünftige Wirtschafts- und Arbeitswelt oder Nachfrageveränderungen schließen.

Bildungsrelevante Altersgruppen	Definition der Altersgruppen Die bildungsrelevanten Altersgruppen umfassen die 3 bis unter 26-Jährigen. Weil die unterschiedlichen Bildungseinrichtungen von den Entwicklungen in verschiedenen Altersklassen betroffen sind, wird die Gruppe wie folgt aufgegliedert: ▪ 3 bis unter 6-Jährige (Kindergarten) ▪ 6 bis unter 10-Jährige (Grundschule) ▪ 10 bis unter 16-Jährige (Sekundarstufe I) ▪ 16 bis unter 19-Jährige (Sekundarstufe II, Ausbildung) ▪ 19 bis unter 26-Jährige (Ausbildung, Studium) In der heutigen Wissensgesellschaft, in der lebenslanges Lernen mehr und mehr als Notwendigkeit angesehen wird, erscheint die Beschränkung der bildungsrelevanten Phase auf diese Altersgruppen überholt. Sie wurde in dieser Studie übernommen, weil sie für die Planung von Bildungsinfrastruktur trotz der zunehmenden Bedeutung von lebenslangem Lernen wichtig bleibt (siehe auch Kapitel 5.2).
Personen im Erwerbsalter	Obwohl das tatsächliche Rentenalter bei 60 Jahren liegt, wird in der vorliegenden Studie das heutige gesetzliche Rentenalter von 65 Jahren zur Abgrenzung der Personen im Erwerbsalter herangezogen. Diese Festlegung basiert auf der Annahme, dass bis zum Jahr 2050 ein Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters auf 65 Jahre zu erwarten ist (vgl. Statistischen Bundesamt, 2003, S. 33). Vor diesem Hintergrund wurde das Erwerbsalter für diese Studie von 20 bis unter 65 Jahre festgelegt. Um die Alterungsdynamik innerhalb der Gruppe darzustellen, wurden drei Untergruppen gebildet: ▪ 20 bis unter 35-Jährige ▪ 35 bis unter 50-Jährige ▪ 50 bis unter 65-Jährige
Seniorinnen und Senioren	Für die Menschen im reifen Lebensalter existieren eine Vielzahl von Begrifflichkeiten (z.B. „Junge Alte“, „Neue Alte“, Senioren), deren Altersgrenzen unterschiedlich definiert werden. Um die Entwicklung innerhalb der Gruppe der Seniorinnen und Senioren darzustellen, wurden die folgenden Untergruppen gewählt: ▪ 60 bis 80-Jährige („Junge Alte“) ▪ über 80-Jährige (Hochbetagte)
Hochaltrigkeit	Die Altersgrenze zum Seniorenalter wurde für die vorliegende Studie in Anlehnung an die Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes mit 60 Jahren festgelegt, die Altersgrenze zwischen den „Jungen Alten“ und den Hochbetagten bei 80 Jahren. Diese Grenze soll helfen, den Bedarf an Hilfe- und Pflegeleistungen abschätzen zu können. Etwa ab „... dem Alter 80 bis 85 ist die Schwelle zu einem allgemeinen Altersabbau überschritten. Man wird anfälliger für Krankheiten (Multimorbidität), die geistige Leistungsfähigkeit nimmt ab, das Risiko der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit steigt stark an, Isolierung und Vereinsamung nehmen zu“ (Quelle: Mai, 2003, S. 112). In der Mehrzahl der Publikationen zu diesem Thema innerhalb des deutschen Sprachraums wird eine Altersgrenze von 80 Jahren zur Definition von Hochaltrigkeit angegeben (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 47).

Entwicklung in den bildungsrelevanten Altersklassen in Schleswig-Holstein

Mittelfristiger Anstieg bei den 16 bis unter 26-Jährigen

Insbesondere in den bildungsrelevanten Altersklassen der 3 bis unter 26-Jährigen zeichnen sich in den kommenden Jahren starke Rückgänge ab. In der Abbildung 11 ist eine allgemeine Tendenz einer Abnahme aller bildungsrelevanten Altersgruppen bis zum Jahr 2050 erkennbar. Dabei weisen einige dieser Altersklassen deutliche Unterschiede in der Entwicklung auf. So bestehen in der Entwicklung der Altersklassen der Sekundarstufe II (16 bis unter 19 Jahre) und der Altersklasse in Ausbildung und Studium (19 bis unter 26 Jahre) in den kommenden Jahren im Vergleich zu den jüngeren Jahrgängen signifikante Unterschiede: Beide Gruppen steigen bis auf 115 Prozent des Wertes des Jahres 2002 an. Die Gruppe der Sekundarstufe II erreicht das absolute Maximum schon im Jahr 2007, so dass die maximale Zahl der jungen Erwachsenen in Ausbildung und Studium erst im Jahr 2012 erwartet wird. Die geburtenstärkeren Jahrgänge von Anfang bis Mitte der 90-er Jahre wandern wie eine Welle durch diese Altersgruppen, bevor die Zahlen dann ab dem Jahr 2015 in beiden Altersklassen rapide abfallen.

Starke Rückgänge bei den 3 bis unter 16-Jährigen

Die Entwicklung aller anderen bildungsrelevanten Altersklassen verläuft relativ gleichgerichtet und unterscheidet sich von der oben beschriebenen. Während die Altersgruppen im Kindergartenalter (3 bis 6-Jährige) sowie diejenigen in der Sekundarstufe I (10 bis 16-Jährige) seit dem Jahr 2002 Rückgänge verzeichnen und sich ab 2018 bei rund 80 Prozent des Ausgangswertes kurzfristig einpendeln, kommt es in der Gruppe im Grundschulalter (6 bis 10-Jährige) bis 2005 zu einem leichten Anstieg. Danach ist jedoch auch hier bis zum Jahr 2030 mit starken Rückgängen bis auf etwa 80 Prozent des Niveaus des Jahres 2002 zu rechnen. Den Vorausberechnungen zufolge werden die Rückgänge in allen Altersklassen weiter zunehmen und im Jahr 2050 einen Wert von etwa 65 Prozent des Ausgangswertes des Jahres 2002 erreichen.

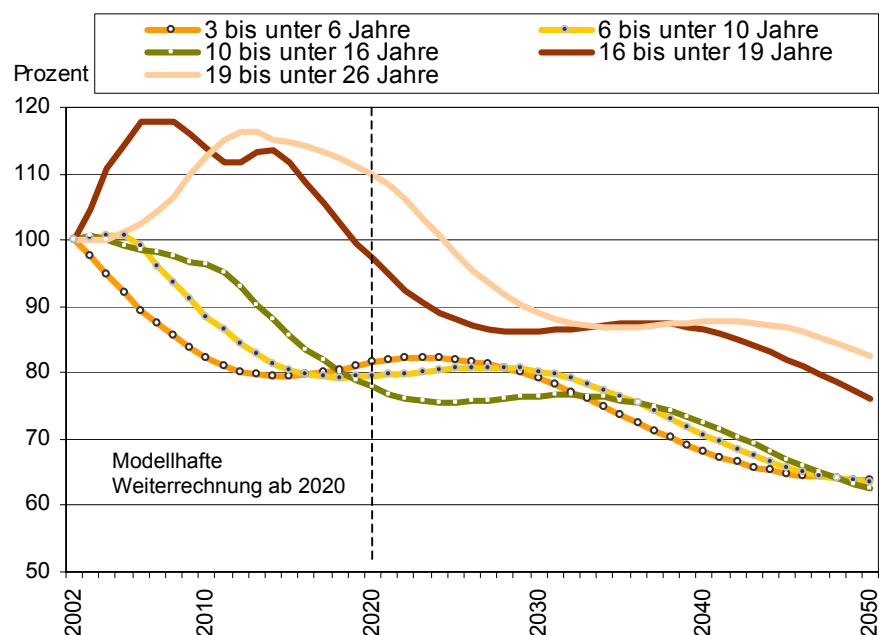


Abbildung 11: Entwicklung der bildungsrelevanten Altersklassen in Schleswig-Holstein 2002 bis 2020

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004 und eigene Berechnungen)

Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen liegen mittelfristig noch über dem heutigen Stand

Dies bedeutet für die Entwicklung der Schülerzahlen, dass an den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen in den nächsten Jahren mit Zuwächsen zu rechnen ist. An den Haupt- und Realschulen werden die Schülerzahlen bis ins Jahr 2009, an den Gymnasien etwa bis ins Jahr 2012 und an den Gesamtschulen wohl erst nach dem Jahr 2020 auf den Stand des Jahres 2003 zurückgehen. Die berufsbildenden Schulen erreichen das Maximum der Schülerzahlen im Jahr 2008, wobei diese auch 2020 noch knapp über dem Stand des Jahres 2003 liegen werden (vgl. MBWFK, 2003, S.2). Aus diesen Entwicklungen lassen sich Anpassungen der bildungsrelevanten Infrastrukturen ableiten. Während kurz- und mittelfristig insbesondere durch steigende Schülerzahlen ein Mehrbedarf an Infrastruktur besteht, sind die Infrastrukturbedarfe langfristig betrachtet für die bildungsrelevanten Altersklassen aufgrund der demographischen Entwicklung abnehmend. Dies bedeutet z.B., dass Konzepte für Infrastrukturen entwickelt werden müssen, die einerseits den kurzfristig höheren Bedarf decken, andererseits aber auch bei zukünftig abnehmenden Bedarf z.B. neuen Nutzungsformen zugeführt werden können.

Entwicklung der Personen im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein

Die Zahl der Personen im Erwerbsalter sinkt nach 2020 deutlich

Ab 2012 beginnt die Zahl der Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren in Schleswig-Holstein insgesamt zu sinken, wobei dieser Rückgang bis 2020 noch schwach ausfällt. Danach ist mit einer starken Abnahme bis etwa zum Jahr 2035 zu rechnen. Insgesamt wird die Bevölkerung im Erwerbsalter im Zeitraum von 2002 bis 2050 von gut 1,7 Millionen auf 1,3 Millionen Personen zurückgehen.

Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird schon heute älter

Auch innerhalb der Gruppe der Personen im Erwerbsalter ergeben sich Veränderungen. Vor allem die mittlere Altersgruppe der 35 bis unter 50-Jährigen wird nach 2010 in Schleswig-Holstein deutlich abnehmen. Im Jahr 2002 stellte sie mit knapp 40 Prozent den größten Anteil an der Bevölkerung im Erwerbsalter. Zwischen den Jahren 2010 und 2020 wird die Gruppe der 50 bis unter 60-Jährigen die stärkste Gruppe der Personen im Erwerbsalter werden (siehe Abbildung 12). Diese relative Alterung der Personen im Erwerbsalter findet ihre Begründung ebenfalls in dem Aufstieg der geburtenstarken Jahrgänge der heute 30 bis 40-Jährigen in höhere Altersklassen – dem „Durchwandern“ des Wellenbergs.

xx Anteil der Altersgruppe an der Bevölkerung im Erwerbsalter in Prozent

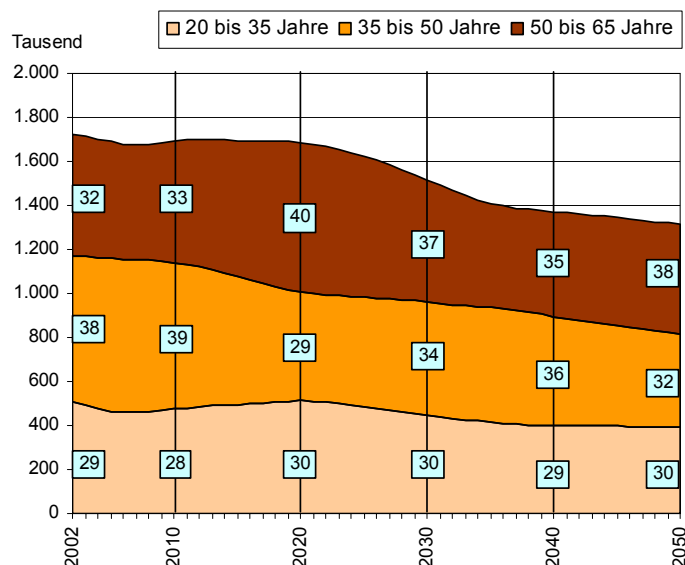


Abbildung 12: Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004 und eigene Berechnungen)

Entwicklung der Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein

Die Alterung der Bevölkerung setzt sich fort

Aus dem Durchlaufen des Wellenbergs werden sich auch Auswirkungen auf die demographische Entwicklung und Struktur der Altersklasse der Seniorinnen und Senioren sowie der Alterung der schleswig-holsteinischen Gesellschaft ergeben. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren steigt voraussichtlich bis zum Jahr 2031 stark an (siehe Abbildung 10), während die Zahl der Jugendlichen hingegen nach einem prognostizierten Wachstum bis zum Jahr 2004 bis 2050 kontinuierlich abnimmt. Wie die Abbildung 13 verdeutlicht, spiegelt sich diese Entwicklung in einem steigenden Altenquotienten von 46,7 im Jahr 2003 auf 77,0 im Jahr 2032 wider. Der Jugendquotient verzeichnet hingegen einen Rückgang auf 33,6 im Jahr 2020 und liegt im Jahr 2050 um knapp fünf Punkte unter dem Niveau des Jahres 2002.

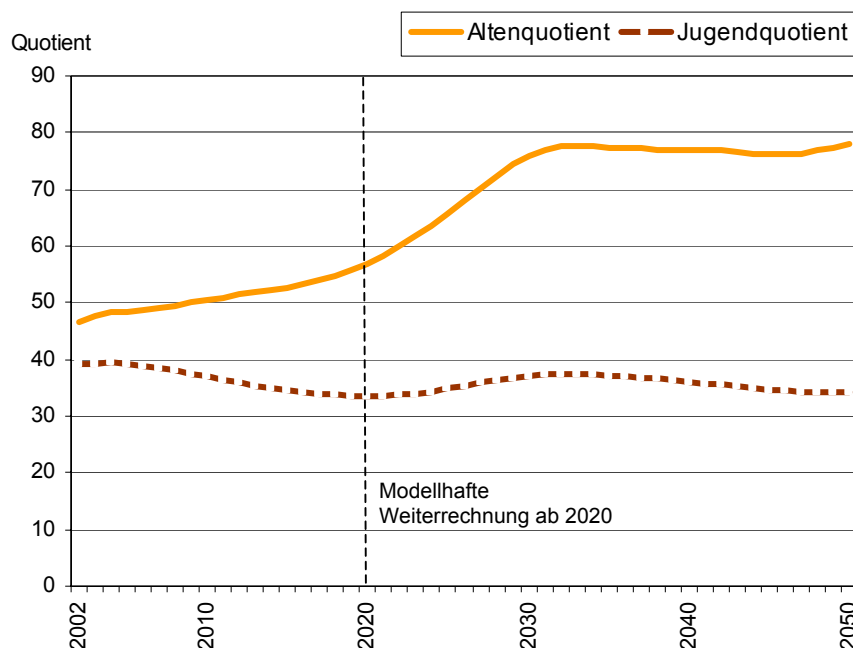


Abbildung 13: Entwicklung von Jugend- und Altenquotient in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004 und eigene Berechnungen)

Einfluss des Renteneintrittsalters auf den Altenquotienten

Eine Abgrenzung des Altenquotienten nach dem voraussichtlichen Renteneintrittsalter von 65 Jahren im Jahre 2050 hätte für Schleswig-Holstein eine günstigere Relation zwischen den Personen im Erwerbsalter und denen im Rentenalter zur Folge (siehe Abbildung 14).

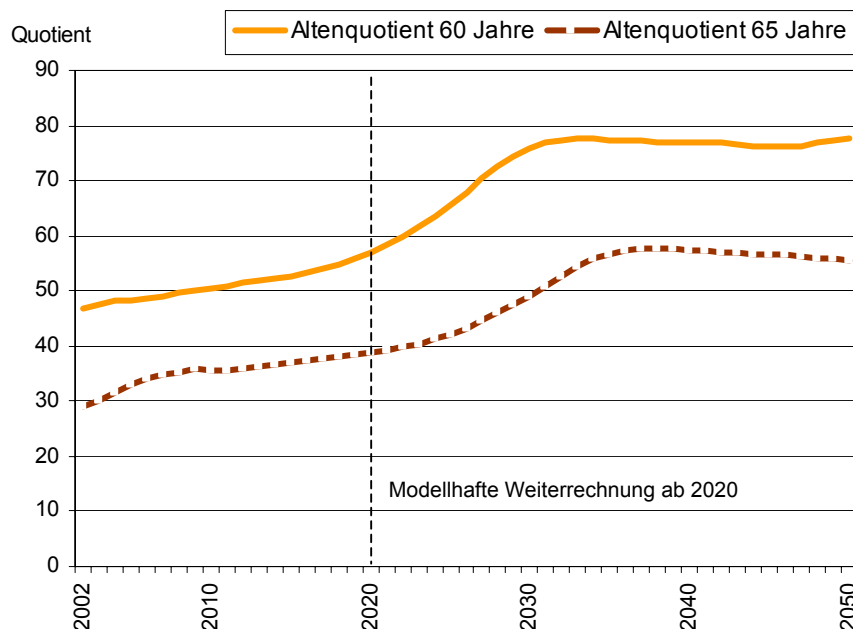


Abbildung 14: Entwicklung der Altenquotienten (60/65) in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004 und eigene Berechnungen)

Anteil der Hochbetagten verdreifacht sich bis 2050

Das Weiterwandern des Wellenbergs wird bis 2050 bewirken, dass sich der Anteil der Hochbetagten über 80 Jahre an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein voraussichtlich verdreifacht: Während der Anteil im Jahr 2002 bei 4,4 Prozent lag, wird für das Jahr 2050 ein Wert von 13,1 Prozent erwartet. Um diesen Anstieg der Zahl der Hochbetagten zu veranschaulichen, wurde als Maßzahl der „Greying-Index“ in den Bevölkerungswissenschaften entwickelt (vgl. Mai, 2003, S.117). Dieser Index verdeutlicht, wie viele Hochbetagte auf 100 Personen im Alter zwischen 60 und unter 80 Jahren kommen. Er beschreibt also das Verhältnis der „Jungen Alten“ zu den Hochbetagten innerhalb der Gruppe der Seniorinnen und Senioren (siehe Abbildung 15). Der starke Anstieg nach dem Jahr 2030 veranschaulicht, dass das „Durchwandern“ der geburtenstarken Jahrgänge aus den 60-er Jahren die Altersstruktur Schleswig-Holsteins auch nach dem Jahr 2030 noch nachhaltig prägen wird.

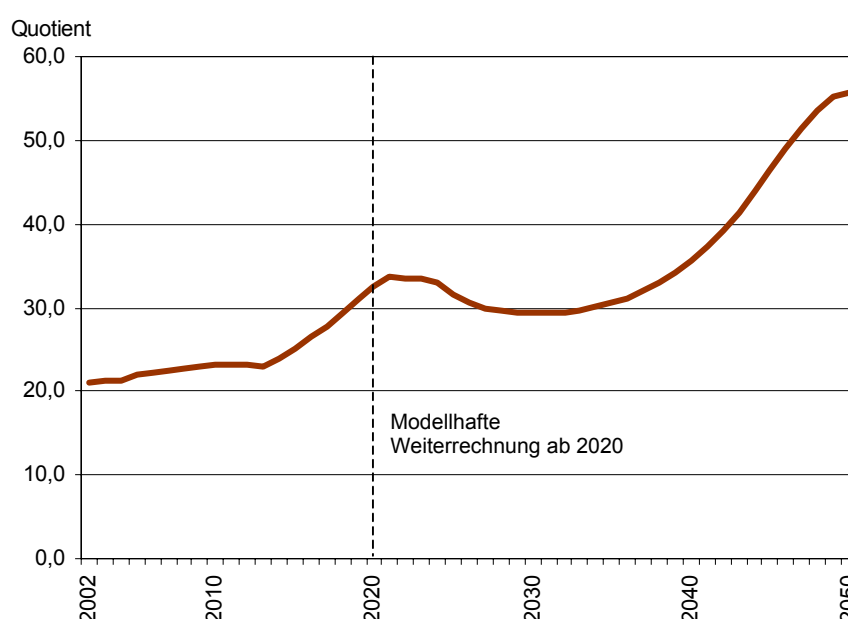


Abbildung 15: Entwicklung des Greying-Index in Schleswig-Holstein 2002 bis 2050
(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004 und eigene Berechnungen)

Aus den Analysen der Entwicklung der Seniorinnen und Senioren und der Hochbetagten lässt sich das Zwischenfazit ziehen, dass die Gesellschaft in Schleswig-Holstein altert und die Zahl der Seniorinnen und Senioren und Hochbetagten zunehmen wird. Hieraus ergeben sich Konsequenzen z.B. in Bereichen der Hilfs- und Pflegedienstleistungen oder auch in Veränderungen der Nachfragestrukturen. Auf diese Konsequenzen wird in den Themenfeldern (Kapitel 5.1 bis 5.4) ausführlicher eingegangen.

4.3 Regionale Entwicklungen in Schleswig-Holstein

Räumliche Differenzierung Bevölkerungsdynamiken treten häufig räumlich differenziert auf. So erreichte die internationale Migration bevorzugt die großen und wirtschaftlich dynamischen Städte und Regionen. Der „Pillenknicke“ begann zunächst in den Städten bevor er in die ländlichen Regionen vorstieß und auch der Anstieg der Lebenserwartung zeigt räumliche Muster. Der zusätzlich verstärkende oder abschwächende Einfluss der Binnenwanderungen hat ein komplexes regionaldemographisches Geschehen mit gegenläufigen Entwicklungen zum Ergebnis (vgl. BBR, 16.02.2004, S.1). Im Raumordnungsbericht 2003, herausgegeben vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, wird eine zunehmende räumliche Differenzierung demographischer Entwicklungen für Schleswig-Holstein erwartet. „Die nach wie vor sehr hohen Einwohnerzuwächse im Hamburg-Nachbarraum sowie der deutlich verlangsamte Einwohneranstieg in den ländlichen Räumen und die steigende Zahl von Gemeinden mit Einwohnerrückgängen in abgelegenen Teilen des Landes könnten erste Hinweise dafür sein, dass in den kommenden Jahren mit räumlich immer unterschiedlicheren Einwohnerentwicklungen gerechnet werden muss“ (Quelle: IM, 2003, S.10).

Regional angepasstes Handeln notwendig

Für die Entwicklung effektiver Maßnahmen zur Begegnung des demographischen Wandels reicht es also nicht aus, Schleswig-Holstein als Ganzes zu betrachten. Räumlich differenzierte Bevölkerungsdynamiken schaffen regionenspezifische Herausforderungen und verlangen regional angepasstes Handeln. In diesem Kapitel wird die zukünftige demographische Entwicklung für folgende Teilräume diskutiert:

- die elf Kreise in Schleswig-Holstein mit dem Hamburger Umland,
- die vier kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins
- und den ländlichen Raum.

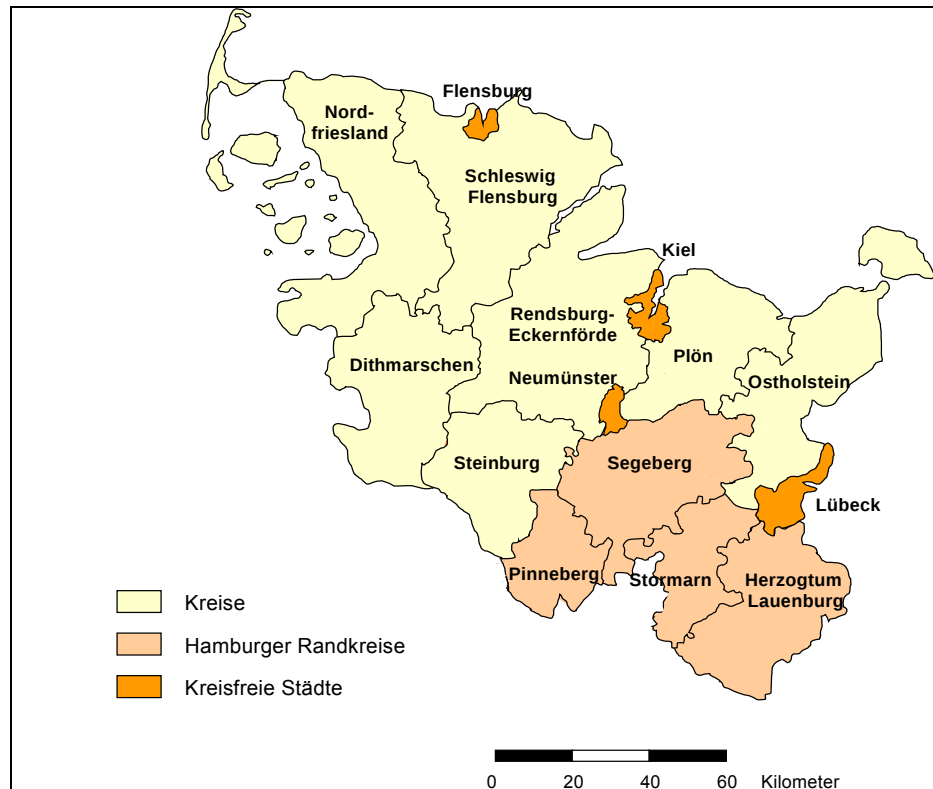


Abbildung 16: Kreise und kreisfreie Städte in Schleswig-Holstein

(Quelle: eigene Darstellung)

Unterschiedliche Entwicklungen in Kreisen und kreisfreien Städten

Die Entwicklungen in den Kreisen und kreisfreien Städten bis zum Jahr 2015 werden innerhalb dieses Kapitels einander gegenübergestellt, um die sich ergebenden Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen zu akzentuieren. Innerhalb der Analyse der Kreise wird auch auf die Entwicklung des Hamburger Randes, also der Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn eingegangen. Diese Region ist aufgrund der Nähe zur Metropole Hamburg durch besondere Stadt-Umland Beziehungen gekennzeichnet, so dass auch hier gesonderte demographische Entwicklungen zu erwarten sind.

Im Anhang sind Informationsblätter mit Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung für die einzelnen Teilräume (Kreise, kreisfreie Städte sowie zusätzlich zu den fünf Planungsräumen) zu finden. Sie dienen als differenzierte Ergänzung zu den vergleichenden Darstellungen im Text.

4.3.1 Vorausberechnung und tatsächliche Entwicklungen

Datengrundlage

Für die folgenden statistischen Analysen bildet die 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (9.KBV) für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2015 die aktuellste Datengrundlage. Bevor eingehender auf die regionale Analyse der demographischen Entwicklung eingegangen werden kann, erscheinen einige Anmerkungen zur Datengrundlage notwendig. Die koordinierten Vorausberechnungen der amtlichen Statistik werden zunächst vom Statistischen Bundesamt für Deutschland und die einzelnen Bundesländer herausgegeben. Eine Darstellung der zukünftigen demographischen Entwicklung auf Kreisebene erfordert zusätzliche

Berechnungen. Vor diesem Hintergrund hat das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein im Jahr 2000 auf Basis der unteren Variante der 9. KBV eine Vorausberechnung bis 2015 für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein erstellt.

Bevölkerungsvorausberechnungen unterliegen jedoch immer einem Fehlerisiko, das mit zunehmendem Regionalisierungsgrad steigt (vgl. ALR, 2003, S.7). Dies zeigt sich auch in dem Fall der zugrunde liegenden Vorausberechnung bis ins Jahr 2015. Diese Berechnungen haben sich bereits heute in einigen Teilen nicht mehr als zutreffend erwiesen.

Dennoch bleibt die 9. KBV als Basis für die regionalisierte Bevölkerungsentwicklung aus folgenden Gründen bestehen:

1. Die 9. KBV ist die aktuellste Datengrundlage für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein.
2. Trotz der Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung in den Jahren von 1999 bis 2003 gegenüber der 9. KBV stimmt die grundsätzliche Tendenz der eingetretenen demographischen Entwicklung für die Mehrzahl der schleswig-holsteinischen Regionen bis heute mit der vorausgerechneten überein. Die Aussagen der vorliegenden statistischen Ergebnisse haben somit in ihrer Tendenz Bestand. Aus diesem Grund wurde in den folgenden Ausführungen auf Detailzahlen verzichtet, die dafür in den Datenblättern im Anhang zu finden sind.

Im Einzelnen zeigt die 9. KBV für den Stichtag 01.01.2003 folgende Abweichungen in der Einwohnerzahl gegenüber der tatsächlichen Entwicklung seit 1999:

**Höhere Bevölkerungszahl
aufgrund von Wanderungsgewinnen**

Insgesamt gesehen lebten Anfang des Jahres 2003 gut 32.000 Personen (1,15 Prozent) mehr in Schleswig-Holstein als vorausgerechnet. Ursache für diese Abweichung sind in erster Linie höhere Wanderungsgewinne, insbesondere aus Mecklenburg-Vorpommern. Auch das Geburtendefizit fiel geringer als erwartet aus (vgl. IM, 2003, S. 7).

In fast allen Kreisen mit Ausnahme von Ostholstein und Dithmarschen hat sich die prognostizierte steigende Tendenz der Bevölkerung in den ersten Jahren des Berechnungszeitraums im Hinblick auf die tatsächliche Entwicklung bestätigt. Auch in der kreisfreien Stadt Neumünster verlief die Entwicklung nahezu wie vorausgerechnet; der prognostizierte Bevölkerungsrückgang für den Zeitraum 1999 bis 2003 trat ein. Für die anderen kreisfreien Städte war ebenfalls ein Bevölkerungsrückgang vorausgerechnet, jedoch lebten in Kiel, Lübeck und Flensburg am 01.01.2003 tatsächlich jeweils mehr Einwohnerinnen und Einwohner als zu Anfang des Jahres 2000. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die geringeren Wanderungsverluste gegenüber dem Umland und die steigenden Wanderungsgewinne aus anderen Teilen Deutschlands sowie aus dem Ausland zurückzuführen (vgl. IM, 2003, S. 10). Somit sind insbesondere in den kreisfreien Städten Abweichungen in der Entwicklungstendenz zwischen Prognose und tatsächlicher Entwicklung erkennbar. Zudem ist in Kiel die Abweichung von Prognose und tatsächlicher Entwicklung insgesamt am größten.

Verbindliche Grundlage für Planung

Nicht zuletzt wegen der bei einigen Kreisen und kreisfreien Städten deutlich erkennbaren Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Vorausberechnung 1999 und der tatsächlich eingetretenen Entwicklung ist eine Aktualisierung der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein auf Basis der bereits vorliegenden 10. KBV dringend erforderlich. Ergebnisse hierzu werden vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein allerdings frühestens Anfang 2005 vorgelegt werden können.

In den folgenden Ausführungen zu der demographischen Entwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins wird davon ausgegangen, dass die in der 9. KBV prognostizierten Entwicklungen bis zum Jahr 2015 tendenziell eintreten werden. In den folgenden Ausführungen stehen daher auch die demographischen Entwicklungstendenzen gegenüber den absoluten Zahlenwerten im Vordergrund.

4.3.2 Demographische Entwicklungen in den Kreisen und kreisfreien Städten

Im folgenden Kapitel wird die demographische Entwicklung auf regionaler Ebene in Schleswig-Holstein bis ins Jahr 2015 untersucht. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl sowie die Veränderung der Bevölkerungsstruktur werden sowohl für die Kreise allgemein, für die Hamburger Umlandkreise im Besonderen sowie für die kreisfreien Städte und den ländlichen Raum analysiert.

Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten

Bevölkerungszahl wächst

In den Kreisen Schleswig-Holsteins wird die Gesamteinwohnerzahl im Jahr 2015 um insgesamt zirka 55.000 Personen höher liegen als noch 1999. Außer in Steinburg, Pinneberg und Ostholstein wird zwischen den Jahren 1999 und 2015 in allen Kreisen ein Bevölkerungszuwachs erwartet. Im Kreis Segeberg fällt dieser mit einem Plus von über 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern am deutlichsten aus. Grundsätzlich werden besonders hohe Zuwächse in den Umlandkreisen der kreisfreien Städte Kiel, Flensburg und Neumünster sowie im Nachbarraum zu Hamburg u.a. aufgrund von Stadt-Umland Wanderungen erwartet (siehe Abbildung 17). Allein im Hamburger Umland wird die Bevölkerung um rund 24.000 bis zum Jahr 2015 zunehmen, womit 45 Prozent des gesamten Bevölkerungszuwachses in den Kreisen auf die Hamburger Randkreise entfällt. Während hingegen in den Kreisen Steinburg und Pinneberg die prognostizierten Bevölkerungsrückgänge sehr gering sind, bildet der Kreis Ostholstein mit einem berechneten Minus von weit über 6.000 Personen bis ins Jahr 2015 eine deutliche Ausnahme bei der Bevölkerungsentwicklung in den schleswig-holsteinischen Kreisen. Die Ursache hierfür liegt in dem schon heute hohen Anteil an Seniorinnen und Senioren, die altern und später versterben werden. Diese natürliche Entwicklung mit einer erhöhten Mortalitätsrate führt zu einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang in Ostholstein.

Ausnahmen: Ostholstein, Steinburg und Pinneberg

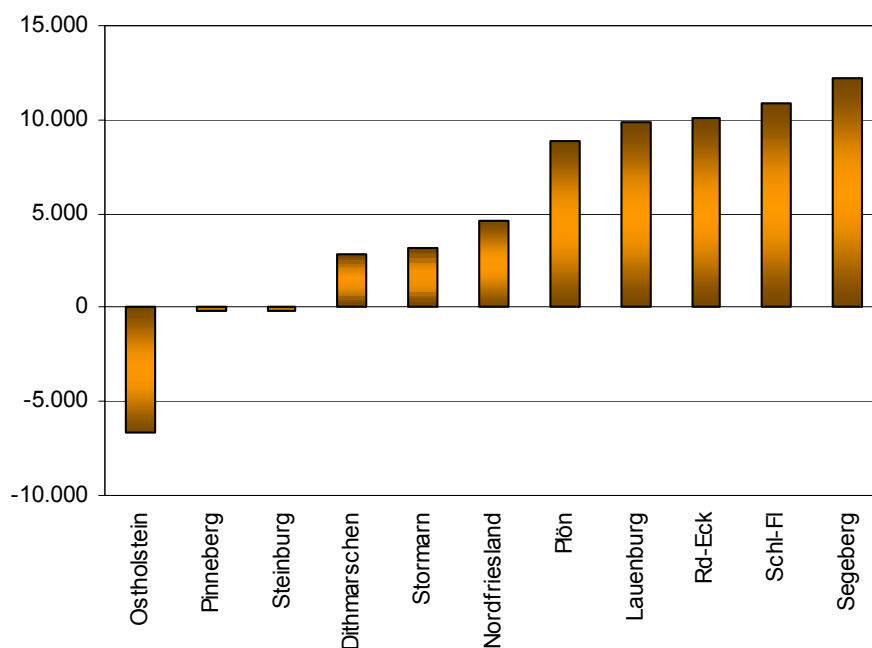


Abbildung 17: Entwicklung der Bevölkerungszahl in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2000)

Bevölkerungszuwachs hauptsächlich bis 2010

Die Zuwächse bei den Einwohnerzahlen der Kreise werden hauptsächlich bis ins Jahr 2010 erwartet, danach flachen diese deutlich ab oder kehren sich bereits um. Die Bevölkerungsmaxima werden im Allgemeinen vor dem Jahr 2015 erreicht. Ein andauerndes Wachstum mit einem Maximum im Jahr 2015 wird lediglich für die Kreise Herzogtum Lauenburg, Plön und Schleswig-Flensburg prognostiziert.

Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen

Die demographische Entwicklung bis ins Jahr 2015 in den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster unterscheidet sich deutlich von derjenigen in den Kreisen. Grundsätzlich ist herauszustellen, dass hier die Bevölkerungszahlen stärker sinken und die Rückgänge früher einsetzen, denn für die kreisfreien Städte spielen neben der bereits heute überdurchschnittlich alten Bevölkerungsstruktur die Stadt-Umland Wanderungen eine besondere Rolle. Die Wanderungsverluste in die Umlandgemeinden haben sich zwar in den letzten Jahren in Kiel, Flensburg und Lübeck abgeschwächt, die negative Tendenz hat sich allerdings bis heute bestätigt. Gerade Familien mit Kindern verlassen die Städte (vgl. IM, 2003, S. 13ff.). Daher werden neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung mit einer erhöhten Mortalitätsrate in den höheren Altersklassen, angelegt in der Altersstruktur, Wanderungsverluste bis ins Jahr 2015 zu erheblichen Einwohnerrückgängen in den kreisfreien Städten führen (siehe Abbildung 18). Insbesondere für die Landeshauptstadt Kiel wird ein Bevölkerungsrückgang von fast 15 Prozent aufgrund starker Stadt-Umlandwanderungen erwartet.

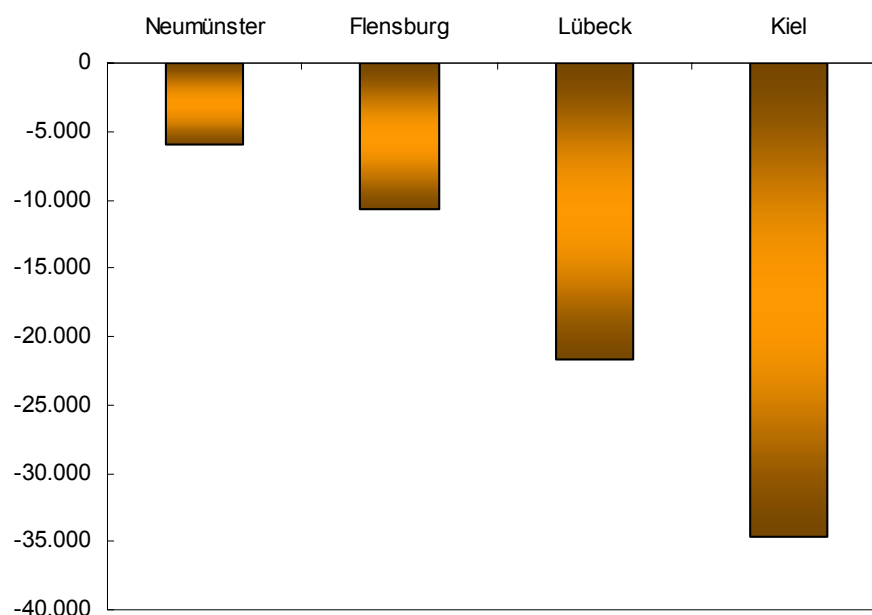


Abbildung 18: Entwicklung der Bevölkerungszahl in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2000)

Zwischenfazit: Bevölkerungszahl

Die Betrachtungen der Bevölkerungsentwicklungen in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins lassen sich zu folgendem Fazit zusammenfassen: Während die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2015 in fast allen Kreisen ansteigt, verzeichnen die kreisfreien Städte im selben Zeitraum zum Teil deutliche Bevölkerungsrückgänge. Insbesondere die Stadt-Umland Wanderungen sind ein Grund für die Bevölkerungsrückgänge in den kreisfreien Städten, während sie bei den umliegenden Kreisen für Zuwächse sorgen. Besonders hohe Zuwächse sind aufgrund der Nähe zur Freien und Hansestadt im Hamburger Umland zu verzeichnen.

Veränderung der Bevölkerungsstruktur in den Kreisen und kreisfreien Städten

Neben den Bevölkerungszahlen wird sich auch die Bevölkerungsstruktur in den schleswig-holsteinischen Kreisen und kreisfreien Städten im Zuge des demographischen Wandels verändern. Die zu erwartenden Entwicklungen werden im Folgenden zunächst für die Bevölkerung allgemein und anschließend anhand der bildungsrelevanten Altersgruppen, der Personen im Erwerbsalter sowie den Seniorinnen/Senioren und den Hochbetagten aufgezeigt – wiederum zunächst nach Kreisen einschließlich des Hamburger Randes sowie nach kreisfreien Städten gegliedert.

Gewinne bei den Seniorinnen und Senioren und Verluste bei den Jugendlichen

Eine Betrachtung der drei großen Altersgruppen der Jugendlichen (0 bis 20 Jahre), der Erwachsenen (20 bis 60 Jahre) und der Seniorinnen und Senioren (60 Jahre und älter) verdeutlicht, dass die Bevölkerung in den Kreisen Schleswig-Holsteins altert. Dementsprechend sinkt die Zahl der Jugendlichen in allen Kreisen. Die relativen Verluste liegen hier zwischen sechs und zehn Prozent. Nur in Ostholstein sind die Verluste bei der jungen Bevölkerung mit über 20 Prozent und einem Minus von etwa 8.000 Personen deutlich höher. Bei den erwachsenen Personen über 20 und unter 60 Jahren sind die

Veränderungen mit durchgängig nicht mehr als sechs Prozent für den Berechnungszeitraum nicht so gravierend wie in den anderen beiden Gruppen. Die relativen Zuwächse bei den Seniorinnen und Senioren sind indessen mit rund 38 Prozent im Kreis Segeberg besonders hoch. Insgesamt gilt für den gesamten Hamburger Rand, dass hier die Zahl der Seniorinnen und Senioren mit fast 29 Prozent stark zunehmen wird.

Sinkender Jugendquotient und steigender Altenquotient

Auch das Verhältnis der drei großen Altersgruppen, ausgedrückt im Jugend- und im Altenquotient, verändert sich entsprechend: Während der Jugendquotient sinkt, steigt der Altenquotient in allen Kreisen. Besonders stark sind die Zuwächse beim Altenquotienten in Stormarn, Segeberg und Pinneberg. In den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland sind die Zuwächse des Altenquotienten zwischen den Jahren 1999 und 2015 am geringsten (siehe Abbildung 19). Insgesamt wird der Altenquotient im Jahr 2015 im Kreis Ostholstein mit einem Wert von 59 aufgrund der stark abnehmenden Zahl Jugendlicher am höchsten sein. Für die Gruppe der Hamburger Randkreise gilt, dass aufgrund hoher Zuwachsraten bis zum Jahr 2015 der Altenquotient von rund 38 auf über 51 ansteigen wird. Dies bedeutet, dass hier die Bevölkerung besonders stark altert. In allen Kreisen liegt für den Berechnungszeitraum das Minimum der Entwicklung des Altenquotienten im Jahr 1999 und das Maximum im Jahr 2015.

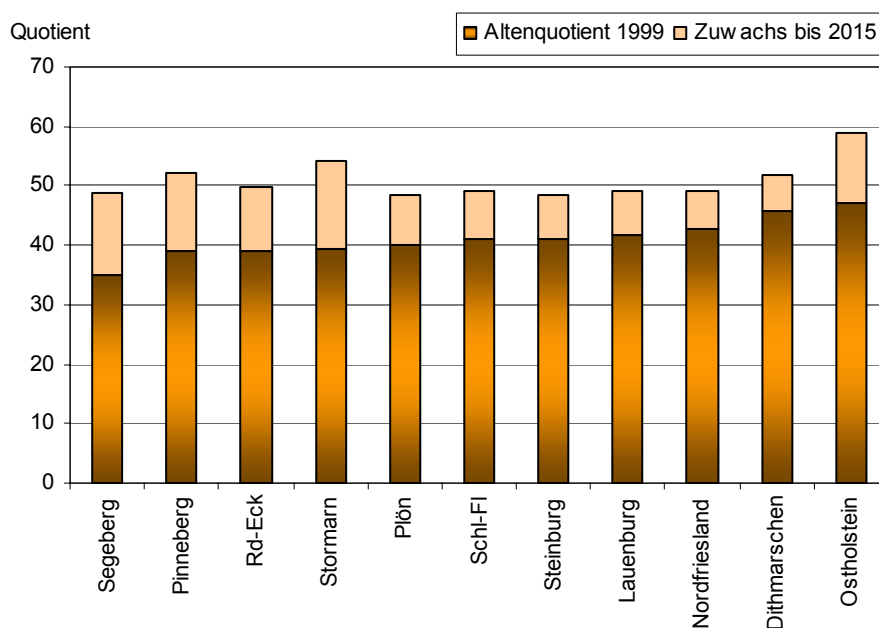


Abbildung 19: Entwicklung des Altenquotienten in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2004 und eigene Berechnungen)

Starke Verluste bei den Jugendlichen und nur leichte Gewinne bei den Seniorinnen und Senioren

Auch in den kreisfreien Städten wird sich die Bevölkerungsstruktur zunehmend verändern. Die Abnahme der Bevölkerung betrifft hier besonders die Altersgruppe der Jugendlichen mit Rückgängen von knapp 13 Prozent in Neumünster und bis zu rund 23 Prozent in Kiel. Auch bei der Gruppe der Erwachsenen, also den 20 bis 60-Jährigen, wird mit Verlusten gerechnet, die allerdings mit Rückgängen von etwa 11 in Neumünster bis rund 18 in Kiel nicht so hoch ausfallen wie bei den Jugendlichen. Die Zahl der Seniorinnen

Sinkender Jugend- und steigender Altenquotient in den kreisfreien Städten

und Senioren wird zwischen den Jahren 1999 und 2015 in allen kreisfreien Städten um etwa 1 bis 6 Prozent ansteigen, wobei die Zuwächse hier deutlich geringer sind als in den Kreisen.

Der Jugendquotient sinkt aufgrund dieser Entwicklung in allen vier kreisfreien Städten, während der Altenquotient zunimmt. Der Rückgang des Jugendquotienten ist jedoch relativ gering, da die Tendenz nicht nur bei den Jugendlichen sondern auch bei den Erwachsenen rückläufig ist. Die Zuwächse beim Altenquotienten liegen in den kreisfreien Städten zwischen sieben und zehn Prozent (siehe Abbildung 20). Diese Entwicklung belegt, dass die Bevölkerung der kreisfreien Städte altert, wenngleich die Alterung hier im Vergleich zu den Kreisen abgeschwächt wird, da die Zahl der Seniorinnen und Senioren zwischen den Jahren 1999 und 2015 nur geringfügig ansteigt.

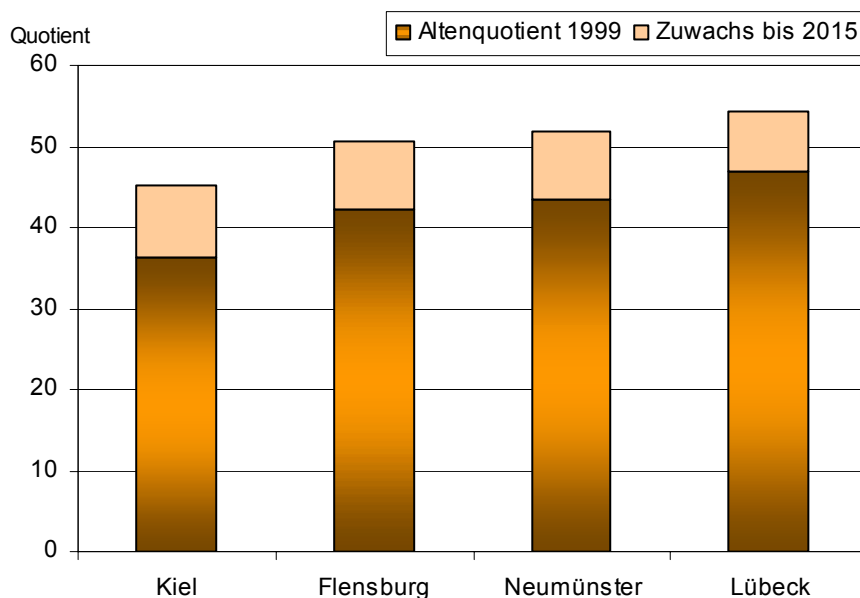


Abbildung 20: Entwicklung des Altenquotienten in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten von 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt 2000 und eigene Berechnungen)

Zwischenfazit: Bevölkerungsstruktur

Für die Veränderung der Bevölkerungsstruktur lässt sich insgesamt bilanzieren, dass sowohl in den Kreisen als auch in den kreisfreien Städten die Zahl der Jugendlichen bis 2015 stark zurückgeht. Während in den Kreisen im gleichen Zeitraum ein starker Anstieg der Seniorinnen und Senioren zu beobachten ist, sind für diese Altersklasse in den kreisfreien Städten nur geringe Zuwächse zu verzeichnen. Insgesamt altert die Bevölkerung in allen Landesteilen Schleswig-Holsteins, wenngleich der Alterungsprozess in den kreisfreien Städten schwächer ausgeprägt ist als in den Kreisen. Insbesondere für die Region des Hamburger Randes gilt, dass vor allem aufgrund der starken Zunahme von Seniorinnen und Senioren die Bevölkerung hier am stärksten altert.

Bildungsrelevante Alterklassen

Bildungsrelevante Altersklassen

Bei den bildungsrelevanten Altersklassen der 3 bis unter 26-Jährigen verändert sich die Zahl der Bevölkerung zwischen den Jahren 1999 und 2015 in den schleswig-holsteinischen Kreisen nur geringfügig. Ausnahmen sind ein Zuwachs um gut 2.000 Personen (rund 5 Prozent) im Kreis Herzogtum Lauenburg und ein Minus von über 4.000 jungen Menschen (fast 10 Prozent) in Ostholstein. Innerhalb dieser Gruppe werden allerdings stark unterschiedliche Entwicklungen in den verschiedenen Altersklassen erwartet. Den unteren Altersklassen bis unter 16 Jahre wird für alle Kreise ein bereits zu Beginn des Berechnungszeitraums einsetzender Rückgang prognostiziert. Dies gilt in erster Linie für die Gruppen im Kindergarten- und Grundschulalter, jedoch weniger stark und einheitlich für die Gruppe der 10 bis unter 16-Jährigen, also die Sekundarstufe I. Die Zahlen der Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter liegen im Jahr 2015 zumeist um rund 20 Prozent niedriger als im Jahr 1999. In Ostholstein, Steinburg und Stormarn liegt der Rückgang in diesen Altersgruppen mit rund 30 Prozent deutlich höher. In allen Kreisen sind in den Altersklassen der Sekundarstufe II (16 bis 19-Jährige) und der Personen im Alter von Ausbildung und Studium (19 bis unter 26-Jährige) zwischen den Jahren 1999 und 2015 Gewinne zu erwarten mit Ausnahme der Sekundarstufe II in Ostholstein. Die Gewinne bei der Sekundarstufe II führen in der Regel zu einem Maximum in den Jahren 2007 bis 2010 und fallen generell niedriger aus als in der Altersklasse von Studium und Ausbildung, die ihr Maximum zwischen 2013 und 2015 erreichen. Grundsätzlich sind im Hamburger Rand dieselben Entwicklungen bei den bildungsrelevanten Altersklassen zu beobachten mit der einzigen Ausnahme, dass das Maximum der Sekundarstufe II erst 2014 erreicht wird.

Rückgänge im Kindergarten- und Grundschulalter

Verluste in allen Gruppen der bildungsrelevanten Altersklassen in den kreisfreien Städten

Im Gegensatz zu der Entwicklung in den Kreisen sind in den kreisfreien Städten bei den bildungsrelevanten Altersklassen in allen Altersgruppen bis ins Jahr 2015 Verluste zu erwarten, auch bei den Altersgruppen der Sekundarstufe II und in Ausbildung und Studium, die bereits zu Anfang des Berechnungszeitraums Rückgänge verzeichnen. Mit einer Abnahme der Zahlen bei den bildungsrelevanten Altersklassen um fast ein Viertel sind besonders Flensburg und Kiel stark betroffen. Lübeck verliert zwischen den Jahren 1999 und 2015 mehr als 7.000 Einwohnerinnen und Einwohner (rund 15 Prozent) in dieser Altersgruppe. Bei der Altersklasse in Ausbildung und Studium ist das Minus in der Universitätsstadt Kiel besonders gravierend. Hier wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im jungen Erwachsenenalter von 19 bis 26 Jahren zwischen den Jahren 1999 und 2015 um fast 7.000 Personen und damit um mehr als 30 Prozent zurückgehen.

Zwischenfazit: Bildungsrelevante Altersgruppen

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass in den kreisfreien Städten alle bildungsrelevanten Altersgruppen, insbesondere in Kindergarten und Grundschule sowie in Ausbildung und Studium, bis zum Jahr 2015 an Bevölkerung verlieren, während dies in den Kreisen nur auf die bildungsrelevanten Altersgruppen unter 16 Jahren, also Kindergarten, Grundschule und Sekundarstufe I, zutrifft. Die Altersgruppen der Sekundarstufe II und in Ausbildung und Studium nehmen in den Kreisen teilweise sogar bis zum Jahr 2015 zu, insbesondere im Hamburger Rand.

Personen im Erwerbsalter

Entwicklung bei den Personen im Erwerbsalter

Die Entwicklungen der Personen im Erwerbsalter werden vor allem durch den zentralen Effekt des durchwandernden Wellenbergs der geburtenstarken Jahrgänge bestimmt, die bis 2015 in die Altersklasse zwischen 50 und 65 Jahren aufrücken werden. Die Zahl der Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) entwickelt sich in den Kreisen zwischen den Jahren 1999 und 2015 uneinheitlich (siehe Abbildung 21). In Schleswig-Flensburg, Plön und Herzogtum Lauenburg werden Zuwächse erwartet, während in Dithmarschen und Nordfriesland die Zahl der Personen im Erwerbsalter im Jahr 2015 nahezu auf dem Niveau des Jahres 1999 verharret. In allen anderen Kreisen hingegen wird mit Rückgängen gerechnet, die im Kreis Pinneberg mit einem Minus von etwa 14.000 Personen (7,4 Prozent) am höchsten ausfallen. Generell konzentriert sich der Rückgang der Personen im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein in erster Linie auf den Hamburger Rand und den Kreis Ostholstein.

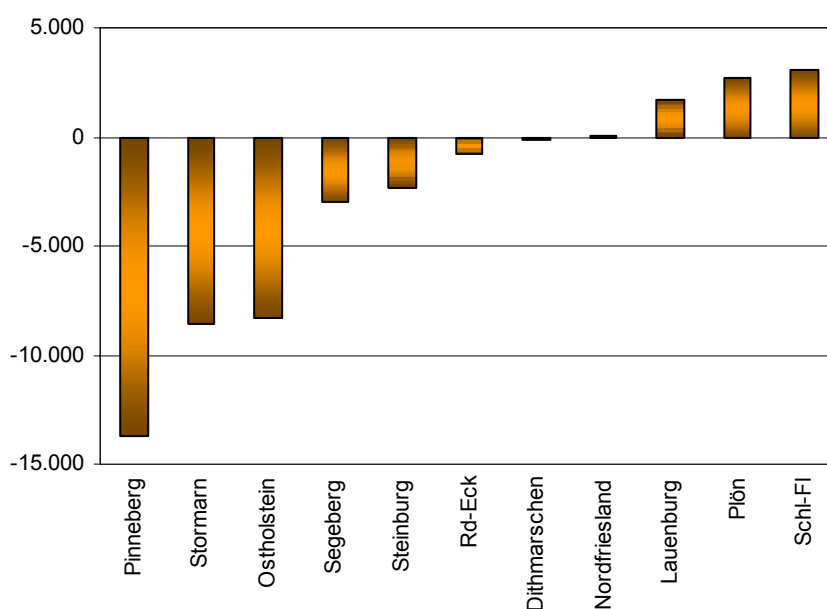


Abbildung 21: Entwicklung der Zahl der Personen im Erwerbsalter in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2000 und eigene Berechnungen)

Die Gruppe der Personen im Erwerbsalter altert in allen Kreisen

Auch die Zusammensetzung der Personen im Erwerbsalter verändert sich bis zum Jahr 2015 in den schleswig-holsteinischen Kreisen. So wird in allen Kreisen die Personengruppe der 20 bis unter 35-Jährigen erheblich zurückgehen, während die Gruppe der älteren Arbeitnehmer über 50 Jahre ansteigt. Die Entwicklung bei den 35 bis unter 50-Jährigen verläuft hingegen in den einzelnen Kreisen unterschiedlich. Insgesamt gesehen wird die Personengruppe im Erwerbsalter zwischen den Jahren 1999 und 2015 in allen Kreisen deutlich altern.

Entwicklung der Zahl der Personen im Erwerbsalter

Auch die Zahl der Personen im Erwerbsalter wird in allen kreisfreien Städten im Jahr 2015 niedriger sein als im Jahr 1999. Die relativen Verluste liegen zwischen etwa 12 Prozent in Neumünster und rund 18 Prozent in Kiel. Wie Abbildung 22 verdeutlicht, sind die Verluste in Kiel und Lübeck besonders hoch.

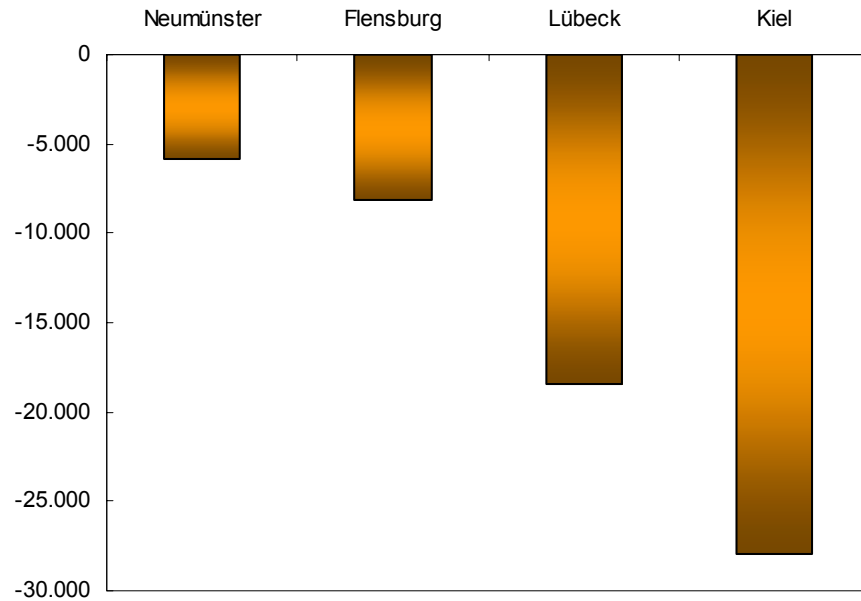


Abbildung 22: Entwicklung der Personen im Erwerbsalter in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2000 und eigene Berechnungen)

Alterung der Personen- gruppe im Erwerbsalter

Betrachtet man in den kreisfreien Städten die Alterszusammensetzung der Personen im Erwerbsalter, also zwischen 20 und unter 65 Jahren, so fällt auf, dass die jüngste Gruppe der 20 bis unter 35-Jährigen am stärksten und bereits ab 1999 schrumpft. In der Landeshauptstadt Kiel ist die Alterung der Personengruppe im Erwerbsalter zwischen den Jahren 1999 und 2015 besonders ausgeprägt: Zum einen sind die Verluste bei der jungen Altersgruppe, also den 20 bis unter 35-Jährigen, sehr hoch. Zum anderen steigt die Zahl der Personen zwischen 50 und unter 65 Jahren zwischen den Jahren 1999 und 2015 um gut 2.700 Personen, während sie sich in den anderen drei kreisfreien Städten verringert.

Zwischenfazit: Personen im Erwerbsalter

Die Ergebnisse der Analyse der Personen im Erwerbsalter in den Kreisen und kreisfreien Städten lassen sich zu folgendem Resümee zusammenfassen: Die Alterung dieser Personengruppe vollzieht sich in allen Landesteilen Schleswig-Holsteins und ist in Kiel und Lübeck besonders ausgeprägt. Bis auf drei Ausnahmen (Schleswig-Flensburg, Plön und Herzogtum Lauenburg) ist die Zahl der Personen im Erwerbsalter bis 2015 in allen Kreisen und kreisfreien Städten rückläufig. Besonders stark sind diese Rückgänge im Hamburger Rand sowie im Kreis Ostholstein.

Seniorinnen und Senioren

In Segeberg steigt die Zahl der Seniorinnen und Senioren besonders stark

Im Kreis Segeberg sind die Zuwächse bei den Seniorinnen und Senioren (über 60-Jährige) mit fast 40 Prozent und einem absoluten Zuwachs von nahezu 19.000 höher als in allen anderen Kreisen Schleswig-Holsteins. Dieser hohe Zuwachs ist eine Folge der Zuzüge von Berufstätigen in das Kreisgebiet ab Mitte der 70-er Jahre, die bis 2015 in die höheren Altersklassen der Seniorinnen und Senioren und Hochbetagten aufrücken werden. Auch in den anderen Hamburger Randkreisen sind aufgrund dieser Entwicklung hohe

Zuwächse von über 20 Prozent bei den Seniorinnen und Senioren zu verzeichnen. In den Westküstenkreisen Dithmarschen und Nordfriesland hingegen sind die Steigerungsraten bis zum Jahr 2015 am geringsten.

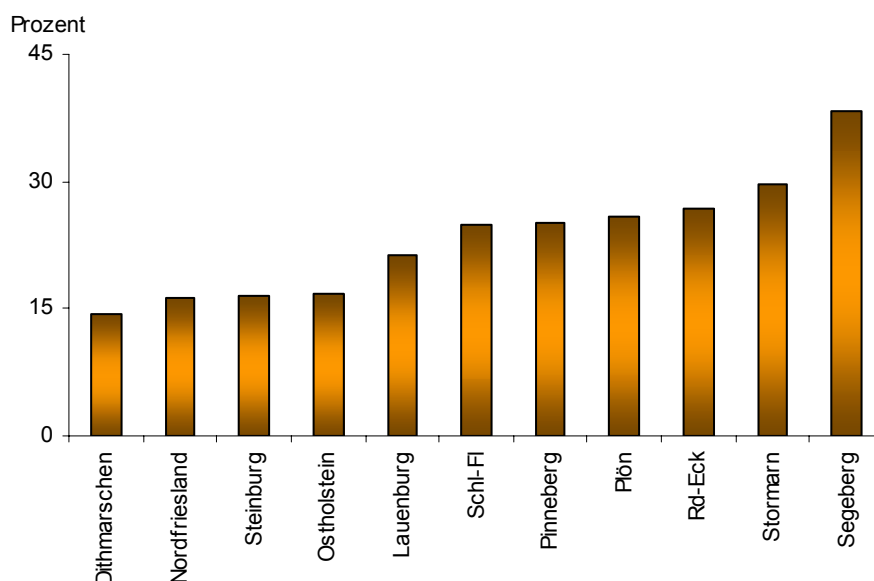


Abbildung 23: Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 60-Jährigen in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2000 und eigene Berechnungen)

Hohe Zuwächse bei den Hochbetagten

Wie bei den Seniorinnen und Senioren insgesamt fällt auch im Speziellen bei den über 80-Jährigen, also den Hochbetagten, der relativ hohe Zuwachs im Kreis Segeberg sowie in den übrigen Hamburger Randkreisen auf. Die mit Abstand niedrigsten Zuwachsraten sind im Kreis Steinburg zu erwarten.

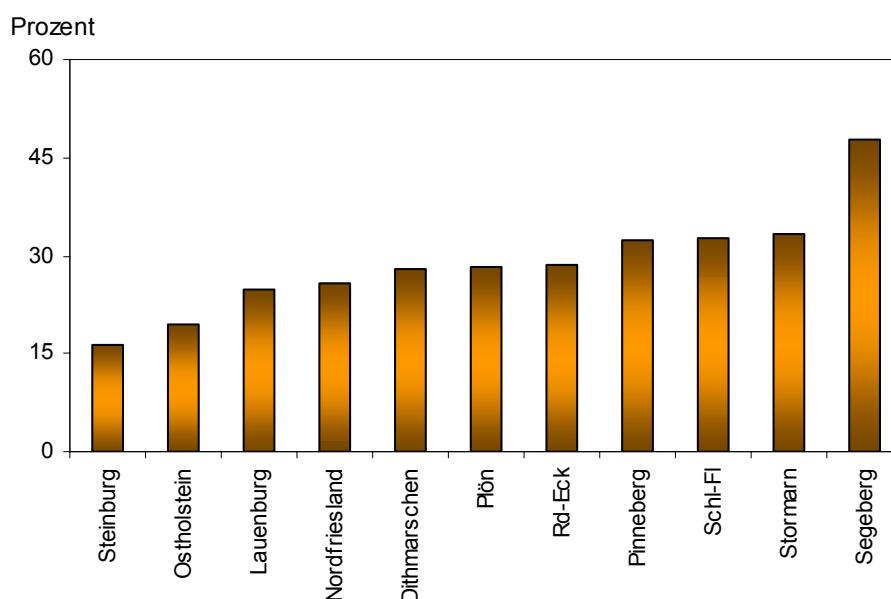


Abbildung 24: Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 80-Jährigen in den schleswig-holsteinischen Kreisen 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt, 2000 und eigene Berechnungen)

Eine detaillierte Untersuchung der Gruppen der Seniorinnen und Senioren für die Kreise und ein Vergleich der „Jungen Alten“ (60 bis unter 80-Jährige) mit der Gruppe der Hochbetagten (80 Jahre und älter) offenbart, dass die Zuwächse bei den 60 bis 80-Jährigen absolut gesehen höher sind. Jedoch relativ betrachtet übertreffen die Zuwächse bei den „Hochbetagten“ die Gewinne bei den „Jungen Alten“ allerdings fast durchgängig (siehe Abbildung 23 und Abbildung 24).

Nur geringfügige Zuwächse bei den Senioren/-innen in den kreisfreien Städten

In den kreisfreien Städten nimmt die absolute Zahl der Seniorinnen und Senioren bis 2015 nur sehr geringfügig zu. Auch die relativen Zuwächse liegen hier deutlich unter den Zuwächsen der Kreise, da der Anteil älterer Menschen bereits heute in den kreisfreien Städten höher ist als in den Kreisen. Denn diese werden bis zum Jahr 2015 teilweise versterben und somit wiederum aus den älteren Altersgruppen fallen. Dadurch fällt der Anstieg älterer Menschen in den kreisfreien Städten nicht so hoch aus. Am deutlichsten sind die Zuwächse noch in Neumünster zu beobachten.

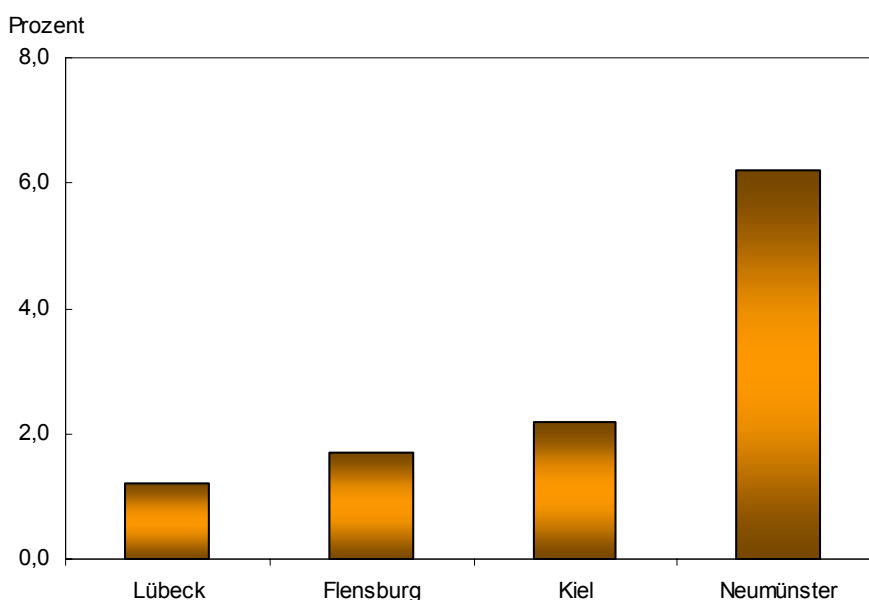


Abbildung 25: : Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 60-Jährigen in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt 2000 und eigene Berechnungen)

Rückgänge bei den Hochbetagten in Kiel und Flensburg

Bei den Hochbetagten werden in den kreisfreien Städten andere Entwicklungen als in den Kreisen erwartet. Im Vergleich zu den Kreisen nimmt die Zahl der Hochbetagten in Lübeck und Neumünster bis ins Jahr 2015 deutlich weniger zu und in Kiel und Flensburg sinkt sie sogar – besonders deutlich in der Landeshauptstadt (siehe Abbildung 26).

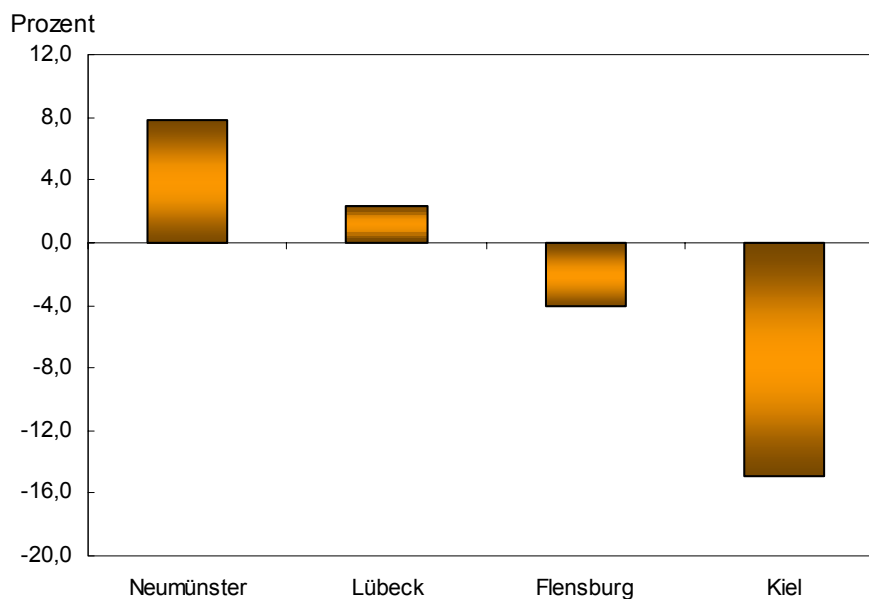


Abbildung 26: Entwicklung der Bevölkerungszahl der über 80-Jährigen in den schleswig-holsteinischen kreisfreien Städten 1999 bis 2015

(Quelle: Statistisches Landesamt 2000 und eigene Berechnungen)

**Zwischenfazit:
Seniorinnen und Senioren**

Die Entwicklung der Zahl der Seniorinnen und Senioren bis 2015 ist von starken Zuwächsen in den Kreisen und nur geringfügigen Zunahmen in den kreisfreien Städten gekennzeichnet. Während in der Altersgruppe der Hochbetagten deutliche Zugewinne in den Kreisen zu verzeichnen sind, ist die Zahl dieser Altersgruppe in Kiel und Flensburg sogar rückläufig. Insbesondere im Hamburger Umland wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren sowie der Hochbetagten stark zunehmen und hier zu erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur führen.

Ländlicher Raum

**Strukturelle Besonderheit
und Bedeutung für
Schleswig-Holstein**

Im ländlichen Raum sind aufgrund seiner strukturellen Besonderheiten wie z.B. der geringen Bevölkerungsdichte, dem geringen Verstädterungsgrad, der vorwiegenden Flächennutzung für Landwirtschaft, Tourismus, Erholung und Freizeit, spezifische Bevölkerungsentwicklungen zu vermuten. Zudem spielt er für Schleswig-Holstein eine besondere Rolle, da der ländliche Raum rund 78 Prozent der gesamten Fläche Schleswig-Holsteins ausmacht und fast 50 Prozent der schleswig-holsteinischen Bevölkerung hier lebt (vgl. Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, 1998, S. 24).

Für eine statistische Aufarbeitung der zukünftigen demographischen Entwicklung im ländlichen Raum wäre eine Prognose auf Gemeindeebene erforderlich, da sich der ländliche Raum nicht eindeutig nach Kreisgrenzen definieren lässt. So existieren z.B. in den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde, die ansonsten überwiegend vom ländlichen Raum geprägt sind, Gebiete in unmittelbarer Nähe zur Stadt Kiel, die eine hohe Bevölkerungsdichte und einen hohen Verstädterungsgrad aufweisen und nicht dem ländlichen Raum zuzuordnen sind.

Es existiert jedoch keine Bevölkerungsvorausberechnung auf Gemeindeebene in Schleswig-Holstein, da solch eine stark regionalisierte Vorausberechnung mit einem hohen Fehlerrisiko behaftet wäre. Zu den vorwiegend durch ländliche Räume geprägten Kreisen in Schleswig-Holstein zählen Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Plön. Nahezu ausschließlich vom ländlichen Raum bestimmt sind darunter Nordfriesland, Dithmarschen und Schleswig-Flensburg. Diese Kreise werden zur Verifizierung der folgenden Aussagen als Referenzregionen herangezogen.

Bevölkerungszahl	Insgesamt wird die Bevölkerungszahl im ländlichen Raum zunehmen, wobei das Maximum der Entwicklung zwischen den Jahren 2010 und 2015 liegen wird. Spätestens ab 2015 wird die Bevölkerungszahl rückläufig sein und die Bevölkerung wird auch im ländlichen Raum wie in den kreisfreien Städten und dem Hamburger Rand (ab dem Jahr 2010) abnehmen.
Bevölkerungsstruktur	Die Bevölkerungsstruktur wird sich ebenfalls verändern, wenngleich die Veränderungen in den ländlichen Räumen nicht so ausgeprägt sind wie z.B. in den kreisfreien Städten oder im Hamburger Rand. So ist der Rückgang der Zahl der Jugendlichen im ländlichen Raum aufgrund höherer Geburtenziffern deutlich geringer, während der Anstieg bei der Zahl der Seniorinnen und Senioren, wenngleich stärker als in den kreisfreien Städten, nicht so stark ist wie im Hamburger Rand. Der Altenquotient wird bis 2015 auch nur leicht ansteigen. Insgesamt wird sich die Bevölkerungsstruktur moderater verändern als in den kreisfreien Städten oder im Hamburger Rand. Ein Grund für diese Entwicklungen ist u.a. die im Vergleich geringere Ausprägung der geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer und ein vergleichsweise geringer Rückgang der Anzahl der Jugendlichen.
Bildungsrelevante Altersklassen	In den bildungsrelevanten Altersklassen der 3 bis 26-Jährigen sind für den ländlichen Raum dieselben demographischen Veränderungen zu beobachten wie im gesamten Schleswig-Holstein. Vor allem die Jahrgänge in Kindergarten und Grundschule werden starke, diejenigen in der Sekundarstufe I geringe Rückgänge verzeichnen. Die Bevölkerungszahl in der Sekundarstufe II und insbesondere die Zahl der Personen in der Altersgruppe in Ausbildung und Studium werden hingegen aufgrund hoher Zuwachsraten stark zunehmen.
Personen im Erwerbsalter	Daneben wird sich die Zahl der Erwerbspersonen (20 bis 65-Jährige) im ländlichen Raum im Gegensatz zu den kreisfreien Städten und dem Hamburger Rand insgesamt kaum verändern. Innerhalb dieser Gruppe werden sich allerdings Verlagerungen vollziehen. Rückgängen bei den 20 bis 35-Jährigen stehen Zuwächse bei der mittleren Altersgruppe und insbesondere den 50 bis 65-Jährigen gegenüber. Doch auch hier ist die Alterung geringer ausgeprägt als im Vergleich zu den Hamburger Randkreisen oder den kreisfreien Städten. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren hingegen wird insbesondere im Vergleich zu den kreisfreien Städten stark zunehmen, wobei insbesondere die Hochbetagten die höchsten Zuwachsraten aufweisen werden. Insgesamt nimmt die Zahl der Seniorinnen und Senioren allerdings weniger stark zu als im Vergleich zum Hamburger Rand.

Fazit: Ländlicher Raum

Insgesamt bleibt als Fazit für die Entwicklungen im ländlichen Raum festzuhalten, dass die Veränderungen sich moderater vollziehen als in den kreisfreien Städten oder im Hamburger Rand. Besonderheiten in der Entwicklung im Vergleich zu diesen sind die noch steigende Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2015, die Stagnation in der Entwicklung der Zahl der Personen im Erwerbsalter sowie eine geringere Alterung der Bevölkerung.

4.3.3 Zusammenfassung: Demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein

Die zukünftige demographische Entwicklung Schleswig-Holsteins wird von zwei wesentlichen Faktoren bestimmt:

- Die natürliche Bevölkerungsentwicklung mit einer geringen Geburtenhäufigkeit bewirkt, dass die Bevölkerungszahl insgesamt rückläufig ist. Die nachrückenden Jahrgänge sind geburtenschwach und können ebenso wie die Zuwanderung die Alterung und den Rückgang der Bevölkerung nicht kompensieren.
- Die geburtenstarken Jahrgänge der 60-er Jahre, die so genannten Baby-Boomer, durchlaufen die zukünftigen Jahrgänge wie eine Welle. Dies führt zu einer Alterung der Gesellschaft insgesamt sowie zu einer Alterung der Erwerbsbevölkerung im Besonderen.

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins altert...

...bereits heute und wird bis zum Jahr 2030 weiter altern. Danach stagniert die Entwicklung bis zum Jahr 2050.

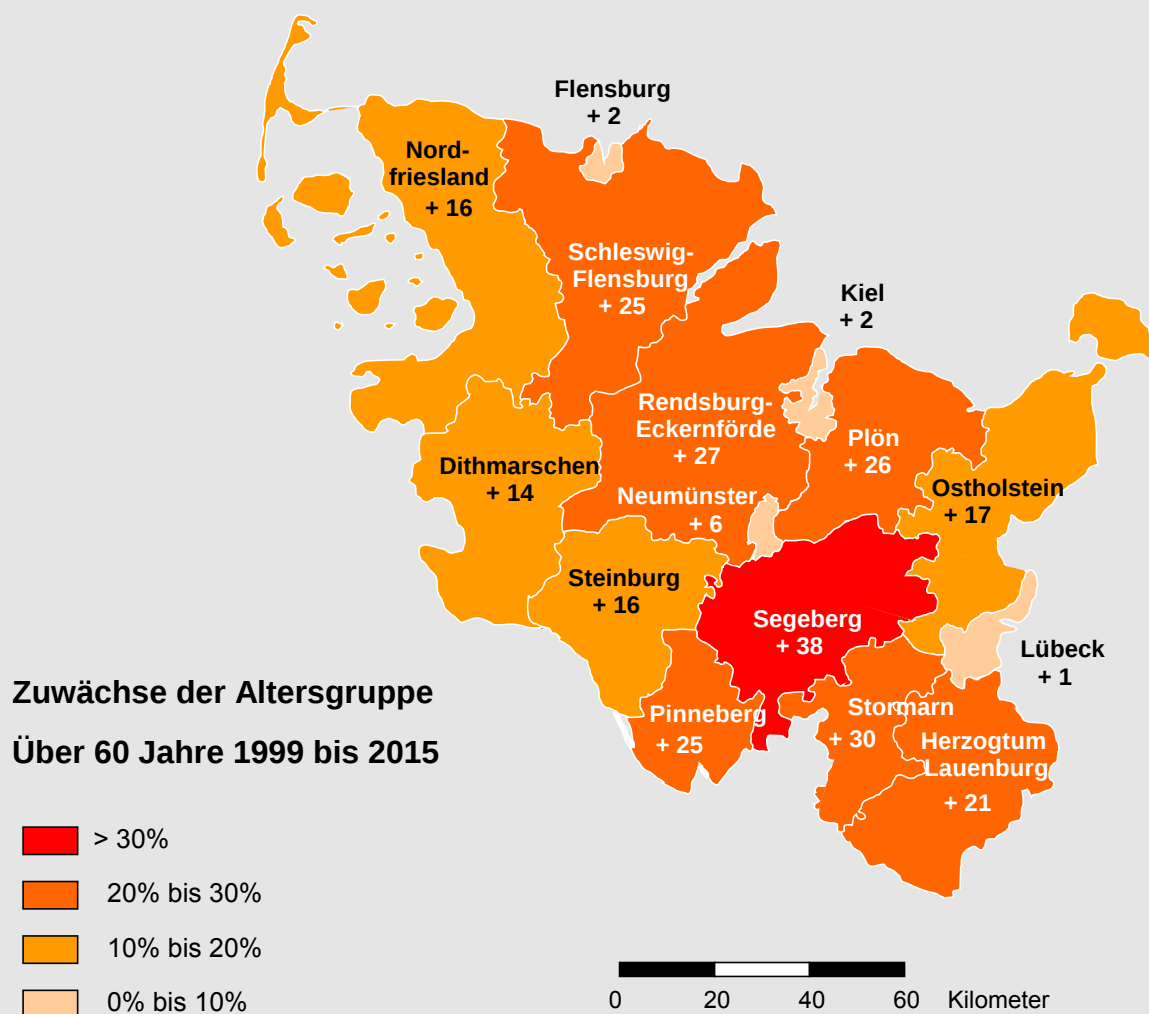
...in Phasen, die geprägt sind von...

...starken Zuwächsen bei den Seniorinnen und Senioren von heute bis ins Jahr 2030.

...starken Zuwächsen bei den Hochbetagten in den Jahren zwischen 2010 und 2020 sowie zwischen 2035 und 2050.

...in den Kreisen stärker als in den kreisfreien Städten und dabei besonders stark im Hamburger Rand, darunter insbesondere im Kreis Segeberg. Hier sind die Zuwächse bei den Seniorinnen und Senioren und den Hochbetagten besonders hoch (1999 bis 2015). Im Kreis Ostholstein altert die Bevölkerung aufgrund hoher Verluste bei den Jugendlichen ebenfalls besonders stark (1999 bis 2015).

...am geringsten im ländlichen Raum. Hier sind die Rückgänge bei den Jugendlichen und die Zuwächse bei den Seniorinnen und Senioren relativ niedrig (1999 bis 2015).



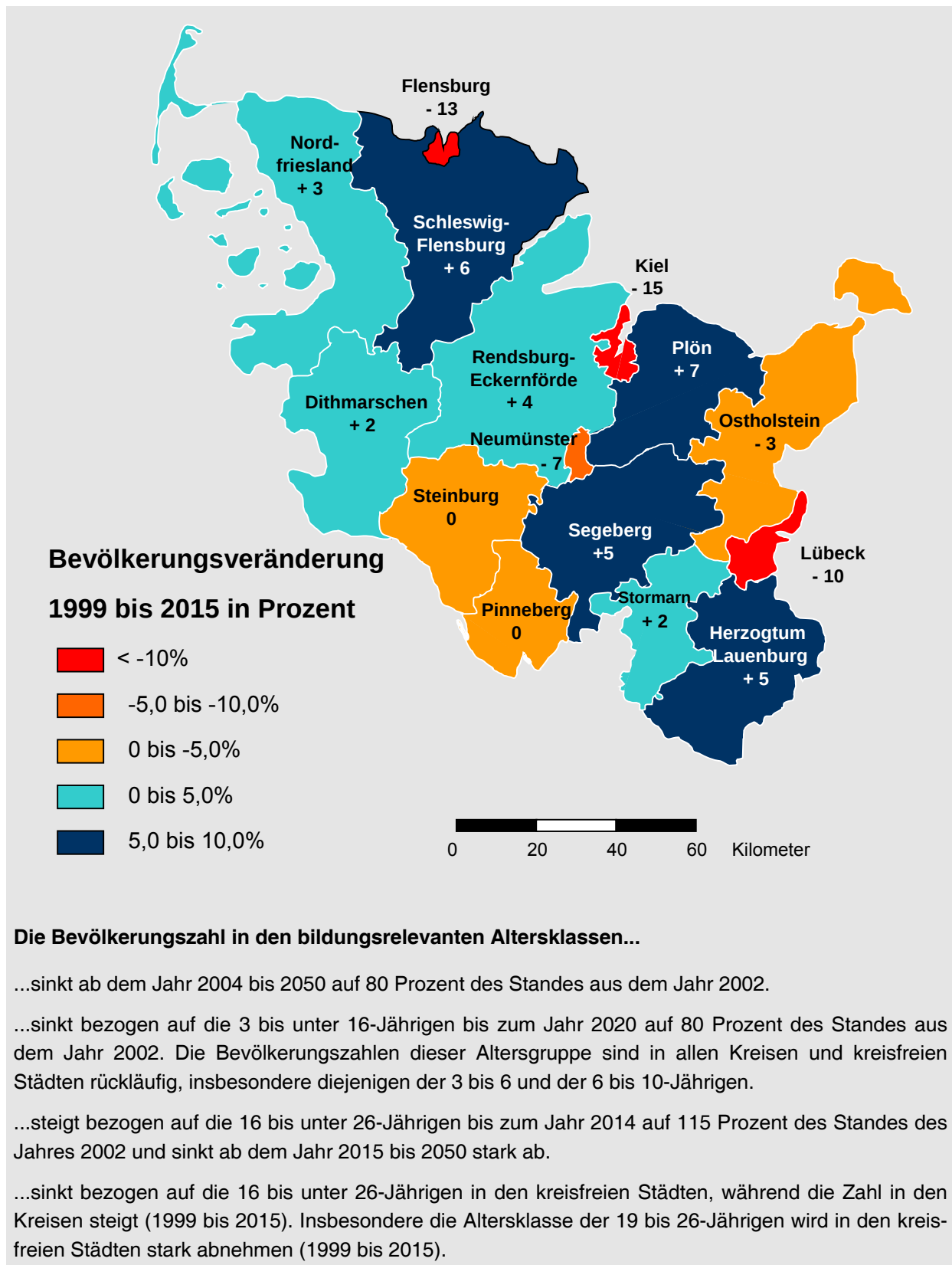
Die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein...

...steigt bis ins Jahr 2011 um 40.000 Personen auf 2,86 Millionen.

...sinkt ab 2012 bis zum Jahr 2050 mit jedem Jahr schneller um über 400.000 Personen auf 2,44 Millionen.

...sinkt in den kreisfreien Städten früher als in den Kreisen. Zudem ist der Bevölkerungsrückgang in den kreisfreien Städten größer als in den Kreisen.

...steigt zunächst in den Umlandkreisen der kreisfreien Städte und dem Hamburger Rand bis 2010 an (1999 bis 2015) bevor sie auch hier sinkt.



Die Bevölkerung im Erwerbsalter...

...altert bereits heute und wird kontinuierlich bis ins Jahr 2020 im Durchschnitt älter. Die Gruppe der 50 bis 65-Jährigen stellt dann mit 40 Prozent den größten Anteil an der Gesamtgruppe. Nach dem Jahr 2020 stagniert der Alterungsprozess der Bevölkerung im Erwerbsalter. Besonders stark ist die Alterung in den kreisfreien Städten sowie im Hamburger Rand (1999 bis 2015).

...sinkt ab dem Jahr 2020 deutlich. Insgesamt wird die Bevölkerung im Erwerbsalter im Jahr 2020 mit etwa 1,7 Millionen Personen so umfangreich sein wie heute und im Jahr 2050 nur noch etwa 1,3 Millionen Personen umfassen.

...wird besonders früh und besonders stark in den kreisfreien Städten und im Hamburger Rand zurückgehen, während sie im ländlichen Raum im Vergleich hierzu weniger stark altert und abnimmt (1999 bis 2015).

Im Hamburger Rand...

...wird die Bevölkerungszahl im Jahr 2015 höher sein als noch 1999 mit einem Maximum der Entwicklung im Jahr 2010.

...werden hingegen die Personen im Erwerbsalter im Jahre 2015 insgesamt weniger sein als 1999 mit einem Minimum der Entwicklung im Jahr 2010.

...wird die Zahl der Personen in den bildungsrelevanten Altersklassen 2015 insgesamt höher sein als 1999, wenngleich die jungen Klassen stark abnehmen und die älteren Klassen stark zulegen.

...nimmt der Altenquotient besonders zu, weshalb die Bevölkerung hier insgesamt stark altert.

Im ländlichen Raum...

...wird sich die Altersstruktur zunächst nicht so stark verändern wie in den restlichen Regionen Schleswig-Holsteins.

...steigt die Bevölkerungszahl und erreicht ihr Maximum in den Jahren zwischen 2010 und 2015.

...bleibt die Zahl der Personen im Erwerbsalter bis 2015 nahezu unverändert, wenngleich die Gruppe insgesamt altert.

...fallen die Veränderungen insgesamt moderater aus als in den kreisfreien Städten und deren Umlandgebiete sowie dem Hamburger Rand.

Perspektive 2030

Bis zum Jahr 2030 werden sich die entscheidenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und der Bevölkerungsstruktur vollzogen haben.

- Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins wird im Jahr 2030 bereits kleiner sein als heute und weiter kontinuierlich abnehmen.
- Die Zahl der Seniorinnen und Senioren wird 2030 ihr Maximum erreichen und langsam wieder abnehmen. Dementsprechend erreicht der Altenquotient auch im Jahr 2030 seinen höchsten Wert.
- Die Zahl der Personen in den bildungsrelevanten Altersklassen wird 2030 deutlich unterhalb des heutigen Niveaus liegen. Innerhalb dieser Altersgruppe werden sich die einzelnen Altersklassen ab 2030 nahezu parallel entwickeln.
- Die Zahl der Personen im Erwerbsalter nimmt bis 2030 stark ab. Nach dem Jahr 2030 schwächt sich der Rückgang ab, die Alterung dieser Altersgruppe wird allerdings weiter voranschreiten.
- Der Greying-Index wird nach dem Jahr 2030 besonders stark ansteigen. Die Zahl der Hochbetagten wird ab diesem Zeitpunkt also verstärkt zunehmen.

5. Demographischer Wandel und Handlungsoptionen auf Landesebene

Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein wird im Zuge des demographischen Wandels voraussichtlich zurückgehen und altern. Diese Entwicklung zeigt die statistische Analyse des demographischen Wandels für Deutschland und Schleswig-Holstein im vorherigen Kapitel. Die Analyse bildet den Ausgangspunkt, um die demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein in den folgenden Themenbereichen zu betrachten:

- Wirtschafts- und Arbeitswelt
- Lebenslanges Lernen
- Infrastruktur und Lebensumfeld
- Gesellschaftliches Leben

In Kapitel 3 der Studie wird ausführlich beschrieben, wie die einzelnen Themenbereiche strukturell und inhaltlich erarbeitet bzw. entwickelt wurden.

5.1 Wirtschafts- und Arbeitswelt

5.1.1 Folgen der demographischen Entwicklung

In dem Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ haben sich im Rahmen der Studienerstellung folgende Bereiche herauskristallisiert, die wesentlich vom demographischen Wandel in Schleswig-Holstein betroffen sein werden:

- Das Arbeitskräfteangebot und das Erwerbspersonenpotenzial
- Die Innovationsfähigkeit und die ökonomische Leistungsfähigkeit
- Die Nachfragestruktur
- Die Finanzierung der Sozialsysteme

Arbeitskräfteangebot und Erwerbspersonenpotenzial

Gruppe der Personen im Erwerbsalter wird älter

Der Bevölkerungsrückgang in Schleswig-Holstein und die durchschnittliche Alterung der Gesellschaft schlägt sich auch im Arbeitskräfteangebot nieder. So werden die Personen im erwerbsfähigen Alter in Schleswig-Holstein im Durchschnitt älter. Gegenwärtig stellen in Schleswig-Holstein die 35 bis 49-Jährigen mit fast 40 Prozent die stärkste Altersgruppe der Bevölkerung im Erwerbsalter. Bis 2020 wird sie von der Gruppe der 50 bis 59-Jährigen überholt, die ab 2020 mit 40 Prozent den größten Anteil an Personen im Erwerbsalter haben wird (vgl. Kapitel 4.2).

Mittelfristiger Rückgang der Personen im Erwerbsalter

Zudem werden in Schleswig-Holstein mittelfristig weniger Personen im Erwerbsalter zur Verfügung stehen. Zunächst wird der Umfang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Schleswig-Holstein bis 2012 ansteigen und bis etwa ins Jahr 2020 stagnieren. Anschließend werden Rückgänge erwartet, die in dem Zeitraum bis 2040 besonders hoch ausfallen werden. Im Jahr 2050 kann mit etwa 1,3 Millionen Personen im Erwerbsalter gerechnet werden. Das sind rund 400.000 Personen weniger als noch im Jahr 2002 (vgl. Kapitel 4.2).

In Schleswig-Holstein werden insbesondere die Kreise Pinneberg, Stormarn und Ostholstein sowie die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bis 2015 von einem starken Rückgang

	der Bevölkerung im Erwerbsalter betroffen sein (vgl. Kapitel 4.2).
Engpässe beim Arbeitskräfteangebot und drohender Fachkräftemangel	Der mittelfristige Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein führt voraussichtlich zu quantitativen Engpässen beim Arbeitskräfteangebot. Hinzu kommt, dass qualitative Aspekte der zukünftigen Nachfrage nach Arbeitskräften berücksichtigt werden müssen. So wird eine weitere Verschiebung der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten zugunsten hochqualifizierter Arbeitskräfte und zulasten der gering Qualifizierten für die kommenden zwei Jahrzehnte in ganz Deutschland erwartet. So wird den zukünftig steigenden Ansprüchen an die Qualifikation der Erwerbstätigen, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein und Hamburg, ein rückläufiges Angebot hochqualifizierter Absolventen ab 2018 gegenüberstehen (vgl. IfR, 2004, S. 3 u.131). Laut einer Untersuchung des Institutes für Betriebswirtschaftslehre der CAU zu Kiel weist Schleswig-Holstein im Bereich der Verfügbarkeit von Fachkräften schon jetzt Defizite auf, was sich bereits negativ auf Standortentscheidungen von Unternehmen auswirkt (vgl. Wolf, 2004, S. 20 ff.) Die demographische Entwicklung droht langfristig den derzeitigen Fachkräftemangel noch zu verschärfen.
Tatsächliches Arbeitskräfteangebot	Die Prognose des zukünftigen Fachkräftemangels ist jedoch schwierig. Das voraussichtliche Angebot muss mit der zukünftigen Nachfrage abgeglichen werden. Eine Projektion des Arbeitskräftebedarfs für die „ganz lange Sicht“ ist weitaus schwieriger als eine Langfristvorausschätzung des Arbeitskräfteangebots. Um die prinzipiellen Determinanten des Arbeitskräftebedarfs zu nennen, sind die Unsicherheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung, der Produktivität und der Arbeitszeit zu groß (vgl. Fuchs, 2003, S. 12).
Erwerbspersonenpotenzial	Ein weiterer Aspekt erschwert die Prognose des Fachkräftemangels. Bei der Betrachtung der Angebotsseite, d.h. zunächst der Personen im Erwerbsalter, ist zu berücksichtigen, dass das tatsächliche Arbeitskräfteangebot entscheidend vom Erwerbsverhalten der Bevölkerung abhängt. So bestimmen Faktoren wie das Bildungsverhalten, das Rentenzugangsalter, die Frauenerwerbstätigkeit und die Migration das Erwerbspersonenpotenzial, das heißt die Anzahl der potenziell zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen. (vgl. Schäfer et al., 2004, S. 98-99). Nach einer Definition des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung setzt sich das Erwerbspersonenpotenzial aus der Summe der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen und der Stillen Reserve zusammen. Zur Stillen Reserve werden Arbeitskräfte gezählt, die entmutigt sind und eine aktive Arbeitssuche aufgegeben haben, weil sie für sich auf dem Arbeitsmarkt keine Chance sehen oder solche, die auf einen Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt vorübergehend verzichten, z.B. Frauen die ihre Familienpause verlängern (vgl. Fuchs, 2002, S. 79). Hinzu kommen Personen in „Warteschleifen“ von Aus- und Weiterbildung, vorzeitig aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedene und „Zusatzkräfte“, die z.B. bei Arbeitslosigkeit eines Angehörigen Arbeit suchen (vgl. INEFES, 1998, S.114). Eine bessere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials trägt vor dem Hintergrund eines künftigen Rückgangs der Zahl der Erwerbsfähigen in Schleswig-Holstein zur Deckung der Nachfrage nach Arbeitskräften im Land bei.

Zentrale Folgen 1 und 2:

Die Zahl der Personen im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein werden durchschnittlich älter sowie ab 2012 weniger und der Fachkräftemangel droht sich zu verschärfen.

Innovationsfähigkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit

Die Personen im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein altern und werden mittelfristig weniger. Ob ein Zusammenhang zwischen einer alternden und zahlenmäßig schrumpfenden Gesellschaft und ihrer ökonomischen Leistungs- und Innovationsfähigkeit besteht, soll im Folgenden diskutiert werden.

Altersspezifische Stärken und Schwächen

Leistungsfähigkeit und Innovationsfreude sind Eigenschaften, die oftmals jungen Arbeitskräften zugeschrieben werden. Im Erwerbsleben haben ältere Erwerbstätige häufig mit Vorurteilen zu kämpfen, nach denen sie als weniger innovativ, leistungsfähig, kreativ und belastbar gelten (vgl. BMBF, 2000, S. 16). Einschlägige empirische Befunde liefern hingegen keinen Hinweis dafür, dass zwischen Lebensalter und Leistungsfähigkeit ein eindeutig negativer Zusammenhang besteht. Menschen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren sind zumindest im Durchschnitt nicht weniger leistungsfähig als Jüngere. Mit dem Alter findet allenfalls ein Wandel in der Art der Leistungsfähigkeit im Sinne einer Verschiebung zwischen altersspezifischen Stärken und Schwächen statt (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 47).

Demographische Trends können die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nachhaltig beeinträchtigen. Denkt man nur daran, dass ein steigendes Durchschnittsalter der Arbeitskräfte auch bedeutet, dass die zum Zeitpunkt des Einstieges in die Erwerbstätigkeit erlangte Qualifikation immer weiter zurückliegt und damit auch weniger aktuell ist. So steigt in einer alternden Gesellschaft der Bedarf an berufsbegleitendem Lernen zur Aktualisierung des Wissens an.

Physische und psychische Leistungsfähigkeit

Während eine Abnahme der physischen Leistungsfähigkeit im zunehmenden Alter relativ unumstritten ist (aber in einer wissensbasierten Gesellschaft an relativer Bedeutung verliert), ist hingegen umstritten, ob mit zunehmendem Alter die psychische Leistungsfähigkeit abnimmt. Wissenschaftlich-technische Forschung wird jedoch vor allem von jungen Menschen vorangebracht und die Akzeptanz gegenüber technischen Neuerungen ist bei älteren Arbeitnehmern geringer als bei jüngeren (vgl. DB Research, 2003b, S. 24-25). Ob das auch künftig so sein muss bzw. so sein wird und ob es nicht zu Veränderungen dieser Muster kommen kann, sollte zur Diskussion gestellt werden.

Produktivität älterer Arbeitnehmer

Die Fähigkeit, sich infolge betrieblicher Reorganisation an ein geändertes Anforderungsprofil anzupassen, nimmt mit dem Alter ab. Daher unterliegen ältere Arbeitnehmer einem erhöhten Risiko der Produktivitätsminderung. Dem gegenüber stehen jedoch produktivitätssteigernde Faktoren wie beispielsweise Expertenwissen, erfahrungsbedingte Optimierung von Prozessabläufen, Wissen über Problemlösungsstrategien und ein Zuwachs an sozialer Intelligenz. Es kann derzeit keine Aussage darüber getroffen werden, ob und wann bei älteren Arbeitnehmern ein Produktivitätsrückgang einsetzt und wie stark dieser ausfällt. Vieles spricht sogar dafür, dass die Arbeitsproduktivität über weite Teile des Erwerbslebens zunimmt. So wird bereits gefordert, das häufig noch vorherrschende Defizitmodell des Alterns, das oftmals von Vorurteilen gegenüber der Innovationsfähigkeit Älterer begleitet wird, durch das empirisch erhärtete Kompetenzmodell abzulösen (vgl. DIW, 2004, S. 168).

	Die effektive Produktivität älterer Arbeitnehmer wird erst im Zusammenwirken mit innerbetrieblichen Organisationsabläufen und Produktionsstrukturen realisiert. Dem entsprechend können gezielte Investitionen in die Entwicklung und den Erhalt der persönlichen Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund des künftigen zahlenmäßigen Rückgangs der zur Verfügung stehenden jüngeren Arbeitskräfte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer viel rentabler werden (vgl. Herfurth et al., 2003, S. 140 ff.).
Eigenschaften der älteren Erwerbstätigen	Dem „Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2002“ zufolge beschäftigen etwa 63 Prozent der Betriebe in Schleswig-Holstein Arbeitskräfte mit einem Alter von über 50 Jahren. Dieser Anteil liegt im Vergleich zum Bundesgebiet West (60 Prozent der Betriebe) geringfügig höher (vgl. Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2002, 2004, S. 80). Dabei haben ältere Erwerbstätige bei der Einschätzung der von den Betrieben geforderten Eigenschaften einen Vorteil gegenüber jüngeren. So werden wichtige Eigenschaften wie Arbeitsmoral / Arbeitsdisziplin, Qualitätsbewusstsein und Loyalität eher den Älteren, die ebenfalls sehr wichtigen Eigenschaften Flexibilität und Lernbereitschaft dagegen eher den Jüngeren zugesprochen (vgl. IfR, 2004, S. 83). Diese vergleichsweise positive Einschätzung der Eigenschaften älterer Arbeitskräfte findet sich jedoch nur teilweise im Einstellungsverhalten der Betriebe in Schleswig-Holstein wieder. Fast 90 Prozent der Betriebe zeigen sich zwar bereit, ältere Arbeitnehmer einzustellen, für jeden zweiten Betrieb in Schleswig-Holstein ist die Einstellung älterer Arbeitnehmer aber nur unter zum Teil sehr einschränkenden Voraussetzungen denkbar. Dazu gehören beispielsweise eine Beschäftigung als Teilzeitkraft, befristete Verträge, Lohnkostenzuschüsse oder das Fehlen jüngerer Bewerber (Quelle: IfR, 2004, S. XXIV).
Wenige betriebliche Maßnahmen für ältere Arbeitskräfte	In Schleswig-Holstein liegt der Anteil derjenigen Betriebe, in denen spezielle Maßnahmen für die Altersgruppe ab 50 Jahren existieren, mit 76 Prozent unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes West (80 Prozent). Lediglich im Bereich Öffentlicher Dienst sowie bei mittleren Betrieben ab 50 Beschäftigten sind nennenswerte Anteile von Maßnahmen für ältere Beschäftigte erkennbar. Dazu gehören beispielsweise die Altersteilzeit, die besondere Ausstattung der Arbeitsplätze, die Herabsetzung der Leistungsanforderungen, eine altersgemischte Besetzung von Arbeitsgruppen, die Einbeziehung Älterer in die betriebliche Weiterbildung oder spezielle Weiterbildungsangebote für Ältere (vgl. IfR, 2004, S. 84ff.). Somit bestehen Potenziale in Schleswig-Holstein zur besseren Nutzung der Leistungsfähigkeit von älteren Arbeitskräften.
Alternde Gesellschaft und Investitionsdynamik	Die Arbeitsproduktivität ist ein zentraler Faktor bei regionalen Investitionsentscheidungen. Vor dem Hintergrund des Risikos verminderter Produktivität als Folge einer sich verändernden Altersstruktur der Beschäftigten in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein, ist dieser Aspekt mit Sorge zu betrachten, auch wenn der Zusammenhang zwischen sinkender Arbeitsproduktivität und älteren Erwerbspersonen bisher nicht nachgewiesen werden konnte. Weitaus interessantere Standorte sind wahrscheinlich in Zukunft jene, in denen die Bevölkerung noch wächst und damit generell ein jüngeres Erwerbspersonenpotenzial zur Verfügung steht - wie zum Beispiel heute in den USA und in den Schwellenländern mit jungen aufstrebenden Märkten (Emerging Markets).

Erfahrungsgemäß besteht ein enger Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Investitionen. Einerseits würden Produktivitätsrückgänge und infolgedessen sinkende Investitionsneigungen verringertes Wirtschaftswachstum zur Folge haben. Andererseits bewirkt ein sich verlangsamendes Wirtschaftswachstum eine geringere Investitionsdynamik (vgl. DB Research, 2003b, S. 23).

Vor dem Hintergrund der Diskussion spricht einiges dafür, dass die Innovations- und Leistungsfähigkeit in Schleswig-Holstein gefährdet ist, sofern die spezifischen Leistungs- und Innovationspotenziale älterer Erwerbstätiger nicht besser, beispielsweise durch Anpassung betrieblicher Strukturen und Prozesse, genutzt werden.

Zentrale Folgen 3 und 4:

Die Innovations- und ökonomische Leistungsfähigkeit in Schleswig-Holstein sind gefährdet und der Erhalt der Innovations- und Leistungsfähigkeit älterer Erwerbspersonen gewinnt zukünftig für die Wirtschaft an Bedeutung.

Nachfragestruktur

Veränderte Bedeutung der Konsumentengruppen

Die Nachfragestruktur wird sich angesichts des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung der Gesellschaft verändern. Der wachsende Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung führt auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten zu einer steigenden Nachfrage dieser Personengruppe. Gleichzeitig geht die Bedeutung der jüngeren Menschen und Familien als Konsumentengruppe zurück. Damit verschiebt sich die relative Bedeutung der Konsumentengruppen. Diese Entwicklung zeichnet sich ebenfalls in Schleswig-Holstein ab. So wird bis etwa ins Jahr 2030 der Anteil der Seniorinnen und Senioren im Land, also der Personen im Alter von 60 und mehr Jahren, an der Bevölkerung stark wachsen. Innerhalb der Gruppe der Seniorinnen und Senioren wird der Anteil der Hochbetagten (Personen über 80 Jahre) nach 2030 stark zunehmen (vgl. Kapitel 4.2, 4.1.1).

Die Mentalität der heutigen und zukünftigen Alten hat sich gegenüber der sparsamen, genügsamen Kriegsgeneration drastisch geändert. Dies drückt sich in unterschiedlichen so genannten „60+“-Lebensstilen aus, die sich immer weniger an Altersgruppen festmachen lassen (vgl. v. Rohr, 24.04.2004):

Heterogene Gruppe der Seniorinnen und Senioren mit veränderter Mentalität

Zum Lebensstil der „**Selbstverwirklicher**“ werden kreative, genuss- und konsumorientierte Personen gezählt, die auch über das nötige Geld verfügen, um ihren Interessen und Neigungen nachgehen zu können. Die Gruppe der „**Häuslichen**“ wird als bescheiden und familienorientiert beschrieben, mit einem überschaubaren Freundeskreis. Die so genannten „**Gruppenmenschen**“ kennen alle Nachbarn, haben einen großen Freundeskreis, sind vielseitig interessiert und engagiert. Mit dem Begriff der „**Resignierten**“ verbindet man diejenigen der „60+“-Generation, die große Gesundheitsdefizite aufweisen, häufig verwitwet sind und meist über niedrige Renten verfügen.

Bei den heutigen und zukünftigen Seniorinnen und Senioren handelt es sich also um eine sehr heterogene Gruppe, in der mehrere Generationen mit unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Hintergründen und Konsum- und Technikerfahrungen vertreten sind. Wichtig ist hierbei, dass diese Gruppen sich zahlenmäßig unterschiedlich entwickeln. Die Gruppe der „Selbstverwirklicher“ nimmt zu, die Zahl der „Resignierten“ stagniert, die der „Häuslichen und die der „Gruppenmenschen“ nimmt ab. Die nachwachsenden 60- bis 70-Jährigen werden demnach stärker vom Lebensstil der „Selbstverwirklicher“ geprägt sein. Sie sind konsumfreudiger, nehmen mehr am gesellschaftlichen Leben teil und sind stark an Reisen interessiert (vgl. Institut Arbeit und Technik, 2003 und v. Rohr, 24.04.2004). In Gesprächen betonten Expertinnen und Experten, dass neben dem „kaufkräftigen silberhaarigen Golfspieler“ insbesondere auch das Zielgruppenpotenzial der Normalverdiener als Wirtschaftsfaktor begriffen werden muss.

Neue Herausforderung für Anbieter von Gütern und Dienstleistungen

Für Anbieter von Gütern und Dienstleistungen in Schleswig-Holstein wie für die gesamte deutsche Wirtschaft wird diese Entwicklung als Chance und Bedrohung zugleich gesehen. Einige Unternehmen reagieren bereits, „...die Mehrheit aber handelt zögerlich oder bleibt untätig. Viele von ihnen fürchten offenbar, ein mühsam aufgebautes „junges Image“ zu zerstören“ (Quelle: DB Research, 2003c, S. 1). Das Angebot an Produkten und Dienstleistungen der Unternehmen bedarf dabei ebenso einer Überprüfung wie die Entwicklungsmethoden und die Kundenkommunikation. Bei der Entwicklung von Produkten, die auch für Ältere attraktiv sind, müssen altersspezifische Bedürfnisse und Ansprüche beachtet werden. Derartige Herangehensweisen und Aktivitäten, die in Fachkreisen mit Begriffen wie „transgenerational design“ oder „design for all“ zusammengefasst werden, sind künftig von zentraler Bedeutung für die Anbieter (vgl. DB Research, 2003c, S. 1 und 14 ff.).

Die Gütermärkte und Branchen werden auf unterschiedliche Weise von der demographischen Entwicklung betroffen sein. Mit dem Alter steigen die Ausgaben für das Wohnen und die Gesundheitspflege. Die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel, Freizeit, Unterhaltung, Möbel und Haushaltsgeräte bleiben konstant. Für Verkehr, Bekleidung, Hotel und Verpflegung gehen die Ausgaben zurück (vgl. DB Research, 2003c, S. 4).⁵ Grundsätzlich sind Anbieter exportorientierter Branchen mit international handelbaren Gütern wie z.B. die Investitionsgüterindustrie weniger vom demographischen Wandel betroffen als Anbieter von ortsgebundenen Produkten und Dienstleistungen.

Gewinner-Branchen der demographischen Entwicklung

Zu den Gewinnern werden die Unternehmen in den Branchen gezählt, zu deren Zielgruppen derzeit oder künftig ältere Menschen gehören. Das sind beispielsweise die Bereiche Gesundheit, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, sowie Finanzdienstleistungen mit Produkten zum Aufbau der privaten Altersvorsorge. Hingegen werden diejenigen Unternehmen von der demographischen Entwicklung negativ beeinflusst, deren Produkte und Dienstleistungen überwiegend oder ausschließlich junge Menschen und Familien als Zielgruppen ansprechen. Aufgrund der sinkenden Anzahl von Personen in der Altersgruppe der 30 bis 40-jährigen wird zum Beispiel die Bauwirtschaft im Neubausegment eine schwächere Nachfrage haben. Dem gegenüber entsteht eine

⁵ Untersuchungen zur Einkommenssituation und -verwendung heutiger älterer Menschen und zu deren wesentlichen Konsumfeldern existieren z.B. für Nordrhein-Westfalen (vgl. FFG, 2002).

höhere Nachfrage nach altengerechten Wohneinheiten, von der überwiegend Unternehmen des Baunebengewerbes profitieren (vgl. DB Research, 2002, S. 32 f. und Kapitel 5.3.1 dieser Studie).

Auch wenn die neue Generation der Älteren vitaler, konsumfreudiger und souveräner sein wird, wird die Gesundheits- und Pflegebranche aufgrund ihres zahlenmäßigen Anstiegs in Zukunft eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung spielen. Dazu zählen auch Angebote, welche die Probleme des Alterns lindern, die zum Pflege- und Hygienebereich gehören und die helfen, den Alltag zuhause selbständig zu bewältigen (vgl. Kirsch, 2003, S. 191). Die zunehmende Aktivität der älteren Menschen wird besonders im Tourismussektor eine bedeutende Rolle spielen. Die Nachfrage nach kulturellen Erlebnisreisen und Wellnessurlaub wird ebenso steigen wie eine damit einhergehende Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen im Urlaub.

Veränderung des Tourismus in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein rechnet man mit Veränderungen im Bereich Tourismus dahingehend, dass hier nicht nur mehr Seniorinnen und Senioren ihren Urlaub verbringen werden, sondern auch mehr Singles. Dabei geht der Trend weg vom Familienurlaub am Meer und verlagert sich hin zum Kultur-, Genuss-, Gesundheits- und Wellnessurlaub.

Einige der Wirtschaftsbereiche, die als künftige Gewinner aus der demographischen Entwicklung hervorgehen könnten, sind in Schleswig-Holstein bereits gut entwickelt (z.B. Gesundheit- und Wellness, Tourismus, marine Wirkstoffe für Kosmetik- und Pharmaprodukte). So gesehen birgt die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragestruktur eher Chancen als Risiken für das Land.

Zentrale Folge 5:

Die wirtschaftliche Nachfragestruktur in Schleswig-Holstein verändert sich aufgrund der im Durchschnitt älter werdenden Bevölkerung und sich verändernder Lebensstile.

Finanzierung der Sozialsysteme

Der Druck auf die Finanzierung der umlagefinanzierten Sozialsysteme wird durch den demographischen Wandel verstärkt. Hiervon sind die gesetzlichen Alterssicherungssysteme sowie die Kranken- und Pflegeversicherung betroffen.

Sozialversicherungssysteme werden zusätzlich belastet

So kommt zum Beispiel die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zu der Aussage, dass die Verschiebung der Altersstruktur sowohl Auswirkungen auf die Ausgaben als auch auf die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung haben wird, da ältere Menschen durchschnittlich mehr Gesundheitsleistungen beanspruchen als jüngere, jedoch weniger Beiträge zahlen. Generell führt die demographische Entwicklung längerfristig zu einer tendenziell sinkenden Einnahmehasis der Versicherungen, während die Ausgaben für Versorgungsleistungen steigen werden (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S.179 ff.). Steigende Ausgaben und stagnierende oder gar – durch die arbeitsmarktpolitischen Verhältnisse bedingt – sinkende Einnahmen gefährden sowohl die Funktionsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme als auch

Steigende Ausgaben und weniger Einnahmen

die Versorgungssicherheit der Leistungsempfänger. Über steigende Lohnnebenkosten belasten die Sozialversicherungssysteme zugleich in der entgegengesetzten Richtung den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stehen zukünftig weniger potenzielle Beitragszahler für die Sozialversicherungen zur Verfügung, denn die Zahl der Personen im Erwerbsalter geht zurück. Dabei könnte die demographisch bedingte Knappheit an Beitragszahlern bzw. Einnahmen durch Veränderungen im Erwerbsverhalten - insbesondere durch den anhaltenden Trend zur Selbstständigkeit und vermehrte Teilzeitarbeit - noch verstärkt werden (vgl. DB Research, 2002, S. 19 u. 35).

Die beschriebenen demographischen Szenarien mit den prognostizierten Entwicklungen für die sozialen Sicherungssysteme beziehen sich auf die gesamte Bundesrepublik. Die Entwicklung der Sicherungssysteme vollzieht sich auf Bundesebene, daher werden sie an dieser Stelle nicht eingehender betrachtet. Dennoch ist ihre Entwicklung eine wichtige Rahmenbedingung, die den Handlungsspielraum im Land unmittelbar beeinflusst. Umgekehrt haben viele der in der Studie beschriebenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen des Landes auch Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Insofern ist die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins und die in diesem Zusammenhang zu treffenden Maßnahmen auf Landesebene auch für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme von hoher Relevanz.

Zentrale Folge 6:

Die Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme ist gefährdet.

5.1.2 Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein

Im Folgenden werden zentrale Herausforderungen und Handlungsfelder im Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ beschrieben. Es folgen zunächst Zitate aus der schriftlichen und mündlichen Befragung. Sie sind nicht repräsentativ, sollen jedoch ein Meinungsbild vermitteln.

Meinungsbilder von Akteuren aus Schleswig-Holstein

„Alle Bemühungen gehen ins Leere, sofern nicht die Arbeitskosten gesenkt werden, die ausgrenzenden sozialen Schutzgesetze geändert werden, die Notwendigkeit auf Eigenverantwortung und Eigenvorsorge akzeptiert und gelebt wird.“

„Das soziale Sicherungssystem muss bezahlbar bleiben, sonst kommt der Kollaps! Die hohen Lohnsteuern und Steuerlasten für die Finanzierung der heutigen Sozialsysteme sind eine Ursache unserer aktuellen Wirtschaftskrise. Es geht deswegen nicht um einen Ausbau, sondern um eine tiefgreifende Reform der Sozialen Sicherungssysteme.“

„Absolut notwendig ist die (völlig unterentwickelte!) Einsicht in den Unternehmen, durch betriebliche Maßnahmen Gesundheit und Anpassungsfähigkeit der älter werdenden Beschäftigten zu erhalten. Dies gilt auch für die öffentlichen Bereiche wie Verwaltungen, Pflege, Medizin usw.“

„Durch eine Flexibilisierung der Rahmenbedingungen für Arbeit lässt sich ein wichtiger Beitrag für eine Produktivitätssteigerung schaffen. Wichtig ist, dass Beschäftigte mit Kindern Arbeit und Familie gleichgewichtig „unter einen Hut bringen“ können.“

„Zielgruppenorientierte Produkt- und Dienstleistungsentwicklung gewinnt an Bedeutung für Unternehmen aber auch für öffentliche Einrichtungen.“

„Schleswig-Holstein zählt zu den Bundesländern, in denen das Reiseaufkommen im eigenen Land erheblich ist. Demzufolge sollten die Angebote auch auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen ausgerichtet werden.“

„Das teils sehr hohe Qualifizierungsniveau der Frauen wird zu oft familiären Gegebenheiten geopfert, weil der Staat zu wenig Flexibilität ermöglicht (Beispiel: Steuerlich absetzbare Haushälterin, die sowohl für Kinder als auch Großeltern sorgen könnte).“

„Die Transparenz der Berufsbilder für Jugendliche wird bei zukünftigem Mangel an Fachkräften in Schleswig-Holstein noch wichtiger.“

„Altersgerechte Produkte und Dienstleistungen sind in ganz Deutschland entwicklungsbedürftig. Wegen seiner Wirtschaftsstruktur wird für Schleswig-Holstein insbesondere der Ausbau altersspezifischer Dienstleistungsangebote in Betracht kommen.“

„Schleswig-Holstein muss seine Dienstleistungsangebote an die besondere Nachfrage der älteren Generation anpassen, ohne dabei „Senioren-Flächenresidenz“ zu werden, d.h. vor allem in den Bereichen Urlaub, Gesundheit, Ernährung, Bildung und Kultur gezielt die Zielgruppe „Ältere“ bewerben.“

„Gerade auch im Tourismussektor droht in Schleswig-Holstein ein Fachkräftemangel.“

Herausforderungen im Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“

Auf der Grundlage der beschriebenen Folgen der demographischen Entwicklung lassen sich für den Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ folgende zentrale Herausforderungen für Schleswig-Holstein formulieren.

Zentrale Herausforderungen:

- » Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein angesichts einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft
- » Anpassung an die sich wandelnde gesamtwirtschaftliche Nachfragestruktur

In naher Zukunft wird die Wirtschaft in Schleswig-Holstein ihre Leistungen mit weniger und älteren Arbeitskräften erbringen müssen. Die Herausforderung besteht darin, mit veränderten demographischen Rahmenbedingungen weiterhin Wachstum zu erzielen. Darauf muss sich die Wirtschaft einstellen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die bessere Nutzung des Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein. Die Erwerbsbeteiligung von potenziell zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen muss erhöht werden und die Arbeitskräfte

– das Humankapital – muss über die notwendigen Qualifikationen und über aktuelles Wissen verfügen. Hierbei gewinnt berufsbegleitendes Lernen für die Unternehmen, Organisationen und Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein an Bedeutung. Die bessere Nutzung des Innovationspotenzials und der spezifischen Leistungsfähigkeit – insbesondere der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – rückt angesichts des bereits alternden Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein weiter in den Mittelpunkt. Grundsätzlich kann ein sinkendes Angebot an Arbeitskräften durch einen erhöhten Einsatz von Realkapital kompensiert werden, um die gleiche Produktionsmenge mit weniger Arbeitskräften zu erwirtschaften. Somit ist auch vor diesem Hintergrund eine gezielte Technologieentwicklung und -förderung von Bedeutung.

Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein führt zu einer veränderten Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen. Hieraus entstehen Chancen für Unternehmen in Schleswig-Holstein, die sich an veränderte Zielgruppen und Märkte anpassen. Ebenso gilt es, entstehende Risiken für bestimmte Branchen im Land zu erkennen und diesen angemessen zu begegnen.

Die vier folgenden Handlungsfelder werden angesichts dieser Herausforderungen im Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ empfohlen.

Handlungsfeld 1: Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials für Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 2: Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 3: Erhöhung des Kapitaleinsatzes in Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 4: Branchenspezifische Anpassung an die veränderte Nachfragestruktur in Schleswig-Holstein

5.1.2.1 Handlungsfeld 1: Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials für Schleswig-Holstein

Einer weiteren Zunahme des Fachkräftemangels in Schleswig-Holstein muss durch eine bessere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials entgegen gewirkt werden. Im Folgenden soll betrachtet werden, wie das quantitative Angebot an Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein erhöht werden kann. Qualitative Aspekte zur Verbesserung des Humankapitals werden im darauffolgenden Handlungsfeld 2 diskutiert.

Erhöhte Erwerbsbeteiligung junger Menschen durch kürzere Ausbildungszeiten

Die Erwerbsbeteiligung von jungen Menschen sollte durch eine Verkürzung der Schul- und Studienzeiten erhöht werden, womit ihnen ein früherer Eintritt in das Erwerbsleben ermöglicht wird. Eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre ist hier ein Ansatzpunkt. Sie wird an einigen Gymnasien in Schleswig-Holstein bereits erprobt. Gleichzeitig sollten die faktischen Studienzeiten verkürzt werden. Dazu müssen die studienbegleitenden Lebensumstände von den Studierenden so gestaltet und die Studiengänge so organisiert werden können, dass sie in der Lage sind, die Regelstudienzeiten einzuhalten (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 87). Ob die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen (bei gleichem Qualifikationsniveau) zu einer Verkürzung der Studiendauer führen wird, ist umstritten.

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen entsprechend der Nachfrage

Einem Mangel an Fachkräften ist u.a. entgegenzuwirken, indem eine der Nachfrage entsprechende Zahl von Ausbildungsplätzen bereitgestellt wird. Hierzu trägt das „Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung“ bei, mit dem die Landesregierung seit 2003 gemeinsam mit der Wirtschaft, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsverwaltung das Ziel verfolgt, zusätzliche Plätze für Ausbildung und Qualifizierung zu aktivieren.

Abkehr von jugendzentrierter Personalpolitik in schleswig-holsteinischen Unternehmen

Die Erwerbsbeteiligung von älteren Personen im Erwerbsalter muss erhöht werden. Die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein ist häufig noch durch eine jugendzentrierte Personalpolitik und der Praxis der Frühverrentung geprägt. Obwohl die Bevölkerung bereits seit Jahren altert, werden die Belegschaften paradoxerweise immer jünger. Der internationale Vergleich macht deutlich, dass sich die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer durch geeignete Rahmenbedingungen und Politikgestaltung beeinflussen lässt. Danach weisen Länder, in denen die Frühverrentung nicht als arbeitsmarktpolitisches Instrument eingesetzt wurde, höhere Erwerbsquoten Älterer auf. Es muss hierzulande deutlich gemacht werden, dass Frühverrentung zu steigenden Lohnnebenkosten und im Endeffekt zu mehr Arbeitslosigkeit führt (vgl. BMGS, 2003, S. 8). In Schleswig-Holstein liegt der Anteil der Betriebe, die Arbeitskräfte im Alter von 50 Jahren und mehr beschäftigen, mit etwa 63 Prozent nur geringfügig über dem Durchschnitt des Bundesgebietes West (60 Prozent) (vgl. IfR, 2004, S. 80). Diese Zahlen deuten auf ein großes Potenzial für eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen im Land hin.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein wichtiger Ansatz zur Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Hier stehen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt, die es insbesondere Frauen ermöglichen, neben der Erziehung ihrer Kinder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Wichtig sind Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche sowie flexible Arbeitszeitmodelle. Die im Rahmen dieser Studie befragten Expertinnen und Experten betonten, dass ein weiterer wichtiger Aspekt eine zuverlässige Schule ohne Unterrichtsausfall sei, damit sich berufstätige Eltern während ihrer Arbeitszeit auf die Betreuung und sinnvolle Beschäftigung ihrer Kinder verlassen könnten.

Die Erwerbsquote von erwerbsfähigen Frauen (zwischen 15 und 65 Jahre) lag 2002 in Schleswig-Holstein bei 64,5 Prozent im Vergleich zu 65,3 Prozent im Bundesdurchschnitt (vgl. Statistisches Landesamt, 2003a, S. 89 und Statistisches Bundesamt, 05.02.2004). Die Gleichstellung und Entgeltgleichheit von Frauen und Männern schafft für Frauen Anreize, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen als effektivster Ansatz

Auch aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der schriftlichen Befragung dieser Studie sind insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine familienfreundliche Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen wichtig, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Dieses Meinungsbild deckt sich mit der Prognose bezüglich eines hohen Potenzials, das in einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt. So kommt das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln zu dem Ergebnis, dass der effektivste Ansatz zur künftigen Deckung des Arbeitskräftebedarfes die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist. Auf diese Weise könnten bis 2025 dem Arbeitsmarkt in Deutschland zusätzlich 2,4 Millionen Frauen zur Verfügung stehen. Demgegenüber würden knapp 1,3 Millionen potenzielle Arbeitskräfte durch

	eine höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren und 400.000 durch eine Steigerung bei den Jugendlichen erreicht werden können (vgl. IW Köln, 2004b,o.S.). Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Gleichstellung und de facto Entgeltgleichheit von Frauen und Männern lässt sich durch gemeinsame Anstrengungen von Land, Kommunen und Unternehmen in Schleswig-Holstein verbessern, indem unter Berücksichtigung des „Gender Mainstreaming“-Ansatzes gemeinsam Konzepte und integrative Angebote entwickelt und umgesetzt werden (siehe zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auch die Ausführungen zur Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein in Kapitel 5.4).
Integration von Erwerbslosen	Erwerbslose sind eine weitere Gruppe der potenziellen Erwerbspersonen, deren Integration in den Arbeitsmarkt auch im Zuge des mittelfristigen Mangels an Fachkräften an Bedeutung zunimmt. Ihre Integration in den Produktionsprozess würde – durch den Wegfall von Unterstützungszahlungen – auch die öffentlichen Haushalte entlasten. Somit bedarf es auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einem drohenden Arbeitskräftemangel intensiverer Anstrengungen zur Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt.
Gemeinsamer Arbeitsmarkt Hamburg und Schleswig-Holstein	Durch eine gesteuerte Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland kann das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein erhöht werden. Das Institut für Regionalforschung der Universität Kiel mahnt eine Verstärkung der Kooperation mit Hamburg auf Hochschulebene und bei der Standortdarstellung nach außen an. Schleswig-Holstein und Hamburg seien zusammen ein Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte, der eine kritische Masse erreicht, der mit anderen Agglomerationsräumen durchaus konkurrieren könne (vgl. IfR, 2004, S. 133). Auch die im Rahmen der Studie befragten Expertinnen und Experten betonten, dass ein großes Potenzial an Fachkräften im Land genutzt werden könnte, indem die Studierenden an schleswig-holsteinischen Hochschulen und deren Absolventen an das Land gebunden werden. Ansätze lägen hier in der Betreuung der Absolventen oder in einer stärkeren Praxisorientierung des Studiums, um frühzeitig Kontakte zu Unternehmen in Schleswig-Holstein aufzubauen.
Absolventenpflege und Praxisorientierung von Hochschulen	
Ausweitung der Lebensarbeitszeit	Weiterhin wird eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit als Möglichkeit diskutiert, um das Erwerbspersonenpotenzial besser auszuschöpfen. Zum Einen führen, wie oben beschrieben, verkürzte Schul- und Studienzeiten zu einem früheren Eintritt in das Erwerbsleben. Die Lebensarbeitszeit kann zudem durch Abbau der Möglichkeiten zur Frühverrentung verlängert werden, was zu einem späteren Austritt aus dem Erwerbsleben beitragen würde. An dieser Stelle sind die Betriebe und Organisationen in Schleswig-Holstein gefragt, mit einer altersgerechten Personalpolitik ältere Menschen im Erwerbsleben zu halten. Die bereits sich vollziehende Alterung des Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein und die derzeit geringe Beschäftigung von Arbeitskräften im Alter von 50 und mehr Jahren in schleswig-holsteinischen Betrieben spricht dafür, künftig einen weiteren Schwerpunkt auf die bessere Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Unternehmen zu setzen.
Koordination bereits bestehender Aktivitäten und Ausrichtung auf den demographischen Wandel	In Schleswig-Holstein haben verschiedene landespolitische Programme und Aktivitäten u.a. auch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung unterschiedlicher Personengruppen zum Ziel (siehe Beispiele im folgenden grauen Kasten). Eine Koordination dieser Programme und Aktivitäten im Rahmen eines res-

sortübergreifenden Konzepts, deren gezielte Ausrichtung auf den demographischen Wandel sowie eine Anpassung an regionale demographische Entwicklungen in Schleswig-Holstein erscheint empfehlenswert, um den zukünftigen Fachkräftebedarf im Land zu decken.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Verkürzung der Schul- und Studienzeiten
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zur Deckung der Nachfrage
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen
- Bessere Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt
- Gemeinsame Standortdarstellung von Schleswig-Holstein und Hamburg als ein attraktiver Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte
- Ausrichtung bestehender Programme und Aktivitäten des Landes, die u.a. zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung beitragen, auf den demographischen Wandel

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

Verkürzung der Schulzeiten:

- „G8 Bildungsgang“, ein verkürzter achtjähriger gymnasialer Bildungsgang wird an einigen Gymnasien in Schleswig-Holstein angeboten, MBWFK

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zur Deckung der Nachfrage:

- „Bündnis für Ausbildung“, eine Initiative des MWAV mit dem Ziel Ausbildungsplätze für Schulabgänger in Schleswig-Holstein bereitzustellen.

Erwerbsbeteiligung von Frauen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“, arbeitsmarktpolitisches Programm der Landesregierung Schleswig-Holstein (insbesondere mit den Programmpunkten ASH 18: Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen, ASH 24: Beratungsstellen Frau & Beruf)
- „Beratungsstellen Frau und Beruf“ unter Federführung des MJF: Es werden mit Mitteln des Landes und der EU landesweit 12 Beratungseinrichtungen mit den folgenden Aufgabenbereichen gefördert: arbeitsmarktorientierte Beratung für Frauen, Abstimmung des regionalen Weiterbildungsangebotes auf die Situation von Frauen, strukturpolitische Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen sowie die Vernetzung und Veröffentlichung dieser Tätigkeitsbereiche.
- „Familiengerechte Arbeitsstrukturen“, unter Federführung des MJF ist eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sowohl Ziele für eine ausgewogene work-life-balance, als auch Maßnahmen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt hat. Daneben wurden ebenfalls auf Initiative des MJF und im Rahmen des Zukunftsfeldes Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Kommunen, Vereinen und Verbänden, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen Arbeit und/oder Familie befassen, aufgefordert, Anregungen und Ideen für eine familiengerechte Arbeitswelt 2010 zu formulieren.

- „Offene Ganztagschulen“, ein Programm des MBWFK mit dem Ziel, die Ganztagsangebote an Schulen für einen zeitlich und organisatorisch verlässlichen Rahmen für Unterricht und außerschulische Angebote auszubauen
- „Company Kids“, eine Initiative des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt zum Thema „Kinderbetreuung“ und „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, die sich zur Zeit im Aufbau befindet
- „Kampagne: familienfreundlicher Betrieb“: Im Rahmen des Regionalprogramms 2000 durch die Landesregierung gefördertes Projekt mit dem Ziel, ein Netzwerk zur nachhaltigen Verankerung von Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit in kleinen und mittelständischen Unternehmen der Landkreise Nordfriesland und Dithmarschen aufzubauen und/oder auszuweiten

Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer:

- „Vermittlung von älteren Arbeitnehmern“, regional begrenzte Modellprojekte, MWAV
- „Netzwerk 50+“, ein Projekt für Arbeitssuchende über 50, die eigenverantwortlich und kreativ ihre Integration in den Arbeitsmarkt betreiben wollen, Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein
- „Initiative 50+“: Gesellschaft für Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Zuwanderung und Integration:

- „Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“, Integrationskonzept der Landesregierung zur Förderung der Integration von Zuwanderern in Schleswig-Holstein. Das Konzept nimmt die wichtigsten Punkte zu Fragen der Integration auf, bewertet und zeigt Perspektiven und Umsetzungsmöglichkeiten

5.1.2.2 Handlungsfeld 2: Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein

Mit dem Rückgang der Bevölkerung in Schleswig-Holstein stehen der Wirtschaft künftig weniger Personen im Erwerbsalter zur Verfügung. Soll in Zukunft Wirtschaftswachstum erzielt werden, müssten Beschäftigten in ihrer derzeitigen Anzahl deutlich produktiver werden. „Ob die erforderliche Leistungssteigerung gelingt, hängt eng mit dem Bildungsniveau zusammen“ (Quelle: IW Köln, 2004b, o.S.). Dabei steigen die Anforderungen an die Qualifikation der Erwerbstätigen und an die kontinuierliche Aktualisierung des Wissens. Diese erforderliche Leistungssteigerung ist eine Herausforderung für die Landespolitik, öffentliche und private Bildungseinrichtungen, Betriebe und Organisationen sowie für jeden Einzelnen.

Kontinuierliche Aktualisierung des Wissens

Die Entwicklung des Humankapitals einer Volkswirtschaft beginnt im Kindesalter. Daher muss es ein Ziel landespolitischer Aktivitäten sein, eine durchgängige Qualitätsverbesserung zwischen Kindergarten, Schule und Ausbildung bzw. Studium zu gewährleisten. Weiterhin weisen die Expertinnen und Experten in den geführten Gesprächen auf die Notwendigkeit hin, verstärkt Methodenkompetenz und die Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Lernen zu vermitteln. Hier ergibt sich für die Landesregierung die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Bildungspolitik entsprechenden Einfluss zu nehmen.

	In der betrieblichen Ausbildung sind zudem die Unternehmen in der Verantwortung, zur Umsetzung dieses Zieles beizutragen.
Durchgängige Qualitätsverbesserung von Bildung	Insbesondere die „... Weiterbildung von Erwachsenen ... gilt als Voraussetzung für einen nachhaltigen Anstieg der Arbeitsproduktivität einer alternden Gesellschaft“ (Quelle: Foders, 2000, S. 21). Weiterbildungseinrichtungen sind daher aufgefordert, ihre Angebote bedarfsgerecht und effizient zu gestalten. Die Enquête-Kommission des Bundestages zum demographischen Wandel verweist auf Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern, Weiterbildungsträgern, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern, um bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote zu entwickeln (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 86).
Bedarfsgerechte Weiterbildung	Zudem ist es grundsätzlich notwendig, die Weiterbildungsbeteiligung in Schleswig-Holstein zu erhöhen (vgl. MWAV, 2003c, S.45). In Schleswig-Holstein nehmen überwiegend Personen mit guter Erstausbildung verstärkt an Weiterbildungen teil, während ältere Personen, ausländische Mitbürger und Personen mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation (die so genannten bildungsfernen Gruppen) diese Chance noch zu wenig nutzen (vgl. MWAV, 2003c, S.7).
Neue Finanzierungsmodelle für erhöhte Weiterbildungsbeteiligung	Die Frage nach der Finanzierung von Weiterbildung wird zukünftig stärker in den Mittelpunkt treten. Dabei wird von Expertinnen und Experten befürchtet, dass steigende Kosten für Staat und Wirtschaft die teilweise private Finanzierung von Weiterbildung in steigendem Maße erforderlich machen wird. Hierfür sollten neue einkommensabhängige Finanzierungsmodelle entwickelt und eingeführt werden. So diskutieren Expertinnen und Experten der „Kommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens“ Finanzierungsinstrumente wie Lernzeitkonten, individuelle Selbstfinanzierung, Bildungskonten/Bildungssparen, einzelbetriebliche Finanzierung, Bildungsfonds/Umlagen, staatliche Finanzierung, Gutscheine oder Mischmodelle (vgl. Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“, 05.06.03).
Ausrichtung der Unternehmen auf ältere Belegschaften	Vor dem Hintergrund alternder Belegschaften in Schleswig-Holstein ist eine bessere personalpolitische Ausrichtung der Unternehmen auf ältere Erwerbstätige erforderlich, um altersspezifische Stärken und Leistungsfähigkeit besser zu nutzen. Dabei muss vermehrt und langfristig in das Humankapital alternder Belegschaften und damit in ihre Beschäftigungsfähigkeit investiert werden (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 90). Die Betriebe und Organisationen in Schleswig-Holstein sind im Rahmen ihrer Personalpolitik gefragt, ihre betriebliche Fort- und Weiterbildung stärker auf ältere Beschäftigte auszurichten. In diesem Zusammenhang wird auch über eine verstärkt qualifikationsorientierte Lohndifferenzierung diskutiert. „Über die Ausschöpfung bestehender Tarifstrukturen hinaus ist eine neue und stärkere Lohndifferenzierung notwendig, die zum einen Mangelberufe attraktiver macht und zum anderen den Arbeitnehmern signalisiert, dass sich Qualifizierungsanstrengungen nicht nur in besseren Beschäftigungschancen, sondern auch in einem höheren Einkommen auszahlen ... Statt am Lebensalter muss sich die Differenzierung an praxisbezogenen Qualifikations- und Leistungskriterien orientieren“ (Quelle: Bertelsmann Stiftung, 12.04.04, S. 16). Die Entwicklung von Modellen zur Lohndifferenzierung, die Qualifizierungsanstrengungen mit der Möglichkeit zur Einkommensverbesserung verbinden, sollte in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Tarifpartnern angegangen werden.
Anreize zur Qualifizierung durch höheres Einkommen	

Integration bildungsferner und benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt

Vor dem Hintergrund steigender Qualifikationsanforderungen an die Erwerbstätigen sinken die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein. Die Expertinnen und Experten wiesen in den Gesprächen auf die Notwendigkeit hin, gerade auch die bildungsfernen Menschen in die Prozesse des lebenslangen Lernens zu integrieren und deren Beschäftigungsfähigkeit sicherzustellen. Die Integration geringqualifizierter Personen sei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.

An dieser Stelle wird auf den Themenbereich „Lebenslanges Lernen“ verwiesen, in dem weitere Aspekte zur Qualitätsverbesserung des Humankapitals diskutiert werden. Im Folgenden werden die Handlungsempfehlungen im „Handlungsfeld 2: Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein“ im Überblick gezeigt.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Durchgängige Qualitätsverbesserung von Bildung vom Kindergarten bis zur Weiterbildung
- Verbesserung der Bedarfsgerechtigkeit von Aus- und Weiterbildung
- Investitionen in das Humankapital alternder Belegschaften
- Implementierung innovativer Finanzierungsmodelle für Weiterbildung
- Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung insbesondere von bildungsfernen Personengruppen wie Menschen mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation, Ausländer und ältere Personen

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung in Schleswig-Holstein“, ein Programm der Landesregierung Schleswig-Holstein mit dem Ziel Ausbildungsplätze für Schulabgänger in Schleswig-Holstein bereitzustellen.
- „Bildungsfreistellungs- und Qualifikationsgesetz“ und „Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz“, gemeinsam vom Bund und Land Schleswig-Holstein getragenes Gesetz zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus, Weiterbildungsbeteiligung in KMU, Förderung IT-gestützter Weiterbildungsangebote.
- „Weiterbildung im Kontext des lebenslangen Lernens“ - Konzept des Landes Schleswig-Holstein: Das unter der Federführung des MWAV entwickelte Konzept beschreibt die wesentlichen Aufgaben einer qualitätsorientierten Entwicklung der Weiterbildung in SH für die Weiterbildungsverbünde des Landes.
- „EBISS – Erweiterte Berufsorientierung im System Schule“, ein Projekt des MBWFK und der Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsausbildung mit dem Ziel, Jugendlichen bessere Berufschancen zu bieten.

Weitere Beispiele für Programme und Aktivitäten insbesondere im Schul- und Hochschulbereich werden im Themenbereich „Lebenslanges Lernen“ genannt.

5.1.2.3 Handlungsfeld 3: Erhöhung des Kapitaleinsatzes in Schleswig-Holstein

Vor dem Hintergrund der Alterung und vor allem des Rückgangs der Bevölkerung wird vermehrt darauf hingewiesen, dass erhöhte Investitionsanstrengungen generell notwendig seien. Das Humankapital wird zukünftig knapp und zum limitierenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Aktivierung von heute noch unausgeschöpften Beschäftigungspotenzialen wird vermutlich nicht ausreichen, „... um den Trend umzudrehen. Die Zunahme des Produktionspotenzials und damit die mittel- und langfristig erreichbare wirtschaftliche Wachstumsrate werden dadurch wahrscheinlich gemindert. Nur durch vermehrte Kapitalbildung und Investitionsanstrengungen lässt sich diese korrigieren“ (Quelle: Klös et al., 2004, S. 396 f.).

**Faktor Arbeit für
Wachstum gewichtiger
als Kapital**

Grundsätzlich lässt sich ein sinkendes Angebot an Arbeitskräften durch einen erhöhten Einsatz von Kapital kompensieren. Dabei steht nicht das Ersetzen von Arbeitsplätzen durch Kapital im Mittelpunkt. Vielmehr besteht hier die Möglichkeit, die gleiche Produktionsmenge mit künftig weniger zur Verfügung stehenden Arbeitskräften, kompensiert durch einen erhöhten Einsatz von realem Kapital, zu erwirtschaften. Untersuchungen zufolge hat der Faktor Arbeit im Wachstumsprozess ein deutlich höheres Gewicht als das eingesetzte Kapital. Deshalb müssten die Investitions- bzw. Kapitalstocksteigerungen prozentual erheblich kräftiger als der prognostizierte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials ausfallen, um die Potenzialrate des BIP konstant zu halten. Ein Rückgang des Faktors Arbeit um ein Prozent kann bei unverändertem technischen Fortschritt nur durch eine Erhöhung des Kapitalstocks um vier Prozent ausgeglichen werden (vgl. DB Research, 2003b, S. 21). Da der zur Sicherstellung des künftigen Wirtschaftswachstums erforderliche Produktivitätsschub mit den dann zur Verfügung stehenden Beschäftigten unwahrscheinlich ist, kann also – neben anderen Maßnahmen - der erhöhte Einsatz von Kapital (Maschinen, Computer, etc.) Abhilfe schaffen (vgl. DB Research, 2003e, S. 4). Eine Einschätzung über die demographisch bedingte Entwicklung des Kapitaleinsatzes ist letztlich schwierig. Es gibt Argumente, die für und gegen eine stärkere Kapitalbildung bei einer rückläufigen Bevölkerung sprechen, jedoch keine eindeutigen Aussagen zur zukünftigen Entwicklung der Investitionstätigkeit infolge des demographischen Wandels (vgl. Grömling, 2004, S. 80).

**Produzierendes Gewerbe
in Schleswig-Holstein mit
geringerem Wertschöpfungsanteil**

In Schleswig-Holstein hat das kapitalintensive produzierende Gewerbe mit 22,6 Prozent einen geringeren Wertschöpfungsanteil als in Westdeutschland insgesamt mit 29,3 Prozent (vgl. MWAV, 2003a, S. 20). Die Erhöhung des Kapitaleinsatzes ist somit nur für einzelne Betriebe und Sektoren in Schleswig-Holstein eine Möglichkeit zum Ausgleich eines zurückgehenden Arbeitskräfteangebots.

**Zusätzliche Kriterien für
Investitionsförderungen**

Konkret sind an dieser Stelle die öffentlichen Fördereinrichtungen des Landes gefordert, zu prüfen, ob in die Entscheidungen über Investitionsförderungen schleswig-holsteinischer Betriebe künftig auch die demographische Entwicklung (Humankapital als limitierender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung) einbezogen werden sollte. Durch eine derartige Förderausrichtung sollen Unternehmen des Landes im nächsten Jahrzehnt in die Lage versetzt werden, die durch Arbeitskräftemangel verursachten Produktivitäts- und damit Wachstumsrückgänge mittels erhöhtem Einsatz von Kapital ausgleichen zu können.

Handlungsempfehlung

- Prüfung einer Investitionsförderung zur Steigerung der Kapitalbildung mangels Humankapital

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Regionalprogramm 2000“, ein Programm der Landesregierung Schleswig-Holstein mit dem Ziel der Förderung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung durch Verbesserung der Standortbedingungen und der Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale. Schwerpunkt ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur.
- „e-Region Schleswig-Holstein“, ein Landesprogramm des MWAV und der Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH) mit den folgenden Zielen: Die Rahmenbedingungen für eine auf Wissen und Technologien beruhende regionale Ökonomie praktisch zu verbessern; Innovationen in der Regionalpolitik anzuregen; modellhaft zu zeigen, wie neue Technologien zum nachhaltigen Nutzen regionaler Entwicklung eingesetzt werden können; die Verbreitung neuer Technologien in einer strukturschwachen und von kleinen Unternehmen geprägten Region voranzutreiben.
- „Betriebliche Innovationen“, eine Initiative des MWAV zur Stimulation von Innovationssprüngen, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Umsetzung von Basis- und Spitzeninnovationen in marktfähige Produkte.
- „Gründerjobs“, Gründungsstipendien der Technologiestiftung Schleswig-Holstein für Absolventen an Hochschulen, Fachhochschulen und Forschungsinstitutionen zur Unterstützung von Existenzgründungen aus Hochschulen heraus.
- „Potenzialberatung“, ein Projekt des MWAV zur Unterstützung von KMU zur Stärkung deren Wettbewerbsfähigkeit und damit Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.
- „Technologie- und Innovationsfonds (TIF)“, ein gemeinsames Förderprodukt der Investitionsbank Schleswig-Holstein und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein zur Erweiterung der Eigenkapitalbasis von technologieorientierten/innovativen KMU sowie entsprechenden Existenzgründern.

5.1.2.4 Handlungsfeld 4: Branchenspezifische Anpassung an die veränderte Nachfragestruktur in Schleswig-Holstein

Ältere Menschen werden als Zielgruppe für Unternehmen wichtiger

Die demographische Entwicklung führt zu einem Wandel der gesamtwirtschaftlichen Nachfragestruktur. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird größer, wodurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage künftig zu einem größeren Teil von dieser Personengruppe ausgeht. Ältere Personen werden somit auch als Zielgruppe für Unternehmen wichtiger. Die Konsumausgaben jüngerer Menschen und Familien werden verhältnismäßig zurückgehen. Darüber hinaus werden die zukünftigen Konsummuster älterer Menschen von den heute bekannten Konsummustern abweichen. Insgesamt wird

**Unternehmen müssen sich
der wandelnden Nachfra-
gestruktur anpassen**

die wirtschaftliche Zielgruppe der älteren Menschen heterogener sein als heute (siehe auch S. 78).

Diese Entwicklungen stellen die Wirtschaft in Schleswig-Holstein vor die Herausforderung, sich an die sich wandelnde Nachfragestruktur anpassen zu müssen. Dabei sind die Branchen mit den jeweiligen Unternehmen in Schleswig-Holstein, je nach Ausrichtung auf einzelne Zielgruppen, unterschiedlich betroffen.

**Wachstumspotenzial in
der touristischen Ziel-
gruppe 50+**

In dem für Schleswig-Holstein wichtigen Wirtschaftsbereich Tourismus kommt es zu Nachfrageverschiebungen. Im Rahmen der „Tourismuskonzeption Schleswig-Holstein“ wird beispielsweise davon ausgegangen, dass die bisher wichtigste Zielgruppe „Familien mit Kindern“ aufgrund der demographischen Entwicklung und dem Trend zum Auslandsurlaub für Schleswig-Holstein an Bedeutung verliert. Daher soll das Wachstumspotenzial in der Zielgruppe „50+“ bzw. „Seniorentourismus“ auch in Zukunft genutzt werden, um die zurückgehende Nachfrage im Familientourismus zumindest teilweise zu kompensieren (vgl. MLR, 2002, S. 10/28). Bereiche wie der Tourismus, die Gesundheit und Wellness mit den Schnittstellen zu Kultur, Ernährung und dem Bereich mariner Wirkstoffe (Kosmetika, Pharmazeutika) zählen zu den möglichen „Strukturgebern“ der demographischen Entwicklung. Diese Bereiche sind in Schleswig-Holstein bereits heute gut vertreten.

**Chancen durch sektoren-
übergreifende Zusammen-
arbeit und Vernetzung**

Die zukünftig steigende Wirtschaftskraft älterer Menschen beinhaltet Chancen für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein. Ein wesentlicher Ansatz besteht darin, auf die besonderen Bedürfnisse, Ansprüche und Interessen von älteren Menschen aufmerksam und den Akteuren in Schleswig-Holstein die darin liegenden Chancen bewusst zu machen. Dabei können Rahmenbedingungen für eine stärkere sektorenübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung von Personen und Organisationen in Schleswig-Holstein verbessert werden. Beispielsweise werden Dienstleistungen, welche die Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren erhöhen und ihnen so lange wie möglich eine selbständige Lebensführung ermöglichen, eine steigende Nachfrage in Schleswig-Holstein erfahren. Gründungsinitiativen mit dieser Ausrichtung sollten verstärkt angeregt und unterstützt werden. Um dieses Potenzial optimal zu nutzen, ist eine Verzahnung verschiedener Anbieter und eine effektive Kooperation beruflicher und ehrenamtlicher Arbeit notwendig (vgl. Beyer et al, 2002, S. 140).

**Rahmenbedingungen und
Wissenstransfer in
Schleswig-Holstein
verbessern**

Die schriftliche Befragung im Rahmen dieser Studie hat ergeben, dass ein altersgerechtes Angebot von Produkten und Dienstleistungen, unterstützt von einem entsprechenden Verbraucherschutz, besonders wichtig ist. Dieses Meinungsbild der Befragten bekräftigt den Handlungsansatz, die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein zur Deckung des Bedarfs an altersgerechten Produkten und Dienstleistungen zu verbessern. Der demographische Wandel ist hier eine Chance, eine Produktgestaltung für heterogene Konsumentengruppen unterschiedlichsten Alters („design for all“) zu entwickeln.

Die generelle Ausrichtung auf das veränderte Konsumverhalten und die Verschiebung der Nachfragestruktur birgt Chancen für die schleswig-holsteinische Wirtschaft, wenn es frühzeitig gelingt, auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft einzugehen und diese auch zu vermitteln.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Anpassung der Unternehmen an die sich wandelnde Nachfragestruktur
- Nutzung des Wachstumspotenzials in der Zielgruppe 50+
- Schaffung von Rahmenbedingungen für sektorenübergreifende Vernetzung und Organisation des Wissenstransfers bezüglich der steigenden Nachfrage älterer Menschen nach Produkten und Dienstleistungen

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N. – Wirtschaftsentwicklung und Infrastrukturanpassung unter neuen demographischen Vorzeichen“, ein Projekt der Technologieregion K.E.R.N.
- „Balance. Best of Spa“, Verbund der Seebäder Büsum, Damp, St. Peter-Ording und Westerland/Sylt mit dem Ziel u.a. den Seniorentourismus in Schleswig-Holstein attraktiver zu gestalten
- „Marketingkonzepte für die Zielgruppe 50+“, Ostseebäderverband Schleswig-Holstein, Nordseebäderverband Schleswig-Holstein und Tourismusagentur Schleswig-Holstein
- „Silver Age im Tourismus“, von der IHK-Vereinigung Schleswig-Holstein geplante Veranstaltung

5.1.3 Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“

Im Folgenden werden Maßnahmen und Projekte für den Themenbereich „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ vorgeschlagen. Sie dienen als Beispiele und Ansatzpunkte für die Umsetzung einer demographieorientierten Politik in Schleswig-Holstein.

Projektvorschläge im Überblick**Projektvorschlag 1:**

Potenziale nutzen – Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 2:

Innovation und Wachstum – Kleine und mittlere Unternehmen im demographischen Wandel in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 3:

Wachstumspotenziale für den Tourismus – Spezifische Marktforschung über die touristische Zielgruppe „Seniorinnen und Senioren (50+)“ in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 4:

„Wirtschaftskraft Alter“ – Wissenstransfer macht Chancen bewusst

Projektvorschlag 5:

Verbraucherschutz auf neuen Wegen – Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft

Projektvorschlag 1:**Potenziale nutzen – Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs in Schleswig-Holstein****Projektidee**

Es soll ein Konzept zur besseren Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein entwickelt und in einer Modellregion umgesetzt werden. Ausgehend von der Überzeugung, dass notwendige Veränderungen und Innovationen nur gemeinsam bewältigt werden können, liegt die Herausforderung des Projektes in der Modellregion in der Entwicklung eines gemeinsamen aufeinander abgestimmten Handels aller regionalen Akteure im Umgang mit den neuen Anforderungen und Aufgaben.

Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext

Bedingt durch den demographischen Wandel wird mittelfristig die Zahl der Erwerbsfähigen und damit das Angebot an Arbeitskräften in Schleswig-Holstein sinken. Somit droht zukünftig - bei entsprechender Nachfrageentwicklung - ein Arbeitskräftemangel. Obwohl dieses Problem in Schleswig-Holstein erst mittelfristig auftreten wird, ist eine umfassende konzeptionelle Vorbereitung zeitnah notwendig, damit die Regionen in Schleswig-Holstein einem drohenden Mangel an Arbeitskräften entgegenwirken können.

Dies kann durch eine erhöhte Erwerbsbeteiligung verschiedener Personengruppen in Schleswig-Holstein geschehen. Hierzu bieten sich generell folgende Ansätze an:

- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung junger Menschen durch eine Verkürzung der Schul- und Studienzeiten,
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Personen durch eine altersgerechte Personalpolitik,
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichberechtigung und Entgeltgleichheit,
- Erhöhung der Attraktivität des Arbeitsmarktes Schleswig-Holstein beispielsweise durch Kooperation und gemeinsame Außendarstellung mit Hamburg (vgl. IfR, 2004, S. 133), um Arbeitskräfte an Schleswig-Holstein zu binden und Zuwanderung zu fördern,
- Bindung von Hochschulabsolventen an schleswig-holsteinische Unternehmen bereits während des Studiums und „Absolventenpflege“, um eine Abwanderung aus dem Land zu vermeiden (vgl. IfR, 2004, S. 133).

In Schleswig-Holstein bestehen bereits Maßnahmen und Aktivitäten, die zu einer höheren Erwerbsbeteiligung unterschiedlicher Personengruppen beitragen. Beispiele sind das Programm „Familiengerechte Arbeitsstrukturen“ des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, das „Netzwerk 50+“ der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein oder das Projekt „Vermittlung von älteren Arbeitnehmern“ des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

Es wird vorgeschlagen, ein Konzept zur Vernetzung und Erweiterung bestehender Maßnahmen verschiedener politischer und gesellschaftlicher Akteure im Land zu entwickeln. Dieses Konzept sollte an regionale Gegebenheiten angepasst und in einer Modellregion umgesetzt werden. Hierzu sollte ein Wettbewerb initiiert werden, in dem sich schleswig-holsteinische Regionen als Modellregion bewerben können.

Zentrale Ziele	Das Konzept sollte Aussagen machen: ▪ wie die Wirtschaft und Landespolitik auf den drohenden Mangel an Arbeitskräften in Schleswig-Holstein auszurichten ist, ▪ wie Synergieeffekte zwischen den einzelnen Aktivitäten zu erzielen sind, ▪ wie die Maßnahmen regional angepasst werden müssen. Das Projekt sollte zudem die Erwerbsbeteiligung in der Modellregion erhöhen und zu einem erhöhten Arbeitskräfteangebot beitragen.
Umsetzung	Es wird empfohlen, ein Netzwerk verschiedener gesellschaftlicher Kräfte zur Entwicklung des Konzeptes zu bilden. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kommunen und Ministerien sollten hier zusammenarbeiten.
Partner	Mögliche Partner dieses Netzwerkes sind: ▪ die Industrie- und Handelskammern des Landes Schleswig-Holstein, ▪ die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, ▪ der Unternehmensverband Nord, ▪ der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Nord, ▪ die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, ▪ das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, ▪ das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, ▪ das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein und ▪ das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein.
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Bereits bestehende oder in Planung befindliche Aktivitäten in Schleswig-Holstein werden im Folgenden exemplarisch genannt: ▪ „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“, ein Programm der Landesregierung Schleswig-Holstein, mit den Schwerpunkten - ASH 18: Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen - ASH 24: Beratungsstellen Frau & Beruf ▪ „G8 Bildungsgang“, ein verkürzter achtjähriger gymnasialer Bildungsgang, der an einigen Gymnasien in Schleswig-Holstein angeboten wird. Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein ▪ „Beratungsstellen Frau und Beruf“, ein Programm des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein ▪ „Familiengerechte Arbeitsstrukturen“, ein Programm des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein ▪ „Online – Frauen sind dran“, ein Programm des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein

- „Vermittlung von älteren Arbeitnehmern“, ein Projekt des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- „Work-Life-Balance-Konzept“, eine geplante Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- „Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung in Schleswig-Holstein“ ein Programm der schleswig-holsteinischen Landesregierung
- „Netzwerk 50+“, ein Projekt für Arbeitssuchende über 50, die eigenverantwortlich und kreativ ihre Integration in den Arbeitsmarkt betreiben wollen, Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein
- „Company Kids“, eine Initiative des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt zum Thema „Kinderbetreuung“ und „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, die sich zur Zeit im Aufbau befindet

Bestehende Studien

Darüber hinaus gibt die Studie „Strategien gegen den Fachkräftemangel“ der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, wichtige Hinweise zu dieser Thematik, die für das Land Schleswig-Holstein nutzbar gemacht werden könnten.

Kostenabschätzung und Finanzierungsmöglichkeiten

Zur Zeit wird davon ausgegangen, dass es verschiedene Arbeitstreffen der eingebundenen Partner geben wird. Die entstehenden Kosten werden von den einzelnen Partnern getragen. Ob es darüber hinausgehende externe Kosten geben wird, werden die ersten Ergebnisse der Arbeitstreffen zeigen.

Projektvorschlag 2:**Innovation und Wachstum – kleine und mittlere Unternehmen im demographischen Wandel in Schleswig-Holstein**

Projektidee	Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Schleswig-Holstein sollen für die demographischen Veränderungen mit zukünftig älteren und weniger Erwerbsfähigen sensibilisiert und auf diese Entwicklung vorbereitet werden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Bedingt durch den demographischen Wandel wird die Zahl der Personen im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein zukünftig sinken und deren durchschnittliches Alter steigen. Unternehmen in Schleswig-Holstein müssen sich somit in Zukunft darauf einstellen, dass: ▪ es immer weniger qualifizierte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt geben wird, ▪ ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für betriebliche Innovationen immer wichtiger werden und ▪ nicht altersgerechte Arbeitsplatzbedingungen langfristig negative Folgen haben. Wenn sich die schleswig-holsteinischen Unternehmen nicht an diese Rahmenbedingungen anpassen, könnte mittelfristig deren Wettbewerbsfähigkeit (d.h. die Fähigkeit neue Märkte durch innovative Produkte und Dienstleistungen zu erschließen oder bestehende Marktanteile zu behaupten oder auszubauen) eingeschränkt werden. Um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der KMU zu fördern, könnte in Anlehnung an das in Nordrhein-Westfalen laufende Projekt „Arbeit und Innovation im demographischen Wandel“ (vgl. arbid, 26.02.2004) eine Initiative durch die Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen werden. Diese Initiative unterstützt schleswig-holsteinische kleine und mittlere Unternehmen bei der Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels und trägt zur Gestaltung altersgerechter Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen bei.
Zentrale Ziele	Zentrale Ziele dieser Initiative sind: ▪ möglichst viele Unternehmen erkennen die Chancen und Risiken des demographischen Wandels, ▪ kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner stehen für die Unternehmen in Verbänden, Gewerkschaften sowie Bildungs- und Beratungseinrichtungen in Schleswig-Holstein bereit, ▪ Strategien und Best-Practice-Methoden werden ermittelt, verfügbar gemacht und finden Anwendung sowie ▪ Erfolg versprechende Modellprojekte werden organisatorisch und finanziell unterstützt.

Organisationsstruktur	Die Initiative könnte folgende Gremien haben: ▪ Die Projektträger könnten die Arbeitgeberverbände Schleswig-Holsteins, die Gewerkschaften oder die Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein sein. ▪ Eine Steuerungs- und Lenkungsgruppe wäre zuständig für die Strategieentwicklung, die Steuerung und Koordination der Aktivitäten. ▪ Die Basis der Initiative könnte ein Gremium mit Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Bildungs- und Beratungseinrichtungen in Schleswig-Holstein bilden.
Partner	Mögliche Partner für der Initiative könnten sein: ▪ Gewerkschaften (DGB Bezirk Nord, IG Metall Bezirk Küste, etc.), ▪ der Unternehmensverband Nord, ▪ die Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein, ▪ das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, ▪ die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), ▪ die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein ▪ Unternehmen in Schleswig-Holstein und ▪ Bildungs- und Beratungseinrichtungen in Schleswig-Holstein.
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Im Folgenden werden exemplarisch bereits bestehende Aktivitäten zu diesem Thema in Schleswig-Holstein genannt: ▪ Betriebliche Innovationsberatung der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), ▪ Potenzialberatung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, ▪ Regionale Projekte „Vermittlung älterer Arbeitnehmer“ des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.
Modellprojekte	Als Modellprojekte sind die nachfolgenden Initiativen und Programme zu nennen: ▪ „Arbeit und Innovation im demographischen Wandel“, eine Initiative der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände in Nordrhein-Westfalen e.V., des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nordrhein-Westfalen und des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, ▪ „Generationsübergreifende Teams im Innovationsprozess“, ein Projekt der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH, Teltow, ▪ „Wachsende Innovativität mit allen und für alle Altersgruppen – Beratung von KMU zur Gestaltung eines innovationsförderlichen Arbeitsumfeldes“, ein Projekt der unique, Gesellschaft für Arbeitsgestaltung, Personal- und Organisationsentwicklung mbH, Berlin.

Aufwands- und Kostenabschätzung Je nach Anzahl der Aktivitäten (Workshops, Studien, Konferenzen, Reisen, Projektmanagement, Marketing, etc.) fallen Kosten zwischen 200.000 und 400.000 Euro jährlich an.

Finanzierungsmöglichkeiten Finanziert werden könnte das Projekt durch Mittel

- der beteiligten Partner,
- der schleswig-holsteinischen Landesregierung,
- der Europäischen Union (ESF-Fonds) und
- der neuen Innovationsstiftung Schleswig-Holstein.

Projektvorschlag 3:**Wachstumspotenziale für den Tourismus – Spezifische Marktforschung über die touristische Zielgruppe „Seniorinnen und Senioren (50+)“ in Schleswig-Holstein**

Projektidee	Es soll eine Studie zur Untersuchung der Zielgruppe „50+“ für den Tourismus in Schleswig-Holstein erstellt werden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Bislang sind Familien mit Kindern die Kernzielgruppe des schleswig-holsteinischen Tourismus. Dementsprechend ist auch das Angebot und Marketing in Schleswig-Holstein auf diese Zielgruppe schwerpunktmäßig ausgerichtet. Der demographische Wandel führt zukünftig zu einer Verschiebung der Altersstruktur innerhalb der Gesellschaft. Bedingt durch diesen Wandel verschiebt sich damit auch die Gewichtung der touristischen Zielgruppen. Seniorinnen und Senioren werden eine immer stärkere Bedeutung für den Tourismus gewinnen. Diese Auswirkungen auf den Tourismus in Schleswig-Holstein sollten rechtzeitig bedacht und sich hieraus ergebende Chancen genutzt werden. In einer Studie sollten folgende Fragestellungen hinsichtlich der touristischen Zielgruppe „Seniorinnen und Senioren (50+)“ für Schleswig-Holstein untersucht werden: ▪ Welche spezifischen Bedürfnisse hat die Zielgruppe? ▪ Ist die Zielgruppe homogen oder muss sie weiter segmentiert werden? ▪ Welche Anforderungen stellt diese Zielgruppe zukünftig an das Tourismusangebot und an die Infrastruktur in Schleswig-Holstein? ▪ Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für das touristische Marketing in Schleswig-Holstein? ▪ Welche Maßnahmen müssen von den touristischen Anbietern und der Tourismuspolitik auf Landesebene in Schleswig-Holstein ergriffen werden, um diesen Anforderungen gerecht zu werden?
Zentrale Ziele	Ziele des Projektes sind: ▪ die systematische Analyse der Zielgruppe „Seniorinnen und Senioren (50+)“, ▪ die Untersuchung der Anforderungen an die touristische Angebotsgestaltung und speziell die touristische Infrastruktur in Schleswig-Holstein, ▪ die Untersuchung der Anforderungen an das Tourismusmarketing in Schleswig-Holstein und ▪ die Erstellung eines Handlungskataloges für die touristischen Anbieter und die Tourismuspolitik in Schleswig-Holstein.

Umsetzung	Die Vergabe der Studie könnte durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein erfolgen. Zudem sollte ein begleitender Beirat mit den wichtigsten Tourismusakteuren in Schleswig-Holstein eingerichtet werden.
Partner	Folgende schleswig-holsteinische Institutionen kommen für das Projekt als Partner in Betracht: ▪ das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, ▪ die Tourismusagentur Schleswig-Holstein, ▪ der Tourismusverband Schleswig-Holstein, ▪ die Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein und ▪ der Hotel- und Gaststättenverband.
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Die nachfolgenden Aktivitäten und Konzepte finden zum Thema Seniorentourismus in Schleswig-Holstein bereits statt und könnten in das Projekt integriert werden: ▪ Tourismuskonzeption Schleswig-Holstein „Natürlich erfolgreich“ des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, ▪ „Marktanalyse Schleswig-Holstein-Tourismus“ des Institutes für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH, ▪ „Balance. Best of Spa“, ein Verbund der Seebäder Büsum, Damp, St. Peter-Ording und Westerland/Sylt mit dem Ziel u.a. den Seniorentourismus in Schleswig-Holstein attraktiver zu gestalten, ▪ „Marketingkonzepte für die Zielgruppe 50+“, des Ostseebäderverbandes Schleswig-Holstein, des Nordseebäderverbandes Schleswig-Holstein und der Tourismusagentur Schleswig-Holstein.
Modellprojekte	Bereits bestehende überregionale Untersuchungen: ▪ „Tourismus für ältere Reisende – Eine Bewertung von Urteilen und Vorurteilen“, eine Studie des Institutes für Tourismus- und Dienstleistungsmarketing (ITD), Hamburg ▪ „Senioren auf Reisen: Touristischer Wachstumsmarkt Nr. 1“, eine Untersuchung zum Volumen und zur Struktur des zukünftigen Seniorenmarkts mit Marketingrichtlinien für die Tourismuswirtschaft und Hotellerie des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), Bonn
Aufwands- und Kostenabschätzung	Die geschätzten Kosten für das Projekt belaufen sich für eine ▪ Studie ohne Primärerhebung auf rund 50.000 Euro und für ein ▪ Studie mit Primärerhebung auf mindestens 75.000 Euro.
Finanzierungsmöglichkeiten	Die Studie könnte durch Mittel des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein finanziert werden unter finanzieller Beteiligung der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft.

Projektvorschlag 4:**„Wirtschaftskraft Alter“ – Wissenstransfer macht Chancen bewusst****Projektidee**

Den Unternehmen in Schleswig-Holstein soll gezielt Wissen vermittelt werden, um sich durch altersgerechte Produkte und Dienstleistungen auf die zukünftig wachsende und zunehmend heterogene Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren auszurichten.

Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext

Der Anteil der Seniorinnen und Senioren (über 60 Jahren) in Schleswig-Holstein wird von heute rund 25 Prozent der Bevölkerung bis zum Jahr 2030 auf rund 35 Prozent steigen. Damit wird auch die wirtschaftliche Bedeutung dieser Altersgruppe in Schleswig-Holstein immer weiter steigen, insbesondere hinsichtlich des Konsum- und Freizeitverhaltens. Ebenso werden die Bereiche altersgerechtes Wohnen und Gesundheitswirtschaft zukünftig für Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein an Bedeutung gewinnen.

Es wird vorgeschlagen, einen Wissenstransfer zur verstärkten Nutzung der „Wirtschaftskraft Alter“ in Schleswig-Holstein zu etablieren. Damit werden folgende Ansätze verfolgt:

- Chancen und Herausforderungen der „Wirtschaftskraft Alter“ für Schleswig-Holstein herauszustellen,
- Bewusstsein bei Unternehmen und Dienstleistern für die zukünftige „Wirtschaftskraft Alter“ zu schaffen,
- sektorenübergreifende Vernetzung von Akteuren, um ein integriertes Dienstleistungsangebot für Seniorinnen und Senioren bereitzustellen,
- Ausrichtung der FuE-Tätigkeiten und des Marketing von Unternehmen auf den Wachstumsmarkt Seniorinnen und Senioren zu unterstützen,
- den Marktes „60+“ zu segmentieren, da es sich um eine heterogene Zielgruppe mit unterschiedlichen Lebensstilen handelt.

Der Wissenstransfer könnte in bestehende Informations- und Beratungsstrukturen im Land Schleswig-Holstein eingebunden werden.

Zentrale Ziele

Die zentralen Ziele sind:

- ein Problembewusstsein bei den Unternehmen zu schaffen,
- Netzwerke zur Erzielung von Synergieeffekten aufzubauen,
- die „Wirtschaftskraft Alter“ in Schleswig-Holstein verstärkt für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu nutzen und
- Schleswig-Holstein als die Kompetenzadresse für Produkte und Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren zu etablieren.

Partner

Mögliche Partner:

- Industrie- und Handelskammern des Landes Schleswig-Holstein,
- Seniorenverbände in Schleswig-Holstein,
- Unternehmen und Dienstleister aus Schleswig-Holstein,
- Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.,

	▪ das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein und ▪ das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Die nachfolgenden Aktivitäten und Konzepte befassen sich u.a. mit dem Thema „Wirtschaftskraft Alter“ und könnten in das Projekt integriert werden:. ▪ „Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N“, ▪ „Wohn- und Lebensräume älter werdender Menschen im Wirtschaftsraum Rendsburg“, eine Studie der Feddersen-Stiftung, ▪ „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ und ▪ „Tourismuskonzeption Schleswig-Holstein“.
Modellprojekte	Das Projekt „Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft“ des Institutes für Technik und Arbeit (IAT) in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel, dass Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftseinrichtungen ihr Angebot, bezogen auf altengerechte Produkte verbessern, könnten zusätzliche Impulse und Anstöße für das Konzept geben.
Aufwands- und Kostenabschätzung	Die Kosten für das Projekt werden ▪ bei externer Vergabe der Konzepterstellung mit rund 40.000 bis 60.000 Euro, ▪ bei Bearbeitung innerhalb der Ministerien mit rund 10.000 bis 20.000 Euro veranschlagt.

Projektvorschlag 5:**Verbraucherschutz auf neuen Wegen - Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft**

Projektidee	Es soll eine Informationskampagne zum Thema Verbraucherschutz für ältere Menschen initiiert werden, die sowohl die Verbraucherinnen und Verbraucher, als auch die Produzenten und Dienstleister ansprechen soll, um die beidseitigen Interessen miteinander zu verbinden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird zukünftig steigen. Insbesondere ältere Menschen haben durch immer raschere Veränderungen ihres wirtschaftlichen und sozialen Umfeldes z.B. im Dienstleistungsbereich und auch in anderen Segmenten der Wirtschaft ein immer größeres Verständnisdefizit und größere Bewertungsprobleme für die sie betreffenden Leistungen und Angebote. Seniorinnen und Senioren werden als Konsumentengruppe von Produzenten, Dienstleistern, Handel oder Werbung bisher noch nicht ausreichend wahrgenommen, obwohl sie über eine beachtliche Kaufkraft verfügen. Allerdings äußern ältere Menschen ihre Wünsche bisher zu wenig und neigen dazu, sich an das vorhandene Angebot anzupassen. Seit in den letzten Jahren „der Euro nicht mehr so locker sitzt“ und nach neuen Zielgruppen Ausschau gehalten wird, ändert sich die Situation allmählich. Die Seniorinnen und Senioren haben ebenfalls an Selbstbewusstsein gewonnen und werden gegenüber den Produkten und Medien kritischer. Eine immer älter werdende Gesellschaft stellt andere Ansprüche an den Verbraucherschutz als eine junge Gesellschaft. Eine Anpassung des Verbraucherschutzes für ältere Menschen müsste insbesondere erfolgen bei ▪ der Verbraucherinformation, ▪ der technischen Anpassung von Produkten und ▪ den Verbraucherrechten. Die Wirtschaft hat ältere Menschen inzwischen als finanziell potente Nachfrager mit altersspezifischen Bedürfnissen „entdeckt“. Das dazu erforderliche Informationsangebot ist entwicklungsbedürftig. Ebenso nimmt die Zahl der rechtlichen Regelungen, der Fachbegriffe und der sie betreffenden Rechtsgebiete (Onlinehandel, innereuropäischer Warenverkehr u.a.) stetig zu und stellt alle Verbraucherinnen und Verbraucher und insbesondere Ältere vor immer neue rechtliche Fragen. Die Wirtschaft muss dafür sorgen, dass Produkte für ältere Menschen besser nutzbar und handhabbar gemacht werden, was letztlich allen Menschen zugute kommt. Für viele Seniorinnen und Senioren stellt z.B. die zunehmende Technisierung elektronischer Geräte und Telekommunikationseinrichtungen eine starke Barriere für den Kauf und die Nutzung dar. Hinzu kommt ein Trend zur Miniaturisierung von Geräten und Bedienelementen sowie zur Doppel- und Mehrfachbelegung von Funktionstasten, die für ältere, aber auch viele andere Verbraucherinnen und Verbraucher unverständlich sind.

Zentrale Ziele	Ziel der Informationskampagne ist es, mehr über Ansprüche und Probleme von Seniorinnen und Senioren bei der alltäglichen Nutzung von Produkten und Dienstleistungen zu erfahren, zusammenzustellen und Abhilfe zu schaffen. Konkret betrifft das die Bereiche: ▪ verbesserte Verbraucherinformationen, ▪ technische Anpassung von Produkten und ▪ transparentere Verbraucherrechte.
Umsetzung	Da sich die Kampagne an zwei Zielgruppen wendet, sollte auch das Ansprachemedium individuell ausgerichtet sein: ▪ die Ansprache bzw. das Erreichen der älteren Menschen sollte über Multiplikatoren und entsprechende Veranstaltungen erfolgen, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen, ▪ die Ansprache der Produzenten und Dienstleister kann z.B. in Form von Ergebnissen aus Umfragen, Studien, Markterhebungen u.a. erfolgen.
Partner	Mögliche Partner für das Projekt sind ▪ das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein, ▪ die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, ▪ der Landesseniorenrat Schleswig-Holstein, ▪ Seniortrainer/innen, ▪ das K.E.R.N.-Modellvorhaben „Wirtschaftsentwicklung und Infrastruktur-anpassung unter neuen demographischen Vorzeichen“, ▪ Feier@bend, Feierabend.com ist der größte deutschsprachige Webtreff für die Generation 50plus mit über 300.000 Besuchern im Monat
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Die Aktivitäten könnten mit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein und ihren fünf Beratungsstellen vernetzt werden.
Aufwands- und Kostenabschätzung	Die Kosten für das Projekt sind abhängig von der Anzahl und dem Umfang der geplanten Aktivitäten (Multiplikatorenworkshops, Informationsveranstaltungen, Studien, Markterhebungen, etc.).
Finanzierungsmöglichkeiten	Das Projekt könnte finanziert werden durch Mittel ▪ des Landes Schleswig-Holstein, ▪ der Industrie- und Handelskammern, ▪ des Einzelhandels, ▪ der Gewerkschaften und ▪ des Bundes.

5.2 Lebenslanges Lernen

5.2.1 Folgen der demographischen Entwicklung

Im Folgenden wird beschrieben, wie sich der demographische Wandel auf

- die Anforderungen an Bildung und Qualifikation und
- die Anforderungen an die Effizienz, Strukturen und Kooperationen von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen auswirkt.

Anforderungen an Bildung und Qualifikation

Technischer Fortschritt und Wissensgesellschaft

Der Stellenwert von Bildung und Qualifikation für Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein steigt in Zukunft weiter an. So führt der technische Fortschritt und der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft dazu, dass Bildung und Qualifikation der Arbeitskräfte für das Wirtschaftswachstum bedeutender werden. Das Humankapital ist bereits heute der bestimmende Faktor für die Leistungsfähigkeit einer hochentwickelten Volkswirtschaft (vgl. BLK, 2002, S. 5). Diese Entwicklung setzt sich weiter fort und führt insgesamt zu einer Verschiebung der Qualifikationsstruktur zugunsten hochqualifizierter Arbeitskräfte. Dabei steigt für geringqualifizierte Personen zugleich die Gefahr struktureller Arbeitslosigkeit, obwohl zur gleichen Zeit sogar ein Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein bestehen kann.

Durchgängige Höherqualifizierung notwendig

Der demographische Wandel mit einem Bevölkerungsrückgang und einer durchschnittlichen Alterung der Menschen stellt zusätzlich Anforderungen an die Bildung und Qualifikation der Menschen in Schleswig-Holstein. Mittelfristig stehen weniger Erwerbsfähige dem Arbeitsmarkt im Land zur Verfügung. So sinkt die Zahl der Bevölkerung im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein ab dem Jahr 2020 deutlich (vgl. Kapitel 4.2). Vor diesem Hintergrund muss die Steigerung der Arbeitsproduktivität ein vorrangiges Ziel sein: „Soll das gegenwärtige Produktionsniveau 2050 trotz des bröckelnden Arbeitskräftepotenzials gehalten werden, bleibt nur eins: Die Beschäftigten müssen deutlich produktiver werden, also mehr leisten. Ob die erforderliche Leistungssteigerung gelingt, hängt eng mit dem Bildungsniveau zusammen“ (Quelle: IW Köln, 2004b, o.S.). Eine durchgängige Höherqualifizierung der Menschen im Land ist somit erforderlich. Hierzu bedarf es Anstrengungen sowohl bei den nachwachsenden Generationen in den Kindergärten, Schulen, in der Ausbildung und beim Studium als auch im Laufe des Erwerbslebens.

Lebenslanges Lernen

Grundsätzlich ist eine Höherqualifizierung der Menschen in Schleswig-Holstein im Kontext des lebenslangen Lernens notwendig. Lebenslanges Lernen umfasst alles formale, nicht-formale und informelle Lernen des Menschen von der frühen Kindheit bis in das Seniorenalter. Es ist die Grundlage für die Teilhabe des Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei rückt die Lernkompetenz - das „Lernen des Lernens“ - immer weiter in den Vordergrund. Die Grundlagen für die (Eigen-)Motivation des Lernenden und die Eigenverantwortung für die Steuerung und Organisation der persönlichen Lernprozesse werden immer wichtiger bzw. werden über die Entwicklung der Gesellschaft zu einer Wissensgesellschaft entscheiden.

Bildung und Qualifikation verschmelzen	Im Zuge dessen verändern sich auch die Bedeutungen der Begriffe „Bildung“ und „Qualifizierung“. Mitunter werden diese einander noch gegenübergestellt. Dahinter steht häufig die Auffassung, dass Bildung eher der Persönlichkeitsbildung dient, während Qualifizierung auf einen wirtschaftlichen Nutzen zielt. „Die Herausforderungen des technischen und sozialen Wandels führen zunehmend dazu, dass sich die Anforderungen an die Beschäftigungsfähigkeit (Qualifizierung für den Arbeitsmarkt) immer mehr in Bereiche ausdehnen, die traditionell eher dem Bereich Gesamtpersönlichkeit zugerechnet wurden (z.B. sog. personale und soziale Kompetenzen)“ (Quelle: Forum Bildung, 2001, S. 5). Bildung und Qualifikation haben somit die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit zum Ziel, die sowohl für die Teilhabe an der Gesellschaft als auch für die Beschäftigungsfähigkeit wichtig ist.
Reform im Bereich der Kleinkinderbetreuung	Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen ergeben sich Anforderungen an das gesamte Bildungswesen in den unterschiedlichen Lebensabschnitten. Die Grundlagen für lebenslanges Lernen werden bei der Kleinkinderbetreuung gelegt, denn hier werden bereits wichtige Beiträge zur kognitiven, emotionalen und sozialen Bildung geleistet. Kinder, die im Kindergarten pädagogisch gut betreut wurden, starten mit besseren Lern- und Leistungsvoraussetzungen den Besuch der Grundschule. So wird auch im Zuge des demographischen Wandels eine Reform bei der Kleinkinderbetreuung, d.h. bei den Krippen, Kindergärten und Kinderhorten, durch eine quantitative Ausweitung des bestehenden Angebots sowie durch inhaltliche Veränderungen der Betreuungsleistungen notwendig (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 43). Für die Unterstützung der geistigen, personalen und sozialen Entwicklung der Kinder kommt eine Anpassung der Erzieherausbildung in Schleswig-Holstein im Bereich der Kleinkinderbetreuung eine Schlüsselrolle zu.
Förderung der Lesekompetenz an Grundschulen	Im Bereich der Grundschule hat die internationale PISA-Untersuchung auch für Schleswig-Holstein einen Handlungsbedarf aufgedeckt. Eine zentrale Aufgabe der Grundschule ist es, die Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Ergebnisse der PISA-Studie zeigen, dass in Staaten mit einer höheren Lesekompetenz die Studierendenquoten deutlich höher sind als in Staaten in denen die Lesekompetenz gering ist (vgl. IW Köln, 2004a, S. 138). Weitere Ansatzpunkte an den allgemein bildenden Schulen sind ein Ausbau des technisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts, um dem Mangel an Nachwuchskräften in diesen Bereichen des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken, sowie die Entwicklung und Anwendung verstärkter Qualitäts- und Leistungskontrollen. Besondere Aufmerksamkeit bedürfen Kinder aus bildungsfernen und niedrigen sozioökonomischen Schichten. Deren Anteil wird zukünftig weiter wachsen, auch weil hochqualifizierte Frauen überdurchschnittlich häufig auf Kinder verzichten. Für die Kinder aus bildungsfernen Schichten müssen frühzeitig Konzepte entwickelt werden, die ihre Chancen, einen Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten zu erhalten, erhöhen. Zugleich ist auch eine gezielte und intensive Förderung von hochbegabten und leistungsstarken Schülerinnen und Schülern nicht zu vernachlässigen. (vgl. FiBS, 07.05.04)
Differenzierung Kinder aus bildungsfernen Schichten	Das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie spricht sich dafür aus, dass in Deutschland die Quote der Hochschulabsolventen von gegenwärtig knapp 20 Prozent auf 35 bis 40 Prozent eines Altersjahrgangs angehoben werden sollte, um den Ersatzbedarf an Akademikern in 20 Jahren decken

	zu können. Zugleich sei es notwendig, die Zahl der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu minimieren, um den Anteil der Menschen mit beruflicher Ausbildung bei 60 bis 70 Prozent zu halten (FiBS, 07.05.04). Auch in Schleswig-Holstein ergibt sich ein konkreter Handlungsbedarf zur Erhöhung der Quote hochqualifizierter Absolventen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Hamburg ab etwa 2018 mit einem Rückgang des Angebots an hochqualifizierten Absolventen zu rechnen ist (vgl. IfR, 2004, S. 131).
Modernisierung der Berufsausbildung	In der beruflichen Ausbildung kommt der breiten Grundausbildung wieder eine größere Bedeutung zu. Dies ist notwendig, um nicht Gefahr zu laufen, dass sich angesichts des technologischen Fortschritts und der Internationalisierung der Wirtschaft diejenigen Berufe, die zu eng definiert und zu sehr spezialisiert sind, zu Qualifizierungsfallen entwickeln (vgl. Foders, 2003, S. 5). Es bedarf somit einer konsequenten Modernisierung der Berufsausbildung, die neben der fachlichen und fächerübergreifenden Qualifikationen auch Kooperations- und Kommunikationsprozesse, Verhaltensweisen und die Entwicklung ethischen Urteilens und sozialen Lernens vermittelt (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 44).
Stärkung von Bachelor- und Masterstudiengängen	Im Hochschulbereich finden in Deutschland zur Zeit radikale Veränderung statt. Die Umstellung von Diplom und Magisterstudiengängen auf Bachelor- und Masterstudiengänge verändern auch die schleswig-holsteinischen Hochschulen. Zum einen wird dadurch einer zunehmenden Internationalisierung der Bildungs- und Arbeitsmärkte Rechnung getragen und die Flexibilität der Lern- und Lebenswege der Studentinnen und Studenten erhöht. Andererseits soll die Bildungsrendite durch kürzere Studienzeiten Rechnung erhöht werden. Ob dies angesichts der zu erwartenden Studiendauer von der Aufnahme eines Erststudiums bis zur Erreichung des Masters von vier bis sechs Jahren wirklich der Fall sein wird, muss die Zukunft zeigen. Weiterhin sollte eine höhere Praxisnähe des Studiums dazu beitragen, den Übergang in das Berufsleben zu erleichtern. Konkrete Ansatzpunkte für Schleswig-Holstein liegen hier im „Dualen Studium“ oder „Trialen Modell“. Diese Ausbildungsformen verfolgen das Konzept, Studium und praxisnahe Ausbildung inhaltlich, zeitlich und lokal zu verknüpfen. Zudem steigen gleichzeitig die Chancen, die Absolventen an Schleswig-Holstein zu binden (vgl. IfR, 2004, S. 132). Das Angebot hochqualifizierter Arbeitskräfte kann somit im Land erhöht werden.
Wissenschaftliche Weiterbildungsangebote werden zunehmen	Wissenschaftliche Weiterbildung, die sich speziell an Akademikerinnen und Akademiker richtet, wird verstärkt eine Aufgabe von Hochschulen sein. Die Bedarfsgerechtigkeit der Weiterbildungsangebote für Erwerbstätige und Unternehmen steht hierbei besonders im Mittelpunkt. Eine Modularisierung der Studiengänge im Rahmen der Entwicklung der Bachelor- und Masterstudiengänge kommt dieser Neuausrichtung der Hochschulen auf den Weiterbildungsmarkt entgegen, denn einzelne Lernmodule können passgenauer die jeweiligen Weiterbildungsbedürfnisse befriedigen.
Berufsbegleitendes Lernen wird wichtiger	Neben einer qualitativ hochwertigen Erstausbildung gewinnt die Aktualisierung des Wissens während des Berufslebens an Bedeutung. So relativiert der beschleunigte technische Fortschritt das die Bedeutung des weiterhin notwendigen Erfahrungswissens und erhöht den Generierungsdruck auf neues Wissen (vgl. IW Köln, 2004a, S. 168). Gerade in einer Gesellschaft mit durchschnittlich älteren Erwerbspersonen wird berufsbegleitende Weiterbildung – die in

Höhere Weiterbildungsbe- teiligung	einer Wissensgesellschaft ohnehin wichtig ist – noch bedeutender. Neben einer allgemein höheren Weiterbildungsbeteiligung bedarf es im Speziellen einer Intensivierung der Weiterqualifizierung bereits älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 86). So müssen die Potenziale aller Erwerbsfähigen in Schleswig-Holstein zukünftig durch berufsbegleitendes Lernen gezielter genutzt werden: „Der demographische Wandel verlangt eine pflegliche Behandlung alternder und schrumpfender Humanresourcen als Quellen von Inventionen, Innovationen und wirtschaftlichem Wachstum“ (IW Köln, 2004a, S. 168).
Generationenübergreifen- des Wissensmanagement	Neben der Weiterbildung älterer Erwerbstätiger ergeben sich Möglichkeiten zur Nutzung von Potenzialen durch generationenübergreifendes Wissensmanagement. So sind eine stärkere Berücksichtigung der Kompetenzen und des Erfahrungswissens Älterer z.B. durch altersgemischte Innovationsteams und altersgerechte Arbeitsstrukturen möglich (vgl. IW Köln, 2004a, S. 410). In diesem Zusammenhang weisen die im Rahmen dieser Studie befragten Expertinnen und Experten darauf hin, dass eine erfolgreiche Weitergabe von Erfahrungswissen in Betrieben und Organisationen durch die Förderung von Methodenkompetenz („wie gebe ich Erfahrungswissen weiter?“) unterstützt werden müsse.
Neue Medien in der Bildung	Insgesamt wird die Integration neuer Medien in die Wissensvermittlung in Schule und Hochschule künftig noch weiter an Bedeutung gewinnen. Die Qualifizierung der Mediennutzung ist künftig eine wesentliche Voraussetzung für ein berufsbegleitendes und eigenverantwortliches Lernen. E-learning ermöglicht eine hohe räumliche und zeitliche Flexibilität und damit eine bessere Integration von Weiterbildungsaktivitäten in den beruflichen Alltag. Multimediale Lernanwendungen in Verbindung mit klassischen Lernmethoden erlauben zudem eine individuelle Lerngeschwindigkeit, wodurch, so betonen befragte Expertinnen und Experten, besser auf die Bedürfnisse von lernbenachteiligten Menschen eingegangen werden kann. Jedoch ist das E-learning Angebot für Lernbenachteiligte noch verhältnismäßig unterentwickelt, so dass sich hier Handlungsmöglichkeiten ergeben.
Weiterbildung im Rentenalter	Lebenslanges Lernen setzt sich auch nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben fort. Bürgerinnen und Bürger sollen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter Bildungsangebote wahrnehmen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das Bildungsangebot muss sich folglich auch auf diese Kundengruppe einstellen. So erfordert der zunehmende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung einen Ausbau der Weiterbildungsangebote nicht nur während des Erwerbslebens, sondern auch nach Ende der Erwerbstätigkeit (vgl. BLK, 2001a, S. 5).
Bildung für Nachhaltige Entwicklung	Im Zuge des demographischen Wandels geraten häufiger Fragen nach der Generationengerechtigkeit und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt, die die „Bedürfnisse der jetzigen Generation zu befriedigen sucht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken, ihre Bedürfnisse zu befriedigen“ (Quelle: IPN, 2002, S. 8). Bildung kann zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen: So stellt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowohl Bildungsinhalte (Ökologie, Ökonomie, Soziales – und ihre Verknüpfungen) als auch Kompetenzen (hier besonders die Gestaltungskompetenz, die acht wesentliche Lernziele beinhaltet) in den Mittelpunkt, die zukünftig für die Gestaltung des eigenen Lebens und für die demokratische

Mitgestaltung des politisch-gesellschaftlichen Lebens von Bedeutung sein werden. Diese sollen sowohl Bestandteil des schulischen als auch des lebenslangen Lernens sein. Als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung gewinnt ein Diskurs über Generationengerechtigkeit vor dem Hintergrund des demographischen Wandels an Bedeutung, um die Bedürfnisse der heutigen und der nachfolgenden Generation in Schleswig-Holstein in Einklang zu bringen.

Zentrale Folge 7:

Ein durchgängig höheres Qualifizierungsniveau der Menschen in Schleswig-Holstein wird notwendig. Dabei rückt berufsbegleitendes Lernen weiter in den Mittelpunkt.

Anforderungen an die Effizienz, Strukturen und Kooperationen von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen

Mehr Bildungs- investitionen

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des lebenslangen Lernens und einer insgesamt steigenden Bildungsnachfrage ist eine Ausweitung der Investitionen in Bildung notwendig. Zu diesem Schluss kommt auch die Bund-Länder-Kommission: „In die Entwicklung des knapper werdenden Rohstoffes Bildung muss mehr investiert werden. Bund und Länder sowie der Einzelne müssen hierzu künftig einen höheren Beitrag leisten“ (Quelle: BLK, 2002, S. 18).

Rückgang der Bevölkerungs- zahl als Chance

Neben einer insgesamt notwendigen Steigerung der Bildungsinvestitionen kann die demographische Entwicklung jedoch auch entlastend wirken. So werden die bildungsrelevanten Altersklassen der 3 bis unter 16-Jährigen in Schleswig-Holstein nach einem leichten Anstieg in den kommenden Jahren bis 2020 stark zurückgehen. Dabei sind die Zahlen für alle Kreise und kreisfreien Städte rückläufig, insbesondere diejenigen in Kindergarten und Grundschule (vgl. Kapitel 4.3.2). Dieser absehbare Rückgang der Bevölkerung und der Nachfrage führt grundsätzlich zu einer Entlastung von Infrastruktureinrichtungen im Land. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bei der flächendeckenden Versorgung mit Bildungseinrichtungen zunächst mit keiner Entlastung zu rechnen ist, denn der Bevölkerungsrückgang führt insbesondere im ländlichen Raum zu wirtschaftlichen Tragfähigkeitsproblemen. Dennoch birgt der Bevölkerungsrückgang auch Chancen. Diese eröffnen sich, wenn die Finanzmittel bei zurückgehender Nachfrage durch sinkende Bevölkerungszahlen nicht zur Konsolidierung der Haushalte der Kommunen und des Landes eingespart, sondern für eine Angebotsverbesserung verwendet werden. Bei Überlegungen im Hinblick auf eventuelle Beiträge des Bildungswesens zur Haushaltskonsolidierung ist dessen herausragende Bedeutung für die durchgängige Höherqualifizierung der Menschen in Schleswig-Holstein dringend zu berücksichtigen.

Angesichts knapper Finanzmittel und insgesamt steigender Ausgaben für Bildung ist eine höhere Effizienz im Bildungswesen notwendig, um deren Finanzierbarkeit zu gewährleisten. Eine stärkere Vernetzung und Kooperation von Bildungseinrichtungen und deren Trägern trägt zu mehr Effizienz und einer besseren Durchgängigkeit der Bildungsangebote bei. So steht vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen in Schleswig-Holstein die interkommunale Zusammenarbeit – beispielsweise bei der Sicherstellung der wohnortna-

**Bildungsqualität durch
Strukturreformen**

hen Schulversorgung – künftig stärker im Mittelpunkt.

Neben einer Effizienzsteigerung ist eine qualitative Verbesserung des Bildungsangebots anzustreben. Neben einem intensiveren Einsatz von Finanzmitteln lässt sich eine Qualitätsverbesserung des Bildungs- und Qualifizierungsangebots insbesondere durch eine Anpassung von Strukturen erzielen: „Die Bildungsqualität lässt sich in der Regel mithilfe struktureller Reformen sichern, die gar nicht oder zumindest nicht immer mit höheren Ausgaben verbunden sein müssen“ (Quelle: Foders, 2003, S. 3). Dabei ist die institutionelle Ausgestaltung des Bildungswesens mindestens so wichtig wie der finanzielle Input (vgl. Foders, 2003, S. 7). Es bieten sich verschiedene Ansätze zur Anpassung von Strukturen im Bildungswesen an, auf die im Folgenden eingegangen wird. Insgesamt gewinnt berufsbegleitendes Lernen im Vergleich zur Erstausbildung an Bedeutung. In Folge der sinkenden Zahl von Menschen in der ersten Bildungsphase, wird ein Ausbau der Erwachsenenbildung notwendig. So könnte das gesamte Bildungssystem viel besser an die Erfordernisse der demographischen und technologischen Entwicklung durch eine Verkürzung der ersten Bildungsphase und den Ausbau der akademischen und nicht akademischen Weiterbildung angepasst werden (vgl. Foders, 2003, S. 6). Die Bildungsstrukturen in Schleswig-Holstein sollten insgesamt dieser Entwicklung Rechnung tragen und der Weiterbildungsbereich sollte weiter gestärkt werden.

**Autonomie von Schulen
und Hochschulen**

Die Autonomie von Schulen und Hochschulen sollte erweitert werden. So kann eine gesteigerte Autonomie der Schulen einen Wettbewerb zwischen diesen entfachen, der im Sinne der Schülerinnen und Schüler zu steigenden Kompetenzen führt (vgl. IW Köln, 2004a, S. 139). Darüber hinaus gilt es, Schulen zukünftig mehr Freiheiten bei der Wahl der Lehrmethoden einzuräumen und zugleich die Zielerreichung stärker zu kontrollieren. Dies führt zu einem Lernprozess, der besser an den einzelnen Schülerinnen und Schülern orientiert wird (vgl. a.a.O.). In Hochschulen kann mehr Autonomie zu einer effizienteren Mittelverwendung führen. So könnte sich in einer regionalisierten Spezialisierung der Hochschulen mit dem Ergebnis einer erhöhten Mitteleffizienz niederschlagen. Eine leistungsbezogene und stärker am Output orientierte oder parametergesteuerte Mittelzuweisung im Hochschulbereich bewirkt ebenfalls eine Steigerung der Effizienz (vgl. BLK, 2002, S. 13). Des Weiteren werden u.a. die Einführung von Studiengebühren zur Senkung der Studienzeiten und eine größere Autonomie der Hochschulen bei der Auswahl der Studierenden als Ansatzpunkte diskutiert.

Bildungslandschaften

Regionale Netzwerke können die Entwicklung von „Bildungslandschaften“ fördern. Diese führen Akteure und Verantwortliche für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in einer Region und die Anbieter und Nachfrager von Bildung und Qualifizierung zusammen. „Regionale Netzwerke können insbesondere dazu beitragen, jeder Frau und jedem Mann ein Bildungs- und Qualifizierungsangebot zu machen, das ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Regionale Initiative, trägerunabhängige Koordinierung und Zusammenführen von Bildungs-, Jugend-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von regionalen Netzwerken“ (Quelle: Forum Bildung, 2002, S. 47). Eine Vernetzung und Kooperation von Bildungseinrichtungen und weiteren Partnern sollte auch Ländergrenzen überwinden. Für Schleswig-Holstein ist eine intensive Zusammenarbeit mit den

**Länderübergreifende
Kooperation**

Stärkung von Forschung und Innovation

Akteuren und Einrichtungen in Hamburg von zentraler Bedeutung.

Angesichts der Alterung und des Rückgangs der Bevölkerung sollte die Innovationskraft gestärkt werden, so dass „Innovationsakteure motiviert, bereit und fähig sind, solche Produkt- und Prozessinnovationen zu entwickeln, die eine Gesellschaft, die sich im starken internationalen Wettbewerb befindet und altert, benötigt“ (Quelle: IW Köln, 2004a, S. 409). Hierzu bedarf es u.a. exzellenter Forschungsstandorte im Land, eines Ausbaus internationaler Forschungsnetzwerke, einer intensiveren Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft für erhöhten Technologie-Transfer sowie einen erhöhten Praxisbezug durch angewandte Forschung. Ansatzpunkte ergeben sich in Schleswig-Holstein beispielsweise im Bereich der Medizintechnik und anderen Branchen der Gesundheitswirtschaft, die im Land eine überdurchschnittlich starke Bedeutung hat.

Zentrale Folge 8:

Mehr Autonomie für die öffentlichen Bildungseinrichtungen, Effizienz- und Qualitätssteigerungen sowie die Ausweitung von Kooperationen („Bildungslandschaften“) im Bildungswesen werden wichtiger.

5.2.2 Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein

Im Folgenden werden zentrale Herausforderungen und Handlungsfelder im Themenbereich „Lebenslanges Lernen“ beschrieben. Als Einstieg folgen zunächst Zitate aus der schriftlichen und mündlichen Befragung. Sie sind nicht repräsentativ, sollen jedoch ein Meinungsbild vermitteln.

Meinungsbilder von Akteuren aus Schleswig-Holstein

„Die Grundlagen für das lebenslanges Lernen werden in der Schule gelegt.“

„Ich halte es für unwahrscheinlich, dass der Gedanke des lebenslangen Lernens sich direkter politischer Beeinflussung erschließt. Das geht nur über „verordnete Notwendigkeit“, d.h. wenn betriebliche oder Alltagsrealität wirklich zu einer entsprechenden Lernhaltung zwingen. Das Problem sind die Un- und Fehlqualifizierten und die gesundheitlich angeschlagenen Menschen und die, die keine physischen/psychischen bzw. materiellen Ressourcen einsetzen.“

„Die verbesserte Methodenkompetenz halte ich für ganz wesentlich und sie muss schon in den Kitas selbstverständlich werden. Unter „verbesserten Bildungsangeboten“ verstehe ich, dass diese zielgruppenspezifischer und praxisorientierter angeboten werden. Der zu „bildende Mensch“ muss jeweils als ernstzunehmende Persönlichkeit respektiert werden. Partizipation bei Bildung ist ein Schlüsselprinzip!“

„Priorität sehe ich in Maßnahmen, die den Qualitäts-, Kompetenz- bzw. Motivationsverlust bei den Schülern in Haupt-, Real- und Sonderschulen entgegenwirken. Hier vollzieht sich eine dramatische Entwicklung, die öffentlich kaum thematisiert wird. In den Basisqualifikationen hat bereits heute ein gravierender Kompetenzverlust stattgefunden. Wir haben in zunehmender Zahl

funktionelle Analphabeten mit Schulabschluss, die nicht ausbildungsfähig sind. Bitte keine Konzentration der Aufmerksamkeit und Mittel auf diejenigen, die bereits gut ausgebildet sind (Abiturienten, Akademiker). Diese Gruppe hilft sich selbst.“

„Eigenverantwortlichkeit ist der Schlüssel für lebenslanges Lernen. Der Fokus beim lebenslangen Lernen muss beim Erwerb von Wissen und Kompetenzen liegen, nicht beim Erwerb von formalen Abschlüssen!“

„Die Qualität der Absolventen ist entscheidend. Eine weitere Akademisierung vieler Lehrberufe ist nicht sinnvoll, sondern ggf. sogar kontraproduktiv.“

„Ich halte den Wissensaustausch zwischen den Generationen für sehr wichtig. Viele Maßnahmen und Überlegungen, die z.Zt. gerade laufen, gab es vor 20 bis 30 Jahren schon einmal (allerdings heute auf Englisch) - „Wellenbewegungen des Erkennens“. Es muss nicht immer das Rad neu erfunden werden, wenn schon langjährige Erfahrungen bestehen. Vorrangig ist: Die Motivation der älteren Arbeitnehmer steigern, dieses Wissen auch zu vermitteln.“

„Ein „Technologie“-Land ist auf hohe Qualifikationen angewiesen.“

„Man kann nicht lebenslanges Lernen propagieren ohne zu überlegen, wie diese laufend erworbenen Bildungskompetenzen in den Berufsalltag einfließen können. Ohne Teamfähigkeit, ohne Austausch mit Kollegen wird eine Kompetenzsteigerung Einzelner eher eine Behinderung. Ein wichtiges Ziel ist daher die parallele Weiterentwicklung von Arbeitsplatzstrukturen und lebenslangem Lernen.“

„Qualifikation und Motivation als Unique Selling Proposition im internationalen Standortwettbewerb.“

„Eine deutlich verbesserte „Staffelübergabe“ zwischen Schule, Berufsschule, Betrieben und zweiter Schwelle. Das BMBF ist auf gutem Weg - Projekte und Vorhaben sind jedoch viel zu wenig bekannt.“

Herausforderungen im Themenbereich „Lebenslanges Lernen“

Auf der Grundlage der beschriebenen Folgen der demographischen Entwicklung lassen sich für den Themenbereich „Lebenslanges Lernen“ folgende zentrale Herausforderungen für Schleswig-Holstein formulieren.

Zentrale Herausforderungen

- » Erhöhung des allgemeinen Qualifizierungsniveaus in Schleswig-Holstein
- » Anpassung des Bildungssystems in Schleswig-Holstein als Voraussetzung für Lebensqualität, Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft

Eine allgemeine Erhöhung des Qualifizierungsniveaus der Menschen in Schleswig-Holstein wird vor dem Hintergrund des demographischen Entwicklung immer wichtiger. Eine höhere Arbeitsproduktivität ist somit erforderlich, um weiterhin Wachstum zu sichern. Hierzu wird ein Bildungssystem benötigt, das hoch qualitative, bedarfsgerechte und effiziente Qualifizierungsangebote bereitstellt. Neben einer Angebotsverbesserung bedarf es ebenso einer höheren Nachfrage nach Qualifizierung und Weiterbildung in Schleswig-Holstein. Mit dem Ziel, diesen Herausforderungen in Schleswig-Holstein zu begegnen,

wurden folgende Handlungsfelder herausgearbeitet.

Handlungsfeld 5:

Ausweitung eines bedarfsgerechten Bildungsangebots in Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 6:

Steigerung von Kooperation und Vernetzung der Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 7:

Erhöhung der Anzahl von Qualifizierungs- und Weiterbildungsteilnehmenden in Schleswig-Holstein

5.2.2.1 Handlungsfeld 5: Ausweitung eines bedarfsgerechten Bildungsangebots in Schleswig-Holstein

Neben der allgemeinen Entwicklung zur Wissensgesellschaft stellt auch der demographische Wandel neue Anforderungen an das Bildungsangebot in Schleswig-Holstein. So müssen die Leistungen in Wirtschaft und Gesellschaft zukünftig von weniger und durchschnittlich älteren Menschen erbracht werden. Eine durchgängige Höherqualifizierung und Aktualisierung des Wissens sowie eine bessere Nutzung der Potenziale aller Bürgerinnen und Bürger im Land werden stärker in den Mittelpunkt treten müssen. Ein zentrales Leitbild ist dabei das „lebenslange Lernen“.

Angebot der Kindertageseinrichtungen

Im Bereich der Kleinkinderbetreuung muss das Angebot quantitativ und qualitativ verbessert werden. Bei den 3 bis unter 6-Jährigen liegt die Versorgungsquote mit Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein derzeit bei etwa 90 Prozent (vgl. MBWFK, 2003b). Die demographische Entwicklung mit einem zahlenmäßigen Rückgang dieser Altersklasse führt in den kommenden Jahren zu einer Entlastung. Es bedarf jedoch zusätzlicher Betreuungsangebote für Kinder anderer Altersklassen. Handlungsbedarf besteht bei der Versorgung der 0 bis 3-Jährigen, denn die Versorgungsquote in Schleswig-Holstein mit Krippen für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren sehr niedrig. Zudem ist insgesamt eine stärkere bedarfsorientierte Flexibilisierung dieser Angebote z.B. bei den Öffnungszeiten notwendig. Bereits in den Kindertageseinrichtungen müssen die Grundlagen für lebenslanges Lernen gelegt werden. Eine bessere Vorbereitung der Kinder auf die Grundschule und auf zukünftige Lernprozesse sollte dabei im Mittelpunkt stehen. Hierzu ist eine entsprechend angepasste Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern notwendig. Gleichzeitig leisten diese Ansätze einen Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Schleswig-Holstein.

Allgemeinbildende Schulen

Im Schulbereich bedarf es auch vor dem Hintergrund der PISA-Untersuchung allgemein verstärkter Qualitätsstandards und -kontrollen, aber auch der Vermittlung von Fähigkeiten zu eigenverantwortlichem Lernen. Die Weiterbildung von Lehrenden als Multiplikatoren ist dabei von zentraler Bedeutung. Weitere zentrale Aspekte sind die Stärkung der Sprach- und Lesekompetenz in den Grundschulen, während im Sekundarbereich u.a. der Ausbau des technisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an Bedeutung zunimmt. Zudem ist ein verbesserter Zugang für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu weiterführenden schulischen Angeboten notwendig. Möglichkeiten zur Unterstützung dieser Zielgruppe bestehen beispielsweise in einer finanziellen

Förderung etwa in Form eines Schüler-BaföGs (vgl. FiBS, 07.05.04).

In Schleswig-Holstein verfolgt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur größtenteils die genannten Ziele, wie z.B. die Stärkung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Kindertageseinrichtungen, Aufwertung der Erzieherinnenausbildung, Verbesserung der individuellen Förderung, rechtzeitige Sprachförderung, systematische Qualitätsentwicklung und -sicherung in den Schulen, Personalentwicklung im Schulbereich sowie Sicherstellung der Unterrichtsversorgung (vgl. MBWFK, 2004). Zudem beteiligt sich Schleswig-Holstein am BLK-Modellversuchsprogramm zum Lebenslangen Lernen und verfolgt damit das Ziel, bildungsferne und lernbenachteiligte Gruppen in einer möglichst frühen Phase wieder in eine kontinuierliche Lernbiografie zurückzuführen. Die konsequente Verfolgung und die erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele und Vorhaben sind entscheidende Voraussetzungen für ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.

Regionale Berufsbildungszentren

Die berufliche Ausbildung bedarf vor dem Hintergrund des technischen Fortschritts und der Entstehung neuer Berufsbilder einer Modernisierung. In Schleswig-Holstein wird an fünf Standorten das Modellprojekt „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren“ durchgeführt. Ziel ist es, durch mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Berufsbildungszentren in Kooperation mit der Wirtschaft aktuelle und zukunftsorientierte Bildungsprozesse zu organisieren (vgl. MWAV, 2003c, S. 35). Somit bestehen im Land Ansätze zur Modernisierung der beruflichen Ausbildung.

Erweiterung der Kapazitäten an Hochschulen

Vor dem Hintergrund einer zukünftig notwendigen Steigerung der Hochschulabsolventenquote ist eine Erweiterung der Kapazitäten an Hochschulen in Schleswig-Holstein von Bedeutung. Weitere zentrale Ansätze sind eine Stärkung der Autonomie der schleswig-holsteinischen Hochschulen, die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, eine stärkere Leistungsorientierung bei Studierenden und Lehrenden, eine Ausweitung des Angebots an wissenschaftlicher Weiterbildung sowie eine erweiterte Kooperation mit der Wirtschaft sowohl bei der Ausbildung als auch beim Wissens- und Technologie-Transfer. Im Land bestehen bereits Ansätze, die in diese Richtung zeigen. So hat die Landesregierung in Schleswig-Holstein im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen der „Erichsen-Kommission“ als Grundlage der Hochschulstrukturreform u.a. die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse zum Ziel (vgl. MBWFK, 06.05.04). Zudem ist eine stärkere Profilierung und Konzentration der Fächerangebote an den Hochschulen im Land gewollt (vgl. MBWFK, 14.04.04). Die wissenschaftliche Weiterbildung ist eine neben der Forschung, Lehre und Studium gleichrangige Aufgabe der Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Die Praxisorientierung während der Hochschulausbildung sollte durch neue Ausbildungsmodelle wie beispielsweise dem „dualen Studium“ oder dem „Trialen Modell“ gestärkt werden, bei denen Studium und praxisnahe Ausbildung zeitlich und lokal verknüpft werden (vgl. IfR, 2004, S. 132). Ein Beispiel hierfür ist das Modellprojekt „Triale Ausbildung – Teilzeitstudium für Grundstudium Betriebswirtschaftslehre an den Lernorten Fachhochschule, Ausbildungsbetrieb und Berufsbildende Schule“ an der Fachhochschule Westküste. Hochqualifizierte Absolventen werden auf diese Weise an Schleswig-Holstein ge-

Transparenz in der Weiterbildung

bunden und stehen der Wirtschaft im Land zur Verfügung.

Im Bereich der Weiterbildung bedarf es in Schleswig-Holstein einer Steigerung der Transparenz des Angebots. Dieses ist im Land zwar umfangreich und vielfältig, jedoch noch teilweise unübersichtlich und wenig transparent. Diese Feststellung deckt sich auch mit Aussagen von Expertinnen und Experten, die auf eine teilweise fehlende Transparenz des Qualifizierungsniveaus und der Lerninhalte bei der Zertifizierung von Weiterbildung hinweisen. Sowohl kleine und mittlere Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürger im Land müssen Möglichkeiten haben, um Kosten und Nutzen sowie Konzeption und Inhalt der Weiterbildungsmaßnahmen beurteilen zu können. Im Rahmen der Befragung wiesen Expertinnen und Experten darauf hin, dass die Transparenz im Weiterbildungsbereich und damit auch die Bedarfsgerechtigkeit durch integrierte Beratungssysteme erhöht werden kann. Diese Systeme müssten über Datenbanken hinausgehen und beispielsweise eine individuelle Beratung und zielgruppenspezifische Informationsveranstaltungen beinhalten. Einen Beitrag zur Transparenz im Weiterbildungsbereich leistet ebenfalls die Qualitätssicherung und -testierung von Weiterbildungsangeboten. In Schleswig-Holstein werden Schritte in diese Richtung unternommen. So hat das Land bundesweit die Federführung in dem Bund-Länder-Verbundprogramm „Qualitätstestierung in der Weiterbildung“ übernommen.

Besondere Zielgruppen für die Weiterbildung sind im Zuge des zahlenmäßigen Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung so genannte bildungsferne Personengruppen sowie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese Gruppen in Schleswig-Holstein sind adäquate Weiterbildungsangebote zu entwickeln und bereitzustellen. Eine Ausweitung des Angebots für ältere Erwerbspersonen ist insbesondere in denjenigen Regionen Schleswig-Holsteins mit einer starken Alterung der Erwerbsfähigen wie z.B. in den kreisfreien Städten und im Hamburger Rand (vgl. Kapitel 4.3.2) notwendig. Ebenso bedarf es einer weiteren Stärkung des Bildungsangebots für Seniorinnen und Senioren, deren Anteil im Land stark zunehmen wird, um beispielsweise eine aktive gesellschaftliche Beteiligung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Land zu unterstützen (siehe auch Kapitel 5.4.1; 5.4.2.2).

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Erweiterung des Angebots an Kindertageseinrichtungen und eine stärkere Ausrichtung der Förderung auf neue Ansätze zum lebenslangen Lernen
- Qualitätsverbesserung des Angebots an allgemeinbildenden Schulen
- Erhöhung der Zugangschancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu weiterführenden Schulen
- Modernisierung der Berufsausbildung
- Erweiterung der Kapazitäten an Hochschulen für eine höhere Absolventenquote
- Erhöhung der Autonomie von Schulen und Hochschulen
- Stärkung von Bachelor- und Masterstudiengängen für kürzere Studienzeiten und Förderung von wissenschaftlicher Weiterbildung
- Erhöhung der Transparenz der Weiterbildungsangebote
- Stärkere Fokussierung auf die Weiterbildung von älteren Arbeitskräften

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Lebenslanges Lernen/Grundschule“, BLK–Modellversuchsprogramm unter Beteiligung Schleswig-Holsteins, mit geeigneten Lernstrategien und der Förderung selbstbestimmter Lernmotivation sollen die entsprechenden Voraussetzungen zum lebenslangen Lernen geschaffen werden
- „Lebenslanges Lernen/Hauptschule“, BLK–Modellversuchsprogramm unter Beteiligung Schleswig-Holsteins, Förderung veränderter Kooperationsstrukturen zwischen Hauptschule, Berufsschule und Betrieb, inhaltlich und methodisch neuer Unterrichtskonzepte sowie des Einstiegs in die Ausbildung und in das Berufsleben
- „Demographischer Wandel und Weiterbildung“, greift der Ausschuss für Fort- und Weiterbildung der Kultusministerkonferenz für alle Bundesländer auf und wird dazu Empfehlungen aussprechen
- „Jede Stunde zählt“, das MBWFK stellte im Schuljahr 2003/2004 insgesamt 1,9 Millionen Euro zur Verfügung. 500 Verträge mit Vertretungslehrkräften konnten geschlossen werden, um Schulausfälle zu verhindern
- „Ganztagsangebote an Schulen“, MBWFK, Schaffung von Voraussetzungen, um einen zeitlich und organisatorisch verlässlichen Rahmen für Unterricht und außerunterrichtliche Angebote herzustellen. Hauptschulen sollen gezielter gefördert, die Quote der Schulabbrecher gesenkt werden
- „Verlässliche Grundschule“, MBWFK, Ziel ist die Verbesserung der Qualität, um Kinder durch mehr Bildung und Erziehung zu fordern und zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen
- „Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen“, ein zentrales Konzept der Landesregierung unter der Federführung des MBWFK befasst sich mit geeigneten Schulprogrammen, Evaluationen und Personalentwicklung, sowie dem Pilotprojekt „Geld statt Stellen“
- „Schul-TÜV“, ein Projekt des MBWFK, Schulen sollen durch Evaluation von Zeit zu Zeit ein Feedback über ihre Entwicklung bekommen.
- „Bündnis für Ausbildung“, Zusammenschluss der Landesregierung, Kammern, Verbände, Gewerkschaften und Landesarbeitsamt, mit der Ziel jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können
- „Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung und Qualifizierung“ (ASH 31), Bestandteil des Programms der Landesregierung „Arbeit für Schleswig-Holstein“
- Diverse Programme zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Schulen:
 - Einführung der flexiblen Eingangsphase an den Grundschulen (Einschulung aller schulpflichtigen Kinder)
 - Zusammenlegung gymnasialer Oberstufen
 - Organisatorische Verbindung von Schulen verschiedener Schularten und Schulträger

5.2.2.2 Handlungsfeld 6: Steigerung von Kooperation und Vernetzung der Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein

Durchgängige Bildungs- und Qualifizierungsangebote

Eine intensivere Kooperation und Vernetzung der öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und weiterer Partner in Schleswig-Holstein zielt auf die Anpassung von Strukturen, die zu Effizienzsteigerungen aber auch zu einer Verbesserung des Bildungs- und Qualifizierungsangebots beitragen können.

Der demographische Wandel und der Trend zur wissensbasierten Arbeit werden auch zukünftig zu einem steigenden und kontinuierlichen Qualifizierungsbedarf in Schleswig-Holstein führen. Ein durchgängiger Übergang von verschiedenen Bildungsphasen rückt im Laufe zukünftiger Erwerbsbiographien weiter in den Mittelpunkt. Damit ist eine bessere Durchgängigkeit der Bildungs- und Qualifizierungsangebote von zentraler Bedeutung, so dass sich diese besser ergänzen und aufeinander aufbauen können.

Wohnortnahe Schulversorgung

Bei der Sicherstellung der wohnortnahen Schulversorgung ist die interkommunale Zusammenarbeit vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen in Schleswig-Holstein künftig eine Notwendigkeit. Dabei gilt es, die absehbare Entwicklung der Schülerzahlen zu berücksichtigen. Derzeit wird vom Land eine angepasste „Empfehlung zur Schulentwicklungsplanung“ vorbereitet. Mit den Schulträgern sollen Zielvereinbarungen über die Kooperationen von Schulen abgeschlossen werden, um pädagogisch und ökonomisch sinnvolle Klassen-, Kurs- und Schulgrößen in Schleswig-Holstein zu erreichen (vgl. MBWFK, 2003a, S. 7). Zur Zeit wird ein Gutachten zum Thema „Veränderungen der Schulstruktur in Schleswig-Holstein als Konsequenz demographischer und gesellschaftlicher Entwicklungen“ im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erstellt.

Offene Ganztagschulen

In Schleswig-Holstein wird der Aufbau von offenen Ganztagschulen vorangetrieben. So wurden bis Juni 2004 zirka 70 neue „Offene Ganztagschulen“ im Land genehmigt, wobei die Tendenz weiter steigend ist. Ein Ziel ist es, unterrichtsergänzende Angebote in Kooperation mit außerschulischen Partnern anzubieten. In Zusammenarbeit mit beispielsweise der Jugendhilfe, Sportvereinen, Volkshochschulen oder Umweltverbänden werden an mindestens drei Wochentagen Förderangebote, Betreuung oder sinnvolle Freizeitgestaltung angeboten. Des Weiteren fördert das Projekt „Schulentwicklung im Netzwerk“ (SINET) die Zusammenarbeit von Schulen in Schleswig-Holstein. Bei der beruflichen Ausbildung wird im Rahmen des oben beschriebenen Modellprojekts „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren“ auf eine Kooperation mit weiteren Bildungseinrichtungen und mit der Wirtschaft Wert gelegt (vgl. MWAV, 2003c, S. 35). Somit bestehen im Land konkrete Ansatzpunkte, die einen Erfahrungsaustausch und eine Ausweitung von Kooperation und Vernetzung in Schleswig-Holstein ermöglichen.

Regionale Berufsbildungszentren

Hochschulstrukturreform

Auf der Grundlage der Empfehlungen der „Erichsen-Kommission“ zur Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein vom März 2003 findet im Land eine Strukturreform der Hochschullandschaft statt. Ziel ist es, u.a. die Fächerangebote zu konzentrieren sowie die Kooperationen zwischen den Hochschulen und des Landes und mit denen der Hansestadt Hamburg auszuweiten. Somit ist zu erwarten, dass auch effizientere Strukturen im Hoch-

Praxisorientiertes Studium	schulbereich entstehen. Eine Vernetzung der universitären Ausbildung mit der regionalen Wirtschaft in Schleswig-Holstein sollte durch neue Studienmodelle verbessert werden, die Studium und praktische Arbeit im Betrieb miteinander verknüpfen. Dies erhöht die Durchlässigkeit zwischen den Institutionen und zwischen der Bildungs- und Arbeitswelt. Im oben bereits erwähnten „Dualen Studium“ (siehe auch Seite 103) besitzen die Studierenden parallel zu ihrer Immatrikulation einen betrieblichen Ausbildungsvertrag, wobei sich die Phasen im Betrieb und an der Universität abwechseln. Das „Triale Studium“ verbindet mit der Hochschule, der Berufsschule und dem Betrieb drei Partner in einem Ausbildungsgang. Praxissemester, Diplomarbeiten in Kooperation mit dem Partnerbetrieb und Teilzeitbeschäftigung in den Semesterferien sind Elemente dieser Form der Ausbildung (vgl. IfR, 2004, S. 132) (siehe auch S. 103).
Lernende Regionen	In Schleswig-Holstein gibt es fünf Bildungsnetzwerke im Rahmen des Bundesprogramms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“: „Lernende Metropolregion Hamburg“, „Lernnetzwerk Drei-Länder-Eck“, „Lernnetzwerk Schleswig/Sønderjylland“, „Lernverbund Norderstedt/Segeberg“ und „Lernen des Neumünster“. Diese Bildungsnetzwerke unterscheiden sich in ihrer inhaltlich Schwerpunktsetzung und ihrem Umfang. Zudem hat Schleswig-Holstein
Weiterbündungsverbünde	mittlerweile elf flächendeckend arbeitende Weiterbündungsverbünde etabliert. Zentrales Ziel der Verbünde ist es, einen intensiveren Austausch zwischen Beschäftigungs- und Strukturpolitik mit der Weiterbildung auf regionaler Ebene unter Einbeziehung der Expertinnen und Experten vor Ort zu fördern. Dabei wird bei der Angebotsentwicklung und Bedarfsermittlung ein regionalorientierter selbstgesteuerter Ansatz verfolgt (vgl. MWAV, 2003c, S. 13 f.). Somit besteht im Weiterbildungsbereich in Schleswig-Holstein bereits ein hoher Vernetzungsgrad. In den Regionen existieren mit diesen Netzwerken Voraussetzungen, das Weiterbildungsangebot an die spezifischen regionale Nachfrageentwicklung anzupassen. Neben der regionalen Wirtschaftsstruktur hat die demographische Entwicklung einen maßgeblichen Einfluss auf die zukünftige Nachfrage. So ergeben sich in den Kreisen und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein Unterschiede bei der Alterung der Erwerbsfähigen oder den Seniorinnen und Senioren (vgl. Kapitel 4.3.2), die sich auch zur Deckung eines regionalen Fachkräftemangels in dem Weiterbildungsangebot niederschlagen müssen (z.B. Weiterbildungsangebote für ältere Erwerbspersonen).
Integrierte Bildungslandschaften	Neben den genannten bestehenden Netzwerken wie z.B. offenen Ganztagschulen oder Weiterbündungsverbünden ist deren Kooperation und eine Erweiterung der Partnerschaften in den Regionen anzustreben. So ermöglichen systematische Kooperationen und Netzwerke zwischen Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen oder Weiterbildungsanbietern und weiteren Partnern wie beispielsweise Betriebe oder Kommunalverwaltungen in einer Region den Aufbau von integrierten „Bildungslandschaften“. Hierdurch kann ein Beitrag zur Effizienz- und Qualitätssteigerung und eine verbesserte Durchgängigkeit der Angebote geleistet werden. Zudem lassen sich die Bildungsangebote besser an regionale Gegebenheiten und Bedürfnisse anpassen. Hinzu kommt, dass die Regionen im Zuge der steigenden Bedeutung von Bildung und Qualifizierung ihre Standortattraktivität als Lebens- und Wirtschaftsraum erhöhen können.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Interkommunale Kooperation bei der wohnortnahen Schulversorgung
- Verbesserung der Durchgängigkeit und Kompatibilität von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten
- Vernetzung regionaler Akteure im Bildungsbereich und aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen zu integrierten „Bildungslandschaften“

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „SINET plus“, ein Netzwerk zur Schulentwicklung in Schleswig-Holstein
- Etablierung von elf regionalen Weiterbildungsverbünden in Schleswig-Holstein
- Im Rahmen des BMBF-Projektes „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ ist Schleswig-Holstein mit fünf Vorhaben beteiligt
- Integration der Beruflichen Schulen in lokale Netzwerke der beruflichen Bildung für eine Kooperation unterschiedlicher Akteure im Rahmen der Entwicklung „Regionaler Berufsbildungszentren“

5.2.2.3 Handlungsfeld 7: Erhöhung der Anzahl von Qualifizierungs- und Weiterbildungsteilnehmenden in Schleswig-Holstein

Zusätzlich zu einer Verbesserung des Bildungs- und Qualifizierungsangebots ist es eine zentrale Aufgabe, die Nachfrage nach diesen Angeboten zu erhöhen, um eine durchgängige Höherqualifizierung und eine kontinuierliche Aktualisierung des Wissens der Menschen in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Förderung Kinder bildungsferner Schichten

Der Zugang von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu weiterführenden Schulen muss verbessert werden. Zu den Möglichkeiten der Umsetzung dieses Zieles gehören u.a. - wie zuvor bereits erwähnt - eine gezielte Sprachförderung oder eine Form des Schüler-BaföGs für diese Kinder (vgl. FiBS, 07.05.04).

Teilnahmequoten an Weiterbildung

In Schleswig-Holstein ergeben sich im Weiterbildungsbereich erhebliche Unterschiede in den Teilnahmequoten im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Vorbildung und Funktion sowie Betriebszugehörigkeit. Insbesondere Personen mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, ältere Menschen sowie Frauen weisen eine geringe Weiterbildungsbeteiligung auf. Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Weiterbildungsaktivitäten müssen spezifisch auf diese Gruppen ausgerichtet sein. Weiterhin bedürfen kleinere Betriebe einer Unterstützung zur Erhöhung der Weiterbildungsteilnahme ihrer Arbeitskräfte (vgl. Infratest Sozialforschung, 2002, S. 81). Diese Erkenntnis ist insbesondere für Schleswig-Holstein relevant, weil die Wirtschaft stark von mittelständischen Unternehmen geprägt ist, so dass sich hier ein besonderer Handlungsbedarf ableiten lässt. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Begründung für eine geringe Weiterbildungsteilnahme älterer Erwerbstätiger in Schleswig-Holstein. Diese geben als vorrangigen Grund an, nicht an Weiterbildung teilzunehmen, weil sich dies in ihrem Alter nicht mehr lohne (vgl. Infratest Sozialforschung, 2002, S. 81). In einer alternden Gesellschaft mit zukünftig älteren Belegschaften sollte diese Selbsteinschätzung gezielt überwunden werden.

Umsetzung einer höheren Weiterbildungsbeteiligung	Eine stärkere Weiterbildungsteilnahme dieser Gruppen muss zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht gefördert werden, um einerseits die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und andererseits einem zu erwartenden Fachkräftemangel in den Regionen Schleswig-Holsteins zu begegnen. Eine höhere Teilnahmequote lässt sich auf zwei Ebenen in Schleswig-Holstein erreichen: „Einerseits muss vor allem die Bedeutsamkeit von Wissen für diese Gruppen herausgestellt und damit einhergehend ein (intrinsischer) Anreiz zum Lernen geschaffen werden. Andererseits muss ein leichter Zugang zu den benötigten Bildungsangeboten gewährleistet sein (Stichworte: Transparenz und Flächenabdeckung)“ (Quelle: Infratest Sozialforschung, 2002, S. 82). Potenziale bestehen im Land bei der Transparenz des Weiterbildungsangebots (siehe auch S. 111). So empfiehlt eine Studie von Infratest Sozialforschung zur Weiterbildung in Schleswig-Holstein, den Zugang zu Beratung und Information zu erleichtern, weil das vorliegende Informationsangebot nicht ausgeschöpft wird (vgl. Infratest Sozialforschung, 2002, S. 82). Die Flächenabdeckung von Weiterbildungsangeboten lässt sich zukünftig auch durch einen verstärkten Einsatz von e-learning Angeboten erweitern. So wird im Land beispielsweise mit dem „Portal nach vorn“ unter Federführung der Fachhochschule Lübeck ein landesweites akademisches Online-Weiterbildungsangebot aufgebaut.
Finanzierung von Bildung	Neben den wichtigen Aspekten „Transparenz“ und „Flächenabdeckung“ für einen besseren Zugang zu Bildungsangeboten nimmt die Frage nach der Finanzierung von Weiterbildung an Bedeutung zu. Grundsätzlich zeichnet sich die Entwicklung ab, dass sich „Bildungsinvestitionen mit zunehmendem Lebensalter und zunehmender Arbeitsmarktnähe von einem öffentlichen zu einem privaten Gut entwickeln“ (Quelle: IW Köln, 2004a, S. 408). Im Laufe einer sich weiter fortsetzenden Aufwertung berufsbegleitenden Lernens sind deshalb Modelle wichtig, die es dem Einzelnen ermöglichen, notwendige Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren.
Bildungskonten und Bildungssparen	Die Einführung von Bildungskonten oder Bildungssparen ist vor diesem Hintergrund ein Weg, den individuellen Bildungsbedürfnissen gerecht zu werden und gleichzeitig einen effizienten Umgang mit den finanziellen Ressourcen zu gewährleisten. Voraussetzung für den eigenverantwortlichen Umgang mit den Ressourcen ist, dass der Einzelne sich auf dem Bildungsmarkt gut orientieren kann. Dies erfordert eine bessere Vergleichbarkeit von Bildungsangeboten, z.B. durch die Festlegung von Standards oder die Einführung eines Credit-Point-Systems, dass das Bildungssparen ermöglicht. Im Jahre 2001 wurde vom BMBF die Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ berufen. Sie wird in einem Endbericht ihre Empfehlungen zusammenfassen und ein tragfähiges Gesamtkonzept zur Finanzierung lebenslangen Lernens präsentieren. Die sich hieraus ergebenden Chancen sollten für Schleswig-Holstein diskutiert und genutzt werden, um allen Menschen im Land gleiche Zugangschancen zu Bildung zu gewähren.
Finanzierung des lebenslangen Lernens	

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Förderung der Bildungsbeteiligung insbesondere von Personengruppen wie Kinder aus bildungsfernen Schichten, Menschen mit geringer Qualifikation, Ausländer und ältere Personen
- Erhöhung bzw. Erhalt der Transparenz und Flächenabdeckung von Weiterbildungsangeboten
- Diskussion und Umsetzung von Finanzierungsvorschlägen für Lebenslanges Lernen

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Berufsbezogene Qualifizierung und Weiterbildung“, Programm der Landesregierung, um den Bedarf an Fachkräften zu decken und das Humankapital zu erhalten sowie Anreize für Unternehmen zu schaffen, um Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen
- „Lebenslanges Lernen“, BLK Modellversuchsprogramm/Arbeitskreis Lebenslanges Lernen im MBWK, Ziel ist es, neue Formen der bildungsübergreifenden Kooperation in und zwischen allen Bundesländern zu initiieren. Innerhalb verschiedener Projekte sollen die Eigenverantwortlichkeit des Lernenden gestärkt sowie die Zusammenarbeit zwischen Bildungsanbietern und Bildungsnachfragern verbessert werden
- „Demographischer Wandel und Weiterbildung“, dieses Thema greift der Ausschuss für Fort- und Weiterbildung der Kultusministerkonferenz für alle Bundesländer auf und wird dazu Empfehlungen aussprechen

5.2.3 Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Lebenslanges Lernen“

Im Folgenden werden Maßnahmen und Projekte für den Themenbereich „Lebenslanges Lernen“ vorgeschlagen. Sie dienen als Beispiele und Ansatzpunkte für die Umsetzungen einer demographieorientierten Politik in Schleswig-Holstein.

Projektvorschläge im Überblick**Projektvorschlag 6:**

Altersgerechte Qualifizierungskonzepte für älter werdende Belegschaften in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 7:

Lern- und Lebenschancen für Kinder und Jugendliche verbessern – Konzept zur Vernetzung regionaler Akteure zu Bildungslandschaften in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 8:

„ProfilPASS“ – Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens im Weiterbildungsverbund Neumünster - Mittelholstein

Projektvorschlag 6:**Altersgerechte Qualifizierungskonzepte für älter werdende Belegschaften in Schleswig-Holstein**

Projektidee	Es soll eine Beratungsstelle aufgebaut werden, die Unternehmen bei der Gestaltung altersheterogener Lern- und Arbeitsstrukturen unterstützt, um gemeinsam unternehmensspezifische Lösungsstrategien zu entwickeln.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Immer mehr Ältere stehen immer weniger Jüngeren gegenüber – der demographische Wandel wird in den Unternehmen dazu führen, dass sich das Durchschnittsalter der Belegschaften erhöht, während die Anzahl jüngerer Nachwuchskräfte rückläufig ist. Da bei älteren Belegschaften die Ausbildung meist schon lange zurück liegt, besteht die Gefahr, dass die Innovationsfähigkeit und der Anschluss an die neuesten technischen Entwicklungen verloren geht. Um Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft mit älter werdenden Belegschaften zu sichern, gilt es frühzeitig eine betriebliche Personalpolitik und Organisationsentwicklung zu schaffen, die eine gesundheits- und altersgerechte Arbeitsgestaltung bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau der vorhandenen Qualifikationen und betrieblichen Innovationsfähigkeit einbezieht. Folgende Fragestellungen müssen berücksichtigt werden: ▪ Wie ist das Lernverhalten bei älteren Arbeitnehmern? ▪ Wie lässt sich trotz sinkender Belegschaften Erfahrungswissen in Unternehmen erhalten? ▪ Sind Unternehmen bereit, Erfahrungswissen auszutauschen?
Zentrale Ziele	Zentrale Ziele des Projektes sind: ▪ die Sensibilisierung von Unternehmen hinsichtlich der Besonderheiten älterer Belegschaften ▪ die Vermittlung von Wertschätzung gegenüber dem Know-how und dem Erfahrungsreichtum der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ▪ die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Beschäftigter durch innovative Lernformen und Förderung alternativer Berufsbiografien ▪ die Entwicklung flexibler Lernangebote mit Betriebsvertretern und Erwachsenenbildnern (neue Lernmodelle und -arrangements) ▪ das Know-how, Erfahrungsspektrum und Netzwerke erhalten und gezielt für die Entwicklung von Nachwuchskräften nutzen ▪ der Wissensaustausch und Know-how-Transfer zwischen Jung und Alt ▪ der Transfer altersgerechter Qualifizierungskonzepte in das Ausbildungsprogramm der Fachhochschule ▪ die frühzeitige Entwicklung individueller Strategien für Unternehmen, da viele Maßnahmen erst langfristig Wirkung zeigen.

Umsetzung	Die Methoden und Umsetzungsstufen werden mit den Unternehmen zusammen konzipiert bzw. auf ihre Anwendbarkeit geprüft und modelliert.
Partner	▪ Mögliche Partner der Beratungsstelle können sein: ▪ Bildungseinrichtungen, ▪ Unternehmensverbände, ▪ Industrie- und Handelskammern, ▪ Handwerkskammern, ▪ Gewerkschaften, ▪ Arbeitsagenturen und ▪ das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Die nachfolgenden Aktivitäten und Konzepte finden im Kontext des Themas statt: ▪ „Konzept der Landesregierung Schleswig-Holstein. Weiterbildung im Kontext des Lebenslangen Lernen“. ▪ „Weiterbildung in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht und Tabellenband zur repräsentativen Ländererhebung im Rahmen des Berichtssystems Weiterbildung VIII“, Infratest Sozialforschung. ▪ Regionale Modellprojekte „Vermittlung älterer Arbeitnehmer“, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. ▪ „AG Weiterbildung/demographische Entwicklung“, KMK Ausschuss für Fort- und Weiterbildung (AFW) unter Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein.
Modellprojekte	Bereits bestehende überregionale Untersuchungen: ▪ AQUA – alternsgerechte Qualifizierung“, ein Projekt von bfz Bildungsforschung zur Sensibilisierung von Unternehmen für die Qualifizierung älterer Beschäftigter. ▪ „Wettbewerbsfähig mit alternden Belegschaften? Berufliche Weiterbildung im demographischen Wandel. Probleme – Konzepte – Strategien – Praxisbeispiele“, Fachtagung im Rahmen des Projekts AQUA. ▪ "GENIUS – Generationenaustausch in industriellen Unternehmensstrukturen", vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Forschungs- und Entwicklungskonzept mit dem Ziel, Nachwuchskräfte früher auszubilden und längerfristig an Unternehmen zu binden. ▪ Modellversuch „Der Prozess des Älterwerdens – Die Gestaltung altersheterogener Lern- und Arbeitsstrukturen“, Projekt der Forschungsstelle des Bildungswerkes der Hessischen Wirtschaft e.V. mit dem Ziel, den wechselseitigen Erfahrungsaustausch zwischen Jung und Alt in Unternehmen zu fördern.

- Im Rahmen des Programms „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ vom BMBF gefördertes Projekt des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES) und des Instituts für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) mit dem Ziel der Sensibilisierung und Aktivierung für die Probleme älterer Erwerbspersonen in der Region.
- Im Rahmen des Programms „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ vom BMBF gefördertes Projekt des Berliner Instituts für Sozialforschung, Informatik & Soziale Arbeit (ISIS) mit dem Ziel der Verlängerung der Berufsverweildauer und Förderung des längeren Verbleibs in der Erwerbstätigkeit.
- Projekt „Betrieblicher Dialog zum demographischen Wandel“ wird im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) und mit Förderung durch den Europäischen Sozialfonds und die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) durchgeführt.

Aufwands- und Kostenabschätzung

Die Kosten für das Projekt müssten im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ermittelt werden.

Finanzierungsmöglichkeiten

Finanziert werden könnte das Projekt durch Mittel

- des Europäischen Sozialfonds
- des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
- der Landesregierung Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 7:

Lern- und Lebenschancen für Kinder und Jugendliche verbessern – Vernetzung regionaler Akteure zu Bildungslandschaften

Projektidee	Es soll ein Konzept für die Vernetzung und eine systematische Kooperation verschiedener regionaler Bildungsakteure (z.B. Schulen, Berufsschulen, Jugendeinrichtungen, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen) in einer schleswig-holsteinischen Modellregion entworfen werden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Im Zuge der durch den demographischen Wandel ausgelösten gesellschaftlichen Veränderungen befinden sich auch Lehr-, Lern- und Qualifizierungsstrategien in weitreichender Umgestaltung. Um einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird versucht, durch innovative Qualifizierungsstrategien die Qualität des Humankapitals zu steigern und das Erwerbspersonenpotenzial besser auszuschöpfen. Eine in diesem Zusammenhang zentrale Strategie ist das „lebenslange Lernen“. Die einfache Ausbildung wird nicht für das gesamte Berufsleben ausreichen, zunehmend gewinnen hinsichtlich der beruflichen Anforderungen auch informelle Lehrinhalte, wie beispielsweise die soziale Kompetenz an Bedeutung. Ein Ansatz zur Anpassung des bestehenden Bildungssystems an diese neuen Herausforderungen ist die Bildung von regionalen Bildungsnetzwerken, in denen verschiedene Bildungseinrichtungen und –träger, Wirtschafts- und Verwaltungsvertreter systematisch kooperieren. Gemeinsam wird die Schaffung regionaler Bildungslandschaften angestrebt, in deren Mittelpunkt umfassende Kooperationen stehen und soziale wie gesundheitliche Unterstützungs- und Beratungsangebote in die schulischen Kontexte eingebunden werden. Die Schule soll daraufhin weit mehr sein, als ein reiner Lernort. Gleichzeitig sollen auch nichtschulische Orte als Lernorte in die Ausbildung integriert werden. Durch eine Vernetzung und die systematische Kooperation verschiedener Bildungsakteure einer Modellregion ist eine Bündelung der Kapazitäten geplant. In Zusammenarbeit mit Partnern des Arbeitsmarktes und der Regionalverwaltung soll eine inhaltliche und organisatorische Kompetenz zur flexiblen Anpassung der Lernangebote an die Bildungsnachfrage geschaffen werden. So können regionalspezifische Strategien für das lebenslange und lebensbegleitende Lernen entwickelt werden.
Zentrale Ziele	Zentrales Ziel des Projektes ist eine Vernetzung und die systematische Kooperation aller Bildungseinrichtungen und -akteure in einer Region, um Lern- und Lebenschancen für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein zu verbessern. Einzelziele des Projektes sind: ▪ Planung, Organisation und Umsetzung konkreter regionaler Strategien zum Lebenslangen Lernen, um damit die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung einer Regionen zu stärken ▪ die Förderung des Kompetenzerwerbs, der Handlungsfähigkeit sowie der Lernfähigkeit und -motivation der Menschen

- einen Beitrag zur regionalen Identitätsbildung leisten
- der Entwurf passgerechter Bildungsangebote für Regionen
- auf Besonderheiten regionaler Bildungsnachfrager eingehen und spezifische Lehr- und Lernangebote entwerfen
- die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe ausbauen und intensivieren
- die Förderung von bildungsfernen und benachteiligten Schülerinnen und Schülern
- die Elternarbeit aufbauen und aufrecht erhalten
- Bildungsmärkte mit überregionaler Ausstrahlung schaffen
- den Austausch mit anderen Regionen fördern, interkulturelle Kompetenzen stärken
- Lernmodule verschiedenerer Bildungsträger zeitgemäß koppeln
- Qualität der Bildung durch ein gemeinsames Qualitätsmanagement sichern
- eine sinnvolle Kopplung formeller und informeller Lernprozesse schaffen und das selbstorganisierte Lernen stärken.

Umsetzung

Schleswig-holsteinische Regionen sollten aufgefordert werden, sich als Modellregion zu bewerben. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Bildungsakteuren werden in dieser Modellregion die Möglichkeiten regionaler Bildungsvernetzung herausgearbeitet und hiervon ausgehend ein Konzept zur Bildung neuer regionaler Netzwerk- und Kooperationsstrukturen in Schleswig-Holstein entworfen.

Partner

Bei der Erstellung eines Vernetzungs- und Kooperationskonzeptes beteiligte Partner könnten sein:

- Schulen, Berufsschulen und andere Bildungsträger Schleswig-Holsteins
- Kindertagesstätten
- Jugendeinrichtungen, z.B. Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein
- Institut für Qualitätssicherung an Schulen (IQSH)
- Weiterbildungsträger
- Schulämter
- Gesundheits- und Sozialämter
- Betriebe
- Ganztagschulverband Schleswig-Holstein (GGT)
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
- Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein

Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung

Bereits bestehende oder in Planung befindliche Aktivitäten in Schleswig-Holstein, die sich zur Vernetzung eignen, beziehungsweise solche, die bei einer Konzeptentwicklung berücksichtigt werden sollten, werden im Folgenden exemplarisch genannt:

- „Offene Ganztagschulen“, Projekt zur Förderung offener Ganztagschulen in Schleswig-Holstein. Die Schulen sollen ergänzend zum planmäßigen Unterricht Betreuungs- und Förderangebote, Jugendhilfe und Freizeitangebote anbieten. Träger ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, gefördert durch das „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“.
- „QuiSS – Qualitätsverbesserung in Schulen und Schulsystemen“, Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zur Qualitätsverbesserung durch Steigerung der Innovationsfähigkeit und Selbstwirksamkeit in Schulen und Schulsystemen. Projektträger ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, 14 Bundesländer sind beteiligt.
- „Lebenslanges Lernen/Grundschule“, Projekt des BLK zur Entwicklung abgestimmter Trainingsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler zur Förderung von grundlegenden Voraussetzungen für ein lebenslanges Lernen. Projektträger ist das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) an der Universität Kiel.
- „Lebenslanges Lernen/Hauptschule“, Projekt des BLK zur Eingliederung bildungsferner und lernbenachteiligter Schülerinnen und Schüler in eine kontinuierliche, lebenslange Lernbiographie. Projektträger ist das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel.

Modellprojekte

Als Modellprojekte können die im Folgenden dargestellten Projekte genannt werden:

- „Selbstständige Schule.nrw“ – Projekt mit dem Ziel der Vernetzung verschiedener Bildungsakteure einer Region zur Verbesserung des Unterrichtes, der Steigerung von Lernkompetenzen und Qualitätssicherung an Schulen; Projektträger ist das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung.
- „Agora des Lernens“, regionales Netzwerk sowie Lern- und Qualifizierungsinitiative zur Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit in der Region Dessau-Anhalt-Wittenberg. Durchführung des Projektes durch das Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung GmbH, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Europäischen Sozialfond.
- „Kolibri – Kooperation der Lernorte für berufliche Bildung“, Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. In diesem Zusammenhang sind die beiden Themenbereiche „Lernortübergreifende Entwicklung von Förderansätzen zur Sicherung des Ausbildungserfolges von besonderen Zielgruppen“ und „Entwicklung der institutionellen und personellen Bedingungen zur Intensivierung und Verstetigung von Lernortkooperation“ von besonderem Interesse.

- „Lernen ohne Grenzen“, vernetztes und grenzüberschreitendes Lernen in der Region Aachen – Qualifizierungsprozesse zur innovativen Gestaltung von Bildung und Arbeit, Umwelt und Gesellschaft.
- „LIDO – Lernorte im Dialog“, Modellversuch des Instituts für Berufspädagogik der Universität Hannover und des Niedersächsischen Landesinstitut für Schulentwicklung und Bildung (NLI) zur integrierten Fort- und Weiterbildung.

Finanzierungsmöglichkeiten

Die Kosten der Konzeptentwicklung könnten gedeckt werden durch finanzielle Beteiligung

- der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
- des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
- des Europäischen Sozialfonds
- durch Landesmittel.

Projektvorschlag 8:**„ProfilPASS“ – Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens im Weiterbildungsverbund Neumünster - Mittelholstein**

Projektidee	Es wird ein Weiterbildungspass in der Erprobungsregion Neumünster unter Federführung des Weiterbildungsverbundes Neumünster – Mittelholstein eingeführt, der alle persönlichen Lern- und Bildungsleistungen und insbesondere informell erworbene Kompetenzen dokumentiert.
Kurzbeschreibung und sachlicher Hintergrund	Das Bund-Länder-Projekt „Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens“ verfolgt die Förderung nachhaltiger Strukturen für eine Anerkennungskultur von Kompetenzen, die auf formalen, non-formalen und insbesondere informellen Wegen erworben wurden. Die Erprobung für die Region Neumünster im Rahmen dieses Bund-Länder-Projekts wird vom Weiterbildungsverbund Neumünster-Mittelholstein koordiniert. Beteiligte Akteure sind neben Verbundmitwirkenden auch weitere wichtige lokale Einrichtungen. Die Ausgabe des ProfilPASSes an interessierte Bürgerinnen und Bürger und Kurs- bzw. Seminarteilnehmende der Einrichtungen startet in der Erprobungsregion Neumünster im September 2004. In diesem Dokument sollen alle persönlichen Lern- und Bildungsleistungen, vor allem aber die informell erworbenen Kompetenzen festgehalten werden. Das sind fachliche, methodische, soziale und persönliche Fähigkeiten, die wir nebenbei durch „Learning by doing“ erwerben. Beispiele für Lernsituationen sind ehrenamtliche Arbeit, Tätigkeiten während der Familienphase, Hobbys und nicht zuletzt der Arbeitsplatz. Die regionale Erprobung wird finanziell gefördert vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.
Zentrale Ziele und Ergebnisse	Ziele des Projekts sind insbesondere die Förderung einer Anerkennungskultur informeller Kompetenzen in Schleswig-Holstein Der Weiterbildungspass soll insbesondere ▪ die Sammlung und Dokumentation persönlicher formell als auch informell erworbener Kompetenzen ermöglichen; ▪ zu einer gesellschaftlichen Aufwertung bisher vernachlässigter Bereiche des Kompetenzerwerbs, wie beispielsweise der ehrenamtlichen Arbeit, der Familientätigkeit etc. beitragen; ▪ eine Bilanzierung und Reflexion der eigenen Bildungs-, Lern- und Tätigkeitsbiografie ermöglichen; ▪ der Förderung individueller Handlungsfähigkeit, biographischer Steuerungsfähigkeit und der Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit dienen und ▪ Hilfe und Motivation zur weiteren Lern-, Bildungsziel- und Laufbahnplanung anbieten.
Organisationsstruktur	Koordinierung der regionalen Erprobungspartner durch den Weiterbildungsverbund Neumünster-Mittelholstein. Enger Kontakt und Austausch der regionalen Projektkoordinierungsstelle mit den wissenschaftlichen Konsortialpartnern des BLK-Projektes. Die beteiligten wissenschaftlichen Institute sind: dipf (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/M.), DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Bonn) und ies (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Uni Hannover).

	Kontakt und Austausch der regionalen Projektkoordinierungsstelle mit anderen Erprobungsregionen. Der Weiterbildungsverbund Neumünster-Mittelholstein wird getragen vom ver.di-Forum Nord e.V.
Partner	▪ Weiterbildungsverbund Neumünster – Mittelholstein ▪ Wirtschaftsagentur Neumünster GmbH ▪ Freiwilligenagentur Neumünster (F.A.N.) beim DRK ▪ Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Berichte über den Verlauf des Projektes in der ▪ LAG der Weiterbildungsverbünde in SH ▪ LAG Frau und Beruf in SH Weiterbildungskonzept der Landesregierung vom Juli 2003 Angestrebt: Mitarbeit im Lernenden Neumünster im Rahmen des Bundesprojektes „Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken“ BLK-Verbundprojekt „Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens“ incl. Lenkungsausschuss LLL (Lebenslanges Lernen) der BLK
Aufwands- und Kostenabschätzung	Für die Prüf- und Durchführungsphase vom 01.01.04 bis 31.03.05 entstehen Kosten in Höhe von ca. 65.000 Euro, die zu 75 Prozent vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein getragen werden.
Finanzierungsmöglichkeiten	Finanziert wird das Projekt aus Mitteln ▪ des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Das BLK-Verbundprojekt „Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens“ wird gefördert aus Mitteln ▪ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, ▪ sowie des Europäischen Sozialfonds.

5.3 Infrastruktur und Lebensumfeld

5.3.1 Folgen der demographischen Entwicklung

Im Folgenden wird beschrieben, wie sich der demographische Wandel auf

- die räumliche Entwicklung,
- die flächendeckende Versorgung mit Infrastrukturen und Dienstleistungen,
- die Nachfrage nach Infrastruktur und Versorgungsleistungen (insbesondere Gesundheit, Wohnen und Verkehr) und
- den Wettbewerb von Kommunen und Regionen auswirkt.

Räumliche Entwicklung

Nachhaltiger Wandel der Raum- und Siedlungsstruktur

Der demographische Wandel wird die Raum- und Siedlungsstruktur nachhaltig beeinflussen. Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen und Kommunen in Schleswig-Holstein wird neben der Geburtenrate und der Sterblichkeit maßgeblich von Zuwanderungen aus dem Ausland und von Binnenmigration innerhalb Deutschlands und Schleswig-Holsteins bestimmt. Die Entwicklung der Bevölkerung ist in den suburbanen Verdichtungsräumen, den Kernstädten und in den ländlichen Gebieten sehr unterschiedlich.

Alterung der suburbanen Verdichtungsräume

So wird die Bevölkerung in den suburbanen Verdichtungsräumen stark altern, da die Zahl der Seniorinnen und Senioren stark zunehmen wird und die Kinder als junge Erwachsene in die Großstädte ziehen. Der steigende Anteil Älterer beruht auf dem verstärkten Eigenheimbau ab den 70er Jahren, deren Haushalte innerhalb der nächsten Jahre in das Rentenalter kommen werden. Aus dieser neuen Altersstruktur ergeben sich vielschichtige Problemlagen: Die Gruppe der Erwerbsfähigen wird durchschnittlich älter und weniger werden, da mehr Personen das Erwerbsalter verlassen als nachrücken. Die Zahl der Seniorinnen und Senioren hingegen steigt. Folglich ergeben sich für die Kommunen vor allem weniger einkommensabhängige Steuereinnahmen. Demgegenüber steigen die Bedarfe an Infrastrukturen in den Gemeinden, insbesondere in der Pflege, was wiederum mit Mehrausgaben für die Kommunen verbunden ist. Durch die sich auch weiterhin fortsetzende Suburbanisierung werden sich diese Problemlagen noch verstärken. Dennoch verlangsamt sich diese Entwicklung aufgrund der Abnahme der Bevölkerungszahl mit einem geringeren Bedarf an Wohnungsneubau. Der verbleibende Neubau von Wohnungen findet vor allem an den Rändern der Ballungsräume (Agglomerationsränder) statt. In Folge dessen ist in Zukunft eine weitere räumliche Ausdehnung der Agglomerationen zu erwarten (vgl. IW Köln, 2004a, S. 334).

Relativ jüngere Kernstädte

Die Kernstädte werden sich hingegen durch den Zuzug von Ausländern und Studierenden sowie dem bereits heute hohen Anteil an Seniorinnen und Senioren in den Kernstädten im Vergleich zu den Kreisen verjüngen. Die Zuwächse in der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren sind in den Städten aufgrund der höheren Mortalitätsrate dieser Altersklasse nicht so stark wie in den Kreisen. Dieser geringe Anstieg älterer Menschen bei gleichzeitigem Zuzug

jüngerer Menschen bewirkt eine relative Verjüngung der Städte. Zugleich führt der Bevölkerungsrückgang in den Kernstädten zu leerstehenden Wohnungen in weniger attraktiven Gebieten (siehe auch S. 140) (vgl. IW Köln, 2004a, S. 334). In Schleswig-Holstein werden beispielsweise alle kreisfreien Städte bis 2015 einen Rückgang ihrer Bevölkerung verzeichnen (vgl. Kapitel 4.3.2).

Ob ältere Menschen zukünftig aus dem städtischen Umland zurück in die Kernstädte ziehen, wenn sie dort einen attraktiveren öffentlichen Personennahverkehr, wohnortnahe Grundversorgung und altengerechte Wohnortkonzepte vorfinden, ist zur Zeit noch umstritten. Gegen eine solche Entwicklung spricht jedoch zum Einen, dass Wohneigentümer grundsätzlich weniger umzugsbereit sind als Mieter, da neben der emotionalen Bindung an ihr Eigenheim auch dessen Verkauf gelingen muss. Zum Anderen ist der wichtigste mobilitätsfördernde Faktor für einen Umzug in die Städte, nämlich das Vorhandensein von attraktivem öffentlichen Personennahverkehr, wohnortnaher Grundversorgung und ausreichend altengerechter Wohnformen, bisher häufig nicht erfüllt. Zudem spricht auch die Ortsgebundenheit vieler älterer Menschen und der Wunsch, in der Nähe der vertrauten Lebensumgebung wohnen zu bleiben gegen, einen verstärkten Rückzug in die Städte.

Langfristiger Bevölkerungsrückgang in ländlichen Räumen

Die Entwicklung der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein ist zunächst noch durch ein Bevölkerungswachstum gekennzeichnet. So werden noch bis 2015 Bevölkerungsgewinne in den meisten Kreisen vorhergesagt (vgl. Kapitel 4.3.2). Langfristig werden die Bevölkerungszahlen aber auch hier verstärkt zurückgehen. Kommunen in ländlichen Räumen und Umlandgemeinden in Schleswig-Holstein müssen sich, wie bereits heute die Kernstädte, auf sinkende Einwohnerzahlen und die daraus entstehenden Folgen einstellen (vgl. IM, 2003, S. 39).

Zentrale Folge 9:

Die suburbanen Verdichtungsräume altern, wohingegen sich die Kernstädte relativ verjüngen. Während die Einwohnerzahlen in den Kernstädten bereits zurückgehen, müssen sich auch die Umlandgemeinden und die ländlichen Räume auf den Rückgang ihrer Bevölkerung einstellen.

Flächendeckende Versorgung mit Infrastrukturen und Dienstleistungen

Zur Erfüllung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, d.h. den Daseinsgrundfunktionen wie Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung, Erholung, Leben in der Gemeinschaft und Verkehrsteilnahme, wird eine entsprechende Infrastruktur benötigt. Diese kann personeller, materieller oder institutioneller Art sein (vgl. Ruppert et al., 1969, S.205 ff.).

Flächendeckende Versorgung als Leitbild

In allen Teilräumen der Bundesrepublik gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und zu sichern, ist ein grundgesetzlich verankertes staatliches Prinzip. Wichtiger Leitgedanke ist dabei die flächendeckende Bereitstellung und Verfügbarkeit von Infrastruktur. Das Zentrale-Orte Konzept ist hierfür ein wesentliches Umsetzungsinstrument. Zentrale Orte sind Gemeinden, die einen Bedeutungsüberschuss über die Versorgung der eigenen Bevölkerung hinaus

besitzen und Regionen mit höherwertigen Dienstleistungen und Gütern versorgen. Infrastruktureinrichtungen und die Siedlungsentwicklung sollen sich auf solch geeignete Standorte konzentrieren. Im Raumordnungsgesetz ist dies als Grundsatz verankert: „Eine Grundversorgung der Bevölkerung mit technischen Infrastrukturleistungen der Ver- und Entsorgung ist flächendeckend sicherzustellen. Die soziale Infrastruktur ist vorrangig in Zentralen Orten zu bündeln“ (Quelle: Bundesministerium des Innern, 23.04.2004). Um diese Grundversorgung zu gewährleisten, kann es im Zuge des demographischen Wandels zu einer stärkeren Konzentration in den Zentralen Orten kommen, wodurch sich insbesondere für die Bevölkerung im ländlichen Raum längere Wege für die Inanspruchnahme höherwertiger Dienstleistungen und Infrastrukturen ergeben. Die gleichwertigen Lebensverhältnisse müssten den veränderten Entwicklungen entsprechend neu definiert werden.

Wirtschaftliche Tragfähigkeitsprobleme

Der Bevölkerungsrückgang wird dazu führen, dass private und öffentliche kommunale Infrastrukturen und Dienstleistungen künftig nicht mehr ausgelastet sind. Dies hat generelle wirtschaftliche Tragfähigkeitsprobleme zur Folge und ist mit steigenden Kosten vor allem durch Gebührenerhöhungen verbunden, von denen insbesondere die einzelnen Bürgerinnen und Bürger betroffen sein werden. Bestehende Finanzierungsprobleme im Infrastrukturbereich werden durch die demographische Entwicklung noch verschärft. Zudem ist in Zukunft nicht zu erwarten, dass sich die Ausgaben für Infrastruktureinrichtungen vermindern werden. „Sinkende Einwohnerzahlen bedeuten sinkende Steuereinnahmen. Der Unterhaltungsaufwand für Infrastruktur bleibt aber gleichzeitig bestehen oder wird sogar noch größer, wenn z.B. die Abwassersysteme in unseren Gemeinden in die Jahre kommen oder die Schule womöglich ein neues Dach braucht“ (Quelle: ALR, 2003, S. 27).

Der Unterhaltungsaufwand für Infrastrukturen bleibt bestehen

Öffentliche Finanzen und demographische Entwicklung

Hinzu kommt, dass die Verteilung der öffentlichen Finanzen bevölkerungsabhängig ist. Zum Einen sind die Einwohneranteile Maßstab für eine Reihe zweckgebundener Mittel. So dient die Einwohnerzahl als Orientierung zur Bestimmung der Zuweisungen im Rahmen der Europäischen Strukturfonds. Zum Anderen richtet sich die Verteilung im Rahmen des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs einschließlich der Umsatzsteuerverteilung nach den Einwohneranteilen. So wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer zu 75 Prozent nach der Einwohnerzahl verteilt. Der Länderfinanzausgleich basiert auf einem Vergleich der Steuereinnahmen je Einwohner (vgl. BMF, 21.04.2004). Für die kommunalen Finanzen bedeutet der Rückgang der Bevölkerung sowie der Rückgang der Erwerbstätigen im Besonderen weniger ertragsabhängige Steuereinnahmen. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung ist mit steigenden Sozialausgaben insbesondere im Bereich der Pflege zu rechnen. Da im Hamburger Rand die Bevölkerung stark altert und die Zahl der Erwerbsfähigen zurückgeht, sind hier z.B. deutlich geringere Steuereinnahmen zu erwarten, so dass sich die Haushaltslage in dieser Region durch den demographischen Wandel verstärkt anspannen wird. All diese Aussagen stehen unter der Prämisse, dass die heute gesetzlichen Haushaltsregelungen auch in Zukunft gelten. Die Auswirkungen möglicher Reformvorhaben der öffentlichen Finanzen können im Rahmen dieser Studie nicht berücksichtigt werden.

Sicherung der Infrastruktur als Zukunftsaufgabe insbesondere im ländlichen Raum

Insbesondere in den ländlichen Räumen kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Schließungen von Infrastruktureinrichtungen aufgrund mangelnder Auslastung und Finanzierung kommen wird. Die Anpassung der Infrastruktur vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist somit eine Zukunftsaufgabe für das Land, die Kommunen und die Wirtschaft.

Zentrale Folge 10:

Die wirtschaftlichen Tragfähigkeitsprobleme in der flächendeckenden Versorgung verstärken sich.

Nachfrage nach Infrastruktur und Versorgungsleistungen (insbesondere Gesundheit, Wohnen und Verkehr)**Nachfrage nach Infrastruktur verändert sich**

Die Nachfrage nach regionalen und kommunalen Infrastrukturangeboten wird in Schleswig-Holstein durch den demographischen Wandel nachhaltig beeinflusst. So werden zukünftig mehr ältere und weniger jüngere Menschen Infrastrukturangebote nachfragen.

Steigender Bedarf an alters- und auch familien-gerechter Infrastruktur

Im Zuge dessen wird ein steigender Bedarf an altersgerechter Infrastruktur erwartet. Gleichzeitig wird trotz des Bevölkerungsrückgangs ein steigendes Angebot an Kinder- und Jugendlichenbetreuung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nötig sein, um z.B. die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Ähnliches gilt für die Infrastruktur an ambulanten Pflegedienstleistungen. Aufgrund der steigenden Zahl älterer Menschen und der Tatsache, dass die familiäre Betreuung Pflegebedürftiger zu zwei Dritteln von Frauen übernommen wird, ist eine tragfähige Infrastruktur an ambulanten Pflegedienstleistungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf insbesondere für Frauen als notwendig zu erachten.

Für die zukünftige Entwicklung Schleswig-Holsteins werden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Nachfrageveränderung bezüglich der Bereiche Gesundheit, Wohnen und Verkehr beschrieben.⁶

Gesundheit

Mit dem demographischen Wandel verändern sich die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein. Einerseits steht der Gesundheitsbereich unter Effizienzdruck und vor wirtschaftlichen Tragfähigkeitsproblemen insbesondere bei der Versorgung in der Fläche. Zusätzlich lässt die steigende Zahl älterer Menschen die Nachfrage nach medizinischen Leistungen anwachsen, denn mit dem Alter nehmen Häufigkeit und Dauer der Erkrankungen zu.

Änderungen in der Krankenhausplanung und -finanzierung

Der Krankenhausplanung und -finanzierung steht von allen Bereichen des Gesundheitswesens die massivsten Änderungen bevor. Die Umsetzung des neuen Vergütungssystems (diagnoseorientiertes Fallgruppensystem) seit 2003 erfordert von den Krankenhäusern eine maßvolle Konzentration der Kapazitäten und der Standorte mit dem Ziel einer ständigen Verbesserung der

⁶ Die Auswirkungen auf den Bereich der Bildung werden im Themenbereich „Lebenslanges Lernen“ aufgezeigt.

Versorgungsqualität. Aktuelle Beispiele in Schleswig Holstein sind die Grundsatzentscheidung der Landesregierung vom 02. März 2004, die psychiatrischen Fachkliniken zu privatisieren sowie die geriatrische Ausrichtung von acht Krankenhausstandorten zur Gewährleistung der flächendeckenden Versorgung im Land. Die Krankenhäuser müssen wohnortnahe, moderne und integrierte Dienstleistungssysteme sein. Dies gilt vor allem für jene im ländlichen Raum. Andernfalls werden im Krankenhausbereich insbesondere die älteren, weniger mobilen Menschen in der Fläche nur schwer ortsnahe versorgt werden können. Im Jahre 1999 wies Schleswig-Holstein mit rund 60 Krankenhausbetten je 10.000 Einwohner die bundesweit niedrigste Bettenziffer auf (Bundesdurchschnitt 1999: 68,8) (Quelle: Institut für Pflegerecht und Gesundheitswesen, 25.06.04).

Die Ärztedichte in Schleswig Holstein liegt mit einem Arzt je 282 Einwohner genau im Bundesdurchschnitt, während sie in Hamburg mit einem Arzt je 192 Einwohner um fast ein Drittel höher ist. Die Ärztedichte in Schleswig-Holstein ist jedoch regional sehr unterschiedlich. So weisen die kreisfreien Städte die höchste Arztversorgungsquote im Vergleich zu den übrigen Landkreisen auf. Auch die an Hamburg angrenzenden Kreise sind im Vergleich zu den übrigen schleswig-holsteinischen Landkreisen nicht mit einer wesentlichen höheren Arztversorgungsquote ausgestattet. Dies liegt darin begründet, dass die Arztversorgungsquote mit zunehmender Entfernung zu Hamburg immer mehr abnimmt und somit die höhere Arztdichte in der Nähe Hamburgs relativiert. Die mit Abstand geringste Ärztedichte in Schleswig-Holstein weist Plön mit einem Arzt pro 500 und mehr Einwohner auf (Stand 1999) (Quelle: Ärztekammer Schleswig-Holstein, 25.06.04).

„Geriatrisierung“ der Versorgung

Mit dem Alter verändern sich die Art der Erkrankungen und die erforderlichen Behandlungsmethoden. Dies macht Anpassungen der Versorgungseinrichtungen an die durchschnittlich ältere Bevölkerung in Schleswig-Holstein notwendig („Geriatrisierung der Gesundheitsversorgung“). In den Krankenhäusern werden sich beispielsweise strukturelle Veränderungen aufgrund der Zunahme älterer Patienten bei gleichzeitigem Rückgang von Patienten im Kindesalter ergeben und zudem wird die Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt steigen. „Geriatrische Themen und Versorgungsstrukturen werden bedeutsam für Vertrags- und Krankenhausärzte, Krankenkassen sowie auch Kommunen. Ohne profunde Kenntnisse in der Geriatrie sind die schon jetzt fassbaren Probleme künftig nicht mehr zu bewältigen“ (Quelle: Stamm et al., 15.04.04).

Gesundheitsbranche gewinnt volkswirtschaftlich an Bedeutung

Löst man sich von einer kostenorientierten Betrachtungsweise des Gesundheitssektors, so steigt mit der zunehmenden Nachfrage die volkswirtschaftliche Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung („Gesundheitswirtschaft“). Insbesondere die Nachfrage nach gesundheitlichen und gesundheitsorientierten Dienstleistungen wird zunehmen (vgl. dsn, 2000, S.17 ff.). In Schleswig-Holstein hat sich die Gesundheitswirtschaft bereits zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig entwickelt, für den sich durch Anpassung an den demographischen Wandel Chancen ergeben können.

Zentrale Folge 11:

Der Gesundheitsbereich steht unter verstärktem Effizienzdruck und muss seine Leistungen und Angebote an eine alternde Bevölkerung anpassen („Geriatrisierung“ der Gesundheitsversorgung).

Wohnen

Die Nachfrage nach Wohnraum wird zunächst noch steigen

Die demographische Entwicklung bedeutet für die Wohnungswirtschaft langfristig einen Nachfragerückgang, da sich die Zahl der Haushalte mit abnehmender Bevölkerung verringern wird. Dieser Nachfragerückgang wird jedoch nicht parallel zum Bevölkerungsrückgang sondern zeitverzögert einsetzen. In den letzten 100 Jahren hat sich die Anzahl der Personen pro Haushalt mehr als halbiert (siehe Abbildung 27). Infolge des Trends zum Einpersonenhaushalt, der sinkenden Anzahl von Kindern in Haushalten und dem steigenden Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung, die überwiegend in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten wohnen, wird sich die durchschnittliche Haushaltsgröße weiter verringern. Zudem wird der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Haushalt noch bis ins Jahr 2030 ansteigen, verursacht durch Wohlstandseffekte und die Flächenausweitung durch den Remanenzeffekt, d.h. Ältere bleiben in ihren angestammten Wohnungen (vgl. DB Research, 2003d, S.11). Diese Struktureffekte sind dafür verantwortlich, dass trotz sinkender Bevölkerungszahlen die Zahl der Haushalte und somit die Nachfrage nach Wohnungen zunächst noch leicht ansteigen wird.

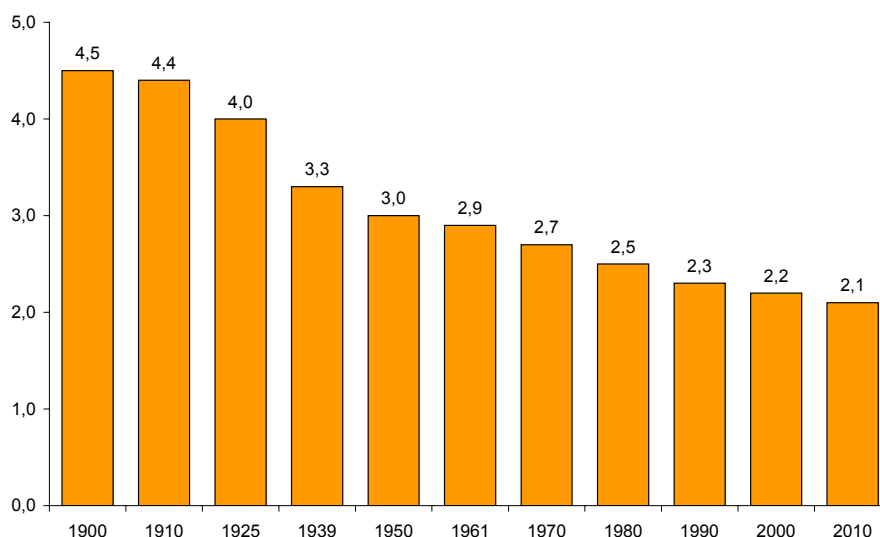


Abbildung 27: Durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland – Anzahl der Personen je Haushalt

(Quelle: IW Köln, 2004a, S. 87)

Verschiebung auf der Nachfrageseite: mehr ältere und kleinere Haushalte

Die Nachfrage nach Wohnraum wird nicht nur langfristig abnehmen, sondern sich aufgrund der veränderten zukünftigen Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen weiter differenzieren. Aufgrund einer Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) lassen sich Aussagen zur künftigen Veränderung der Nachfragestruktur machen. Die Nachfrage wird sich demnach hin zu mehr älteren und kleinen Haushalten verlagern. Bis zum Jahr 2015 wird

die Zahl der Haushalte im Alter von 60 und mehr Jahren gegenüber dem Jahr 2000 um 19 Prozent und in der Altersgruppe mit 75 und mehr Jahren um 44,3 Prozent ansteigen. Die Zahl der Haushalte der mittleren Altersgruppe (45 bis 60 Jahre) wird bis zum Jahr 2015 um 27,4 Prozent steigen. Die Zahl der relativ jungen Haushalte (bis 45 Jahre) wird sich bis ins Jahr 2015 spürbar um 13,3 Prozent verringern. Insgesamt wird bis zum Jahr 2005 die Zahl der Einpersonenhaushalte um 11,8 Prozent und die der Zweipersonenhaushalte um 14,2 Prozent zunehmen. Die Haushalte mit drei oder mehr Personen dagegen werden um 15 Prozent abnehmen (vgl. IfS, 2002, S. V).

Prognosen zur künftigen Entwicklung der Nachfrage nach Wohnraum divergieren

Für die Bewertung der künftigen Entwicklung der Wohnungsnachfrage und des Neubaubedarfs für Schleswig-Holstein wurden die Prognosen des BBR und des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein und der Landesplanung Schleswig-Holstein (Sta-La/LP) ausgewertet. Beide Prognoseergebnisse bilden eine Bandbreite zwischen einer eher optimistischen (BBR) und einer eher pessimistischen (Sta-La/LP) Entwicklung ab. Die Unterschiede resultieren, neben anderen Faktoren, insbesondere aus unterschiedlichen Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung, die Zuwanderung und zur Haushaltsverkleinerung.

In Schleswig-Holstein ist im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2015 eine Zunahme von Haushalten zwischen 24.424 (+2%) und 105.422 (+8%) zu erwarten. Trotz dieser deutlich divergierenden Annahmen, wird sich die jährliche Wachstumsrate der Zahl der Haushalte übereinstimmend bis 2015 immer weiter verringern. In der zweiten Dekade dürfte die Zahl der Haushalte nur noch geringfügig ansteigen. Erst ab 2020 wird sich der Bevölkerungsrückgang auch in rückläufigen Haushaltszahlen niederschlagen.

Der Neubaubedarf wird zunehmend sinken, und somit zu einem Rückgang der Bautätigkeit führen

Der Wohnungsneubaubedarf in Schleswig-Holstein wird sich bis dahin auf 109.483 bis 219.195 neuen Wohnungen belaufen, was einer Zunahme von 7299 bis 14.613 Wohnungen pro Jahr entspricht. Noch im Zeitraum von 1989 bis 1998 waren es rund 16.500 Wohnungen pro Jahr in Schleswig-Holstein. Demnach wird zukünftig der Bedarf an neuen Wohnungen aufgrund abnehmender Haushaltszahlen ebenfalls sinken. Infolge dieses Nachfragerückgangs auf dem Wohnungsmarkt und des ungünstigen konjunkturellen Umfeldes ist in Zukunft mit einer weitaus geringeren Wohnungsbautätigkeit zu rechnen als in der Vergangenheit (vgl. IfS, 2002, S.62 f.). Der Neubaubedarf in Schleswig-Holstein wird beiden Prognosen zu Folge sehr große regionale Unterschiede aufweisen.

Geringer Neubaubedarf in den kreisfreien Städten

In den kreisfreien Städten kommt es künftig aufgrund des Rückgangs der Haushalte mittel- bis langfristig zu einer stagnierenden bzw. schrumpfenden Nachfrage nach Wohnraum. Kreise mit überdurchschnittlichem Zuwachs an Haushalten und erheblichem Neubaubedarf sind das Umland von Kiel und Neumünster (Rendsburg-Eckernförde und Plön), von Hamburg und Lübeck (Segeberg, Herzogtum Lauenburg), sowie Flensburg (Schleswig-Flensburg).

Erheblicher Neubaubedarf im städtischen Umland vor allem von Hamburg und Kiel

Die höchsten Neubaubedarfe wird es bis ins Jahr 2015 im Hamburger Rand geben, wo derzeit im schleswig-holsteinischen Vergleich relativ wenige Wohnungen leer stehen. Hierauf entfällt fast die Hälfte des gesamten schleswig-holsteinischen Neubaubedarfs. In den Kreisen der Westküste (Kreise Nordfriesland, Dithmarschen, Steinburg) sowie in Ostholstein hingegen ist der Bedarf an neuen Wohnungen vergleichsweise gering (vgl. IfS, 2000, S.67 f.).

	Beiden Prognosen zufolge liegt der Schwerpunkt des Neubaubedarfs in Schleswig-Holstein bei Ein- bis Zweifamilienhäusern und der kleinere Teil im Geschoßwohnungsbau (sowohl Miet- als Eigentumswohnungen). Der Bedarf an Neubau von Ein- bis Zweifamilienhäusern beträgt zwischen 58 Prozent und 68 Prozent. Zwischen den Hamburger und Kieler Umlandkreisen sowie den übrigen Kreisen ist der Bedarfsunterschied von Ein- bis Zweifamilienhäusern gering (vgl. IfS, 2002, S.67 f.).
„Häuslebauer“ werden weniger, aber bleiben wichtige Nachfragegruppe	Besonders relevant für diese Bautätigkeit ist die Zahl der relativ jungen Haushalte (bis 45 Jahre), da sie vorzugsweise Häuser nachfragen. Diese Altersklasse wird in Schleswig-Holstein jedoch bis zum Jahr 2015 um rund 13 Prozent abnehmen. Die Eigentumbildung wird infolge des künftig geringeren Umfangs dieser Altersgruppe und durch zusätzliche Entwicklungen wie wirtschaftliche Lage, hohe Grundstücks- und Baukosten und das Fehlen von umfangreichen Subventionen (Diskussion über Streichung der Eigenheimzulage) in Zukunft sinken. Im Gegensatz zum konjunkturanfälligerem Mietwohnungsbau weist der Eigenheimbau eine weitaus größere Konstanz auf und wird somit eine tragende Säule im künftigen Wohnungsbau sein (vgl. IfS, 2002; S.106 f., IW Köln, 2004a, S. 86 f.).
Hoher Investitionsbedarf für Bestandsmodernisierungen im Mietwohnungsbau statt im Neubau	Obwohl der schleswig-holsteinische Wohnungsmarkt, landesweit betrachtet, derzeit entspannt ist und die Leerstandsquote weiterhin auf durchschnittlich hohem Niveau von 2,2 Prozent liegt (im Hamburger Rand 0,9 Prozent), werden sich aufgrund der Entwicklung hin zu mehr alten und kleinen Haushalten in einigen regionalen Wohnungsteilmärkten Engpässe ergeben. So wird es einerseits zu einer Nachfrageverschiebung hin zu altersgerechten und altersspezifischen Wohn- und Lebensräumen kommen, andererseits hat sich durch den Wandel und die Pluralisierung von Lebensformen und Lebensstilen eine neue differenzierte Nachfrage entwickelt. Daraus resultieren Folgen für die Wohnungswirtschaft. Sie muss sich nicht nur an die quantitativen, sondern auch an die qualitativen Wohnungsanforderungen der künftigen Nachfragegruppen anpassen. Die Wohnungsbauinvestitionen werden sich somit in Zukunft vor allem auf die Bestandsentwicklung insbesondere Modernisierung und qualitativer Aufwertung der Bestände richten. Neubau hingegen wird nur punktuell gezielt stattfinden.
Verlagerung der sozialen Gruppen insbesondere in kreisfreien Städten nimmt zu	In Zukunft werden insbesondere die kreisfreien Städte von der Wohnungsmarktproblematik betroffen sein. Diese sind im besonderen Maße von einer ungünstigen Entwicklung der Kaufkraft bzw. Struktur der Nachfrage (hohe Arbeitslosenquote, niedriges Einkommen und sehr hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern) und von einer überdurchschnittlich hohen Leerstandsquote infolge des Bevölkerungsrückgangs geprägt. Dort wird mit einer weiteren Verlagerung der sozialen Gruppen gerechnet: mehr ältere und kleine Haushalte sowie eine höhere Anzahl an Transfereinkommensbeziehern (Arbeitslose, Sozialhilfeempfängern, Rentnern etc.). Angesichts gestiegener Lebenshaltungs- und Wohnkosten kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zielgruppen der sozialen Wohnversorgung zahlenmäßig nicht reduzieren, sondern möglicherweise noch ansteigen werden. Die Leerstände in den meisten Kommunen resultieren nicht daraus, dass es generell zu viele Sozialwohnungen gibt, sondern sind in erster Linie auf zu hohe Mieten bzw. Defizite der Bestände zurückzuführen. In den nächsten Jahren wird ein Großteil der durch Mitförderung erworbenen kommunalen

	Belegungsrechte im Sozialmietwohnungsbestand, insbesondere in Kiel und Lübeck, wegfallen.
Nachfrage nach altengerechten Wohnformen wird ansteigen	Aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach altersspezifischen Wohn- und Lebensräumen muss es Ziel sein, eine Vielfalt von Wohnangeboten und Wohnformen für ältere Menschen zur Verfügung zu stellen, die der Unterschiedlichkeit der Lebensstile, der Wohnwünsche und der Finanzkraft entspricht. Für die überwiegende Zahl älterer Menschen (über 90 Prozent), die so lange wie möglich in ihren angestammten nicht altersgerechten Wohnung verbleiben möchten oder die oberhalb der Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus liegen, aber sich den Einzug in eine teure Wohnanlage nicht leisten können, wird es notwendig sein, alternative Wohnformen anzubieten. Eine entsprechende Alternative ist die altersgerechte Anpassung der Wohnung bei gleichzeitiger Schaffung von Service- und Netzwerkkomponenten. Das Verbleiben älterer Menschen in ihren nicht altersgerechten Wohnungen entspringt nicht immer eigenen Wünschen, sondern ist auch auf fehlende Angebote von altersgerechter Wohnalternativen und konkreter Umzugsunterstützung zurückzuführen.
Wohnen bleiben in angestammter Wohnung wird favorisiert	Wohnkonzepte, die fest mit Serviceangeboten verknüpft sind (Betreutes Wohnen, Seniorenwohnungen, seniorengerechte Wohnanlagen etc.), werden im Gegensatz zum klassischen Altenheim in Schleswig-Holstein zunehmend gefragt sein. Und dies, obwohl sie häufig erst angenommen werden, wenn ein Leben in der eigenen Wohnung nicht mehr möglich ist und wenn diese Konzepte finanzierbar sind. Trotz der allgemein verbesserten finanziellen Situation älterer Menschen gibt es eine große Gruppe „armer Alter“ (vgl. Kapitel 5.1.1). Aufgrund sinkender Renten und höheren Lebenshaltungskosten kann davon ausgegangen werden, dass die Finanzkraft älterer Menschen längerfristig wieder abnehmen wird, so dass die Nachfrage eher nach Wohnalternativen im mittleren bis niedrigem Preisniveau liegen wird. Aufgrund der Ortsgebundenheit der meisten älteren Menschen sollten in jedem Stadtteil verschiedene Wohnformen (unterschiedliche Betreuungskonzepte in verschiedenen Preiskategorien) zur Verfügung gestellt werden.
Diversifizierung der Wohnmöglichkeiten im Alter auf unterschiedlichem Preisniveau	Die hohe Präferenz der Formen des Service Wohnens (normale Wohnung mit Dienstleistungen und Service-Wohnen in eigenständigen Wohnanlagen) spricht für ein stärkeres Bewusstsein der nachwachsenden Generation der Älteren, dass die eigene Familie nicht mehr in der Lage ist, die Betreuung im Alter zu übernehmen, und sie somit später einmal auf professionelle Hilfs- und Betreuungsleistungen angewiesen sein wird. Gleiches gilt für die Zahl der Singles, die ohne familiäre Unterstützungsnetzwerke älter werden (vgl. BMFSFJ, 2001, o.S.; Heinze et al., 1997, o.S.).
Familiäre Netzwerke werden abnehmen	Durch die Heterogenität von Lebensformen und Lebensstilen wird die Nachfrage nach unterschiedlichen Haushaltstypen auf dem Wohnungsmarkt zunehmen. Unklar ist, welches Gewicht man den Lebensstilen und den daraus abgeleiteten Anforderungen an zukünftiges Wohnen beimessen muss. Städtische Trendwohnarten wie Lofts bzw. die Wohnnutzung von Gebäuden auf brachliegenden Industrieflächen (z.B. Waterfront-Entwicklungen, neue „Penthouses“) sind als bedeutende Ergänzungen des Bestandes zu sehen. Herkömmliche Etagenwohnungen und Einfamilienhäuser werden aber auch in Zukunft zentraler Teil der Nachfrage sein, die sich jedoch nach klassischen Präferenzen und Qualitätskriterien (z.B. hochwertige Bodenbeläge und Sanitärausstattung) richten müssen. Im Wohnungsbestand erfordern die notwen-
Wohn- und Nachfrageprofile werden vielfältiger	

digen Modernisierungs-, Bau- und Umbauvorhaben eine dementsprechende Flexibilität, um sich wandelnden Lebensstilen anpassen zu können (vgl. IfS, 2002, S.115).

Nach Expertenansicht werden sich die Perspektiven des künftigen Wohnungsbaus auf das Hamburger Umland und in geringem Maße auf das Umland von Kiel und Lübeck konzentrieren. In den kreisfreien Städten wird dagegen Wohnungsbau nur auf relativ niedrigem Niveau stattfinden. Dabei wird, wie in der Vergangenheit, in den Regionen am meisten gebaut, wo die durchschnittlichen Einkommen am höchsten sind (außerhalb der kreisfreien Städte im Umland, insbesondere Hamburger Umlandkreise), wenngleich auf abnehmendem Niveau. Im Wohnungsbestand besteht künftig ein hoher Investitionsbedarf, um die Wohnungen konkurrenzfähig zu halten. Bei den Wohnungsbauinvestitionen wird der Neubau künftig an Gewicht verlieren und die Bestandsmaßnahmen an Gewicht gewinnen.

Zentrale Folge 12:

Die Nachfrage nach Wohnraum nimmt langfristig ab. Die Bedeutung altengerechter Wohnformen wird steigen.

Verkehr

Finanzieller Rahmen für Verkehrsinfrastruktur wird enger

Die demographische Entwicklung wird die Finanzierungsmöglichkeiten für Verkehrsinfrastrukturprojekte weiter einengen, weil einerseits mit weniger Erwerbspersonen und geringeren Steuereinkünften zu rechnen ist und andererseits wichtige öffentliche Ausgaben wie z.B. im sozialen Bereich stark zunehmen. Private Finanzierungsmodelle für Verkehrsprojekte werden vor diesem Hintergrund an Bedeutung gewinnen (vgl. DB Research, 2004, S. 15).

Die Entwicklungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), im Straßengüterverkehr sowie beim motorisierten Individualverkehr sind jedoch unterschiedlich. Generell wird erwartet, dass der öffentliche Personennahverkehr insbesondere in Gebieten mit starker Abwanderung vor dem Problem deutlicher Nachfragerückgänge steht. In vielen Kommunen könnte der ÖPNV sogar grundsätzlich zur Disposition stehen. Hingegen wird mit einer Zunahme des Straßengüterverkehrs gerechnet, der durch die EU-Osterweiterung verstärkt wird (vgl. DB Research, 2004, S. 15).

Verkehrsnachfrage geht allgemein zurück

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den ÖPNV sind allerdings generell schwer vorherzusagen, weil sich verschiedene Effekte gegenseitig beeinflussen und kompensieren. Einerseits verringert sich aufgrund einer sinkenden Bevölkerungszahl das Fahrgästepotenzial. Andererseits könnte die Zunahme älterer Menschen mit ihrem altersspezifischen Mobilitätsverhalten zu mehr Fahrgästen führen (vgl. Convent, 2004, S. 4). Die bessere gesundheitliche Verfassung und der relative Wohlstand gegenüber vorangegangenen Generationen bewirkt gleichzeitig einen steigenden Anteil motorisierter älterer Menschen (siehe Abbildung 28). Insgesamt führt eine künftig zunehmende Konzentration von Versorgungsstrukturen auf Siedlungs- und Entwicklungsschwerpunkte zu einer Ausdünnung des ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum. Dadurch verliert der ÖPNV im ländlichen Raum an

Attraktivität, wodurch zugleich die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr erhöht wird (vgl. BBR, 2003, S. 745). Zudem wird der ÖPNV im ländlichen Raum vom Schülerverkehr dominiert. Mittelfristig rückläufige Schülerzahlen lassen die Nachfrage sinken. Jedoch kann eine Konzentration von Schulen und Bildungseinrichtungen wiederum zu einem zunehmenden Bedarf an öffentlichem Verkehr im ländlichen Raum führen.

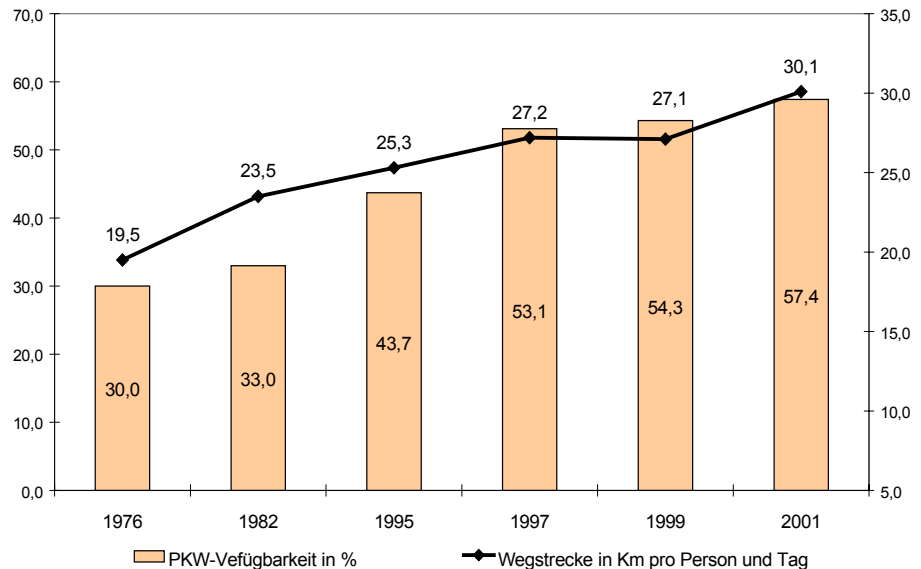


Abbildung 28: PKW-Verfügbarkeit und Wegstrecken der Altersgruppe 60+

(Quelle: IW Köln, 2004a, S. 354)

Altersgerechte Angebote werden erforderlich

Der Altersdurchschnitt der Fahrgäste des ÖPNV wird steigen. Die Anbieter des ÖPNV werden als Folge ihr Angebot verstärkt altersgerecht gestalten müssen. Dies gilt sowohl für die eigentliche Transportleistung als auch für reisevorbereitende Leistungen wie z.B. dem Fahrkartenverkauf oder dem Gepäckservice.

Weniger ÖPNV, mehr Straßengüter- und Individualverkehr

Während der ÖPNV langfristig mit empfindlichen Einbußen rechnen muss, wirken die fortschreitende Suburbanisierung und ein höherer Anteil der Haushalte in Ein- und Zweifamilienhäusern zugunsten des Verkehrsmittels Auto. Langfristig ist nicht anzunehmen, dass Verkehrsflächen für den motorisierten Individualverkehr in nennenswertem Umfang überflüssig sein werden und renaturiert werden können (vgl. IW Köln, 2004a, S.338 ff.).

Pendlerverkehre nehmen bis 2015 zu

Die Pendlerverkehre haben in Schleswig-Holstein einen besonderen Stellenwert, vornehmlich die Pendlerverkehre zwischen den südlichen Kreisen und der Metropole Hamburg. So arbeiteten im Jahre 2001 141.120 erwerbstätige Schleswig-Holsteiner in Hamburg und pendelten täglich zwischen Arbeitsplatz und Wohnsitz. Davon kamen 85 Prozent aus den Hamburger Randkreisen. Die Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sind ebenfalls von intensiven Pendlerverflechtungen mit ihren Nachbarkreisen bestimmt. Da die Bevölkerung und die Zahl der Personen im Erwerbsalter in einigen schleswig-holsteinischen Nachbarkreisen Hamburgs und in den kreisfreien Städten des Landes bis 2015 noch weitestgehend ansteigen, ist bis 2015 weiterhin mit einem Anstieg des Pendlerverkehrs in Schleswig-Holstein zu rechnen (vgl. MWAV, 2003b, S. 16).

Zentrale Folge 13:

Die Nachfrage nach ÖPNV wird langfristig zurückgehen. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird insbesondere im ländlichen Raum geringer, während der Individualverkehr verhältnismäßig zunimmt.

Wettbewerb von Regionen und Kommunen**Wettbewerb um Hochqualifizierte europaweit ...**

Der demographische Wandel beschränkt sich nicht auf Deutschland, sondern vollzieht sich in nahezu allen europäischen Industriestaaten. Dies wird zu einem europaweiten Wettbewerb um die Zuwanderung von hochqualifiziertem und innovationsfreudigen Fachkräften führen (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2002, S. 9). Auch innerhalb Deutschlands wird sich der Wettbewerb um die Zuwanderung von Hochqualifizierten und zusätzlich auch um Familien oder kaufkräftige Seniorinnen und Senioren verschärfen. Dieser Wettbewerb betrifft fast alle regionalen Ebenen. Es wird neben schrumpfenden auch stagnierende und wachsende Regionen geben. Dabei wird regionales Bevölkerungswachstum nicht auf eine Geburtenstärke, sondern auf Wanderungsgewinnen zurückzuführen sein. (vgl. BBR 2003, S. II)

... und innerhalb Deutschlands**Regionen in der Abwärtsspirale**

Gelingt es einigen Regionen in Schleswig-Holstein nicht, in diesem Wettbewerb zu bestehen, können sie im Zuge des demographischen Wandels in eine Abwärtsspirale geraten, die deren Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensraum nachhaltig schwächt. Diese Entwicklung wird mit folgendem Zitat eindrücklich beschrieben: *„Manche Regionen Deutschlands erleben bereits eine regelrechte Bevölkerungs-Implosion: Dort, wo es zu wenig Arbeit gibt, wo die Innenstädte zerfallen, Kneipen und Diskos leer stehen und Freibäder und Theater schließen, werden sich kaum junge Familien ansiedeln. Und wo der Bildungsgrad sinkt und qualifiziertes Personal fehlt, wird kaum ein Industrieunternehmen investieren. All das bedeutet weniger Steuereinnahmen für die betroffenen Kommunen, die gleichzeitig mehr alte Menschen zu versorgen haben. Die Gemeinden müssen dann an anderer Stelle sparen, etwa die Bibliothek dicht machen und die Abgaben erhöhen. Nun sinkt die Chance, Neubürger anzulocken, weiter. Diese Abwärtsspirale zieht mittlerweile ganze Regionen nach unten“* (Quelle: Berlin Institut, 2004, S. 4).

In Westdeutschland verzeichnen die ländlichen Regionen und die Stadt-Umland Bereiche derzeit noch überwiegend Bevölkerungszuwächse, die Kernstädte in der Mehrzahl hingegen bereits Bevölkerungsrückgänge. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein. Während ländlichen Regionen wie den Kreisen Schleswig-Flensburg oder Nordfriesland bis 2015 ein Bevölkerungswachstum vorhergesagt wird, sind in den kreisfreien Städten Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen. Doch auch die ländlichen Regionen müssen sich mittelfristig auf einen Bevölkerungsrückgang einstellen (vgl. Kapitel 4.3.2).

Doch nicht nur die Bevölkerungszahl insgesamt, sondern auch die Zahl der Personen im Erwerbsalter geht in Schleswig-Holstein zurück. Die Regionen werden um erwünschte Zuwanderung von hochqualifizierten und innovationsfreudigen Personen im erwerbsfähigen Alter konkurrieren. Im Zuge dieses steigenden Wettbewerbs sind harte Standortfaktoren eine wichtige Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsraum. Hier weist Schleswig-Holstein

„Weiche“ Faktoren werden bedeutsamer

nach einer jüngsten Untersuchung des Instituts für Betriebswirtschaft an der CAU Kiel jedoch in den Bereichen Verkehrsanbindung, Versorgung mit Fachkräften und der räumlichen Lage zu existierenden und potenziellen Absatzmärkten Defizite auf (Wolf, 2004, S. 39). Neben diesen „harten“ gewinnen auch so genannte „weiche“ Faktoren für die Attraktivität einer Region an Bedeutung (z.B. Freizeitangebot, intakte Umwelt, Vereinskultur, Gesundheitsversorgung, Schulen, Kindertagesstätten). Insbesondere die Faktoren, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, werden standortpolitisch bedeutender, weil sie für eine ausgeglichene Altersstruktur der Bevölkerung sorgen und die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen.

Hohe Lebensqualität in Schleswig-Holstein

Im nationalen und internationalen Wettbewerb hat Schleswig-Holstein den Vorteil, seinen Einwohnern eine hohe Lebensqualität bieten zu können. Schleswig-Holstein ist laut einer Untersuchung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zur Entwicklung der deutschen Lebensqualität eines der Bundesländer mit der höchsten allgemeinen Lebenszufriedenheit (vgl. Huschka, 26.04.2004). Ausschlaggebende Faktoren sind hier die reizvolle Landschaft sowie intakte Naturräume, die angrenzende Nord- und Ostsee als Freizeit- und Erholungsraum, angenehme klimatische Verhältnisse, ein hoher Freizeitwert sowie die Nähe zur Metropole Hamburg. So tragen neben einer Verbesserung der harten Standortfaktoren eine erhöhte Familienfreundlichkeit und Lebensqualität zu einer Attraktivitätssteigerung Schleswig-Holsteins bei.

Zentrale Folge 14:

Der Wettbewerb der Regionen und Kommunen um Arbeitskräfte und Unternehmen wird zunehmen.

5.3.2 Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein

Im Folgenden werden zentrale Herausforderungen und Handlungsfelder im Themenbereich „Infrastruktur und Lebensumfeld“ beschrieben. Es folgen zunächst Zitate aus der schriftlichen und mündlichen Befragung. Diese sind nicht repräsentativ, sollen jedoch ein Meinungsbild vermitteln.

Meinungsbilder von Akteuren aus Schleswig-Holstein

„Den Städten ist (besser: Stadtregionen, d.h. Kommunalreform!!) die Hauptaufmerksamkeit zu widmen, sie sind der Motor für die gesellschaftliche Entwicklung.“

„Altengerechte Planung der Verkehrsinfrastruktur (viele abgelegene Orte werden nicht adäquat angebunden) wird künftig noch wichtiger.“

„Ob es kommunale Infrastruktureinrichtungen bei der flächendeckenden Versorgung sein müssen, hängt vom Gesamtkonzept ab. Generell ist zu sagen, dass dieser Bereich unterentwickelt ist und die Angebote in keiner Weise die Bedarfe der Zukunft decken werden. Es müssen Modelle der Eigeninitiative eng und motivierend mit öffentlichen Angeboten gekoppelt werden.“

„Ziel ist es, Entwicklungsmodelle für Wohn- und Lebensräume, sowie neue Infrastrukturen zu schaffen, die durch enge, kooperative Planung mit den Zielgruppen entstehen. Wir brauchen viel neue Kopplungen von öffentlichen Zuschüssen oder öffentlicher „manpower“ mit ehrenamtlichem Engagement. Es gibt nur wenige positive Beispiele.“

„Wenn Schleswig-Holstein ältere Menschen gewinnen möchte, muss es sich darüber im Klaren sein, dass viele dieser Personen irgendwann pflegebedürftig werden. Damit sie künftig nicht - anders als heute - der öffentlichen Hand zur Last fallen und damit letztlich der jungen Generation, die dann auswandert, ist eine Versicherungslösung anzustreben.“

„Stadtregionen sind zu stärken (Kommunalreform), ebenso der Rückbau zugunsten von Natur und Tourismus im ländlichen Raum und in wirtschaftlichen Schrumpfungsregionen. Flächendeckende Infrastruktur für alle kann kein Ziel sein, dies ist nicht zu schaffen!“

„Die Einbeziehung des sozialen Umfelds in die Versorgungssysteme hat vor dem Hintergrund der aktuellen Sozialstaat-Debatte besondere Bedeutung. Insofern folgt sie weniger den Herausforderungen des demographischen Wandels - jedenfalls nicht unmittelbar.“

„Wir brauchen eine Art Verkammerung bei der Ausbildung im Bereich der Altenpflege bzw. in der Pflegewirtschaft insgesamt.“

„Schleswig-Holstein sollte seine Nähe zu den skandinavischen Ländern nutzen, um von dortigen Lösungsansätzen bei der Versorgung in der Fläche zu lernen.“

„Die Möglichkeiten zur Versorgung in der Fläche durch Einbindung von IuK-Technologien sind noch nicht genügend ausgeschöpft.“

Herausforderungen im Themenbereich

„Infrastruktur und Lebensumfeld“

Auf der Grundlage der beschriebenen Folgen der demographischen Entwicklung lassen sich für den Themenbereich „Infrastruktur und Lebensumfeld“ folgende zentrale Herausforderungen für Schleswig-Holstein formulieren.

Zentrale Herausforderungen

- » Sicherstellung und nachfrageorientierte Anpassung von Infrastruktur und Versorgungsleistungen in Schleswig-Holstein
- » Erhalt der Attraktivität schleswig-holsteinischer Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum

Die Bevölkerungsabnahme in Schleswig-Holstein führt allgemein zu einer geringeren Auslastung von Infrastrukturen und zu generellen wirtschaftlichen Tragfähigkeitsproblemen. Diese Entwicklung macht vor dem Hintergrund steigender Finanzierungsprobleme eine höhere Effizienz bei Infrastruktur- und Versorgungsleistungen notwendig. Ansätze liegen beispielsweise in einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Kommunen und im Rahmen von „Public-Private-Partnership“. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge bedarf dabei neuer Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel.

Mit der Alterung der Bevölkerung verändert sich die Nachfrage nach Infrastruktur und Versorgungsleistungen. Private und öffentliche Anbieter müssen ihre Produkte und Dienstleistungen an die Nachfrageveränderung anpassen.

Der demographische Wandel wird sich regional unterschiedlich auswirken. Während in einigen Regionen Schleswig-Holsteins die Bevölkerungszahl aufgrund von Wanderungsgewinnen nahezu gleich bleibt oder sogar wächst, wird sie in anderen Regionen rückläufig sein. Ebenso wird sich die Alterstruktur regional unterschiedlich entwickeln. Daraus ergeben sich spezifische Chancen und Herausforderungen, denen die Regionen in Schleswig-Holstein gegenüber stehen werden. Regionale Anpassungsstrategien sind daher notwendig, um Chancen zu nutzen und Risiken zu mindern. Mit dem Ziel, diesen Herausforderungen in Schleswig-Holstein zu begegnen, wurden folgende Handlungsfelder herausgearbeitet:

Handlungsfeld 8:

Effizienzsteigerung und Kooperation bei privaten und öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten in Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 9:

Anpassung der Infrastruktur an die Nachfrageveränderung in Schleswig-Holstein insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Verkehr

Handlungsfeld 10:

Regionalspezifische Nutzung von Chancen und Minderung von Risiken des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein

5.3.2.1 Handlungsfeld 8: Effizienzsteigerung und Kooperation bei privaten und öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten in Schleswig-Holstein

Bevölkerungsrückgang führt zu geringerer Auslastung

Im Zuge der demographischen Entwicklung und dem Rückgang der Bevölkerung wird eine geringere Auslastung von Infrastruktur und Versorgungsleistungen wie beispielsweise ÖPNV, soziale und kulturelle Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung, Wohnen, Gesundheitsversorgung oder Handel und Dienstleistungen erwartet. Damit ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit privater und öffentlicher Infrastruktur und Versorgungsleistungen insbesondere in Regionen mit hohem Bevölkerungsrückgang gefährdet. Gleichwohl kann es bedingt durch die Verschiebung der Alterstruktur zu Nachfragesteigerungen in bestimmten Bereichen wie z.B. Kultur, Freizeit, Gesundheit, Wellness oder Pflege kommen. Mittelfristig werden alle schleswig-holsteinischen Regionen von Bevölkerungsrückgängen und damit verbundenen wirtschaftlichen Tragfähigkeitsproblemen von Infrastrukturen betroffen sein.

Umstrukturierung statt Zuwachs

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Teilräumen aufrecht zu erhalten, bedarf es neuer Ansätze für die Raumplanung zur Sicherstellung des Infrastrukturangebotes. Zukünftig wird die Raumplanung nicht mehr Wachstums-, sondern Schrumpfungsprozesse zu koordinieren und zu gestalten haben. Hierzu müssen bestehende raumplanerische Instrumente angepasst und weiterentwickelt sowie neue Instrumente im Sinne von „Umstrukturi-

	rierung statt Zuwachs“ geschaffen werden (Quelle: BBR, 2003, S. II). Im Mittelpunkt der Umstrukturierung der räumlichen Planung stehen sowohl Effizienzsteigerung als auch Kostenreduzierung für die öffentlichen Haushalte.
Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung	Zur Erreichung dieses Zieles bieten sich verschiedene Ansätze an. Durch eine Verbesserung der Verkehrsanbindung von Infrastruktureinrichtungen, z.B. durch optimierte ÖPNV-Netze oder nachfrageorientierte Taktzeiten im ÖPNV, kann die Erreichbarkeit und damit die Auslastung von Einrichtungen erhöht werden. Eine Zusammenlegung unterausgelasteter Einrichtungen kann Effizienzpotenziale ausschöpfen, ebenso wie eine dem Bevölkerungsrückgang angemessene Verkleinerung der Einrichtung bzw. ihres Angebots Kosteneinsparpotenziale bietet. Als Alternative zur Schließung einer Einrichtung können temporär-mobile Lösungsansätze herangezogen werden. Die Einrichtung wäre in diesem Falle nur zu eingeschränkten Zeiten verfügbar.
Informations- und Kommunikationstechnologien	Eine höhere Effizienz bei Infrastruktur- und Versorgungsleistungen kann auch durch den vermehrten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien erzielt werden. Die Anwendungsmöglichkeiten reichen vom „e-government“ über „e-health“ zu „e-learning“. In Schleswig-Holstein wurden diese Bereiche beispielsweise im Rahmen des Landesprogramms "e-Region Schleswig-Holstein" berücksichtigt. Die Ansätze eröffnen eine größere räumliche und zeitliche Flexibilität in der Nutzung der Leistungsangebote. Für die flächendeckende Versorgung spielen die Möglichkeiten zur Raumüberwindung somit eine große Rolle. IuK-Technologien sollten daher zukünftig stärker als Instrument der räumlichen Planung genutzt werden. Generell ist beim Einsatz neuer Technologien zu beachten, wie sich dieser auf das soziale Miteinander auswirkt. „Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien z.B. bei der Gesundheitsversorgung sollte nicht das menschliche Miteinander aus dem Auge verlieren“, so die Meinung eines befragten Experten. Ein weiteres Instrument zur Effizienzsteigerung ist die Mehrfachnutzung von Infrastruktureinrichtungen. Diese sollten nach Möglichkeit so gestaltet werden, dass sie vielseitig nutzbar sind und wechselnden Anforderungen Rechnung tragen können. Ein Beispiel hierfür sind Kindergärten, die künftig als Altentagesstätte nutzbar sind (vgl. ALR, 2003, S. 29).
Anpassung des Zentrale-Orte-Systems	Für die Raumentwicklung ist die Anpassung des Zentrale-Orte-Systems an die demographische Entwicklung ein zentraler Ansatz. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Klaus Buß, kommt im Hinblick auf die landesplanerischen Ansatzpunkte zur Bewältigung des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein zu folgendem Schluss: „Ein ganz wichtiges Element ist das Zentralörtliche System. Wenn es das System nicht schon lange gäbe, man würde es für die anstehenden Aufgaben mit Sicherheit erfinden“ (Quelle: ALR, 2003, S. 26). Das Zentrale-Orte-System stellt das Grundgerüst zur Bewältigung von regionalen Anpassungsprozessen bei der Infrastruktur dar. Es bewirkt eine räumliche Bündelung von Einrichtungen und Dienstleistungen und ermöglicht einen Beitrag zur Kosteneinsparung für die öffentlichen Haushalte (Quelle: MKRO, 2003, S. 734). Dabei sollte nach Aussage der Ministerkonferenz für Raumordnung eine Anpassung im Wesentlichen berücksichtigen, dass die Zahl der Zentren und ihre Klassifizierung in eine angemessene Relation zum Bevölkerungsrückgang gebracht, die Ausstattungsmerkmale zentraler Orte an die regionalen Einwohnerpotenziale angepasst und die Veränderungen der Erreichbarkeit in zentralörtlichen Einzugsbereichen stärker

	berücksichtigt werden. Zudem sollte der Ausbau der interkommunalen Kooperation zentraler Orte zur Kostenreduktion und Effizienzsteigerung genutzt und ggf. finanziell unterstützt werden (vgl. MKRO, 2003, S. 734). Diese Maßnahmen können unter Umständen auch Rückstufung in der Zentralität von Orten und Schließung von Einrichtungen bedeuten. Es ist in diesem Falle zu prüfen, inwieweit eine Schließung mit anderen politischen Zielsetzungen, z.B. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in Einklang zu bringen ist.
Integrierte Raum- und Verkehrsplanung	Im Zuge der Umstrukturierung und räumlichen Bündelung von Einrichtungen und Dienstleistungen gewinnt eine integrierte Raum- und Verkehrsplanung an Bedeutung. Diese ist in Schleswig-Holstein in den sowohl rechtlichen Grundlagen der Landesplanung als auch in der Verkehrspolitik festgeschrieben. Das ÖPNV-Gesetz in Schleswig-Holstein legt beispielsweise fest, dass bei der Aufstellung des Landesweiten Nahverkehrsplans als Rahmenplan für die Entwicklung des Schienenpersonennahverkehrs den Erfordernissen und Zielen der Raumordnung und der Landesplanung entsprochen werden muss (vgl. MWAV, 2003b, S. 15). Gerade im Bezug auf eine Stärkung der zentralen Orte wird eine integrierte Verkehrsplanung zunehmend bedeutsamer. Die räumlichen Distanzen zwischen dem Wohnort und dem zentralen Ort, der Infrastrukturen und Dienstleistungen bereitstellt, werden sich vergrößern. Eine integrierte Raum- und Verkehrsplanung hilft das Zentrale-Orte-System und die Verkehrsplanung zu verknüpfen und somit Anbindungen und Erreichbarkeiten zu optimieren. Die Bevölkerungsveränderungen aufgrund des demographischen Wandels muss in einer integrierten Raum- und Verkehrsplanung Berücksichtigung finden.
Interkommunale Zusammenarbeit	Die Zusammenarbeit von Kommunen wird für die Erhaltung öffentlicher Infrastruktur zunehmend wichtig. Eine Vielzahl kommunaler öffentlicher Aufgaben oder Infrastruktureinrichtungen werden von Gemeinden wahrgenommen bzw. von ihnen bereitgestellt. Durch Kooperation können solche Aufgaben oder Infrastrukturen gemeinsam durchgeführt bzw. zusammengelegt, Entwicklungen abgestimmt und räumlich-funktionale Verflechtungen berücksichtigt werden. Für Schleswig-Holstein ist die interkommunale Kooperation aufgrund seiner kleinteiligen Gemeindestruktur mit über 1.130 Gemeinden von besonderer Bedeutung. Im Zuge des demographischen Wandels werden viele dieser zum Teil recht kleinen Gemeinden ihre Infrastrukturen nur noch schwerlich aufrechterhalten und ihre öffentlichen Aufgaben nur noch eingeschränkt wahrnehmen können. Aus diesem Grunde erhöht sich gerade in Schleswig-Holstein die Notwendigkeit kommunaler Zusammenarbeit. Insbesondere die Zusammenarbeit und Zusammenlegung öffentlicher kommunaler Verwaltungen verspricht effizientere Strukturen und Leistungserbringung. Auch die Verwaltungen sind einer abnehmenden Bevölkerung anzupassen. Gerade vor dem Hintergrund der kleinteiligen Gemeindestruktur im Land ist eine Verwaltungsreform in Schleswig-Holstein voranzutreiben. In Schleswig-Holstein sind die Formen der interkommunalen Zusammenarbeit sehr unterschiedlich. „Sie reichen von Vereinbarungen zur Wohnbauentwicklung und gemeinsamen Gewerbegebieten bis zu Gebietsentwicklungsplanungen (GEP) und thematisch sehr umfassenden Regionalen Entwicklungskonzepten (REK). Bei den ländlichen Gemeinden wurden viele übergemeindliche Kooperationen über Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen auf den Weg gebracht (LSE)“ (Quelle: IM, 2003, S. 37). Konkrete Beispiele für die Zusammenlegung von Verwaltungen in Schleswig-Holstein sind z.B. die Fusi-

on der ehemaligen vier Gemeinden auf der Insel Fehmarn zur Stadt Fehmarn oder die Gründung der Gemeinde Bredensee mit der Zusammenlegung der Gemeinden Sachsenbande und Neuendorf im Kreis Steinburg.

Erfahrungen im europäischen Ausland haben gezeigt, dass Regionen mit zum Teil sehr viel geringerer Bevölkerungsdichte als die der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein ihre Infrastruktur mit Hilfe von Kooperationen aufrechterhalten. So konnte beispielsweise im Norden Finnlands durch Kooperation und den Einsatz von IuK-Technologien eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sichergestellt werden (vgl. BBR, 2003, S.767-769).

Städte und Umlandgemeinden

Die Entwicklung der Städte und ihrer Umlandgemeinden steht bedingt durch den demographischen Wandel vor besonderen Herausforderungen. Während in den schleswig-holsteinischen Kernstädten die Einwohnerzahlen bereits in den kommenden Jahren stark rückläufig sein wird, ist in den Umlandgemeinden erst langfristig mit Rückgängen zu rechnen. Dies bedeutet für die Kernstädte, dass sie einen Teil der städtischen Infrastruktur nur noch schwer werden unterhalten können. „Da aber die ökonomische Bedeutung der Städte als Kristallisationspunkte des Wirtschaftsgeschehens erhalten bleibt, ist eine verstärkte Kooperation zwischen den schrumpfenden Zentren und ihrem flächenmäßig immer weiter ausgedehnten urbanisierten Umland anzuregen“ (Quelle: IW Köln, 2004a, S. 414). Solche Kooperationen können z.B. in den Bereichen Flächenmanagement, Wirtschafts- und Technologieförderung, soziale Infrastruktur oder Tourismusmanagement liegen. Expertinnen und Experten weisen darauf hin, dass die Zusammenarbeit von Städten und Umlandgemeinden durch die Bildung von „Stadtregionen“ mit z.T. gemeinsamen Strukturen und Verwaltungsaufgaben, beispielsweise im Rahmen von Kommunal- und Gebietsreformen, ein wichtiger Ansatzpunkt ist. Beispiele für bereits umgesetzte Stadt-Umlandkooperationen in Schleswig-Holstein sind das Entwicklungskonzept für die Region Lübeck oder die Gebietsentwicklungsplannungen der Stadt-Umlandbereiche Rendsburg und Heide sowie die Entwicklungsstrategie für den Wirtschaftsraum Itzehoe.

Public-Private-Partnership

Neben der interkommunalen Zusammenarbeit wird die Kooperation von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand zur Finanzierung und Organisation öffentlicher Leistungen in Schleswig-Holstein bedeutender. Einerseits gilt es dabei, die Steuer- und Kontrollmöglichkeiten der öffentlichen Hand abzusichern und andererseits stimulierende institutionelle Rahmenbedingungen für Public-Private-Partnership-Projekte (PPP) zu schaffen (vgl. Rocca, 20.04.2004). Beispiele für erfolgreiche PPP's in Schleswig-Holstein sind z.B. das Verkehrsprojekt zum Bau des Herrentunnels in Lübeck zur Unterführung der Trave, das Technologie- und Gründerzentrum in der historischen Burganlage Blumenburg in Selent, die Fielmann Akademie für die Ausbildung zum Augenoptiker in Plön oder die New Media Docks in Lübeck als Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungszentrum für Neue Medien. Im Februar 2004 hat die Landesregierung die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Public Private Partnership bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein beschlossen, um das vorhandene PPP-Know-how im Land zur Effizienzsteigerung zu bündeln (vgl. Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, 17.06.2004).

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Anpassung des Zentrale-Orte-Systems
- Integrierte Raum- und Verkehrsplanung
- Anpassung der Schulentwicklungsplanung
- Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit
- Ausweitung von Public-Private-Partnership
- Effizienzsteigerung bei öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen insbesondere durch Einsatz von IuK-Technologien und die Mehrfachnutzung von Infrastruktureinrichtungen
- Verwaltungsreform

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Förderprogramm: Kommunalen Investitionsfond“, kommunale Infrastrukturinvestitionen der Gemeinden, Kreise, Ämter, Zweckverbände sowie Wasser- und Bodenverbände werden durch günstige Darlehen und Zuschüsse gefördert
- MarktTreff, Förderprojekt des IM, um attraktive Versorgungsangebote in kleinen Gemeinden mit einem Einzugsbereich von 700 bis 1900 Einwohnern zu schaffen und zu sichern
- „Virtuelle Fachhochschule“, Fachhochschule Lübeck, im Hochschulverbund „Virtuelle Fachhochschule“ bieten die Verbundhochschulen seit Oktober 2001 länderübergreifende Online-Studiengänge an
- „Portal nach vorn: wissenschaftliche Weiterbildung für Schleswig-Holstein“, Fachhochschule Lübeck, ein Projekt mit dem Ziel, ein breites Onlineangebot in den Zukunftsmärkten Informationstechnologie, Gesundheitswirtschaft und neue Medien sowie für weitere ausgewählte Bereiche der Industrie zu entwickeln
- „Telemedizinische Service und Gesundheitszentrum GmbH“, AOK Schleswig Holstein, der SEGEBERGER KLINIKEN GMBH, Card Guard Europe B.V.
- „Landesverkehrsprogramm“, MWAV, Ziele sind die Mobilität von Menschen und Gütern als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Entfaltung und die Beachtung der Belange der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes
- „P.L.A.I.S.I.R. – Verfahren“, Akronym für „Planification Informatisée des Soins Requis en milieu des soins prolongés“, Personalbedarfsmessungsverfahren, wobei der individuelle Pflegeaufwand pro zu pflegender Person ermittelt wird, um so den Pflegebedarf effizienter zu gestalten
- „Gesundheit am Arbeitsplatz“ (GESA), Projekt des MSGV in Kooperation mit Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Arbeitsschutzbehörden, Hochschulen, Berufs- und Unternehmer- und Fachverbände, Betriebsärztinnen/-ärzte sowie freie Beraterinnen und Berater, die versuchen mehr Betriebe von den Vorteilen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge zu gewinnen

- „Neues Gesundheitsdienstgesetz“, soll u.a. auf gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse hinwirken und die gesundheitliche Eigenverantwortung und Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger stärken

5.3.2.2 Handlungsfeld 9: Anpassung der Infrastruktur an die Nachfrageveränderung in Schleswig-Holstein insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Verkehr

Altersgerechte und altersspezifische Infrastruktur

Die künftige Veränderung der Alterstruktur und der Rückgang der Bevölkerung in Schleswig-Holstein führt zu einer Verschiebung der Nachfragestruktur hin zu altersgerechten und altersspezifischen Produkten und Dienstleistungen. Die Anbieter von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen müssen sich auf mehr alte und weniger junge Bürgerinnen und Bürger einstellen. Neue altersspezifische Angebote sind zu entwickeln, bestehende Angebote sind verstärkt altersgerecht zu gestalten. Generell müssen öffentliche Einrichtungen die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigen. Gleichzeitig wird eine bessere Unterstützung von Familien aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen wichtiger. Die Infrastrukturangebote müssen somit in Zukunft nicht nur altengerechter, sondern auch familien- und kindergerechter werden.

Kinder- und familienge-rechte Infrastruktur

Bereich Gesundheit

In der Gesundheitsversorgung muss die Veränderung der Alterszusammensetzung der Patientinnen und Patienten berücksichtigt werden. Geriatriische Themen werden bei der medizinischen Versorgung in Krankenhäusern, sowie beim Betreuungs- und Versorgungsangebot wichtiger. Dabei wird geriatriische Fort- und Weiterbildung aller Beteiligten zwingend notwendig (vgl. Stamm et al., 15.04.04). Generell steht der Gesundheitsbereich ebenso wie andere Versorgungsleistungen unter verstärktem Effizienzdruck wodurch vor allem kostenkennende Ansätze an Bedeutung gewinnen. Mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird beispielsweise das Ziel verfolgt, bei gleich bleibender Qualität eine effizientere und wirtschaftlichere medizinische Versorgung zu erreichen. In Schleswig-Holstein erarbeitet hierzu eine Arbeitsgruppe, die vom Landespflegeausschuss beauftragt wurde, ein Handlungskonzept „Ambulante Pflege“ (vgl. MSGV, 2004). Weiterhin laufen in Schleswig-Holstein Gespräche im Hinblick auf ein dreistufiges geriatriisches Versorgungskonzept, das die stationäre Versorgung mit angeschlossener tagesklinischer Behandlung und ergänzenden Maßnahmen im ambulanten und hausärztlichen Bereich verbindet (vgl. MSGV, 2004, S. 1). Der aufgrund der steigenden Zahl älterer Menschen zunehmende Pflegebedarf erfordert zudem eine höhere Anzahl an qualifiziertem Personal sowie die Förderung von Pflegeberufen. Dies wird bereits im Rahmen der Pflegequalitätsoffensive des Landes praktiziert. Die befragten Expertinnen und Experten betonen zudem den hohen Stellenwert der gesundheitlichen Prävention auch unter wirtschaftlichen Aspekten. So ist das Kosten-Nutzen Verhältnis von Investitionen in präventive Maßnahmen besonders vorteilhaft. Die Krankenhausplanung wird sich zur Sicherstellung der gesundheitlichen Grundversorgung auf eine leistungsorientierte Rahmenplanung mit definiertem Leistungsbedarf umstellen müssen. In Schleswig Holstein wird dies wie überall zu Schwerpunktbildungen und besseren Abstimmungen des medizinischen Angebots sowie zu Kooperationen und Privatisierungen führen (wie bereits bei der Fusion der Universitätskliniken Kiel und

Geriatriische Themen im Gesundheitsbereich

	Lübeck oder dem Privatisierungsvorhaben der „psychatrium GRUPPE“ in Heiligenhafen und Neustadt). Im ländlichen Raum kann durch ärztliche Versorgungszentren und dem Einsatz von IuK-Technologien („e-health“) eine effizientere Grundversorgung gewährleistet werden. Insbesondere in der Kommunikation zwischen Gesundheitszentren und Krankenhäusern können durch den Technologieeinsatz Daten schnell übermittelt und so räumliche Distanzen effizienter überwunden werden.
Bereich Wohnen	Die Bauwirtschaft wird sich auf einen anhaltenden Schrumpfungsprozess einstellen müssen. Bestandserhaltung und Rückbau werden in vielen Orten den Neubau von Wohnungen und Büros ersetzen (vgl. Röhl, 2004, S. 341). Neue Märkte können insbesondere durch Angebote im Bereich altersgerechtes Wohnen erschlossen werden. Die Bau- und Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein bietet bereits entsprechende Angebote an. Befragte Expertinnen und Experten räumen außerdem integrierten Konzepten für Arbeiten, Wohnen, Wellness und Gesundheitsversorgung in Zukunft gute Marktchancen ein.
Wohnungsbauförderung	In diesem Zusammenhang bedarf die Wohnungsbauförderung einer Anpassung an die demographische Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ist eine neubauorientierte Wohnungsbauförderung keine zielführende Strategie. Vielmehr ist eine Rückführung der Hilfen durch eine Umstellung auf Bestandserhaltung und selektiven Rückbau angemessen (Quelle: Klös, 2004, S. 414).
Anpassung der Städtebauförderung	In der Städtebauförderung findet gegenwärtig mit Blick auf den demographischen Wandel ein Paradigmenwechsel statt. Im Gegensatz zur städtebaulichen Wachstumssteuerung und des städtebaulichen Krisenmanagements gelangt die Organisation gesamtstädtischer Umstrukturierungsprozesse unter demographischen Stagnations- und Schrumpfungsbedingungen in den Mittelpunkt. Neben den Städtebauförderungsprogrammen „Allgemeine Städtebauförderung“ und „Soziale Stadt“ befindet sich in Schleswig-Holstein ein drittes Programm „Stadtumbau West“ in Vorbereitung. Dieses Programm soll aufgrund der rückläufigen bzw. stagnierenden Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung gezielt städtebauliche Strategien entwickeln und Entwicklungsbrüche in den westdeutschen Städten verhindern (vgl. IM, 15.03.04).
Massive Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt führen zu neuer Wohnungs- und Förderpolitik	Der langfristige Rückgang der Haushalte wird in den Städten einen Stadtumbau (selektiver Rückbau, Modernisierung, Sanierung, gezielter Neubau) zur Folge haben, um die Zielsetzungen einer bedarfsgerechten und nachhaltigen Wohnraumversorgung, dem Erhalt der Funktionalität der Städte und der sozialen Stabilität von Stadtquartieren, zu erreichen. Dies hat Auswirkungen auf die Förderpolitik. Die Vergabe von Fördermitteln wird in Zukunft bei größeren Investitionsvorhaben immer mehr auf Basis von Wohnraumversorgungskonzepten erfolgen. Diese sollten Teil von Stadtentwicklungskonzepten sein, die wiederum eingebettet sind in Stadt-Umland-Konzepte. Die Wohnraumversorgungskonzepte müssen bei Ihrer Erstellung verstärkt die demographischen Veränderungen (z.B. anhand von Wohnungsmarktbeobachtungen und -prognosen) berücksichtigen, um eine bedarfsgerechte Wohnraumförderung zu gewährleisten. Somit bestehen in Schleswig-Holstein konkrete Ansätze für eine demographieorientierte Wohnungs- und Förderpolitik.
Prüfung von bundspolitischen Instrumenten	Die tendenziell schlechtere wirtschaftliche Situation der Bevölkerung in den kreisfreien Städten gegenüber der Bevölkerung in den Landkreisen und die

schwache Bautätigkeit wird es den Städten erschweren, stadtentwicklungspolitische Ziele zu verfolgen und sich als Motoren der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber dem ländlichen Raum zu behaupten. Bundespolitische Instrumente wie die Pendlerpauschale und die Eigenheimzulage, die diese Entwicklung begünstigen, sind daraufhin zu prüfen (vgl. Landesregierung Schleswig-Holstein; 2004, S.51, IfS; 2002, S.189 f.).

Auf Seiten des Landes ist für einen möglichst vollständigen Ersatz im sozialen Wohnungsbau durch Neubau- und Bestandsförderung zu sorgen, und seitens der Kommunen sind (unter Setzung von Anreizen) Vereinbarungen und Kooperationen mit Vermietern notwendig. Einerseits, um Versorgungsengpässe im Bereich der sozialen Wohnraumversorgung zu vermeiden, und andererseits um Konflikte aus fehlender sozialer Durchmischung zu verhindern oder in den sozial zu stabilisierenden städtischen Quartieren nicht noch zu verschärfen (vgl. IfS, 2002, S.7 f.). Auch die Umzugsbereitschaft älterer Menschen aus ihren nicht altersgerechten Wohnungen kann gezielt durch bedürfnisgerechte Wohnalternativen und wohnungsnahen Dienstleistungsangeboten gefördert werden. Die so frei werdenden Bestandswohnungen können sozialpolitisch gezielt für Familien mit Kindern verfügbar gemacht werden.

Bestandserhaltung der Verkehrsinfrastruktur

Im Verkehrsbereich wird aufgrund gleichmäßigerer Besiedelung und einem wachsenden Anteil an Einfamilienhäusern erwartet, dass das Auto seine Dominanz gegenüber öffentlichen Verkehrsmitteln ausbauen wird. Der Grund liegt in den begrenzten Möglichkeiten des ÖPNV in der flächendeckenden Versorgung. Die Ballungsräume müssen sich auf rückläufige Fahrgastzahlen der öffentlichen Verkehrsmittel und Unterauslastung langlebiger Infrastrukturen wie S- und U-Bahnen einstellen (vgl. Röhl, 2004, S. 336). Der Bevölkerungsrückgang führt langfristig generell dazu, dass die Verkehrsnachfrage zurückgehen wird. Daher werden die knapperen Finanzmittel in Schleswig-Holstein zukünftig vorwiegend in die Erhaltung des Bestandes anstelle eines stetigen Ausbaus von Verkehrsinfrastruktur gerichtet werden müssen. Dabei sollte sich Neubau nach Meinung von Expertinnen und Experten auf Wachstumsregionen, notwendige Lückenschlüsse und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden beschränken (vgl. Gans, 28.04.2004, o.S.).

Flexible und nachfrageorientierte Angebote in der Fläche

Vor diesem Hintergrund ist für den Erhalt der Attraktivität des ÖPNV gerade auch in ländlich-peripheren Räumen Schleswig-Holsteins eine integrierte Raum- und Verkehrsplanung notwendig. Ansatzpunkte für die Versorgung in dünn besiedelten Regionen liegen beispielsweise in der Ergänzung des Linienverkehrs durch Angebote mit flexiblen, nachfrageorientierten Bedienungselementen in der Fläche wie z.B. Anrufbus-Systeme mit variabler Streckenführung (vgl. BBR, 2003, S. 751-753). Befragte Expertinnen und Experten weisen auf die zukünftig steigende Bedeutung einer ÖPNV-gerechten Planung von Wohn- und Versorgungseinrichtungen besonders in ländlichen Räumen hin. Bei der Ausweisung von Bauland durch die Kommunen sollte beispielsweise eine ÖPNV-gerechte Verkehrsanbindung berücksichtigt werden. Im Zuge der demographischen Entwicklung werden verstärkt ältere Menschen den ÖPNV nutzen. Eine altersgerechte Gestaltung des Angebots wird daher weiter in den Mittelpunkt rücken. So ist in Schleswig-Holstein der barrierefreie Zugang zu Bus und Bahn bereits ein Ziel im Rahmen des Landesverkehrsprogramms (vgl. MWAV, 2003b, S. 77).

ÖPNV-gerechte Planung von Wohn- und Versorgungseinrichtungen

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV

Die Attraktivität des ÖPNV soll gegenwärtig durch verschiedene Maßnahmen im Land gesteigert werden. So vereinfacht die Einführung des landesweiten Tarifs für den öffentlichen Nahverkehr die Nutzung des ÖPNV. Dieser gilt bisher nur für den schienengebundenen Verkehr und soll auf den übrigen ÖPNV ausgeweitet werden. Mit dem gleichen Ziel wurde der Hamburger Verkehrsverbund auf die umliegenden Kreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg erweitert. Zudem wird die flächendeckende Versorgung durch die Reaktivierung und Modernisierung von Haltepunkten und Bahnhöfen im Schienenpersonennahverkehr verbessert (vgl. MWAV, 2003a, S. 55 f.).

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Ausrichtung der Infrastruktur auf die Nachfrageveränderung sowohl im Hinblick auf ältere Menschen als auch der Unterstützung von Familien
- Verstärkte Berücksichtigung geriatrischer Aspekte im Gesundheitsbereich und geriatrische Fort- und Weiterbildung
- Anpassung der Wohnungs- und Städtebauförderung an den demographischen Wandel
- Bevorzugung der Bestandserhaltung und Modernisierung von Wohnraum vor Neubau
- ÖPNV-gerechte Planung von Wohn- und Versorgungseinrichtungen
- Flexible und nachfrageorientierte öffentliche Verkehrsangebote in der Fläche

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem HandlungsfeldGesundheit:

- „Gesundheitsinitiative Schleswig- Holstein“, Initiative der Staatskanzlei zur Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen und Institutionen aus verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens und der Gesundheitswirtschaft

Verkehr:

- „Landesverkehrsprogramm“, MWAV, Ziele sind die Mobilität von Menschen und Gütern als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Entfaltung und die Beachtung der Belange der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes zu fördern
- „Sicher kommt an“, Ziel des MWAV: Schleswig-Holstein soll bis 2010 zu den Flächenländern mit den niedrigsten relativen Unfallzahlen in Bezug auf Getötete (pro Einwohnerzahlen) gehören

Wohnen:

- „Förderung von altengerechten Wohnungen“, das IM fördert Neubauten und Modernisierungen von Miet- und Genossenschaftswohnungen, die den Lebensgewohnheiten und Wohnbedürfnissen älterer Menschen entsprechen
- „Aufzugsprogramm“, unterstützt vom IM, zur Nachrüstung von Mietwohnungen mit Aufzügen zum Abbau von Barrieren für alte und behinderte Menschen

- „Modernisierung, Sanierung von Mietwohnungen in städtischen Wohnquartieren“, Förderprogramm des IM zur Modernisierung von Mietwohnungen in städtischen Wohnquartieren durch Zuwendungen als Ergänzungsfinanzierung
- „Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2015“, Gutachten des IM für eine erhöhte Planungssicherheit der Wohnungspolitik und der übrigen Akteure am Wohnungsmarkt
- „Leben im Alter in Dithmarschen – Perspektiven für betreuungs- und pflegebedürftige Menschen in Dithmarschen“ gegründet auf Initiative der Evangelischen Kirche

5.3.2.3 Handlungsfeld 10: Regionalspezifische Nutzung von Chancen und Minderung von Risiken des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein

Regional unterschiedliche Auswirkungen des demographischen Wandels

Der demographische Wandel wird sich regional unterschiedlich auswirken (vgl. Kapitel 4.3). Daher bedürfen die Regionen in Schleswig-Holstein spezifischer Anpassungsstrategien, um einerseits den Herausforderungen zu begegnen und andererseits Chancen zu identifizieren und zu nutzen. Neben einer Steigerung der Effizienz zur Sicherung der Infrastruktur und des Dienstleistungsangebots, wie sie oben beschrieben wird, gewinnen diejenigen Strategien zur Anpassung an den demographischen Wandel an Bedeutung, welche die jeweiligen regionalen Gegebenheiten im Land berücksichtigen. Eine demographieorientierte Standortpolitik wird zu einem zunehmend entscheidenden Standortfaktor für die Wirtschaft. Ein möglicher Ansatz ist es, den Zuzug junger Menschen und Familien etwa durch günstiges Bauland in eine Regionen zu fördern. Die IHK zu Lübeck weist z.B. auf diese Möglichkeit hin, um im Kreis Segeberg die Attraktivität des Standorts zu erhöhen (vgl. IHK Lübeck, 2003, S. 2). Es gilt jedoch zu diskutieren, ob sich diese Strategie auch zukünftig anbietet. Denn mit einem höheren Flächenverbrauch steigen auch die Kosten für Infrastrukturen während sich die wirtschaftlichen Tragfähigkeitsprobleme im Zuge der demographischen Entwicklung noch verschärfen werden. Die Regionen können für junge Menschen und Familien attraktiver werden, indem sie die Familienfreundlichkeit im Sinne einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf z.B. durch umfassende Betreuungsangebote erhöhen, womit Wettbewerbsvorteile generiert und die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht werden können. Insbesondere die schleswig-holsteinischen Wirtschaftszentren im Hamburger Umland sowie die Agglomerationsräume Kiel und Lübeck könnten sich hier Vorteile verschaffen.

Regionale Anpassungsstrategien

Zuzug junger Menschen und Familien

Zuwanderung von Seniorinnen und Senioren

Eine weitere strategische Ausrichtung könnte die Zuwanderung von Seniorinnen und Senioren aus dem Bundesgebiet in bestimmte Regionen in Schleswig-Holstein sein, die dort ihren Ruhestand verbringen. Diese Überlegungen wurden beispielsweise für Dithmarschen angestellt: „... nicht jeder fühlt sich auf Dauer auf Mallorca oder in der Toskana wohl. Und auch nicht jeder ist so vermögend, dass er sich parallel zwei Immobilien leisten kann – eine am Mittelmeer und eine in Deutschland. Dithmarschen mit seinen landschaftlichen Reizen, seiner Nähe zum Meer, und bezahlbaren Immobilien hat eine Chance, zum Wohnsitz für den dritten Lebensabschnitt zu werden“ (Quelle: Block, 2003, S. 24). In diesem Zusammenhang ist das Modellvorhaben „Seniorenori-

	entierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“ im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zur Bewältigung des demographischen Wandels zu erwähnen. Die K.E.R.N. Region setzt sich zum Ziel, die Bedürfnisse einer zukünftig älteren Gesellschaft auch als wirtschaftliche Chance für die Region zu begreifen und sich als Region der „Lebensqualität ein Leben lang“ zu präsentieren. In Gesprächen haben Expertinnen und Experten darauf hingewiesen, dass die Zuwanderung von Seniorinnen und Senioren durchaus ein Bestandteil einer regionalen Strategie sein kann, jedoch nicht die einzige strategische Ausrichtung sein sollte. Zudem ist ein nachgelagert steigender Bedarf an Pflegeleistungen zu berücksichtigen, der spezifischer Finanzierungskonzepte bedarf.
Einsatz von Telekommunikation	Zusätzliche Möglichkeiten für den ländlichen Raum bestehen z.B. in dem Einsatz von Informations- und Telekommunikationstechnologien in Arbeitsprozesse. Hierdurch verlieren räumliche Distanzen zu den Wirtschaftsräumen des Landes an Bedeutung. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, wenngleich dem ländlichen Raum eher die Rolle von sog. „verlängerten Werkbänken“, also einfacherer Tätigkeiten zukommen wird (Quelle: Feindt, 2000, S. 43).
Reduzierung des Flächenverbrauchs und Rückbau	Weitere Ausrichtungen können eine Erhöhung der touristischen Attraktivität beispielsweise durch eine Reduzierung des Flächenverbrauchs und einem Rückbau ehemaliger Siedlungsflächen sein. Ebenso ist die Ausweitung im Bereich der Gesundheitswirtschaft, die eine demographisch bedingte „Gewinner-Branche“ sein wird, eine regionale Handlungsoption, um die Chancen des demographischen Wandels zu nutzen. Die Möglichkeiten für ländlich-periphere Räume scheinen jedoch nach Meinung von Expertinnen und Experten begrenzt zu sein. „Die Chancen einer aktiven Wirtschaftsförderung zur Stärkung der Peripherie sind nach den bisherigen Erfahrungen als gering einzustufen. Stattdessen sollte das Know-how anderer Länder mit dünn besiedelten Regionen herangezogen werden“ (Quelle: IW Köln, 2004a, S. 414). Für Schleswig-Holstein bietet sich an, die bestehenden Kontakte und Netzwerke mit den skandinavischen Nachbarn zu nutzen und mit ihnen zu diesem Thema einen Erfahrungsaustausch zu initiieren. Dabei geht es insbesondere um deren Erfahrungen mit der Aufrechterhaltung öffentlicher und privater Dienstleistungen in ländlichen Räumen.
Gesundheitswirtschaft	

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Zuzug junger Menschen und Familien
- Zuwanderung von Seniorinnen und Senioren
- Anpassung des touristischen Angebots
- Regionale Ausweitung und Anpassung der Gesundheitsbranche

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Zukunft im eigenen Land“ (Ziel), Programm der Landesregierung, welches das Regionalprogramm 2000, Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) und Zukunft auf dem Land (ZAL) umfasst
- „Regionalprogramm 2000“, das MWAV unterstützt den Strukturwandel in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins durch die Stimulierung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung
- „Regionalmanagement“, Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen soll mittels wirtschaftlicher, politischer und planerischer Instrumente entwickelt werden
- „Leader +“, Programm des Innenministeriums zur nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Regionen, der Stärkung der regionalen Handlungskompetenz und zur Verbesserung der Effizienz der ländlichen Entwicklungspolitik
- „Stadt im Wandel – lebenswerte Zukunft“, Stadtekongress des Städteverbandes in Schleswig-Holstein soll Herausforderungen an städtische Aufgaben der Zukunft näher beleuchten und versuchen auf die wichtigsten Fragen in Bezug auf Änderungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Einrichtungen von Bildung und Weiterbildung, der kommunalen Familienpolitik und der Infrastruktureinrichtungen Antworten zu finden
- „e-Region Schleswig-Holstein“, Programm des MWAV in Kooperation mit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein, das 14 Qualifizierungs- und Anwendungsprojekte zur Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft in Schleswig-Holstein fördert
- „Maßnahmen zur Beseitigung sozialer Missstände“ und „Maßnahmen des Stadtumbaus“ stehen als Förderungsschwerpunkte im Rahmen der Städtebauförderprogramme in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bewältigung der städtebaulichen Folgen des sich vollziehenden demographischen Wandels
- „Soziale Stadt“, von Bund und Ländern eingeführtes Programm. Die Förderung bezieht sich auf ein konkretes abgegrenztes Gebiet mit besonders gravierenden und komplexen städtebaulichen Problemen. Unterprogramme sind:
 - „Wohnraumförderung“ um einkommensschwachen Haushalten und Haushalten mit besonderem Zugangsschwierigkeiten entgegenzukommen, sowie um monofunktionale Stadtteilen und Siedlungen der 50-er und 70-er Jahre aufzuwerten
 - „Stadtumbau West“, Förderprogramm der Landesregierung, um der stagnierenden oder rückläufigen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung gezielt städtebauliche Strategien entgegenzusetzen

5.3.3 Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Infrastruktur und Lebensumfeld“

Im Folgenden werden Maßnahmen und Projekte für den Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“ vorgeschlagen. Sie dienen als Beispiele und Ansatzpunkte für die Umsetzungen einer demographieorientierten Politik in Schleswig-Holstein.

Maßnahmen- und Projektvorschläge im Überblick

Projektvorschlag 9:

Entscheidungsqualität erhöhen - Nachhaltige regionale Entwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels am Beispiel der Region Preetz und Umland

Projektvorschlag 10:

Zukunftsstrategien benötigen Input - Erstellung einer Datenbank für die Untersuchung der Auswirkung des demographischen Wandels am Beispiel des Kreises Dithmarschen

Projektvorschlag 11:

Workshop der Raumplanung zum Thema demographischer Wandel in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 12:

Neue soziale Wohngruppenprojekte - eine Workshopreihe zur Entwicklung von Umsetzungsszenarien

Projektvorschlag 13:

Untersuchung der Rahmenbedingungen für ein „erfolgreiches Altern“ der Bevölkerung „50+“ in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 9:**Entscheidungsqualität erhöhen - Nachhaltige regionale Entwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels am Beispiel der Region Preetz und Umland****Projektidee und Kurzbeschreibung**

Es soll eine Untersuchung der Region Preetz-Land, der Stadt Preetz, der Gemeinde Raisdorf und der Gemeinde Klausdorf unter demographischen Gesichtspunkten mit Hilfe des Sensitivitätsmodells nach Prof. Dr. Frederic Vester durchgeführt werden, bei der die Beziehungen der Kommunen untereinander und deren Interdependenzen zur Unterstützung der nachhaltigen regionalen Entwicklung im demographischen Wandel simuliert werden. Das Sensitivitätsmodell ist ein Planungsinstrumentarium, welches die Erfassung und Bewertung komplexer Systeme ermöglicht.

Zentrale Ziele und Ergebnisse

Zentrale Ziele der Untersuchung sind:

- die Auswirkungen des demographischen Wandels auf alle regionalen und örtlichen Handlungsfelder zu erkennen,
- auf der Grundlage dieser Erkenntnisse gemeinschaftliche regionale Entwicklungsleitbilder für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten und
- konkrete Handlungsfelder für eine regionale Kooperation zu vereinbaren.

Organisationsstruktur

Das Projekt hat eine Lenkungs- und eine Arbeitsebene.

Die Lenkungs- und Arbeitsebene besteht aus:

- dem Lenkungsteam der beteiligten Kommunen und
- der Geschäftsführung.

Die Arbeitsebene besteht aus:

- Regional: Moderatorenteam, Kernteam, Arbeitsgruppen
- Örtlich: Arbeitsgruppen
- Projektbegleitung/Gesamtmoderation: Gutachter für Ländliche Struktur und Entwicklungsanalyse (LSE)
- Fachleuten für: Demographie, Methodenberatung (zur Anwendung des Sensitivitätsmodells) und Siedlungsentwicklung

Partner

Mögliche Partner sind:

- die K.E.R.N.-Region,
- „Decision Support“, ein Interreg III B Projekt des Technikzentrums Lübeck, das sich mit der Entwicklung eines Softwaretools zur Unterstützung von Entscheidungsprozessen in komplexen Umwelten befasst.

Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung

Mit der K.E.R.N.-Region soll im Rahmen einer angestrebten Partnerschaft ein Erfahrungs- und Erkenntnisaustausch mit dem Projekt „Modellvorhaben für Raumordnung (MORO)“ vereinbart werden

Aufwands- und Kostenabschätzung Für einen Untersuchungszeitraum von 12 bis 18 Monaten werden die Kosten auf rund 175.000 Euro geschätzt.

Finanzierungsmöglichkeiten Finanzierungsmöglichkeiten bestehen aus EU-/Bundes- und Landesmitteln im Rahmen der Richtlinien zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung des Innenministeriums.

Projektvorschlag 10:**Zukunftsstrategien benötigen Input - Erstellung einer Datenbank für die Untersuchung der Auswirkung des demographischen Wandels am Beispiel des Kreises Dithmarschen**

Projektidee	Es soll eine Datenbank für alle den demographischen Wandel betreffenden Handlungsfelder im Kreis Dithmarschen erstellt werden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Um sich auf die zukünftigen Folgen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein von der Landesebene bis hin zur kommunalen Ebene vorzubereiten, bedarf es aussagekräftiger Daten. Grundsätzlich liegen viele Daten für die einzelnen Handlungsfelder, die der demographische Wandel beeinflusst, vor. Diese sind jedoch nicht in allen Bereichen ausreichend oder aussagekräftig, was die räumliche Differenzierung innerhalb der Kreise betrifft. Dadurch ist eine entsprechende und notwendige teilräumliche Planung innerhalb der Kreise nicht möglich.
Zentrale Ziele	In einer Datenbank sollen verschiedene Daten neu erfasst und Verknüpfungen zu vorhandenen Daten hergestellt werden. Gleichzeitig soll die Festlegung der Teilräume, z.B. auf der Grundlage des zentralörtlichen Systems oder der Amtsstruktur, erfolgen. Anschließend soll eine Verknüpfung mit den Prognosedaten für die demographische Entwicklung realisiert werden, um die Auslastung bzw. Unter- oder Überdeckung der vorhandenen Infrastrukturen zu erfassen. Auch diese sind auf die Teilräume herunterzubrechen.
Umsetzung	Geplant ist ein Projekt zur Erarbeitung einer Datenbank für den Kreis Dithmarschen, das von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung organisatorisch und finanziell im Rahmen einer Modellprojektförderung unterstützt werden könnte.
Partner	Mögliche Partner für das Projekt sind: ▪ der Kreis Dithmarschen, ▪ die Gemeinden und Ämter in Dithmarschen, ▪ die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, ▪ die Hochschulen in Schleswig-Holstein, ▪ das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein ▪ die Firma Dataport, ein Dienstleister der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein und Hamburg für moderne Informations- und Kommunikationstechnik. Es wird außerdem eine Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein angestrebt.

Modellprojekte	Das Projekt „Kompass“ der Bertelsmann Stiftung könnte für den Aufbau einer Datenbank als Modellprojekt dienen. „Kompass“ steht für „Kommunales Projekt zum Aufbau einer strategischen Steuerung“ und zielt darauf ab: ▪ die Lebensqualität auf kommunaler Ebene zu verbessern, ▪ die Zusammenarbeit der lokalen Akteure aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung zu intensivieren, ▪ Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger durch Informationen zur Lebensqualität vor Ort zu schaffen und damit ▪ Kommunalpolitikern und Verwaltungsspitzen ein Instrument für die langfristige, d.h. strategische, Steuerung ihrer Kommunen zur Verfügung stellen.
Aufwands- und Kostenabschätzung	Die Kosten für das Projekt können zur Zeit noch nicht eingeschätzt werden.
Finanzierungsmöglichkeiten	Das Projekt könnte ▪ durch Landesmittel und ▪ die Kostenbeteiligung möglicher Nutzer finanziert werden.

Projektvorschlag 11:**Workshop der Raumplanung zum Thema demographischer Wandel in Schleswig-Holstein**

Projektidee	Es soll ein Workshop durchgeführt werden, in dem es um die Frage geht, „Was müssen Raumordnung und Landesplanung tun, um auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu reagieren?“
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Bevölkerungsrückgang und Alterung der Gesellschaft werden langfristig auch Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsstruktur haben. Während es in der Vergangenheit unter räumlichen Aspekten insbesondere um die Steuerung von Wachstumsprozessen ging, werden zukünftig die Bestandserhaltung von Infrastruktur und die Steuerung von Schrumpfungsprozessen an Bedeutung gewinnen.
Zentrale Ziele	Gemeinsam mit Vertretern von Kreisen, Kommunen, Ministerien, Landesplanungen anderer Länder und Verbänden soll diskutiert werden, welche Konsequenzen sich für die Raumordnung und Landesplanung aus dem demographischen Wandel ergeben? Im Vordergrund könnten Fragen stehen, wie z.B. ▪ Wie kann eine langfristig tragfähige Infrastruktur aussehen und wie kann sie geplant werden? ▪ Welche Folgerungen ergeben sich aus dem demographischen Wandel für den Einzelhandel? ▪ Welche Veränderungen ergeben sich für Wohnungsbau, Stadtentwicklung/ Stadterneuerung? ▪ Wie muss die Siedlungsentwicklung in den Städten und Gemeinden zukünftig gesteuert werden? ▪ Wie kann die Zusammenarbeit von Kommunen intensiviert werden? ▪ Sind Änderungen im Zentrale-Orte-System erforderlich? ▪ Wie müssen die Raumordnungspläne (Landesraumordnungsplan, Regionalpläne) vor dem Hintergrund des demographischen Wandels angepasst werden? ▪ Wie kann die Landesplanung die Kommunen in Fragen des demographischen Wandels beraten? ▪ Brauchen wir neue Instrumente der Raumplanung?
Umsetzung des Projekts	Der Workshop könnte im Jahr 2005 unter Leitung des Innenministeriums, Abteilung Landesplanung durchgeführt werden.
Partner	Mögliche Partner des Projekts sind: ▪ Vertreter der Fachplanungen ▪ Vertreter der Kreis- und Kommunalplanungen ▪ Verbände (z.B. Kommunale Landesverbände, Einzelhandelsverband)

Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Folgende Aktivitäten und Konzepte in Schleswig-Holstein könnten in das Projekt eingebunden werden: ▪ Stadt-Umland-Konzepte (z.B. Gebietsentwicklungsplanungen) ▪ Regionale Entwicklungskonzepte ▪ Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen ▪ Modellvorhaben der Raumordnung „K.E.R.N.- Wirtschaftsentwicklung und Infrastrukturanpassung unter neuen demographischen Vorzeichen – Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N.“ ▪ Arbeitsgruppen auf Kreisebene zum Thema demographischer Wandel (z.B. Kreis Dithmarschen) ▪ Leitprojekt der Metropolregion Hamburg zur demographischen Entwicklung
Modellprojekte	Bereits bestehende Projekte und Untersuchungen zu dem Thema sind: ▪ Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) des BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung): Wirtschaftsentwicklung und Infrastrukturanpassung unter neuen demographischen Vorzeichen – Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N. ▪ Untersuchungen der Länderarbeitsgemeinschaften der Akademie für Raumordnung und Landesplanung (ARL) zu räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels in ausgewählten Teilräumen Nordwestdeutschlands ▪ „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“: Thema der 31. Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) ▪ „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Räume mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“, Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) des BBR
Aufwands- und Kostenabschätzung	Workshop mit 50-100 Teilnehmern. Kosten müssten noch genau kalkuliert werden.
Finanzierungsmöglichkeiten	Das Projekt könnte aus Landesmitteln finanziert werden.

Projektvorschlag 12:**Neue soziale Wohngruppenprojekte - eine Workshopreihe zur Entwicklung von Umsetzungsszenarien**

Projektidee	Im Rahmen der Förderung von Projektentwicklungen für soziale Gruppenwohnprojekte wurde eine Machbarkeitsstudie „Nachbarschaftlich orientierte Wohnformen auf genossenschaftlicher Basis“ entwickelt. Zehn Initiativprojekte wurden im Bereich „Soziale Wohngruppenprojekte“ erstellt. Die Machbarkeitsstudie soll in diesem Jahr durch moderierte Workshops mit den Beteiligten weiter konkretisiert und Umsetzungsszenarien sollen entwickelt werden. Die Umsetzung beschränkt sich zunächst auf die zehn Initiativprojekte und soll bei erfolgreicher Durchführung auch auf andere Projekte transferiert werden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Seit 1997 steigt der Bedarf an sozialen Gruppenwohnprojekten in Schleswig-Holstein. Sowohl die große Nachfrage nach einem Leitfaden für soziale Gruppenwohnprojekte, als auch die verstärkte Nutzung eines Internet-Forums weisen auf ein steigendes Interesse an dem Thema hin. Im Zuge des demographischen Wandels wird die Wichtigkeit des Themas „Soziale Wohngruppenprojekte und kleine Genossenschaften“ voraussichtlich zukünftig weiter zunehmen. Die Stadtbau Hamburg GmbH erstellte im Jahr 2004 eine Machbarkeitsstudie „Nachbarschaftlich orientierte Wohnformen auf genossenschaftlicher Basis“ im Auftrag des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein. Die Studie gibt sowohl den bereits bestehenden zehn Initiativgruppen (je Projekt existiert bereits eine Initiativgruppe) als auch den übrigen Akteuren Handlungsempfehlungen für eine effizientere Umsetzung genossenschaftlicher Trägermodelle und erläutert die besondere Eignung von Wohngenossenschaften für die Wohntrends definierter Zielgruppen oder besonderer Sozialthemen, wie altersgerechtes Wohnen und Wohnformen, die auf bürgerschaftliches Engagement, Nachbarschaft und Gemeinwesen abzielen.
Zentrale Ziele	Die einzelnen Workshops sollen helfen, folgende langfristige Ziele zu erreichen: ▪ neue Wohnformen entsprechend des demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels auch auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements, Solidarität und Selbstverantwortung zu ermöglichen, ▪ durch genossenschaftliche Trägerschaften zur Stabilisierung von Nachbarschaften und einer zukunftsorientierten Wohnraumversorgung verschiedenster Zielgruppen beizutragen, ▪ regionale, bürgernahe und nachhaltig sozial ausgewogene wohnungswirtschaftliche Strukturen auch in strukturschwachen Regionen zu stärken.

Umsetzung	Die Workshops selbst sollen im Jahr 2004 mit den im folgenden definierten Zielstellungen durchgeführt werden: ▪ Entwicklung einer Dachgenossenschaft zur Sicherung von preiswertem und selbstverwaltetem Wohnraum in städtischen Problemgebieten, ▪ Handlungskonzept zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie zugunsten von zukunftsweisenden Wohnformen, ▪ Entsprechende Anpassung des Wohnraumförderungsprogramms. Die Initiativgruppen organisieren sich selbst, das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein beauftragt die Gutachter (Stattbau GmbH) im Sinne eines Folgeauftrags zur Machbarkeitsstudie für die weitere Umsetzung des Projektes.
Partner	Mögliche Partner des Projektes sind: ▪ das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein / Referat Wohnraumförderung, ▪ die Stattbau GmbH, Hamburg, ▪ die bereits bestehenden zehn Initiativgruppen, ▪ die Kommunen der Initiativgruppen und ▪ Vertreter der Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein.
Bestehende Aktivitäten und Veröffentlichungen	Im Folgenden werden bereits bestehende Aktivitäten und Veröffentlichungen zu dem Thema genannt, die für das Projekt von Interesse sein könnten: ▪ „Förderung von altengerechten Wohnungen“, ein Projekt des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein ▪ „Selbstbestimmt Wohnen im Alter“, eine Broschüre des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. ▪ Leitstelle „Älter werden“ der Landeshauptstadt Kiel ▪ „Umzugswünsche und –Möglichkeiten für ältere Menschen – Wohnraum für Familie“, ein Bericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung ▪ „Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2015“, eine Untersuchung des Institutes für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IFS) ▪ „Wohnen mit Service“, ein Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. Kiel ▪ „Wohnprojekte für Jung und Alt. Generationenübergreifende Baugemeinschaften“, eine Broschüre der LBS – Nord ▪ „Städtebauförderungsprogramme“, des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein
Modellprojekte	Als Modellprojekte sind die nachfolgenden Projekte und Initiativen zu nennen: ▪ „Leben und Wohnen im Alter“, ein Projekt der Bertelsmann-Stiftung ▪ Wohnungsbau-Dachgenossenschaft „Maro Temm“ der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein

- „Allmende Wulfsdorf“, ein aus privater Initiative entstandenes Wohngruppenprojekt, (größtes soziales Wohngruppenprojekt in Schleswig-Holstein), mit dem Ziel, Jung und Alt, Menschen ohne und mit Behinderungen, Alleinstehende und Familien und Gewerbe in einem integrativen Wohnprojekt zusammenzuführen.
- „Aegidienhof“ in Lübeck, ein städtisches Wohngruppenprojekt auf privater Initiative (Landespreis 2001) mit zielgruppenspezifischen und Gemeinschaftsangeboten und gemeinsamem Management

Aufwands- und Kostenabschätzung

Die Entwicklung der Umsetzungsszenarien ist mit rund 30.000 Euro zu veranschlagen.

Finanzierungsmöglichkeiten

Die Umsetzung des Projektes kann aus Haushaltsmittel - Haushaltstitel „Soziale Gruppenwohnprojekte und Wohnraumförderungsprogramm 2003/04“ finanziert werden.

Die weitere investive Förderung der Initiativprojekte kann im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramms für die förderfähigen Teile beantragt werden.

Projektvorschlag 13:**Soziale Unterstützungsnetzwerke für die Bevölkerung „50+“ in Schleswig-Holstein**

Projektidee	Es soll eine wissenschaftliche Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung der Konsequenzen für soziale Unterstützungsnetzwerke auf regionaler Ebene durchgeführt werden.
Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext	Im Zuge des demographischen Wandel verändern sich neben der Haushaltsstruktur des Bevölkerungssegments im Alter von 50 und mehr Jahren (50+) auch Lebensweise und Lebensstile in den einzelnen Haushaltstypen. Dies stellt neue Anforderungen an öffentliche und private Institutionen und Einrichtungen, die einen selbstbestimmten und erfüllten dritten und vierten Lebensabschnitt unterstützen (Stichwort: „erfolgreiches Altern“). Noch sind die kommenden Veränderungen an die sozialen Unterstützungsnetzwerke insbesondere auf kleinteiliger regionaler Ebene (Stichwort: „ländlicher Raum“) nicht hinreichend untersucht. Diese Veränderungen sind für Schleswig-Holstein hinsichtlich Umfang und Auswirkung zu untersuchen und regional zu differenzieren.
Zentrale Ziele	Im Rahmen der Untersuchung gilt es vor allem folgende Fragestellungen zu klären: ▪ Was bedeutet der demographische Wandel für die Nachfrage nach Dienstleistungen beziehungsweise die Erwartungen an öffentliche und privatwirtschaftliche Angebote, die ein „erfolgreiches Altern“ (gesundheitliche Prävention/Rehabilitation, selbstbestimmte Lebensführung, bürgerschaftliches Engagement etc.) im Übergang zum dritten, im dritten und im vierten Lebensabschnitt unterstützen sollen? ▪ Wie muss demzufolge das gesamte Spektrum dieser Angebote (von der kommunalen Seniorenarbeit über den ehrenamtlichen Bereich, den Wohnungsmarkt bis hin zur ambulanten und (teil-)stationären Pflege) entsprechend des Bedarfes fortentwickelt werden? Eine derartige Untersuchung könnte nicht nur die Lebensqualität der „Bevölkerung 50+“ positiv beeinflussen, sondern auch wichtige (effektivitätssteigernde) Planungsdaten für die staatlichen Akteure (Land, Kreise, Kommunen) und die Anbieter aus der Seniorenwirtschaft liefern.
Umsetzung	Die Untersuchung kann vom Institut für Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Dr. G. Berger) und dem der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit an der Fachhochschule Kiel (Prof. Dr. V. Brinkmann) durchgeführt werden.

Partner	Mögliche Partner der Untersuchung könnten sein: ▪ das Institut für Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ▪ der Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit an der Fachhochschule Kiel ▪ das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein ▪ das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein.
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Die Untersuchung könnte auf Ergebnisse des Projektes „Lebensstile und ihr Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung (Lebenserwartungssurvey)“ des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) zurückgreifen.
Modellprojekte	Als Modellprojekt ist hier das bereits abgeschlossene Programm „Altenhilfestruckturen der Zukunft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu nennen.
Aufwands- und Kostenabschätzung	Die Kosten der Untersuchung werden mit rund 30.000 – 50.000 Euro kalkuliert. Sie sind jedoch im Detail vom genauen Design der Untersuchung abhängig.

5.4 Gesellschaftliches Leben

5.4.1 Folgen der demographischen Entwicklung

Im Folgenden wird beschrieben, wie sich der demographische Wandel auf

- die Anforderungen an die Familienfreundlichkeit der Gesellschaft,
- das Verhältnis der Generationen und
- die Anforderungen an Zuwanderung aus anderen Bundesländern und dem Ausland auswirkt.

Anforderungen an die Familienfreundlichkeit der Gesellschaft

Die Geburtenrate ist seit Jahren niedriger...

Eine entscheidende Größe für die Bevölkerungsentwicklung ist die Geburtenrate. Diese ist in Schleswig-Holstein bereits seit Jahrzehnten auf niedrigem Niveau – einer der zentralen Ursachen für den demographischen Wandel. Schon seit Jahren bekommen Frauen in Schleswig-Holstein im Durchschnitt lediglich 1,4 Kinder. Um die Bevölkerung konstant zu halten wären mindestens 2,1 Kinder pro Frau notwendig. Gleichwohl ist der Kinderwunsch bei jungen Frauen in der Altersgruppe der 20 bis 34-Jährigen weitaus höher. Rein statistisch wünscht sich jede Frau in Deutschland in dieser Altersgruppe 1,8 Kinder (vgl. Perspektive Deutschland, 28.04.2004).

...als der allgemeine Kinderwunsch bei jungen Frauen

Die Gründe für diese Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und Realität sind vielfältig. Einer der Hauptgründe, sich gegen ein Kind oder weitere Kinder zu entscheiden, ist die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf diese Schwierigkeit deutet auch die Frauenerwerbsquote in Schleswig-Holstein hin, die mit zunehmender Kinderzahl zurückgeht. Während im Land rund 84 Prozent der Frauen zwischen 25 und 45 Jahren ohne Kinder erwerbstätig waren, sank der Anteil bei Frauen mit einem Kind auf rund 73, mit zwei Kindern auf etwa 61 und mit drei und mehr Kindern auf zirka 49 Prozent. Ursachen hierfür liegen in der traditionellen Rollenverteilung, die den Frauen die Kindererziehung überträgt und gleichzeitig deren Erwerbsbeteiligung einschränkt oder verhindert (vgl. MJF, 2004, S. 19-20).

Überwiegt bei Frauen der Wunsch nach einer Beteiligung am Berufsleben, so führt die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf häufig zu Kinderlosigkeit. Dies ist insbesondere bei jungen Akademikerinnen im Alter von 20 bis 39 Jahren festzustellen. Derzeit sind in Deutschland rund 40 Prozent der Akademikerinnen in dieser Altersgruppe kinderlos. „Noch nie zuvor sind in Deutschland insbesondere so viele gut- und hochqualifizierte Frauen kinderlos geblieben, eine spezielle Entwicklung, die sich so in keinem anderen europäischen Land vollzieht“ (Quelle: BMFSFJ, 17.04.2004).

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Obwohl reine Kostenüberlegungen Paare dazu bewegen, den Kinderwunsch zurückzustellen, sind diese nicht das entscheidende Argument für Kinderlosigkeit. Laut einer Untersuchung der Initiative „Perspektive Deutschland“ würden sich selbst bei einer Verdopplung des Kindergeldes von monatlich 150 auf 300 Euro nur geringfügig mehr kinderlose Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren für ein Kind entscheiden. Hingegen würden verbesserte und finanzierbare Betreuungsmöglichkeiten zu einem deutlichen Anstieg um 24

Kinder- und familienfreundliche Gesellschaft

Prozent führen (vgl. BMFSFJ, 28.04.2004).

Neben einer finanzierbaren und besseren Kinderbetreuung trägt eine familienfreundliche Personalpolitik zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Wichtige Ansätze liegen hier in der Gestaltung von Arbeitszeiten, der Arbeitsorganisation, einer betrieblichen Kinderbetreuung oder der Unternehmenskultur. Die genannten Aspekte müssen von weiteren Maßnahmen für eine familienfreundliche Gesellschaft wie beispielsweise eine positive Grundhaltung Kindern und Familien gegenüber, familienfreundliche Infrastruktur oder Freizeitmöglichkeiten begleitet werden.

Während die Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft ein zentraler Aspekt für eine Steigerung der Geburtenrate in Schleswig-Holstein ist, trägt sie gleichzeitig vor dem Hintergrund eines drohenden Arbeitskräftemangels zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen bei. So gewinnt die Familienfreundlichkeit im Zuge des demographischen Wandels insgesamt als Standortfaktor für die Regionen in Schleswig-Holstein entscheidend an Bedeutung.

Zentrale Folge 15:

Die Anforderungen an die Wirtschaft und die Gesellschaft in Schleswig-Holstein im Bereich der Familienfreundlichkeit werden steigen.

Generationenkonflikte werden befürchtet**Verhältnis der Generationen**

Angeichts einer alternden Bevölkerung stehen zukünftig immer weniger junge Menschen immer mehr älteren gegenüber. Im Zuge dieser Verschiebung des Verhältnisses der Generationen werden gesellschaftliche Konflikte befürchtet, die bereits heute von der Diskussion um die umlagefinanzierten Sozialsysteme bestimmt werden. Daraus können Generationenkonflikte entstehen, die sich insbesondere zwischen Erwerbstätigen und Seniorinnen und Senioren im Ruhestand manifestieren.

Einseitige Betrachtungsweisen des Generationenkonflikts greifen zu kurz

Diese Konflikte beruhen auf der einseitigen Betrachtungsweise sozialer Sicherungsaspekte unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels. Ein Kristallisationspunkt ist die Ansicht, dass die Älteren auf Kosten der Jüngeren lebten und sie um ihre Chancen bringen würden (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 38). Diese Ansicht greift aus verschiedenen Gründen zu kurz. So ist zu berücksichtigen, dass „der gesamtwirtschaftliche öffentliche und private Realkapitalbestand, der den Jüngeren für ihre eigenen Aktivitäten, für Ausbildung wie Produktion, aber auch zur Nutzung in der Freizeit zur Verfügung steht, maßgeblich durch Vorgängergenerationen geschaffen worden ist“ (Quelle: Deutscher Bundestag, 2002, S. 51).

Obwohl die sozialstaatlichen Verteilungsprobleme nicht allein und ausschließlich auf dem demographischen Wandel beruhen, führt dieser zu einer Verstärkung dieser Probleme (vgl. Kapitel 5.1.1). So ist zu befürchten, dass sich der Generationenkonflikt im Zuge der weiteren demographischen Entwicklung ohne gesellschaftliches und politisches Eingreifen noch verschärfen wird. Bisher sind jedoch keine Anzeichen zu erkennen, dass das Prinzip der

Generationengerechtigkeit, nach dem keine Generation bewusst gegenüber einer anderen bevorzugt oder benachteiligt werden soll, gefährdet ist. Auch die heutigen Jugendlichen lassen sich von diesem Prinzip leiten (vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 41). So ist der Generationenvertrag auch nicht automatisch dadurch gefährdet, dass sich das Verhältnis der Zahl der Altersgruppen verändert. „Erst wenn die erwerbsfähige Generation annehmen würde, dass die jüngere Generation nicht mehr dazu in der Lage bzw. nicht mehr bereit ist, den Generationenvertrag ihrerseits einzuhalten, hätte dies einen tief greifenden Generationenkonflikt zur Folge“ (Quelle: Deutscher Bundestag, 2002, S. 38).

Interfamiliäres Zusammenleben

Das Verhältnis zwischen den Generationen ist außerdem vom familiären Zusammenleben geprägt. Häufig findet insbesondere nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben eine Rückbesinnung auf die Familie statt (vgl. Hoff, 2003, S. 4). Die Familie hat auch eine große Bedeutung für die Pflege alter Menschen. Während die Partnerin bzw. der Partner die familiäre Pflege oftmals zu Beginn durchführt, wird diese mit zunehmendem Alter der Pflegebedürftigen verstärkt von den Kindern übernommen, wobei die Bereitschaft zur Übernahme der Pflege hoch ist (vgl. BMFSFJ, 2002, S. 21). Die familiäre Pflege ist jedoch sehr zeitaufwändig und schwer mit der Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen ist. Dies betrifft insbesondere Frauen, weil sie zu zwei Dritteln die familiäre Betreuung übernehmen. So können weit weniger als die Hälfte der Hauptpflegepersonen nach Aufnahme der Pflege Tätigkeit ihre Erwerbstätigkeit uneingeschränkt weiterführen. Hinzu kommt, dass aufgrund der heutigen Kleinfamilienstruktur die Betreuungsleistungen nicht wie in den früher üblichen größeren Familien von drei und mehr Kindern auf mehrere Geschwister aufgeteilt werden kann. Der Aufwand für den einzelnen Betreuungsleistenden ist somit gestiegen (vgl. Mai, 2003, S.143; Deutscher Bundestag, 2002, S. 45 f.). Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl hochaltriger Menschen in Schleswig-Holstein wird die Pflege älterer Menschen innerhalb der Familie womöglich zunehmen müssen. In Anbetracht der kleiner werdenden Familien und der von Ihnen erwarteten höheren Mobilität, sind viele mit Pflegeaufgaben überfordert. So werden verstärkt professionelle Hilfs-, Pflege- und Betreuungsleistungen und altersgerechte Wohnkonzepte in Anspruch genommen werden müssen. Die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf basierend auf einem ganzheitlichen Gender-Mainstreaming-Ansatz ist deshalb zukünftig notwendig, um insbesondere auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Schleswig-Holstein zu erhöhen.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Wertediskussion über das Alter(n)

Angesichts der Alterung der Bevölkerung gewinnt eine Wertediskussion über das Alter und das Altern in der Gesellschaft an Bedeutung. Noch bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts war eine durchschnittliche Lebensbiographie von drei Lebensabschnitten gekennzeichnet: der Jugend und Ausbildung, dem Erwerbs- und Familienleben sowie dem Ruhestand. Inzwischen werden die heutigen Lebensbiographien immer differenzierter. Ältere Menschen werden zukünftig im Vergleich zu heute in geistig und körperlich besserer Verfassung sowie aktiver und leistungsfähiger sein. Diese Entwicklung wird von einem weiteren Wertewandel begleitet. „Die Triebfeder für den erwartenden Wertewandel liegt darin, dass man sich zunehmend mit 50 Jahren nicht mehr dem Ende des Schaffens nähert, sondern in der Mitte des Lebens steht“ (Quelle: DB Research, 2002, S. 17). Derzeit ist das Altenbild hingegen noch häufig negativ akzentuiert und oftmals durch die Betonung von Defiziten des

Alters geprägt.

Zentrale Folge 16:

Im Zuge der Verschiebung des Generationenverhältnisses zugunsten älterer Menschen können sich Generationenkonflikte verschärfen.

Zuwanderung aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland

Die Migration ist neben der Geburten- und Sterblichkeitsrate ein bestimmender Faktor der Bevölkerungsentwicklung einer Gesellschaft. Dabei haben sowohl Binnenwanderungen als auch die Migration aus anderen Staaten einen Einfluss auf Bevölkerungszusammensetzung und -entwicklung. In der Vergangenheit hat die Zuwanderung aus anderen Staaten nach Schleswig-Holstein dazu beigetragen, dass der demographische Wandel hier verzögert wurde (vgl. Kapitel 4.2). Eine weitere Zuwanderung kann den demographischen Wandel in Schleswig-Holstein zwar nicht aufhalten, sie kann ihn in seiner Entwicklung jedoch verlangsamen.

Zuwanderung kann den demographischen Wandel verlangsamen

Gerichtete Zuwanderung ist bedeutend für den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft

Insbesondere die gerichtete Zuwanderung hochqualifizierter Ausländer gilt als eine Möglichkeit, zur relativen Stärkung der Erwerbsbevölkerung und als Möglichkeit dem befürchteten Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein entgegenzuwirken. Zuwanderung wird zukünftig für den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft noch bedeutender werden. Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages stellt fest, dass „zur Sicherung wissenschaftlicher Spitzenleistungen, hoher Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik ... eine Gesellschaft insbesondere offen sein [muss] für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ (Quelle: Deutscher Bundestag, 2002, S. 108). So spricht sich auch die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ für eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung für eine langfristige Verbesserung der wirtschaftlichen Wachstumschancen aus. Dabei sollte Zuwanderung jedoch nicht als Instrument eingesetzt werden, „notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme, am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und bei der Förderung von Familien auszuweichen“ (Quelle: Kommission Zuwanderung, 2001, S. 82). Die Gestaltungsansprüche, die sich aus der demographischen Entwicklung hinsichtlich einer gesteuerten Zuwanderung ergeben, sind somit hauptsächlich ökonomisch begründet. So werden im Rahmen des gegenwärtig geplanten Zuwanderungsgesetzes u.a. Möglichkeiten zur Zuwanderung von Hochqualifizierten nach Deutschland geregelt, um wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Zuwanderung stellt die Gesellschaft vor weitreichende Integrationsaufgaben

Zuwanderung muss jedoch von Integrationsangeboten begleitet werden und stellt die Gesellschaft vor weitreichende Aufgaben. So sind die Akzeptanz von Zuwanderung und erfolgreiche Integrationsmaßnahmen auch eine Voraussetzung, um Schleswig-Holstein für hochqualifizierte Zuwanderer attraktiv zu machen. Die aufnehmende Gesellschaft muss sich zu einem aktiven Zusammenleben bereit erklären und Vorteile einer Zuwanderergesellschaft (z.B. Mehrsprachigkeit als Vorteil im Zuge der Globalisierung) deutlich herausstellen. Besonders im Hinblick auf die bestehende Arbeitslosigkeit muss vermieden werden, dass die gezielte Zuwanderung den Anschein einer Konkurrenzsituation zur schleswig-holsteinischen Bevölkerung erhält, um soziale

Spannungen zu vermeiden. Vor allem in den Ballungsräumen in Schleswig-Holstein werden verstärkt Integrationsaufgaben wahrgenommen werden müssen, da diese aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die bevorzugten Zuwanderungsräume sind.

Nicht Zuwanderer „auf Zeit“ sondern Einwanderer

Eine alternde und schrumpfende Gesellschaft benötigt nicht Zuwanderer „auf Zeit“, sondern tatsächliche Einwanderer. Die zukünftigen Zuwanderer benötigen daher klare Zukunftsperspektiven, um ihr Leben im neuen Land, ihrer neuen Heimat, planen und sich damit auch identifizieren zu können. Mit steigender Zuwanderung Hochqualifizierter wird zukünftig ein hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erwarten sein, was sich in Kindergärten, Schulen und in der Berufsausbildung bemerkbar machen wird. Lehrende und ausbildende Personen in Schleswig-Holstein müssen daher zukünftig eine höhere interkulturelle Kompetenz aufweisen.

Zentrale Folge 17:

Die Zuwanderung von Hochqualifizierten gewinnt vor dem Hintergrund eines drohenden Fachkräftemangels in Schleswig-Holstein an Bedeutung. Die Integration von Migrantinnen und Migranten wird auch für eine Steigerung der Attraktivität Schleswig-Holsteins für Hochqualifizierte Zuwanderer an Bedeutung gewinnen.

5.4.2 Herausforderungen und Handlungsfelder in Schleswig-Holstein

Im Folgenden werden zentrale Herausforderungen und Handlungsfelder im Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“ beschrieben. Es folgen zunächst Zitate aus der schriftlichen und mündlichen Befragung. Sie sind nicht repräsentativ, sollen jedoch ein Meinungsbild vermitteln.

„Kinder „kriegen“ und „haben“ muss wieder erstrebenswert und für Paare möglich werden, durch Vorschulkindergärten, die länger als vier Stunden geöffnet und bezahlbar sind sowie Ganztagschulen mit entsprechender Betreuung.“

„Familie mit Kindern und Raum für das Zusammenleben mit Älteren können sich die Haushalte zunehmend weniger leisten, u.a. weil die Lebensräume und Organisationsformen im Alltag dies verhindern. Die Belastung der Bedürftigen geht zunehmend auf andere gesellschaftliche Träger über. Diese Entwicklung muss wieder umgekehrt werden - ohne Mehrbelastung der berufstätigen Mütter und Väter.“

„Es ist grundsätzlich ein allgemein rücksichts- und verständnisvoller Umgang der einzelnen Altersgruppen untereinander anzustreben.“

„Wir haben in Schleswig-Holstein gute Möglichkeiten - auch durch die kleinteilige Kommunalstruktur - politische Ziele für Themenfelder zu formulieren. Jede Kommune hat ihre Kinder- und Jugend-, Alten-, Bildungs- und Verkehrspolitik zu formulieren. Wir brauchen einen Diskurs der politisch Verantwortlichen, in dem nicht nur über Haushaltstitel abgestimmt wird, sondern in dem Leitlinien erarbeitet werden. Erst dann gewinnt eine Kommune an Profil.“

„Für die Steigerung der Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft sind neben der kommunalen Ebene - wie Kindergärten, feste Grundschulzeiten, Schulangebote oder Freizeitmöglichkeiten - auch der Landes- und Bundesgesetzgeber gefordert.“

„Bei rückläufigen öffentlichen Finanzmitteln ist verstärktes Augenmerk auf das ehrenamtliche Element zu richten.“

„Ehrenamtliches Engagement vermehrt fördern, nicht nur durch finanzielle Unterstützung von Verbänden sondern auch dadurch, dass ehrenamtliches Engagement sich positiv bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz auswirkt.“

Herausforderungen im Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“

Auf der Grundlage der beschriebenen Folgen der demographischen Entwicklung lassen sich für den Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“ folgende zentrale Herausforderungen für Schleswig-Holstein formulieren.

Zentrale Herausforderungen:

- » Erhöhung der Geburtenrate in Schleswig-Holstein
- » Stärkung des Zusammenlebens der Generationen und der gesellschaftlichen Integration in Schleswig-Holstein

Der demographische Wandel mit dem Rückgang der Zahl der Bevölkerung und deren Alterung in Schleswig-Holstein liegt zu einem wesentlichen Teil in der niedrigen Geburtenrate begründet, die erheblich unter dem Bestanderniveau liegt. Aus diesem Grund muss eine höhere Geburtenrate ein Ziel in den kommenden Jahren sein. Hierzu ist eine Erhöhung der Familienfreundlichkeit im Land ein wichtiger Schritt.

Im Zuge des demographischen Wandels werden sich die Generationenverhältnisse stark verschieben. Immer mehr Ältere stehen immer weniger Jüngeren gegenüber. Zukünftig wird die Herausforderung darin liegen, möglichen Spannungen und Konflikten zwischen den Generationen insbesondere der Jungen und der Alten entgegenzuwirken. Daher bedarf es einer gezielten Stärkung des Zusammenlebens der Generationen.

Neben der Vermeidung generationsbedingter Konflikte wird die Integration von Migrantinnen und Migranten eine größere Herausforderung werden. Zuwanderung wird benötigt, um den demographischen Wandel zu verlangsamen und Wirtschaftswachstum angesichts des drohenden Fachkräftemangels sicherzustellen. Nur eine integrationsfähige Gesellschaft kann Zuwanderern eine neue Heimat bieten und für diese attraktiv sein. Mit dem Ziel, diesen Herausforderungen in Schleswig-Holstein zu begegnen, wurden folgende Handlungsfelder herausgearbeitet.

Handlungsfeld 11:

Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein

Handlungsfeld 12:

Stärkung des Zusammenlebens der Generationen

Handlungsfeld 13:

Verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

5.4.2.1 Handlungsfeld 11: Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Die demographische Entwicklung erfordert eine erhöhte Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein. Ein wichtiger Bestandteil einer familienfreundlichen Gesellschaft ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit mehr Frauen mit Kindern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Die Frauenerwerbsquote, die im Jahr 2002 für Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren 64,5 Prozent in Schleswig-Holstein betrug (vgl. Statistisches Landesamt, 2003a, S.89), sollte auf diese Weise erhöht werden. Zudem können sich Erwerbstätige leichter einen Kinderwunsch erfüllen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich zum einen durch die Verbesserung der quantitativen und qualitativen Betreuungsangebote für Kinder in Schleswig-Holstein und zum anderen durch eine verstärkt familienfreundliche Personalpolitik erzielen.

Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein

Die Versorgungsquote mit Kindertageseinrichtungen für die 3 bis unter 6-Jährigen liegt in Schleswig-Holstein derzeit bei etwa 90 Prozent (vgl. MBWFK, 2003, S. 2). Die demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein mit einem zahlenmäßigen Rückgang der 3 bis unter 16-Jährigen - insbesondere im Kindergarten- und Grundschulbereich - führt zukünftig insgesamt zu einer Entlastung der Betreuungsangebote für Kinder. In einigen Regionen besteht weiterhin ein Ausbaubedarf an Kindertageseinrichtungen. „Insbesondere in den Zuzugsgebieten um Hamburg kann die Nachfrage nicht immer problemlos gedeckt werden, und es zeichnen sich für die Zukunft aufgrund besonderer Bedarfslagen Engpässe ab, denen nur durch einen Zubau an Plätzen abgeholfen werden kann“ (vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag, 2002, S. 7). Gerade im Hamburger Umland besteht vor dem Hintergrund besonders starker Rückgänge bei der Zahl der Erwerbsfähigen die Notwendigkeit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Handlungsbedarf besteht zusätzlich in der Flexibilisierung der Öffnungszeiten und des Angebots der Kinderbetreuung. Die Landesregierung Schleswig-Holstein stellte dazu in ihrer Antwort auf die Große Anfrage vom 15.08.2002 zur Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein fest: „Probleme gibt es weiterhin, wenn in Einzelfällen die angebotenen Öffnungszeiten nicht den familiären und beruflichen Bedürfnissen von Müttern und Vätern entspricht“ (vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag, 2002, S.7). Um das Angebot qualitativ zu verbessern, sind mit dem Programm „Erfolgreich starten... Das integrative Sprachförderkonzept Schleswig-Holstein“ im Land Schritte zur frühen Sprachförderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen und beim Übergang in die Grundschule unternommen worden (vgl. MBWFK, 2003, S. 5).

Situation der Kinderkrippen in Schleswig-Holstein

Mit nur 13 Kinderkrippen in Schleswig-Holstein wird eine durchschnittliche Versorgungsquote von unter einem Prozent erreicht. Lediglich die Hansestadt Lübeck (2,64 Prozent), Kiel (1,2 Prozent) sowie die Kreise Pinneberg (2,23 Prozent) und Segeberg (1,84 Prozent) weisen geringfügig höhere Quoten als der Landesdurchschnitt auf. Ein Ausbau der Krippenangebote im Land sowie Förderung und Unterstützung privater Initiativen (Tagesmütter, Kinderfrauen, Tagespflegestellen, betreute Spielplätze etc.) ist zur Verbesserung der Betreuungssituation der Kinder von 0 bis 3-Jährige herbeizuführen. Ebenfalls bedarf es der Förderung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung des Landes und der Kommunen. Hier

gilt es im Speziellen, eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der Arbeitsorganisation sowie eine betrieblich unterstützte Kinderbetreuung hinreichend zu fördern. Beispielhaft für solche Ansätze sind zahlreiche Aktivitäten in schleswig-holsteinischen Unternehmen oder die „Kampagne: familienfreundlicher Betrieb“, einem Netzwerk von regionalen Akteuren in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen.

Familienfreundlichkeit als Standortfaktor

Familienfreundlichkeit wird somit für eine ausgewogene Alterstruktur der Bevölkerung und als Standortfaktor für schleswig-holsteinische Regionen zunehmend wichtiger. Gerade solche Regionen mit starkem Rückgang der Zahl von Erwerbsfähigen wie z.B. im Hamburger Rand können hierdurch einem Fachkräftemangel entgegenwirken. Kooperationen von Betrieben, Kommunen oder Verbänden bieten sich daher an, um insbesondere auf regionaler Ebene einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zu leisten. Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesfamilienministeriums und Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft bildet einen konkreten Rahmen für diese regionale Zusammenarbeit. So existiert in Schleswig-Holstein derzeit ein lokales Bündnis im Kreis Stormarn. Eine Ausweitung „lokaler Bündnisse für Familie“ in Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Ansatzpunkt zur Steigerung der Familienfreundlichkeit im Land.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit Kindertagesplätzen in allen Regionen Schleswig-Holsteins
- Ausweitung der Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren
- Flexible Gestaltung der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen
- Förderung einer familienfreundlichen Personalpolitik
- Ausweitung „lokaler Bündnisse für Familie“ im Land

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- Beratungsstellen „Frau & Beruf“ unter Federführung des MJF: Es werden landesweit 12 Beratungseinrichtungen mit Mitteln des Landes und der EU mit den folgenden Aufgabenbereichen gefördert: arbeitsmarktorientierte Beratung für Frauen, Abstimmung des regionalen Weiterbildungsangebotes auf die Situation von Frauen, strukturpolitische Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen sowie die Vernetzung der Veröffentlichung dieser Tätigkeitsbereiche
- „Kursbuch zur Kinderbetreuung“; Datensammlung beim Träger der Beratungsstelle „Frau & Beruf“ in Stormarn, dem Förderverein für Bildung und Arbeit in Stormarn e.V., zu Kinderbetreuungseinrichtungen in den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg
- Im Rahmen der im Jahr 2000 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ festgelegtes Zukunftsfeld „Familienengerechte Arbeitsstrukturen“ unter Federführung des MJF

- „Offene Ganztagschulen“; Projekt zur Förderung offener Ganztagschulen in Schleswig-Holstein: Schulen sollen ergänzend zum planmäßigen Unterricht Betreuungs- und Förderangebote, Jugendhilfe und Freizeitangebote anbieten; Träger ist das MBWFK, gefördert durch das „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“
- „NeuZeit“ mit Sitz in Flensburg ist ein Projekt der Gesellschaft für Arbeitsplatz- und Strukturpolitik (GEFAS), ein Institut der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord). Beratung von Unternehmen bei der Besetzung von Teilzeit- und Mobilzeitstellen sowie arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer, die in Teilzeit arbeiten wollen

5.4.2.2 Handlungsfeld 12: Stärkung des Zusammenlebens der Generationen

Generationenkonflikte vermeiden

Im Zuge des Wandels der Altersstruktur der Bevölkerung müssen gesellschaftliche Aufgaben zukünftig von weniger jungen und mehr älteren Menschen bewältigt werden. Dabei steht das Zusammenleben und die Solidarität der Generationen in Schleswig-Holstein vor Herausforderungen. Dazu ist ein öffentlicher Dialog in Schleswig-Holstein erforderlich. Hier ist von Seiten der Politik darauf zu achten, dass diese Diskussion unter sachlichen Gesichtspunkten geführt wird und das Generationenverhältnis nicht belastet: „Um die für den Bestand der Gesellschaft notwendige Solidarität zwischen den Generationen zu stärken, ist es daher notwendig, der Dramatisierung des Generationenkonflikts entgegenzuwirken und in der Öffentlichkeit für ein differenziertes Bild von den Verhältnissen zwischen den Generationen zu sorgen“ (Quelle: Deutscher Bundestag, 2002, S. 38).

Potenziale älterer Menschen

Ziel muss es sein, einem einseitigen Belastungsdiskurs im Zuge des demographischen Wandels und einem negativen Altenbild entgegenzuwirken, bei dem lediglich problematische Folgen des Alterns der Gesellschaft herausgestellt werden. Bestandteil dieser Diskussion müssen vielmehr die gestiegenen Potenziale älterer Menschen im Hinblick auf gesundheitliche, bildungsmäßige und finanzielle Voraussetzungen sowie höhere Mobilität oder Erfahrungswissen sein (vgl. Bundesregierung, 2003, S. 3). Ein wichtiger Ansatzpunkt ist auch die verstärkte Nutzung bestehender Unterstützungsmöglichkeiten für ältere Menschen in Schleswig-Holstein, die ihre Potenziale und Stärken zur Bewältigung von gesellschaftlichen Aufgaben beispielsweise im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements einbringen möchten. Die Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein am Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ bildet einen konkreten Rahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen im Land. Das Leitbild eines gesellschaftlich aktiven Alters wird damit in Schleswig-Holstein gefördert.

Freiwilliges Engagement fördern

Die Begegnung der Generationen sollte auch durch die Mobilisierung jüngerer Menschen gefördert werden, sich an generationenübergreifenden Aktivitäten zu beteiligen und sich für Ältere zu engagieren. In Schleswig-Holstein besteht mit der „Landesinitiative Bürgergesellschaft“ und der Aktion „Ich mach´ mich stark! Für uns in Schleswig-Holstein“ ein Rahmen, innerhalb dessen ebenfalls das Zusammenleben und die Begegnung der Generationen im Land unterstützt werden kann.

Politische Beteiligung aller Altersgruppen

Aufgrund der sich verändernden Altersstruktur unserer Gesellschaft, dem Bevölkerungsrückgang und den damit verbundenen Herausforderungen an die gesellschaftliche Gestaltung ist eine verstärkte politische Beteiligung aller Altersgruppen wichtig. Zum einen gilt es, die Interessen einer immer größer werdenden Gruppe von älteren Menschen zu vertreten. Dabei ist zu beachten, dass nicht langfristig „die Alten“ über die Interessen „der Jungen“ bestimmen. Die gesellschaftliche Einsicht, dass im Interesse unserer Kinder zu handeln, eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft ist, muss Bestand haben. Zum anderen sind die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker in der Politik zu berücksichtigen. Unter dem Motto „Schleswig-Holstein - Land für Kinder und Jugendliche“ trat im Jahre 2003 eine neue gesetzliche Regelung in Kraft, die im Rahmen der Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich als Aufgabe der Gemeinde festschreibt.

Generationenübergreifende Wohn- und Lebensräume

Die Gestaltung von Wohn- und Lebensräumen unterstützt ebenfalls das Zusammenleben der Generationen und die Begegnung von Jung und Alt. Zu einem Mit- statt einem Nebeneinander der Generationen tragen beispielsweise ein Verbleib älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung („selbstbestimmtes Wohnen im Alter“), Nachbarschaftszentren oder eine räumliche Nähe von Jugend-, Familien- und Senioreneinrichtungen bei. Im Bereich der Planung von Wohn- und Lebensräumen ergeben sich somit Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene. So lassen sich konkrete planerische Ansätze für einzelne Regionen und Kommunen ableiten, wie es beispielsweise im Rahmen einer Untersuchung für den Wirtschaftsraum Rendsburg geschehen ist (vgl. Friedrich et al., o.J., S. 129 ff.).

Sicherheit von Seniorinnen und Senioren

Hinzu kommt, dass eine aktive Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben nur gelingen kann, wenn sie sich sicher vor krimineller Bedrohung fühlen können. In den letzten Jahrzehnten ist insbesondere bei älteren Menschen die Angst vor krimineller Bedrohung gestiegen. Der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein weist vor dem Hintergrund eines zukünftig steigenden Anteils Älterer darauf hin, dass problembezogene und zielgerichtete Maßnahmen ergriffen werden müssen, „um sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das subjektive Sicherheitsempfinden (nicht nur) der Älteren zu verbessern“ (Quelle: Rat für Kriminalitätsverhütung, 2003, S. 7). So spricht der Rat in seinem Konzept zur Kriminalitätsverhütung konkrete Empfehlung für die Landesregierung und die Kommunen zur Kriminalprävention für Seniorinnen und Senioren aus.

Handlungsempfehlungen im Überblick

- Förderung des Dialogs zwischen den Generationen und eines positiven Bildes vom Alter in Schleswig-Holstein
- Unterstützung der besseren Integration der Potenziale älterer Menschen
- Verstärkung der politischen Beteiligung aller Altersgruppen
- Gestaltung von generationsübergreifenden Wohn- und Lebensräumen

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI), Modellprogramm des BFSFJ in zehn Bundesländern, Erprobung neuer Verantwortungsrollen für Ältere unter der Bezeichnung *seniorTrainer*
- „Ich mach´ mich stark! Für uns in Schleswig-Holstein“, Initiative der Landesregierung Schleswig-Holstein zusammen mit schleswig-holsteinischen Vereinen und Verbänden mit dem Ziel, ehrenamtliches Engagement stärker in das Interesse der Öffentlichkeit zu rücken und für ehrenamtliches Engagement zu werben
- „Landesinitiative Bürgergesellschaft (LiBG)“, Initiative der Landesregierung mit dem Ziel, den Stellenwert des bürgerlichen Engagement und des Ehrenamtes aufzuwerten, Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten und neue Impulse für die Verwirklichung der Bürgergesellschaft zu geben
- „Offene Ganztagsschulen“ des MBWFK; Projekt zur Erhöhung des Ganztagsangebotes an schleswig-holsteinischen Schulen
- „Das Altenparlament“, jährlich stattfindende Sitzung von Seniorenvertretern und Vertretern von Parteien und gesellschaftlichen (Sozial-) Verbänden im schleswig-holsteinischen Landtag
- Seniorentheaterprojekt „Fünzig und Co“, Initiative des MBWFK in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, der Arbeiterwohlfahrt und den Bühnen der Landeshauptstadt Kiel

5.4.2.3 Handlungsfeld 13: Verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein

Wanderungsbewegungen im Land sowie die Zuwanderung aus dem Ausland haben Einfluss auf die demographische Entwicklung einer Region. Eine gezielte Zuwanderung aus dem Ausland, insbesondere von Personen mit hohem Qualifikationsstand ist eine Möglichkeit zum Erhalt des Fachkräfteangebots in einer kleiner und älter werdenden Gesellschaft. Die Folgen einer Zuwanderung bergen somit große Chancen für eine Gesellschaft, zugleich aber auch große Herausforderungen an die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft.

Zuwanderungspolitik muss Integrationskonzept einschließen

Integration erfordert breite gesellschaftliche Akzeptanz

Im Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung in Schleswig-Holstein ist die steigende Bedeutung der Zuwanderung von hochqualifizierten Personen aus dem Ausland zur gezielten Deckung eines konkreten Fachkräftemangels und damit zur Aufrechterhaltung von Wachstum und Beschäftigung stärker zu betonen. Es gilt, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Zuwanderung in Schleswig-Holstein zu schaffen. Konkurrenzängste der einheimischen Bevölkerung müssen ausgeräumt werden. Zu einer höheren Akzeptanz von Zuwanderung trägt auch ein umfassendes Integrationskonzept bei, das soziale Spannungen vorbeugt und entgegenwirkt. Die Anforderungen, die aus dem Ziel „Integration“ folgen, stellen dabei Ansprüche an die Zuwanderer und die aufnehmende Gesellschaft. Für beide Seiten müssen die entsprechenden Anforderungen, Rechte und Pflichten deutlich gemacht werden. Kulturelle Traditionen und individuelle Handlungspotenziale der Zugewanderten sollten stärker berücksichtigt und als Gewinn für die aufnehmende Gesellschaft ver-

standen und dargestellt werden. Wohnungspolitik und Stadtplanung sind angehalten, „Ghettostadtteile“ und damit die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile zu vermeiden.

Integration für Zuwanderer muss verbessert werden

Für die Zuwanderer und deren Familien müssen notwendige Integrationsmaßnahmen bereit stehen. Zugang zu Bildung und Ausbildung, zu kompetenter sozialer und gesundheitlicher Beratung sowie die Möglichkeiten der Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen müssen für Migrantinnen und Migranten verbessert werden. Darüber hinaus muss Integration als beständiger Prozess der Verständigung über gemeinsame Grundlagen des Zusammenlebens verstanden werden. Ein solcher Prozess ist nicht irgendwann abgeschlossen, sondern immer wieder neu anzuregen und zu fördern.

Integration als Standortfaktor

Eine positive Wahrnehmung von Migration und eine erfolgreiche Integration ist somit eine Voraussetzung für die Attraktivität des Wirtschafts- und Lebensraums in Schleswig-Holstein und seinen Regionen für hochqualifizierte Personen aus dem Ausland. Integration von Migrantinnen und Migranten ist deshalb auch ein zunehmend wichtiger Standortfaktor insbesondere für die schleswig-holsteinischen Regionen, in denen ein starker Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen und ein Fachkräftemangel zu befürchten ist.

Das „Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“ der Landesregierung bildet einen Rahmen, um spezifische Fragestellungen zu behandeln, die im Zuge einer zukünftig stärker notwendigen qualifikationsorientierten Zuwanderung nach Schleswig-Holstein entstehen. Mit dem Integrationskonzept hat das Land Schleswig-Holstein im Jahre 2002 bereits grundlegende Schritte zur Verbesserung der Integrationsstrukturen beschlossen. Das Konzept setzt sich mit den Themen „Spracherwerb“, „interkulturelle Bildung und Erziehung“, „kulturelle Maßnahmen“, „Kinder und Jugendliche zwischen den Kulturen“, „Ausbildung und Arbeitswelt“, „Wohnen und soziales Umfeld“, „Gesundheit, soziale Dienste“, „Selbstorganisation und Partizipation“ sowie „rechtliche Rahmenbedingungen“ auseinander. Es ist zu prüfen, inwieweit sich Möglichkeiten für eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung nach Schleswig-Holstein aus dem gegenwärtig geplanten Zuwanderungsgesetz ergeben.

Handlungsempfehlungen im Überblick:

- Förderung der Akzeptanz von Zuwanderung in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und der Integration von Migrantinnen und Migranten
- Erhöhung der Attraktivität Schleswig-Holsteins für hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten

Beispiele für Programme und Aktivitäten in Schleswig-Holstein in diesem Handlungsfeld

- „Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein“, Integrationskonzept der Landesregierung zur Förderung der Integration von Zuwanderern in Schleswig-Holstein. Das Konzept nimmt die wichtigsten Punkte zu Fragen der Integration auf, bewertet und zeigt Perspektiven und Umsetzungsmöglichkeiten
- „Ausbildung und Integration für MigrantInnen“ der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. (TG S-H); das Programm setzt seine Schwerpunkte in Motivation und Integration junger Migrantinnen und Migranten hinsichtlich der Berufsausbildung und in der Stärkung der Ausbildungsbereitschaft ausländischer Unternehmer
- „Regionale Ausbildungsbetreuung in Schleswig-Holstein“; das Land Schleswig-Holstein fördert an 10 Standorten Ausbildungsbetreuerinnen und Ausbildungsbetreuer zu Beratung benachteiligter Jugendlicher während der Ausbildung
- Arbeitskreis „Migration und Gesundheit“ der Landesregierung Schleswig-Holstein
- Broschüre „Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten“ des Landes Schleswig-Holstein in Fremdsprachen (türkisch und russisch)

5.4.3 Maßnahmen- und Projektvorschläge für den Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“

Im Folgenden werden Maßnahmen und Projekte für den Themenbereich „Gesellschaftliches Leben“ vorgeschlagen. Sie dienen als Beispiele und Ansatzpunkte für die Umsetzungen einer demographieorientierten Politik in Schleswig-Holstein.

Projektvorschläge im Überblick**Projektvorschlag 14:**

Ausweitung der „Lokalen Bündnisse für Familien“ in Schleswig-Holstein

Projektvorschlag 15:

Öffentlicher Diskurs zum Alter(n) in Schleswig-Holstein – Dialog zwischen Generationen fördern, gesellschaftlichen Konflikten vorbeugen

Projektvorschlag 14:**Ausweitung der „Lokalen Bündnisse für Familien“ in Schleswig-Holstein****Projektidee**

Die von der Bundesregierung gestartete Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ zur Entwicklung familienverträglicher Beschäftigungsmodelle soll über ein bestehendes Bündnis in Bad Oldesloe hinaus in Schleswig-Holstein ausgeweitet werden und somit die Lebensbedingungen von Familien noch stärker in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns rücken.

Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext

Familien und ihre sozialen Netzwerke erbringen unverzichtbare Leistungen nicht nur für sich selbst sondern auch für die Gesellschaft und ihre zukünftige Entwicklung. Der Wunsch, eine Familie zu gründen und mit Kindern zu leben, ist für die meisten jungen Menschen fester Bestandteil der Lebensplanung. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Geburten kontinuierlich ab, denn die Entscheidung für ein erstes oder ein weiteres Kind fällt angesichts der gegebenen Voraussetzungen und Konsequenzen oft negativ aus. Die Lebensformen haben sich verändert – Männer und Frauen werten heute das Verhältnis von Beruf, Familie und Freizeit anders und wollen nicht mehr vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden, sie wollen beides. Deshalb brauchen Familien verlässliche Rahmenbedingungen, mit denen Frauen und Männer den Beruf und die Familie besser miteinander vereinbaren können. Damit gewinnt der Faktor Familien- und Kinderfreundlichkeit für die Zukunft des Landes Schleswig-Holstein immer mehr an Bedeutung.

Im Januar 2004 wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Initiative für mehr Familienfreundlichkeit "Lokale Bündnisse für Familie" gestartet. Faktoren, die die Lebensverhältnisse der Familien beeinflussen, wie z.B. Arbeitsplätze, das Wohnumfeld und die soziale Infrastruktur, bilden die Ansatzpunkte. Ein familienfreundliches Umfeld mit Kinderbetreuungsangeboten, familiengerechten Arbeitszeiten und Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen sowie kinder- und familiengerechte Freizeitangebote sollen den Eltern ermöglichen, Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen.

Inzwischen sind, neben einer Beratungsstelle in Bad Oldesloe, bundesweit 37 Bündnisse im Rahmen der Initiative entstanden. Die Initiative wird vom Bund getragen, dezentral von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Familien- und Wohlfahrtsverbänden unterstützt und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds co-finanziert. Wesentlicher Baustein der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ist das vom Bundesministerium eingerichtete Servicebüro in Berlin, das seit Januar 2004 bis zum Ende des Jahres 2006 eine kostenlose Beratung beim Aufbau von Bündnissen sowie Unterstützung laufender Arbeitsprozesse anbietet.

Immer mehr Unternehmen erkennen, dass eine familienbewusste Personalpolitik die Effizienz und Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten steigert, das Image verbessert und die Fluktuations-, Wiedereingliederungs- und Krankheitsquoten senkt. Die Familienfreundlichkeit kann so zu einem wirklichen Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen werden. Zu familienfreundlichen Maßnahmen gehören:

- Beratungsangebote für Eltern, Kontakthalte- und Wiedereinstiegsprogramme für Beschäftigte in der Elternzeit,
- Teilzeitangebote, Arbeitszeitflexibilität und -souveränität für Eltern,
- Telearbeit für Beschäftigte in der Elternzeit,
- betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung.

Im bundesweiten Wettbewerb erhöhen gute Lebensbedingungen für Kinder und Eltern die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein, denn qualifizierte Arbeitskräfte beziehen in ihre Entscheidungen für ihren Arbeits- und Wohnstandort die gute Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit immer stärker mit ein.

Zentrale Ziele

Das zentrale Ziel des Projektes zur Ausweitung der „Lokalen Bündnisse für Familien“ ist die Bündelung und Vernetzung vorhandener Ressourcen und fachlicher Kompetenzen, um ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln und zu ermöglichen. Die Einzelziele des Projektes sind:

- die Bedeutung der Familien mehr in das öffentliche Bewusstsein zu rücken,
- die Beratung und Unterstützung von Unternehmen,
- die Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle sowie
- eine familienfreundliche Personalentwicklung,

die auf die Bedürfnisse von Familien Rücksicht nehmen. Weiterhin sollen die lokalen Bündnisse Ansprech- und Beratungspartner für Frauen und Männer sein, die

- nach der Elternzeit den Wiedereinstieg in den Beruf oder
- einen Arbeitsplatz mit familiengerechten Arbeitszeiten suchen oder
- sich weiter oder sich neu qualifizieren möchten.

Eine überbetriebliche Kooperation von Firmen soll die Berufstätigkeit und Qualifizierung von Frauen mit Kindern durch gezielte Beratung fördern. Ergänzt werden soll der Verbund durch einen Familienservice, der den Familien und Firmen eine qualifizierte Kinderbetreuung vermittelt.

Umsetzung

In Anlehnung an die Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ wird empfohlen, mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (z.B. Wirtschaft, Verwaltung, Bildungseinrichtungen) ein Konzept zur Vernetzung vorhandener Ressourcen zu entwickeln.

Partner

Mögliche Partner der „Lokalen Bündnisse für Familien“ können sein:

- das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
- die Landesregierung Schleswig-Holstein,
- Gewerkschaften,
- Industrie- und Handelskammern,
- Die Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord),
- Weiterbildungsträger,

- Kindertagesstätten und
- der Ganztagschulverband Schleswig-Holstein (GGT).

**Bestehende Aktivitäten
und Konzepte zur Vernet-
zung**

Im Folgenden werden bereits bestehende oder in Planung befindliche Aktivitäten in Schleswig-Holstein genannt, die sich zur Vernetzung eignen oder bei der Entwicklung von Beratungsstellen berücksichtigt werden sollten:

- Beratungsstellen „Frau & Beruf“ unter Federführung des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein bei unterschiedlicher Trägerschaft.
- Im Rahmen der im Jahr 2000 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ festgelegtes Zukunftsfeld „Familiengerechte Arbeitsstrukturen“ unter Federführung des Ministeriums für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein.
- „Kursbuch Kinderbetreuung Stormarn“, eine Beratungsstelle in Bad Oldesloe mit dem Förderverein für Arbeit und Bildung in Stormarn e.V. als Träger. Die Beratungseinrichtung der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ wird mit Mitteln des Landes Schleswig-Holstein, der Kommune, des Kreises sowie mit EU-Mitteln gefördert.
- Projekt „Offene Ganztagschulen“; Projekt zur Förderung offener Ganztagschulen in Schleswig-Holstein: Schulen sollen ergänzend zum planmäßigen Unterricht Betreuungs- und Förderangebote, Jugendhilfe und Freizeitangebote anbieten; Träger ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, gefördert durch das „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“.
- „NeuZeit“ mit Sitz in Flensburg ist ein Projekt der Gesellschaft für Arbeitsplatz- und Strukturpolitik (GEFAS), ein Institut der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord). Beratung von Unternehmen bei der Besetzung von Teilzeit- und Mobilzeitstellen sowie arbeitslos gemeldeter Frauen und Männer, die in Teilzeit arbeiten wollen.

Modellprojekte

Als Modellprojekte sind die nachfolgenden Initiativen und Programme zu nennen:

- „Company Kids“ in Hamburg. Kinderbetreuung für Beschäftigte beteiligter Unternehmen in solchen Situationen, in denen die organisierte regelmäßige Betreuung ausfällt. Finanzierung durch unterschiedliche vertraglich beteiligte Unternehmen.
- Deutschlandweit 38 Bündnisse der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Projekt „Familienfreundliche Kommune“ Stuttgart. Ziel ist die Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung familien- und kinderfreundlicher Lebensbedingungen. Mit einem Service-Internetportal sind jederzeit Beispiele aus kommunaler Praxis sowie wichtige Zahlen, Daten und Fakten zugänglich. Das Portal wird betreut von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Die Förderung erfolgt durch das Sozialministerium Baden-Württemberg.

**Finanzierungs-
möglichkeiten**

Eine Finanzierung der Bündnisse wäre möglich durch:

- den Europäischen Sozialfonds,
- das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
- die Landesregierung Schleswig-Holstein,
- die Mitgliedsbeiträge der Unternehmen und
- die Kirchen, Familien- und Wohlfahrtsverbände.

Projektvorschlag 15:**Öffentlicher Diskurs zum Alter(n) in Schleswig-Holstein – Dialog zwischen Generationen fördern, gesellschaftlichen Konflikten vorbeugen****Projektidee**

Es soll eine landesweite Kampagne zum Thema „Alter(n) in Schleswig-Holstein“ initiiert werden, die einem einseitigen Belastungsdiskurs der Folgen einer alternden Gesellschaft entgegenwirkt und das Leitbild eines gesellschaftlich aktiven Alters fördert.

Kurzbeschreibung und sachlicher Kontext

Im Hinblick auf die veränderten Generationenverhältnisse und die soziale Sicherung werden angesichts der alternden Bevölkerung gesellschaftliche Konflikte befürchtet, die sich vor allem um die Umlagefinanzierung der Sozialsysteme ranken werden. Die Diskussion um den demographischen Wandel und die Alterung der Gesellschaft ist von dem Aspekt einer Belastung und von einem negativ akzentuierten Altenbild geprägt.

Es wird daher die Initiierung einer umfassenden öffentlichen Diskussion zum Thema „Alter(n) in Schleswig-Holstein“ vorgeschlagen. Im Mittelpunkt steht dabei, die Potenziale älterer Menschen zur Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufgaben herauszustellen. Ein positives Bild vom Alter mit gesellschaftlich engagierten und aktiven älteren Menschen sollte zu einem Leitbild in Schleswig-Holstein werden. Sowohl Ältere als auch Jüngere sollten dadurch zu einer stärkeren Nutzung der Unterstützungsstrukturen im Land motiviert werden, um ihre Potenziale in die Gesellschaft einzubringen und anderen Generationen zu helfen. Ein öffentlicher Diskurs kann dazu beitragen, das generationenübergreifende Zusammenleben in der Arbeitswelt, im Freizeitbereich und in sozialen Netzwerken zu fördern und eine Wertediskussion über das Alter(n) voranzubringen.

Zentrale Ziele

Zentrale Ziele des Projektes „Öffentlicher Diskurs zum Thema Alter(n) in Schleswig-Holstein“ ist eine Sensibilisierung aller Bevölkerungsgruppen hinsichtlich der Potenziale älterer Menschen und der Chancen und Herausforderungen des Alter(n)s. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema soll helfen

- die Potenziale älterer Menschen herauszustellen, ein vorurteilsfreies Bild über ältere Erwerbspersonen zu erzeugen und ein Leitbild des gesellschaftlich aktiven Alters zu fördern,
- die Nutzung von Unterstützungsmöglichkeiten auszuweiten, die es älteren Menschen ermöglicht, ihre Potenziale in die Gesellschaft einzubringen,
- soziale Spannungen zwischen den Generationen abzubauen, einen rücksichtsvollen Umgang zwischen den einzelnen Altersgruppen zu fördern und die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken,
- generationenübergreifendes Zusammenarbeiten und -leben zu fördern,
- die Gesundheitskompetenz des Einzelnen zu stärken und damit die Leistungsfähigkeit zu erhöhen und
- gute Lebensbedingungen im Alter zu schaffen.

Umsetzung	Es wird vorgeschlagen in Zusammenarbeit von Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (Wirtschaft, Wissenschaft, Soziales) öffentliche Vortragsreihen und Podiumsdiskussionen an Universitäten, Volkshochschulen usw. abzuhalten. Möglich wäre auch die Durchführung einer Aktionswoche „Alter(n) in Schleswig-Holstein“ mit Messecharakter, die Ausschreibung eines landesweiten Wettbewerbes zum Thema bzw. die Kombination dieser Maßnahmen.
Partner	Mögliche Partner des Projektes „Öffentlicher Diskurs über das Alter(n) in Schleswig-Holstein“ könnten sein: ▪ Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein ▪ Universitäten und Fachhochschulen des Landes ▪ Landesseniorenrat Schleswig-Holstein ▪ Schulen und Kindergärten ▪ Krankenkassen ▪ Pflegeeinrichtungen ▪ Verbraucherschutzzentrale Schleswig-Holstein ▪ Feier@bend – Feierabend.com ist mit über 300.000 Besuchern im Monat der größte deutschsprachige Webtreff für die Generation 50plus ▪ Sektion Alter(n) und Gesellschaft – die Arbeitsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Soziologie beschäftigt sich mit dem Themenfeld Alter und Altern ▪ FALL – Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf, eine seit 1985 in Berlin ansässige Forschungsgruppe ▪ DZA – Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V., ein wissenschaftliches Institut für gerontologische Forschung ▪ DZFA – Deutsches Zentrum für Altersforschung an der Universität Heidelberg ▪ Seniorweb Deutschland, www.seniorweb.uni-bonn.de
Bestehende Aktivitäten und Konzepte zur Vernetzung	Bereits bestehende oder in Planung befindliche Aktivitäten in Schleswig-Holstein, die für eine Vernetzung geeignet erscheinen, werden im Folgenden exemplarisch genannt: ▪ „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI), Modellprogramm des BFSFJ in zehn Bundesländern, Erprobung neuer Verantwortungsrollen für Ältere unter der Bezeichnung <i>seniorTrainer</i> ▪ Landesinitiative Bürgergesellschaft (LiBG), Initiative zur Förderung der bürgerschaftlichen Engagements, angesiedelt im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein ▪ „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ ▪ Regionale Projekte „Vermittlung älterer Arbeitnehmer“ des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein ▪ Landesseniorenrat Schleswig-Holstein

Modellprojekte

- Initiative „für mich, für uns, für alle“ 2004 – bundesweiter Wettbewerb mit dem Schwerpunktthema „Jung und Alt“
- www.generationendialog.de – im Rahmen der Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Generationen

6. Ergebnisse und Fazit

Die vorliegende Studie ist Ergebnis eines fünfmonatigen Entwicklungsprozesses. Mit dieser Studie erhält die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein eine aktuelle Aufbereitung der demographischen Entwicklung und seiner Konsequenzen in vier ausgewählten Themenbereichen und Empfehlungen zur Intensivierung der Demographieorientierung der Landespolitik. Die Studie leistet insgesamt sieben Beiträge zur Entwicklung einer demographieorientierten Politik des Landes Schleswig-Holstein:

1. Die statistische Analyse der demographischen Entwicklung für Schleswig-Holstein gesamt.
2. Die vergleichende statistische Analyse der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins (und damit eine Struktur zur Fortschreibung der Ergebnisse für die kommenden Bevölkerungsvorausberechnungen).
3. Die Ermittlung der zentralen Folgen der demographischen Entwicklung für Schleswig-Holstein in den vier Themenbereichen.
4. Die Verdichtung einer Vielfalt von Handlungsoptionen auf zentrale Handlungsfelder, auf die sich die Landesregierung konzentrieren sollte.
5. Die Entwicklung von Handlungsempfehlungen in den Handlungsfeldern.
6. Die Vorstellung von Beispielen bestehender Handlungsansätze in Schleswig-Holstein und außerhalb Schleswig-Holsteins.
7. Die exemplarische Entwicklung von konkreten Maßnahmen und Projekten für eine demographieorientierte Landespolitik.

Diese sieben Beiträge der Studie zur Entwicklung einer demographieorientierten Politik des Landes Schleswig-Holstein machen deutlich, worauf der Schwerpunkt der Studie gelegt ist: die inhaltliche strategische Entwicklung der vier Themenfelder.

6.1 Ergebnisse im Überblick

Die folgenden Übersichten fassen die zentralen Ergebnisse der Studie auf vier Seiten zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse folgt der Grundstruktur der Studie (siehe Kapitel 3.1).

6.1.1 Wirtschafts- und Arbeitswelt – Ergebnisse im Überblick

Zentrale Folgen der demographischen Entwicklung in Schleswig-Holstein
Zentrale Folge 1 : Die Zahl der Personen im Erwerbsalter in Schleswig-Holstein werden durchschnittlich älter sowie ab 2012 weniger. Zentrale Folge 2: Der Fachkräftemangel droht sich zu verschärfen. Zentrale Folge 3: Die Innovations- und ökonomische Leistungsfähigkeit in Schleswig-Holstein sind gefährdet. Zentrale Folge 4: Der Erhalt der Innovations- und Leistungsfähigkeit älterer Erwerbspersonen gewinnt zukünftig für die Wirtschaft an Bedeutung. Zentrale Folge 5: Die wirtschaftliche Nachfragestruktur in Schleswig-Holstein verändert sich aufgrund der im Durchschnitt älter werdenden Bevölkerung und sich verändernder Lebensstile. Zentrale Folge 6: Die Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme ist gefährdet.
Zentrale Herausforderungen für eine demographieorientierte Politik
Herausforderung 1: Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein angesichts einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft Herausforderung 2: Anpassung an die sich wandelnde gesamtwirtschaftliche Nachfragestruktur
Zentrale Handlungsfelder und -empfehlungen für eine demographieorientierte Politik
Handlungsfeld 1: Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials in Schleswig-Holstein durch:
• Verkürzung der Schul- und Studienzeiten • Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zur Deckung der Nachfrage • Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen • Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen • Bessere Integration von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt • Gemeinsame Standortdarstellung von Schleswig-Holstein und Hamburg als ein attraktiver Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte • Ausrichtung bestehender Programme und Aktivitäten des Landes, die u.a. zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung beitragen, auf den demographischen Wandel
Handlungsfeld 2: Qualitätsverbesserung des Humankapitals in Schleswig-Holstein durch:
• Durchgängige Qualitätsverbesserung von Bildung vom Kindergarten bis zur Weiterbildung • Verbesserung der Bedarfsgerechtigkeit von Aus- und Weiterbildung • Investitionen in das Humankapital alternder Belegschaften • Implementierung innovativer Finanzierungsmodelle für Weiterbildung • Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung insbesondere von bildungsfernen Personengruppen wie Menschen mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation, Ausländer und ältere Personen
Handlungsfeld 3: Erhöhung des Kapitaleinsatzes in Schleswig-Holstein durch:
• Prüfung einer Investitionsförderung zur Steigerung der Kapitalbildung mangels Humankapital
Handlungsfeld 4: Branchenspezifische Anpassung an die veränderte Nachfragestruktur in Schleswig-Holstein durch:
• Anpassung der Unternehmen an die sich wandelnde Nachfragestruktur • Nutzung der Wachstumspotenzial in der Zielgruppe 50+ • Schaffung von Rahmenbedingungen für sektorenübergreifende Vernetzung und Organisation des Wissenstransfers bezüglich der steigenden Nachfrage älterer Menschen nach Produkten und Dienstleistungen
Maßnahmen und Projekte im Bereich Wirtschafts- und Arbeitswelt
Projektvorschlag 1: Potenziale nutzen – Deckung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 2: Innovation und Wachstum – kleine und mittlere Unternehmen im demographischen Wandel in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 3: Wachstumspotenziale für den Tourismus – Spezifische Marktforschung über die touristische Zielgruppe „Seniorinnen und Senioren (50+)“ in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 4: „Wirtschaftskraft Alter“ – Wissenstransfer macht Chancen bewusst Projektvorschlag 5: Verbraucherschutz auf neuen Wegen – Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft

6.1.2 Lebenslanges Lernen – Ergebnisse im Überblick

Zentrale Folgen der demographischen Entwicklung in Schleswig-Holstein
Zentrale Folge 7: Ein durchgängig höheres Qualifizierungsniveau der Menschen in Schleswig-Holstein wird notwendig. Dabei rückt berufsbegleitendes Lernen weiter in den Mittelpunkt. Zentrale Folge 8: Mehr Autonomie für die öffentlichen Bildungseinrichtungen, Effizienz- und Qualitätssteigerungen sowie die Ausweitung von Kooperationen („Bildungslandschaften“) im Bildungswesen werden wichtiger.
Zentrale Herausforderungen für eine demographieorientierte Politik
Herausforderung 3: Erhöhung des allgemeinen Qualifizierungsniveaus in Schleswig-Holstein Herausforderung 4: Anpassung des Bildungssystems in Schleswig-Holstein als Voraussetzung für Lebensqualität, Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft
Zentrale Handlungsfelder und -empfehlungen für eine demographieorientierte Politik
Handlungsfeld 5: Ausweitung eines bedarfsgerechten Bildungsangebots in Schleswig-Holstein durch: • Erweiterung des Angebots an Kindertageseinrichtungen und eine stärkere Ausrichtung der Förderung auf neue Ansätze zum lebenslangen Lernen • Qualitätsverbesserung des Angebots an allgemeinbildenden Schulen • Verbesserung des Zugangs von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu weiterführenden Schulen • Modernisierung der Berufsausbildung • Erweiterung der Kapazitäten an Hochschulen für eine höhere Absolventenquote • Stärkung von Bachelor- und Masterstudiengängen für kürzere Studienzeiten und Förderung von wissenschaftlicher Weiterbildung • Erhöhung der Transparenz der Weiterbildungsangebote • Stärkere Fokussierung auf die Weiterbildung von älteren Arbeitskräften
Handlungsfeld 6: Steigerung von Kooperation und Vernetzung der Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein durch: • Interkommunale Kooperation bei der wohnortnahen Schulversorgung • Verbesserung der Durchgängigkeit und Kompatibilität von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten • Vernetzung aller regionalen Akteure im Bildungsbereich und aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen zu integrierten „Bildungslandschaften“
Handlungsfeld 7: Erhöhung der Anzahl von Qualifizierungs- und Weiterbildungsteilnehmenden in Schleswig-Holstein durch: • Förderung der Bildungsbeteiligung insbesondere von Personengruppen wie Kinder aus bildungsfernen Schichten, Menschen mit geringer Qualifikation, Ausländer und ältere Personen • Erhöhung bzw. Erhalt der Transparenz und Flächenabdeckung von Weiterbildungsangeboten • Diskussion und Umsetzung von Finanzierungsvorschlägen für Lebenslanges Lernen
Maßnahmen und Projekte im Bereich Lebenslanges Lernen
Projektvorschlag 6: Altersgerechte Qualifizierungskonzepte für älter werdende Belegschaften in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 7: Lern- und Lebenschancen für Kinder und Jugendliche verbessern – Konzept zur Vernetzung regionaler Akteure zu Bildungslandschaften in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 8: „ProfilPASS“ – Weiterbildungspass mit Zertifizierung informellen Lernens im Weiterbildungsverbund Neumünster-Mittelholstein

6.1.3 Infrastruktur und Lebensumfeld – Ergebnisse im Überblick

Zentrale Folgen der demographischen Entwicklung in Schleswig-Holstein
Zentrale Folge 9: Die suburbanen Verdichtungsräume altern wohingegen sich die Kernstädte relativ verjüngen. Während die Einwohnerzahlen in den Kernstädten bereits zurückgehen, müssen sich auch die Umlandgemeinden und die ländlichen Räume auf den Rückgang ihrer Bevölkerung einstellen. Zentrale Folge 10: Die wirtschaftlichen Tragfähigkeitsprobleme in der flächendeckenden Versorgung verstärken sich. Zentrale Folge 11: Der Gesundheitsbereich steht unter verstärktem Effizienzdruck und muss das Angebot an eine alternde Bevölkerung anpassen („Geriatrisierung“ der Gesundheitsversorgung). Zentrale Folge 12: Die Nachfrage nach Wohnraum nimmt langfristig ab. Die Bedeutung altengerechter Wohnformen wird steigen. Zentrale Folge 13: Die Nachfrage nach ÖPNV wird langfristig zurückgehen. Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird insbesondere im ländlichen Raum geringer, während der Individualverkehr verhältnismäßig zunimmt. Zentrale Folge 14: Der Wettbewerb der Regionen und Kommunen um Arbeitskräfte und Unternehmen wird zunehmen.
Zentrale Herausforderungen für eine demographieorientierte Politik
Herausforderung 5: Sicherstellung und nachfrageorientierte Anpassung von Infrastruktur und Versorgungsleistungen in Schleswig-Holstein Herausforderung 6: Erhalt der Attraktivität schleswig-holsteinischer Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum
Zentrale Handlungsfelder und -empfehlungen für eine demographieorientierte Politik
Handlungsfeld 8: Effizienzsteigerung und Kooperation bei privaten und öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten in Schleswig-Holstein durch: • Anpassung des Zentrale-Orte-Systems • Integrierte Raum- und Verkehrsplanung • Anpassung der Schulentwicklungsplanung • Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit • Ausweitung von Public-Private-Partnership • Effizienzsteigerung bei öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen insbesondere durch Einsatz von IuK-Technologien und die Mehrfachnutzung von Infrastruktureinrichtungen • Verwaltungsreform
Handlungsfeld 9: Anpassung der Infrastruktur an die Nachfrageveränderung in Schleswig-Holstein insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und Verkehr durch: • Ausrichtung der Infrastruktur auf die Nachfrageveränderung sowohl im Hinblick auf ältere Menschen als auch der Unterstützung von Familien • Verstärkte Berücksichtigung geriatrischer Aspekte im Gesundheitsbereich und geriatrische Fort- und Weiterbildung • Anpassung der Wohnungs- und Städtebauförderung an den demographischen Wandel • Bevorzugung der Bestandserhaltung und Modernisierung von Wohnraum vor Neubau • ÖPNV-gerechte Planung von Wohn- und Versorgungseinrichtungen • Flexible und nachfrageorientierte öffentliche Verkehrsangebote in der Fläche
Handlungsfeld 10: Regionalspezifische Nutzung von Chancen und Minderung von Risiken des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein durch: • Zuzug junger Menschen und Familien • Zuwanderung von Seniorinnen und Senioren • Anpassung des touristischen Angebots • Regionale Ausweitung und Anpassung der Gesundheitsbranche
Maßnahmen und Projekte im Bereich Infrastruktur und Lebensumfeld
Projektvorschlag 9: Entscheidungsqualität erhöhen - Nachhaltige regionale Entwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels am Beispiel der Region Preetz und Umland Projektvorschlag 10: Zukunftsstrategien benötigen Input - Erstellung einer Datenbank für die Untersuchung der Auswirkung des demographischen Wandels am Beispiel des Kreises Dithmarschen Projektvorschlag 11: Workshop der Raumplanung zum Thema demographischer Wandel in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 12: Neue soziale Wohngruppenprojekte - eine Workshopreihe zur Entwicklung von Umsetzungsszenarien Projektvorschlag 13: Untersuchung der Rahmenbedingungen für ein „erfolgreiches Altern“ der Bevölkerung „50+“ in Schleswig-Holstein

6.1.4 Gesellschaftliches Leben – Ergebnisse im Überblick

Zentrale Folgen der demographischen Entwicklung in Schleswig-Holstein
Zentrale Folge 15: Die Anforderungen an die Wirtschaft und die Gesellschaft in Schleswig-Holstein im Bereich der Familienfreundlichkeit werden steigen. Zentrale Folge 16: Im Zuge der Verschiebung des Generationenverhältnisses zugunsten ältere Menschen können sich Generationenkonflikte verschärfen. Zentrale Folge 17: Die Zuwanderung von Hochqualifizierten gewinnt vor dem Hintergrund eines drohenden Fachkräftemangels in Schleswig-Holstein an Bedeutung. Die Integration von Migrantinnen und Migranten wird auch für eine Steigerung der Attraktivität Schleswig-Holsteins für Hochqualifizierte Zuwanderer an Bedeutung gewinnen.
Zentrale Herausforderungen für eine demographieorientierte Politik
Herausforderung 7: Erhöhung der Geburtenrate in Schleswig-Holstein Herausforderung 8: Stärkung des Zusammenlebens der Generationen und der gesellschaftlichen Integration in Schleswig-Holstein
Zentrale Handlungsfelder und -empfehlungen für eine demographieorientierte Politik
Handlungsfeld 11: Erhöhung Familienfreundlichkeit in Schleswig-Holstein durch: • Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit Kindertagesplätzen in allen Regionen Schleswig-Holsteins • Ausweitung der Angebote für Kinder unter drei Jahren • Flexible Gestaltung der Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen • Förderung einer familienfreundlichen Personalpolitik • Ausweitung „lokaler Bündnisse für Familie“ im Land
Handlungsfeld 12: Stärkung des Zusammenlebens der Generationen durch: • Förderung des Dialogs zwischen den Generationen und eines positiven Bildes vom Alter in Schleswig-Holstein • Unterstützung zur besseren Integration der Potenziale älterer Menschen • Verstärkung der politischen Beteiligung aller Altersgruppen • Gestaltung von generationsübergreifenden Wohn- und Lebensräumen
Handlungsfeld 13: Verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein durch: • Förderung der Akzeptanz von Zuwanderung in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und der Integration von Migrantinnen und Migranten • Erhöhung der Attraktivität Schleswig-Holsteins für hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten
Maßnahmen und Projekte im Bereich Gesellschaftliches Leben
Projektvorschlag 14: Ausweitung der „Lokalen Bündnisse für Familien“ in Schleswig-Holstein Projektvorschlag 15: Öffentlicher Diskurs zum Alter(n) in Schleswig-Holstein – Dialog zwischen Generationen fördern, gesellschaftlichen Konflikten vorbeugen

6.2 Fazit

Die in der Studie aufgezeigten zentralen - zum Teil unerwünschten - Folgen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein sind nicht zwangsläufig. Dass sie so auftreten ist eher unwahrscheinlich, denn alle Entwicklungen haben nur eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit, wenn es zu keinen Verhaltensänderungen bei den handelnden Personen und Organisationen kommen wird. Damit ist nicht zu rechnen. Zudem wird es bei der Änderung der Nachfragestrukturen zu Preisänderungen, Innovationen und damit zu neuen Produkten und Dienstleistungen kommen, wenn sich die durch die demographische Entwicklung bedingten Knappheitsrelationen zukünftig verändern werden. Der Staat hat in diesem Bereich für die notwendigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sorgen. Diese Bedingungen sind jedoch nur in geringem Maße von der Landesregierung direkt steuerbar.

Genauso ist in Frage zu stellen, ob die statistischen Bevölkerungsprognosen überhaupt so eintreten, denn sie stehen unter bestimmten Annahmen. Die Prognosen sollen die handelnden Personen auffordern, die Bedingungen, die zum Eintreten dieser Annahmen führen, zu verändern.

Ohne Veränderungen im Handeln - nach dem Prinzip „weiter so“ - wird es jedoch negative Auswirkungen für Wachstum und Wohlstand in Schleswig-Holstein geben. Dass es allerdings zu notwendigen Verhaltensänderungen kommen wird, ist absehbar. Schon heute gibt es in Schleswig-Holstein Aktivitäten, die helfen werden, der demographischen Herausforderung zu begegnen. Auf einige der Aktivitäten haben die Autoren an den entsprechenden Stellen dieser Studie hingewiesen.

Problemlagen nicht neu - Handlungszwänge nehmen zu

Viele der in der Studie aufgezeigten Handlungsfelder und -empfehlungen sind bekannt. Sei es die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen oder die bessere Integration von Erwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt. All diese Ziele stehen seit vielen Jahren auf der politischen Agenda. Sie verfolgen im Grundgesetz festgeschriebene Rechte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder das im Stabilitätsgesetz festgeschriebene wirtschaftspolitische Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes (Vollbeschäftigung). Auch viele andere in der Studie vorgestellten Handlungsempfehlungen sind bekannt und werden in Teilen bereits umgesetzt.

Was sich jedoch verändert hat und sich durch den demographischen Wandel weiter verstärken wird, ist der Zwang zum Handeln. Dieses Bewusstsein ist in Schleswig-Holstein zum Teil noch unterentwickelt. So teilten sich im Hinblick auf ihr Problembewusstsein auch die befragten Personen dieser Studie in zwei Gruppen. Bei einer Gruppe von Personen ist das Thema auf ein hohes Interesse gestoßen. Die Notwendigkeit, sich mit den Folgen auseinander zu setzen, war ihnen sehr bewusst. Diese Personen begrüßten, dass das Thema in Schleswig-Holstein zunehmend in die Wahrnehmung der politisch Handelnden gelangt und betonten die Notwendigkeit das Thema als Ganzes - aber auch hinsichtlich ihrer spezifischen Fragestellungen - weiter zu entwickeln.

Eine andere Gruppe hat zwar die Problematik grundsätzlich erkannt, den Handlungsdruck aber nicht als hoch empfunden. Sicher ist die Notwendigkeit zum Handeln auch nicht für alle Organisationen und Probleme gleich stark, aber dass das für die Reaktionen benötigte Zeitfenster oft sehr klein ist, macht dieses Beispiel deutlich: Folgt man den heutigen Prognosen, wird es ab dem Jahr 2015 in Schleswig-Holstein einen deutlich zunehmenden Nachfrageüberhang nach hochqualifizierten Hochschulabsolventen geben. Bereits heute muss man dieser Entwicklung begegnen, denn viel Zeit bleibt nicht. Das wird deutlich, insbesondere wenn man die drei- bis sechsjährigen Ausbildungszeiten, eine Phase von ein bis zwei Jahren zur Gewinnung von mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmern, eine ein- bis zweijährige Phase zur Konzeption einer Strategie und eine notwendige Entscheidungsphase bedenkt (vgl. IfR, 2004).

Auch dieses Beispiel zeigt, dass der demographische Wandel in Schleswig-Holstein im Wesentlichen nicht die Problemlagen verändert. Was sich verändert ist:

1. **der Zwang zu Handeln**
So steigt der Handlungszwang z.B. im Bereich der Reform der Sozialsysteme, in der Notwendigkeit der Erreichung eines langfristigen, stabilen Wachstumspfad und in der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
2. **der Grund des Handelns**
So ist die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen und die Verbesserung der Kinderbetreuung nicht mehr allein ein Gleichstellungsthema, sondern auch ein Thema für mehr Wachstum.
3. **die Notwendigkeit zu einer erhöhten Wirksamkeit des Handelns**
So kann ein Scheitern eines Reformvorhabens aufgrund der Bedeutung Folgen haben, die nur unter großen Lasten wieder zu kompensieren sind.

Chance zur Modernisierung von Strukturen in Schleswig-Holstein

Wie in der Studie an vielen Punkten beschrieben, erfordert der demographische Wandel zum Teil auch neue Strukturen im Bereich der Bildung und Weiterbildung, der sozialen Infrastruktur oder auch der Arbeitsmarktpolitik. Die Entwicklung neuer Strukturen bzw. die Änderung bestehender Strukturen ist eine der großen Chancen, die der demographische Wandel mit sich bringt. Für bestimmte Reformvorhaben, die bisher politisch nicht durchzusetzen waren, entstehen neue Realisierungschancen. So hat das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend zu verbessern, angesichts der demographischen Entwicklung in der politischen Zielpyramide deutlich an Priorität gewonnen. Die Projekte im Bereich der offenen Ganztagschulen in Schleswig-Holstein zeigen, dass es in sehr kurzer Zeit möglich ist, grundlegende Strukturveränderungen vorzubereiten und zu erproben, wenn die gesellschaftlichen Entwicklungen es erfordern und die öffentliche Akzeptanz gegeben ist.

Demographieorientierte Politik ist Standortpolitik

Die Nähe zu Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die Investition in Bildung und Forschung, die Verfügbarkeit öffentlicher Fördermittel, die Nähe zu Verkehrsinfrastrukturen (Flughäfen, Bahnhöfe, Autobahnanschlüsse, etc.) die Höhe der Arbeitskosten, die Zahl der Patentanmeldungen, die Produktivität von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder die Lebensqualität sind einige der Standortfaktoren, die im regionalen Wettbewerb Standortentscheidungen beeinflussen. Angesichts des demographischen Wandels und den in dieser Studie aufgezeigten zentralen Folgen - wie die Gefährdung der Innovationsfähigkeit oder der sich abzeichnende starke Mangel an Arbeitskräften - wird eine demographieorientierte Politik für die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins in den nächsten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Standortfaktoren wie die relative Höhe des Geburtenüberschusses, die Höhe der Frauenerwerbsquote, eine überdurchschnittlich gute Schüler-je-Lehrer Relation werden wichtiger. Eine Region, die sich mit dem demographischen Wandel aktiv auseinandersetzt, für negative Folgen Lösungen findet und sie ihren Bürgerinnen und Bürgern und ihren Unternehmen anbietet, wird an Attraktivität gewinnen. Eine systematische und konsequente demographieorientierte Politik, die Zukunftschancen und Perspektiven für die Menschen und Unternehmen bietet, wird für Schleswig-Holstein notwendig sein, um auch mittelfristig als Arbeits- und Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein.

Dazu gehören insbesondere auch Angebote, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser ermöglichen als bisher. Regionen, die ihren Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bereich mehr zu bieten haben als andere Regionen, werden nachgefragt werden. Schleswig-Holstein kann mit dem Argument gut ausgebildeter Frauen und Männer auch mehr Unternehmen anziehen. Eine konsequente

demographieorientierte Politik, die zu mehr und besser ausgebildeten Menschen führt, wird auch eine Stärkung der Anziehungskraft auf Unternehmen mit sich bringen.

Problembewusstsein fördern und Umsetzungshilfen anbieten

Da eine ganze Reihe von Folgen des demographischen Wandels bereits heute absehbar sind, sehen die Autoren zwei zentrale Querschnittsaufgaben auf Landesebene für die Zukunft:

1. Die Entwicklung eines Problembewusstseins.
2. Die Entwicklung eines Angebotes und des Transfers von Informationen und Lösungen.

Diese beiden Aufgaben müssen parallel entwickelt werden, je nachdem, ob ein Problembewusstsein vorhanden oder nicht vorhanden ist. Denn der Fehler sollte nicht gemacht werden, zu einem Zeitpunkt über Lösungen zu diskutieren und Maßnahmen einzuleiten, zu dem sich die Betroffenen und Beteiligten noch längst nicht einig sind, worin das Problem besteht bzw. ob es überhaupt besteht.

Wenn das Bewusstsein vorhanden ist, müssen den Personen und Organisationen in Schleswig-Holstein auch Perspektiven gegeben werden, dies kann in Form von Best-Practice-Beispielen, Unterstützungsstrukturen und Informationen zur Verfügung gestellt werden. Die Landespolitik muss dabei deutlich machen, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Handlungsbedarf besteht und wie sich die Vorhaben in die Zukunftsstrategie des Landes einfügen.

Der demographische Wandel ist ein Querschnittsthema, das Konsequenzen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen Schleswig-Holsteins haben wird. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind damit auch gefordert, sich mit dem demographischen Wandel in den eigenen Gestaltungsfeldern auseinander zu setzen und den demographischen Faktor bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen. Bei der Umsetzung der Maßnahmen und Projekte sollten in erster Linie dezentrale Verfahren zum Einsatz kommen. Eine politische Gesamtsteuerung des Prozesses durch eine organisatorische Einheit wird nicht empfohlen.

Ein originäres Interesse der Landespolitik muss die Sicherstellung einer Transparenz sein, wie und von wem der demographische Wandel in seinen Entwicklungskonzepten und Aktivitäten in Schleswig-Holstein Berücksichtigung findet. Die hohe Bedeutung des Themas erfordert eine enge Koordination, um die laufenden Aktivitäten zu sammeln und den Transfer von Lösungen in einem ersten Schritt (z.B. der Anbahnung von Kontakten) zu unterstützen.

Die Zukunftsstrategie des Landes ist mit der Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ definiert worden. Dem Ziel dieses Politikansatzes: eine nachhaltige Entwicklung Schleswig-Holsteins zu verfolgen und den dort formulierten Leitgedanken (wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit und eine Stabilisierung der ökologischen Systeme) entsprechend zu handeln, müssen sich alle Strategien und Aktionen einer demographieorientierten Politik für Schleswig-Holstein unterordnen.

Literaturverzeichnis

Nicht jede Literaturstelle ist auch im Text zitiert, da die Literatur zum Teil nur den allgemeinen Informationshintergrund gebildet hat.

Literatur

- | | |
|---|--|
| Akademie für ländliche Räume Schleswig-Holsteins e.V. (ALR) | „Dokumentation der Auftaktveranstaltung zum Thema Demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein und ihre Konsequenzen“, Eckernförde, 2003 |
| Arnds, P. & Bonin, H. | „Gesamtwirtschaftliche Folgen demographischer Alterungsprozesse“, in: Herfurth, M. (Hrsg.), et al., „Arbeit in einer alternden Gesellschaft Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbsituation Älterer“, Leverkusen, 2002, S. 131-177 |
| Beck-Gernsheim, E. | „Apparate pflegen nicht. Zur Zukunft des Alters“, in: Klose, H.-U. (Hrsg.), „Altern der Gesellschaft“, Köln, 1993 |
| Berlin Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Berlin Institut) | „Deutschland 2020, die demographische Zukunft der Nation“, v. Kröhnert, S., van Olst, N., Klingholz, R., 2004 |
| Bertelsmann Stiftung | „Strategien gegen den Fachkräftemangel. Bd.1: Internationaler Vergleich“, Gütersloh, 2002 |
| Bertelsmann Stiftung | „Strategien gegen den Fachkräftemangel. Bd.2: Betriebliche Optionen und Beispiele“, Gütersloh, 2002 |
| Bertelsmann Stiftung | „Die demographische Bedrohung meistern“, Gütersloh, 2003 |
| Beyer, L. et al. | „Soziodemographischer Wandel, Triebkraft für die Entwicklung neuer Dienstleistungen“, in: Bosch, G. et al. (Hrsg.): „Die Zukunft von Dienstleistungen, ihre Auswirkungen auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität“, 2002, S. 140-161 |
| Birg, H. | „Die demographische Zeitenwende“, München, 2001 |
| Block, H.-J. | „Dithmarschen 2015. Gedanken zur Entwicklung an der Westküste“, Vortrag, Heide, 10.09.2003 |
| Born, A. & Hübner, M. | „Zielgruppe Senioren: Chancen und Perspektiven für die Tourismusbranche“, Graue Reihe des Instituts für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen, 2000 |
| Born, A. et al. | „Tourismus in einer alternden Gesellschaft – Abschlußbericht“, Gelsenkirchen, 2000 |
| Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) | „Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum - von europäischen Erfahrungen lernen?“ Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, 2003 |
| Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung | „Bevölkerung. Fakten, Trends, Ursachen, Erwartungen“, Wiesbaden, 2000 |
| Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) | „Zukunftsreport demographischer Wandel, Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft“, Bonn, 2000 |
| Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) | Zweiter Altenbericht der Bundesregierung: Wohnen im Alter, Berlin, 2001 |
| Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) | „Vierter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger - unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen“, Berlin, 2002 |

- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“, Berichtes der Kommission - Kurzfassung, Berlin, 2003
- Bundeszentrale für politische Bildung „Informationen zur politischen Bildung: Bevölkerungsentwicklung“, München, 1988
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) „Zukunft von Bildung und Arbeit“, Heft 104, Bonn, 2001
- Clemens, W. et al. „Alter(n) und Erwerbsarbeit - Probleme und Potenziale in einem Gesellschaftlichen Spannungsfeld“, in: Herfurth, M. et al. (Hrsg.), „Arbeit in einer alternden Gesellschaft – Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbssituation Älterer“, Leverkusen, 2003
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Die demografische Herausforderung“, Frankfurt (Main), Juli 2002
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Demografie Spezial“, Frankfurt (Main), 2003
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Bildungspolitik für Beschäftigte und Wachstum“, Frankfurt (Main), 2003a
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Deutsches Wachstumspotenzial: Vor der demographischen Herausforderung“, Frankfurt (Main), 2003b
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Auf dem Prüfstand der Senioren“, Frankfurt (Main), Juli 2003c
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Demografie lässt Immobilien wackeln“, Frankfurt (Main), 2003d
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Alterung, deutsche Renditeentwicklung und globale Kapitalmärkte“, Frankfurt (Main), 2003e
- Deutsche Bank Research (DB Research) „Demographische Entwicklung verschont öffentliche Infrastruktur nicht“, Frankfurt (Main), April 2004
- Deutscher Bundestag „Schlussbericht der Enquête-Kommission: Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Drucksache 14/8800, Berlin, 2002
- Deutscher Bundestag „Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland“, Drucksache 14/8822, Berlin, 2002
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) „Senioren auf Reisen. Touristischer Wachstumsmarkt Nr. 1“, Bonn, 1997
- Esch, K. et al. „Kinderbetreuung: Ganztags für alle? Differenzierte Arbeitszeiten erfordern flexible Angebote“, IAT Report, Ausgabe 9, Gelsenkirchen, 2002
- Feindt, P. H. „Zukunft des ländlichen Raums“, in: „Zukunftskonferenz im Kreis Plön. Der Kreis – eine administrative Einheit mit Zukunft?“, Dokumentation, Schönberg, 2000, S. 41-55
- Foders, F. „Demographie und Bildung: Gehen uns die Qualifizierten aus? Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das deutsche Bildungssystem“, Kieler Arbeitspapiere Nr. 1003, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 2000
- Foders, F. „Bildungspolitik für den Standort D“, Kieler Studien 311, Kiel, 2001

- Foders, F. „Bildungspolitik für Beschäftigung und Wachstum“, in: „Deutsche Bank Research: Mehr Wachstum für Deutschland“, Heft 10, Frankfurt (Main), 2003
- Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (FfG) / Institut für Arbeit und Technik (IAT) / Institut für angewandte Sozialforschung GmbH (in-fas) „Einkommenssituation und -verwendung älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen“, o.O., 2002
- Forum Bildung in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission (Forum Bildung) „Kompetenzen als Ziele von Bildung und Qualifikation. Bericht der Expertengruppe des Forum Bildung“, Bonn, 2001
- Forum Bildung in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission (Forum Bildung) „Empfehlungen und Einzelergebnisse des Forum Bildung“, Bonn, 2002
- Friedrich, K., Narten, R., Winter, H.-P. „Wohn- und Lebensräume älter werdender Menschen im Wirtschaftsraum Rendsburg, o.J., o.O.
- Fuchs, J. „Das IAB-Erwerbspersonenpotential“, in: INEFES, SÖSTRA (Hrsg.), „Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel“, Frankfurt (Main), New York, 1998, S. 111-132
- Fuchs, J. „Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise“, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): „IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Beitr. AB 250, 2002, S. 79-94.
- Fuchs, J. „Demographische Alterung und Arbeitskräftepotenzial“, Lauf, 2003
- Grömling, M. „Wirtschaftswachstum“, in: „Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels“, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2004, S. 67-96.
- Hailbronner, K. „Reform des Zuwanderungsrechts Konsens und Dissens in der Ausländerpolitik“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Berlin, 2001
- Heinze, R., Eichener, V., Naegele, G., Bucksteeg, M., Schauerte, M. Neue Wohnung auch im Alter. Folgerungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft Hg. v. d. Schader-Stiftung, Darmstadt, 1997
- Hoff, A. „Die Entwicklung sozialer Beziehungen in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse des Alterssurveys 2002“, Berlin, 2003
- Hummel, K. „Öffnet die Altenarbeit. Zur sozialen Infrastruktur gemeinwesenorientierter Altenarbeit“, in: Klose, H.-U. (Hrsg): „Altern der Gesellschaft“, Köln, 1993, S. 213-228
- Industrie- und Handelskammer zu Lübeck (IHK Lübeck) „Chancen nutzen: Standortfaktoren im Kreis Segeberg optimieren“, Lübeck, 2003
- Infratest Sozialforschung „Weiterbildung in Schleswig-Holstein“, Abschlussbericht, München, 2002
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (IM) „Raumordnungsbericht 2003“, Kiel, 2003
- Institut Arbeit und Technik „Memorandum: Wirtschaftskraft Alter“, Dortmund und Gelsenkirchen, 1999

- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, (IW Köln) „Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels“, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2004a
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, (IW Köln) „Demographische Entwicklung. Älter werden ohne alt auszusehen“, Anlage zu: Direkt – Presseinformationen aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft, Jg. 30, Nr. 11, Köln, 2004b
- Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (IPN) „Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Schleswig-Holstein“, Göttingen, 2002
- Institut für Regionalforschung der Universität Kiel (IfR) „Qualifikation und Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein / Hamburg“, Kiel, 2004
- Institut für Soziologie der Johannes-Gutenberg-Universität zu Mainz „Auswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein“, Mainz, 1993
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2015, im Auftrag des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein, 2002
- Kirsch, J. „Senioren – Marktsegment der Zukunft“ in: Rabe, C. et al. (Hrsg.), Betriebswirtschaftliches Schriftenblatt 156, „Zukunftsperspektiven des Marketing – Paradigmenwechsel und Neuorientierung“, Berlin, 2003, S.181-196
- Klös, H., Kroker, R., „Perspektive 2050: Ordnungsökonomische Weichenstellungen und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf“, in: „Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels“, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2004, S. 391-415
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (Kommission Zuwanderung) „Zuwanderung gestalten. Integration fördern“, Berlin, 2001
- Landesinitiative Seniorenwirtschaft „Japanische Senioren/innen als neue Zielgruppe für die nordrhein-westfälische Tourismuswirtschaft: Chancen und Herausforderungen“ Gelsenkirchen, 2002
- Landesregierung Schleswig-Holstein „Nachhaltigkeitsstrategie Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“, Kiel, 2004
- Letablier, M.-T. „Kinderbetreuungspolitik in Frankreich und ihre Rechtfertigung“ in: „WSI Mitteilungen“, Düsseldorf, 2002
- Mai, R. „Die Alten der Zukunft. Eine bevölkerungsstatistische Datenanalyse“, in Band 32: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, 2003
- Mendius, H. G. „Das Handwerk und seine Beschäftigten – Verlierer des demographischen Umbruchs?“, in Band 3-4 „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Bonn, 2001
- Mensing, K. „Lebensqualität ein Leben lang. Wirtschaftsentwicklung und Infrastrukturanpassung unter neuen demographischen Vorzeichen. Seniorenorientierter Wirtschaftsraum K.E.R.N. – Voraussichtliche Wirkungen und Chancen des demographischen Wandels“, Hamburg, 20. Januar 2004
- Meyer, H. „Der Kreis – Eine politisch-administrative Einheit mit Zukunft?“, in: „Zukunftskonferenz im Kreis Plön. Der Kreis – eine administrative Einheit mit Zukunft?“, Dokumentation, Schönberg, 2000, S. 32-40
- Meyer-Hentschel, G. et al. „Chancen durch ältere Mitarbeiter in Betrieben“, in: Verheugen, G. (Hrsg.), „60 plus – die wachsende Macht der Älteren“, Köln, 1994, S. 118-130

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (MBWFK)	„Schulentwicklungsplanung“ Kabinettsvorlage Nr. 103/2003, Kiel, 2003a
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (MBWFK)	„Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein – Erfolgsbilanz und Perspektiven“, Kiel, 2003b
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (MBWFK)	„Bildung und Erziehung stärken. Kindergärten und Schulen in Schleswig-Holstein zwei Jahre nach PISA – Bilanz und Perspektiven“, Kiel, 2004
Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (MJF)	„Frauen in Schleswig-Holstein. Zahlen – Daten – Fakten 2003“, Kiel, 2004
Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (MLR)	„Bevölkerungsvorausberechnung bis 2015 für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein“, Kabinettsvorlage Nr. 89/2000, Kiel, 2000
Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (MLR)	„Marktanalyse: Schleswig-Holstein-Tourismus“, Kiel, 2001
Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (MLR)	„Tourismuskonzeption Schleswig-Holstein: „Natürlich erfolgreich“, Kiel, 2002
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein (MSGV)	„Presseinformation: Fachtagung zum Thema medizinische Versorgung älterer Menschen nach Einführung der Fallpauschalen“, Kiel, 2004
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (MWAV)	„Weiterbildung in Schleswig-Holstein“ Abschlussbericht und Tabellenband zur repräsentativen Ländererhebung im Rahmen des Berichtssystems Weiterbildung VIII, München, 2002
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (MWAV)	„Wirtschaftsbericht 2003“, Kiel, 2003a
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (MWAV)	„Landesverkehrsprogramm, Perspektive für Schleswig-Holstein“, Kiel, 2003b
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (MWAV)	„Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2002“, Kiel, 2004
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Schleswig-Holstein (MWAV)	„Konzept der Landesregierung Schleswig-Holstein. Weiterbildung im Kontext des lebenslangen Lernens“, Kiel, 2003c
Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (MWAV)	„Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein“, Dokumentation des Workshops am 8. November 1999, Kiel, 2000
Ministerium für Wirtschaft, Technologie, und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (MWAV)	„Die Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein“, Kiel, 2000

- Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels“, in: BBR, „Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen?“ Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, 2003, S. 734-736
- Münz, R. „Geregelte Zuwanderung: Eine Zukunftsfrage für Deutschland“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Berlin, 2001
- Nickel, V. „Das vergilbte Bild der Älteren in der Werbung“ in: Verheugen, G. (Hrsg.), „60 plus – die wachsende Macht der Älteren“, Köln, 1994, S.107-118
- Pohlmann, S. „Altern gestalten – konstruktive Antworten auf Fragen der Bevölkerungsentwicklung“, in Band 28: „Beiträge zur sozialen Gerontologie, Sozialpolitik und Versorgungsforschung“, 2003
- Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein „Konzept zur Kriminalitätsverhütung. Kriminalprävention für Seniorinnen und Senioren“, Kiel, 2003
- Röhl, K.-H. „Räumliche Entwicklung“, in: „Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels“, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2004, S. 321-344.
- Roloff, J. „Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands“, in: „Materialien zur Bevölkerungswissenschaft“, Heft 100, Wiesbaden, 2000
- Ruppert, K., Schaffer, F. „Zur Konzeption der Sozialgeographie“ in: Geographische Rundschau“, Nr. 21/1969, 1969, S. 205-214
- Rürup, B. „Politische Konsequenzen der Bevölkerungsalterung“, in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Baden-Baden, 2000
- Schäfer, H., Seyda, S. „Arbeitsmärkte“, in: „Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels“, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2004, S. 97-120
- Schleswig-Holsteinischer Landtag (Hrsg.) „Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein“, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2075, Kiel, 2002
- Schmäl, W., Ulrich, V. „Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen“, Tübingen, 2001
- Schmid, J. „Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Berlin, 2001
- Siebert, H. „Der Kobra-Effekt: Wie man Irrwege aus der Wirtschaftspolitik vermeidet“, Stuttgart und München, 2001
- Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein „Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein 1998“, Kiel 1998
- Statistisches Bundesamt „10. Koordinierte Vorausberechnung für Deutschland“, Variante 5, elektronisch übermittelte Daten, Wiesbaden, 2003a
- Statistisches Bundesamt „Bevölkerung Deutschlands bis 2050: 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (KBV), Wiesbaden, 2003b
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Statistisches Landesamt) „Bevölkerungsvorausberechnung Schleswig-Holstein, Planungsräume, Kreise und kreisfreie Städte“, 2000a
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Statistisches Landesamt) „Voraussichtliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bis zum Jahr 2015 und modellhafte Vorausberechnung von 2016 bis 2050“, Kiel, 2000b
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Statistisches Landesamt) „Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 2003“, Kiel, 2003

- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Statistisches Landesamt) „10. Koordinierte Vorausberechnung für Schleswig-Holstein“, untere Variante, Kiel, 2004
- von Mutius, A. „Verfassungs- und Verwaltungsrecht in Schleswig-Holstein“, 14. Auflage, Kiel, 2002
- Wöhlcke, M. „Grenzüberschreitende Migration als Gegenstand internationaler Politik“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Berlin, 2001
- Wolf, J. „Schleswig-Holstein und die Standortwahl und Standortkriterien deutscher Großunternehmen“, Manuskripte aus den Instituten der Betriebswirtschaftslehre der Universität Kiel Nr. 580 (2004), 2004

Internetrecherche

- Arbeit und Innovation im demographischen Wandel (arbid) 26.04.2004, „arbid - Arbeit und Innovation im demographischen Wandel“
<http://www.arbid.de>
- Ärztammer Schleswig-Holstein 25.6.04, „Statistisches Taschenbuch Gesundheit 2000“
<http://www.aeksh.de/shae/200011/h00b063a.html>
- Bertelsmann Stiftung 12.04.04, „Neue Strategien gegen den Fachkräftemangel“,
<http://www.bertelsmann-stiftung.de/medien/pdf/ACFQCsYud.pdf>
- Brüning, G. 27.04.2004, „Lebenslanges Lernen und Benachteiligung in der Weiterbildung“,
<http://www.lifelonglearning.de/07%20Text%20Br%Fcning.pdf>
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 16.02.2004, „Der demographische Wandel und seine Wohnungsmarktrelevanz“,
http://www.vhw-online.de/forum/content/200303_480.pdf
- Bundesinnenministerium 23.04.2004, „Raumordnungsgesetz (ROG)“,
<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/rog>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 29.04.2004, Pressemitteilung vom 29.04.2004, „Familienfreundlichkeit im Betrieb ist gefragt“,
<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=18046.html>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 28.04.2004, Pressemitteilung vom 21. April 2004, „Deutschland muss familienfreundlicher werden“,
<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=17898.html>
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 24.03.2004, „Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern“,
<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/gleichstellung,did05152.html>
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 19.04.2004, „Deutschland braucht mehr Kinder – Ein Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik“,
<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/deutschland-braucht-mehr-kinder,property=pdf.pdf>

- Bundeszentrale für politische Bildung 11.02.2004, „Föderalismus in Deutschland“ (Heft 275),
http://www.bpb.de/publikationen/T00DMQ,0,0,Politikverflechtung_im_kooperativen_F%F6deralismus.html
- Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung 13.2.2004, „Heft 88 Lebenslanges lernen“,
<http://www.blk-bonn.de/papers/heft88.pdf>
- Deutscher Bundestag und Bundeszentrale für politische Bildung 06.02.2004, „Szenarien zur Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials in Deutschland“,
http://www.bundestag.de/dasparlament/2001/08/Beilage/2001_8_004_4554.html
- Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ 05.06.03, „Auf dem Weg zur Finanzierung Lebenslangen Lernens“
http://www.lifelonglearning.de/ebene2/veroeffentlichungen/index_veroeffentlichungen.html
- Familienservice GmbH 22.02.2004, „Ein Herz und eine Seele“,
<http://www.familienservice.de/detail.php?artikelid=666>
- Fels, G. 22.04.2004, „Mehr Wachstum durch ein besseres Bildungssystem“,
<http://www.iwkoeln.de/default.aspx?p=contenthigh&i=16801>
- Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein 17.06.2004, „Finanz-Staatssekretär Uwe Döring: PPP ein wichtiger Faktor um den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein zu festigen“, Presseinformation
http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/PDF/ppp_fm_040226.property=pdf.pdf
- Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) 07.05.04, „12-Punkte-Plan des FiBS: Anforderungen an das Bildungssystem im demografischen Wandel“, Pressemitteilung 06.05.2004, Köln
http://www.fibs-koeln.de/presse_060504.html
- Fuchs, J., Thon, M. 02.04.2004, „Wie viel Potenzial steckt in den einheimischen Personalreserven?“,
<http://www.doku.iab.de/kurzber/2001/kb1501.pdf>
- Gans, P. 28.04.2004 „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Stadt- und Regionalentwicklung – Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung“,
http://www.geographie.uni-mannheim.de/inst/lehrver/Gans_VL_DW_S10.pdf
- Heidborn T. 3.3.2004, „Zwischen Nähe und Distanz – aber das Verhältnis der Generationen wird wichtiger“,
http://www.das-parlament.de/2002/19_20/Thema/006.html
- Heinze, R. G. et al. 1.3.2004, „Neue Wohnung auch im Alter“,
http://www.schader-stiftung.de/docs/neue_wohnung_kurzfassung_ok.pdf
- Hertel, B. 29.04.2004, „Der tägliche Spagat – Über die (Un-)Vereinbarkeit von Beruf und Familie“,
http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Elternschaft/s_1220.html

- Huschka, D. 27.04.2004, „Entwicklung der deutschen Lebensqualität – die Bundesländer im Vergleich“,
<http://skylia.wz-berlin.de/pdf/2002/iii02-404.pdf>
- Industrie- und Handelskammer
 Nordrhein-Westfalen 06.04.2002, „Gehen dem Handel die Verbraucher aus? Der demographische Wandel und seine Konsequenzen für Konsum und Handel“,
http://www.ihknordwestfalen.de/handel/bindata/demographie_handel.pdf
- Innenministerium des Landes
 Schleswig-Holstein (IM) 28.04.2004 „Schleswig-Holstein: Planungsräume“,
http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/IM/Information/Landesplanung/PDF/Karte_Planungsr_C3_A4ume.property=pdf.pdf
- Innenministerium des Landes
 Schleswig-Holstein (IM) 15.03.04, „Städtebauförderung in Schleswig-Holstein“,
http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/IM/Information/Staedtebau_2C_20Wohnungswesen/St_C3_A4dtebauf_C3_B6rderung_20in_20Schleswig-Holstein.html
- Institut für Pfl egerecht und
 Gesundheitswesen 25.06.04, „Krankenhausstatistik 1999“,
<http://www.gesetzeskunde.de/Rechtsalmanach/Krankenhaus-recht/statistik99.html>
- Korb, M. 19.2.2004, „Die ältesten Bürger der Welt oder: Wie und mit wem füllen wir Universitäten?“,
http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?chapno=10&docu-ment=PROD00000000000041852&maxChar1=350&minChar1=70&noautotitle=true&rwdspl=1&rwnode=DBR_INTERNET_DE-PROD%24NAVIGATION&rwobj=ReDisplay.Start.class&rwsite=DBR_INTERNET_DE-PROD&title=Demographie
- Ministerium für Bildung, Wissen-
 schaft, Forschung und Kultur des
 Landes Schleswig-Holstein
 (MBWFK) 06.05.04, „Die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein“,
http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MBWFK/Information/Hochschulen_20neu.html
- Ministerium für Bildung, Wissen-
 schaft, Forschung und Kultur des
 Landes Schleswig-Holstein
 (MBWFK) 14.04.04, „Wissenschaftsministerin Erdsiek-Rave: Empfehlun-
 gen entschlossen und zügig umsetzen“,
http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MBWFK/Information/Erichsen_20I.html
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und
 Verkehr des Landes Schleswig-
 Holstein (MWAV) 19.03.04, „Kompetenzcluster in Schleswig-Holstein“,
http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MWAV/Information/VII308_Kompetenzcluster_20in_20Schleswig-Holstein.html
- Mittel Deutscher Rundfunk – mdr.de 06.04.2004, „Age-Wave – Das Demographieproblem der Kapi-
 talmärkte“,
<http://www.mdr.de/altersvorsorge/probleme/108658.html>

- Perspektive Deutschland 28.04.2004, „Umfrage Perspektive Deutschland: Bessere Betreuung – mehr Kinder.“,
http://www.perspektive-deutschland.de/files/presse_2004/Pespektive-Deutschland_PM_Bessere_Betreuung-mehr_Kinder.pdf
- Reichhold, F. 13.2.2004, „Arbeitsschwerpunkt Methodenkompetenz und Lernen lernen“,
http://www.reichhold.de/wichern/sch_prog/method.htm
- Rocca, M. 20.04.04, „Public Private Partnership – Chancen für Schleswig-Holstein?“,
http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MWAV/Rede/Public_20Private_20Partnership.html
- Rumpf, H. 13.2.2004, „Eigenverantwortliches Lernen – Erfolgsbasis in der ganzheitlichen Personalentwicklung“,
<http://www.akadbaygeno.de/Literatur/04-06D7A.pdf>
- Schmidt, R. 2.3.2004, „Rede der Bundesministerin anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre Bundesministerium“ in Berlin“,
<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/reden,die=11488,render=renderPrint.html>
- Schmidt, R. 2.3.2004, „Prognos-Studie: Familienfreundlichkeit zahlt sich aus“,
<http://www.konstanz.ihk.de/KNIHK24/KNIHK24/produktmarken/index.jsp?url=http%3A/www.konstanz.ihk.de/KNIHK24/KNIHK24/Grafiken/sonstig/expertin/dihkfamil.jsp>
- Smolny, W. 22.04.2004, „Definition von Humankapital“,
<http://www.ruhr-uni-bochum.de/agvwp1/Spezielle/Humankapital.pdf>
- Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 24.04.2004, „Thesenpapier: „Ländliche Räume haben Zukunft - Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen“,
http://www.bundes-sgk.de/servlet/PB/show/1137905/bund_de_grundversorgung_laendl_raum_021108pdf
- Stamm, T., Andreßen, C., Heusinger von Waldegg, G. 15.04.04, „Die demographische Herausforderung“, in: Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt 05/2002, S. 71 – 75
<http://www.aeksh.de/shae>
- Statistisches Bundesamt 05.02.2004, „Pressemitteilung vom 6. Juni 2003, Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050“,
<http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2003/p2301022.htm>
- Stemann, M.-C. 22.03.2004, „Bewältigung des demographischen Wandels“,
http://www.iaw.rwthachen.de/download/publikationen/22592_stemann.pdf
- Stern 28.04.2004, „Immer mehr erwerbstätige Mütter“,
<http://www.stern.de/campus-karriere/arbeit/index.html?id=523318>

- United Nations (UN) - Department of Economic and Social Affairs, Population Division 20.01.2004, „Replacement Migration. Is it a Solution to Declining and Aging populations?“, <http://www.un.org/esa/population/publications/publications.htm>
- von Rohr, G. 24.04.2004, „Demographischer Wandel – Herausforderungen und Chancen für die K.E.R.N.-Region“, http://www.kern.de/docs/1079554565_v_rohr_dem_wandel.pdf

Zeitungen

- Die Welt „Die niedrige Geburtenrate bedroht das Wachstum“, 18.06.2002
- Die Welt „Demographie lässt Immobilien wackeln“, dpa, 22.9.2003
- Neue Zürcher Zeitung „Kapitalmärkte und die Demographie: Die langfristige Abhängigkeit von ökonomischen Faktoren“, Zimmermann, H., 18.10.2002
- Schweizerische Ärztezeitung „Familienergänzende Kinderbetreuung: Schaden oder Chance für das Kind?“, Karsh, A., 81 Nr. 24, 2000
- Süddeutsche Zeitung „Adieu, Rabenmutter“, Henkel, I., 26.07.2003
- Welt am Sonntag „Wie funktioniert eine alternde Konsumgesellschaft?“, Lachmann, G., 10.11.2002

Anhang

Inhalt

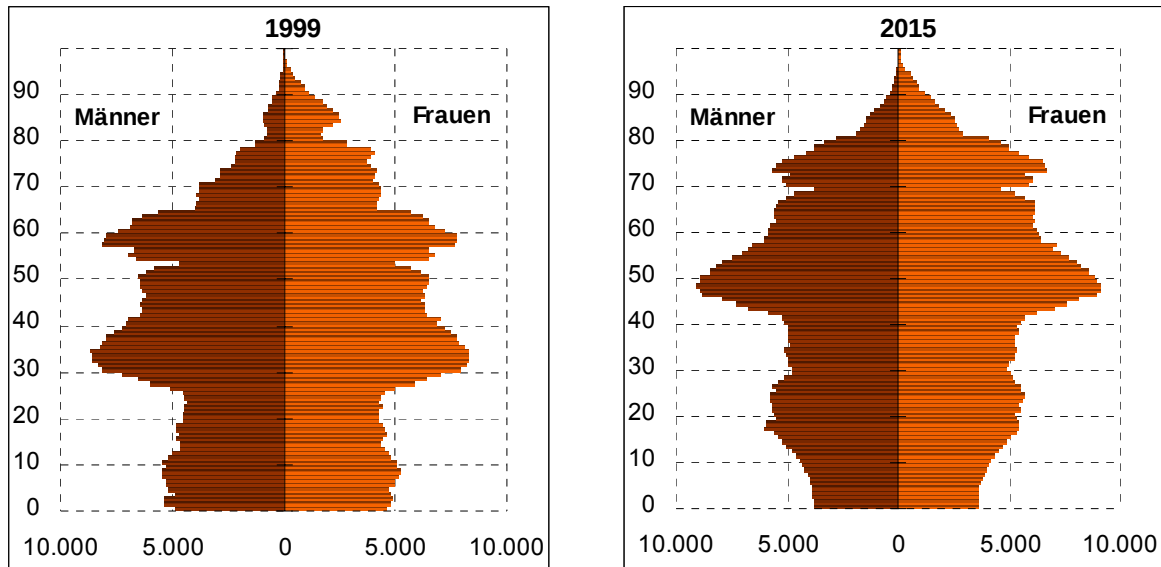
- Datenblätter mit statistischen Detailangaben zu den Entwicklungen bis 2015 auf Grundlage der 9.KBV in den
 Kreisen,
 kreisfreien Städten
 und den Planungsräumen Schleswig-Holsteins.

- Fragebogen

Statistische Datenblätter

Planungsraum I

Kreise: Pinneberg, Segeberg, Herzogtum Lauenburg und Stormarn



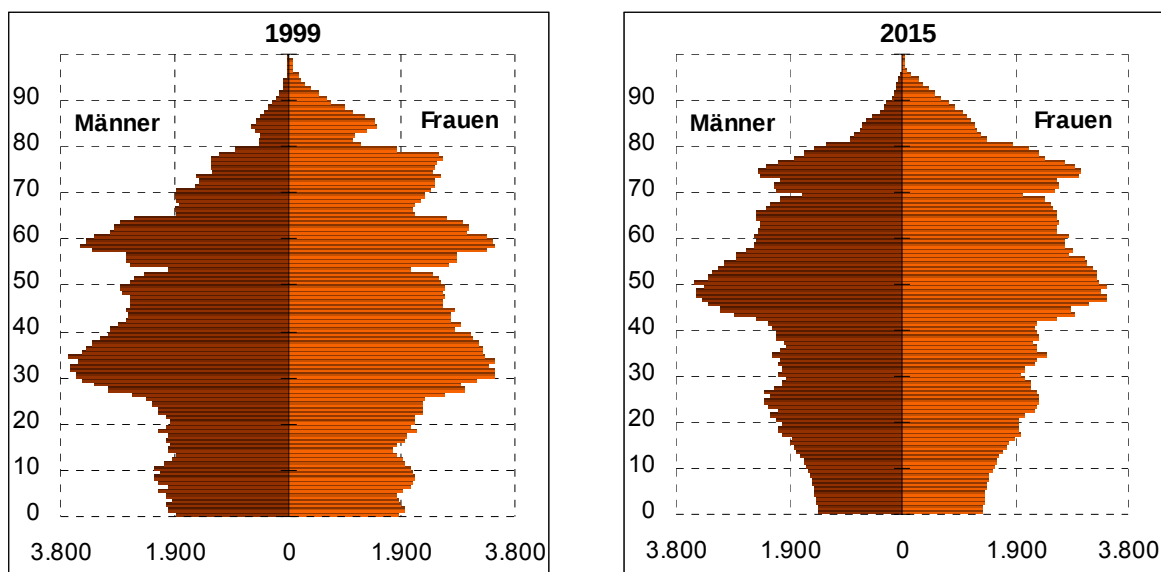
		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		922.928	947.032	24.104	2,6	2010	1999
0 bis 3		29.786	22.184	-7.602	-25,5	1999	2012
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	29.752	22.700	-7.052	-23,7	2002	2015
	6 bis 10	41.733	32.141	-9.592	-23,0	2005	2015
	10 bis 16	57.483	57.052	-431	-0,7	2008	2015
	16 bis 19	27.846	33.607	5.761	20,7	2015	2001
	19 bis 26	61.546	77.682	16.136	26,2	2014	1999
	Σ 3 bis 26	218.360	223.182	4.822	2,2	2007	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	184.989	159.021	-25.968	-14,0	1999	2007
	35 bis 50	206.778	201.122	-5.656	-2,7	2007	2015
	50 bis 65	199.235	207.265	8.030	4,0	2015	2007
	Σ 20 bis 65	591.002	567.408	-23.594	-4,0	1999	2010
Senioren	60 bis 80	169.651	216.383	46.732	27,5	2014	1999
	80 bis 100	32.387	43.557	11.170	34,5	2015	2000
	Σ 60 bis 100	202.038	259.940	57.902	28,7	2015	1999
Jugendliche (0-20)		195.375	178.455	-16.920	-8,7	2005	2015
Erwachsene (20-60)		525.515	508.637	-16.878	-3,2	1999	2005
Senioren (60-100)		202.038	259.940	57.902	28,7	2015	1999
Jugendquotient		37,2	35,1	-2,1	-5,6	2005	2015
Altenquotient		38,4	51,1	12,7	32,9	2015	1999
Erwerbspersonen		467.400	473.300	5.900	1,3	2015	1999

Abbildung 29: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum I

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Planungsraum II

kreisfreie Stadt Lübeck und Kreis Ostholstein



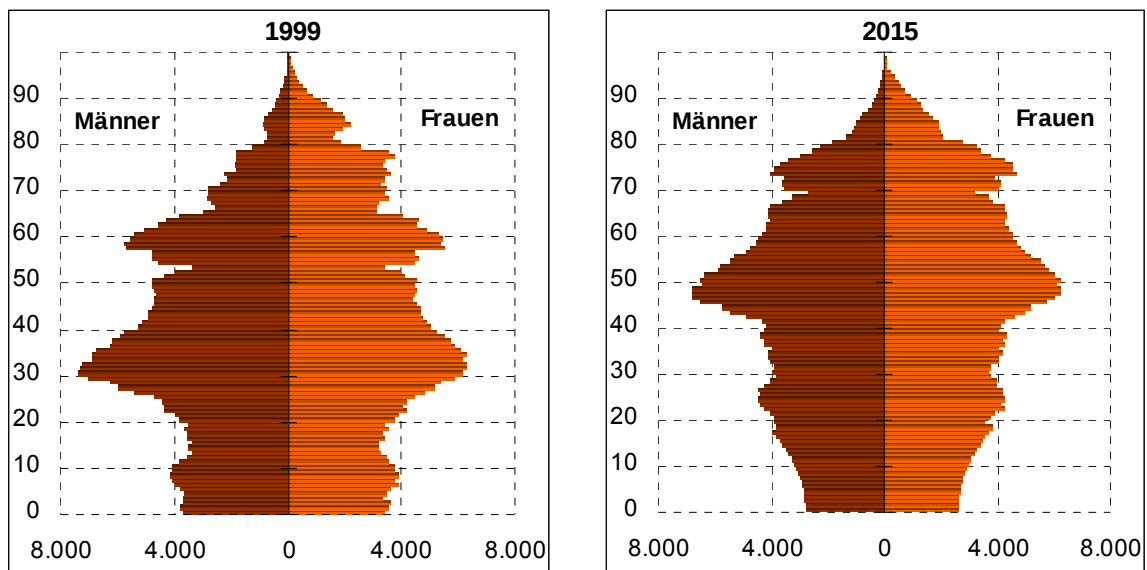
		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		414.146	385.819	-28.327	-6,8	1999	2015
0 bis 3		11.563	8.341	-3.222	-27,9	1999	2015
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	11.713	8.576	-3.137	-26,8	1999	2015
	6 bis 10	16.877	11.944	-4.933	-29,2	1999	2015
	10 bis 16	23.385	20.396	-2.989	-12,8	2004	2015
	16 bis 19	12.285	11.768	-517	-4,2	2007	2002
	19 bis 26	30.367	30.209	-158	-0,5	2013	2007
	Σ 3 bis 26	94.627	82.893	-11.734	-12,4	1999	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	85.247	64.653	-20.594	-24,2	1999	2008
	35 bis 50	86.286	80.711	-5.575	-6,5	2007	2015
	50 bis 65	85.271	84.713	-558	-0,7	1999	2008
	Σ 20 bis 65	256.804	230.077	-26.727	-10,4	1999	2015
Senioren	60 bis 80	87.297	94.579	7.282	8,3	2014	1999
	80 bis 100	19.522	21.503	1.981	10,1	2009	2000
	Σ 60 bis 100	106.819	116.082	9.263	8,7	2012	1999
Jugendliche (0-20)		79.893	64.974	-14.919	-18,7	1999	2015
Erwachsene (20-60)		227.434	204.763	-22.671	-10,0	1999	2015
Senioren (60-100)		106.819	116.082	9.263	8,7	2012	1999
Jugendquotient		35,1	31,7	-3,4	-9,7	2004	2015
Altenquotient		47,0	56,7	9,7	20,7	2015	1999
Erwerbspersonen		202.600	190.700	-11.900	-5,9	1999	2015

Abbildung 30: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum II

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Planungsraum III

kreisfreie Städte: Kiel und Neumünster; Kreise: Plön, Rendsburg-Eckernförde



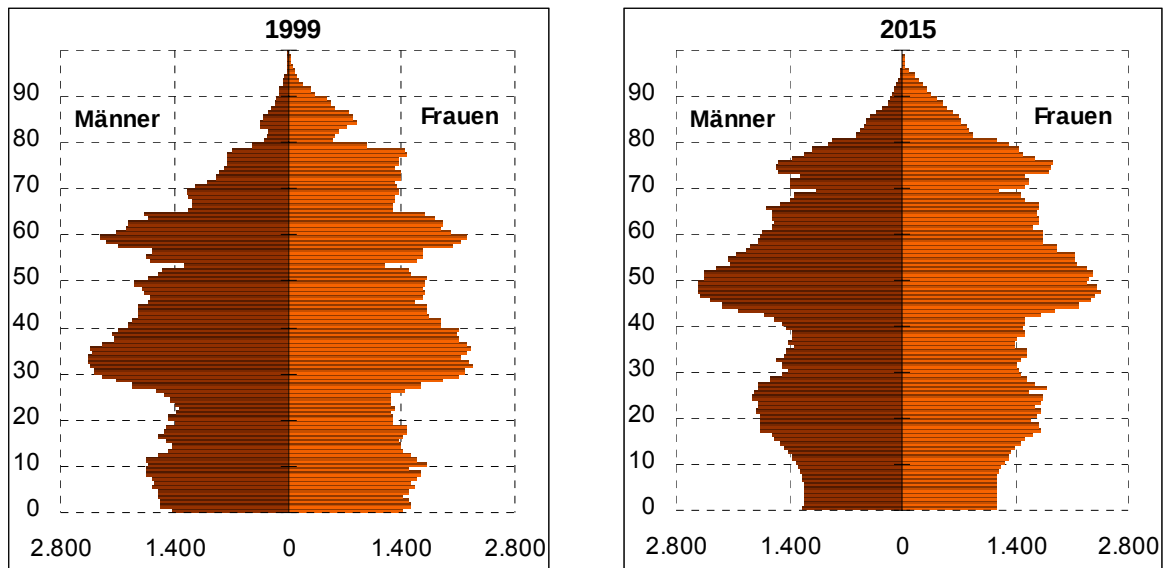
		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		714.653	693.064	-21.589	-3,0	1999	2015
0 bis 3		21.746	16.252	-5.494	-25,3	1999	2015
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	21.606	16.596	-5.010	-23,2	1999	2015
	6 bis 10	31.534	23.252	-8.282	-26,3	1999	2015
	10 bis 16	42.048	39.834	-2.214	-5,3	2004	2015
	16 bis 19	21.083	22.535	1.452	6,9	2009	2002
	19 bis 26	57.044	57.288	244	0,4	2013	2005
	Σ 3 bis 26	173.315	159.505	-13.810	-8,0	2002	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	162.730	121.958	-40.772	-25,1	1999	2009
	35 bis 50	154.105	153.098	-1.007	-0,7	2007	2015
	50 bis 65	140.006	149.863	9.857	7,0	2015	2007
	Σ 20 bis 65	456.841	424.919	-31.922	-7,0	1999	2015
Senioren	60 bis 80	130.550	153.309	22.759	17,4	2015	1999
	80 bis 100	28.685	31.484	2.799	9,8	2011	2000
	Σ 60 bis 100	159.235	184.793	25.558	16,1	2015	1999
Jugendliche (0-20)		144.962	125.893	-19.069	-13,2	2000	2015
Erwachsene (20-60)		410.456	382.378	-28.078	-6,8	1999	2015
Senioren (60-100)		159.235	184.793	25.558	16,1	2015	1999
Jugendquotient		35,3	32,9	-2,4	-6,8	2005	2015
Altenquotient		38,8	48,3	9,5	24,6	2015	1999
Erwerbspersonen		364.100	355.000	-9.100	-2,5	1999	2015

Abbildung 31: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum III

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Planungsraum IV

Kreise: Dithmarschen und Steinburg



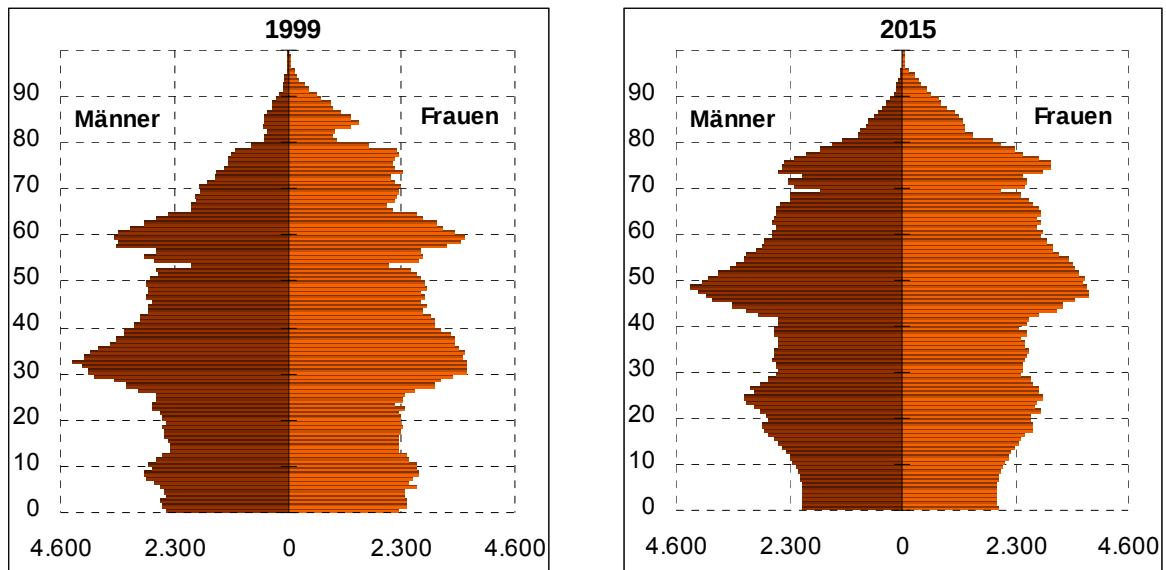
		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		271.696	274.372	2.676	1,0	2008	1999
0 bis 3		8.967	7.166	-1.801	-20,1	1999	2010
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	9.307	7.143	-2.164	-23,3	2001	2013
	6 bis 10	13.028	9.771	-3.257	-25,0	2000	2015
	10 bis 16	18.423	16.934	-1.489	-8,1	2004	2015
	16 bis 19	8.938	10.129	1.191	13,3	2007	2002
	19 bis 26	18.860	24.179	5.319	28,2	2013	1999
	Σ 3 bis 26	68.556	68.156	-400	-0,6	2006	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	54.333	48.629	-5.704	-10,5	1999	2007
	35 bis 50	57.297	56.283	-1.014	-1,8	2007	2015
	50 bis 65	53.907	58.118	4.211	7,8	2015	2007
	Σ 20 bis 65	165.537	163.030	-2.507	-1,5	1999	2007
Senioren	60 bis 80	52.916	60.307	7.391	14,0	2014	1999
	80 bis 100	10.736	13.122	2.386	22,2	2015	2000
	Σ 60 bis 100	63.652	73.429	9.777	15,4	2015	1999
Jugendliche (0-20)		61.351	54.492	-6.859	-11,2	2002	2015
Erwachsene (20-60)		146.693	146.451	-242	-0,2	1999	2005
Senioren (60-100)		63.652	73.429	9.777	15,4	2015	1999
Jugendquotient		41,8	37,2	-4,6	-11,0	2002	2015
Altenquotient		43,4	50,1	6,7	15,6	2015	1999
Erwerbspersonen		131.700	136.400	4.700	3,6	2015	1999

Abbildung 32: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum IV

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Planungsraum V

kreisfreie Stadt Flensburg; Kreise: Nordfriesland und Schleswig-Flensburg

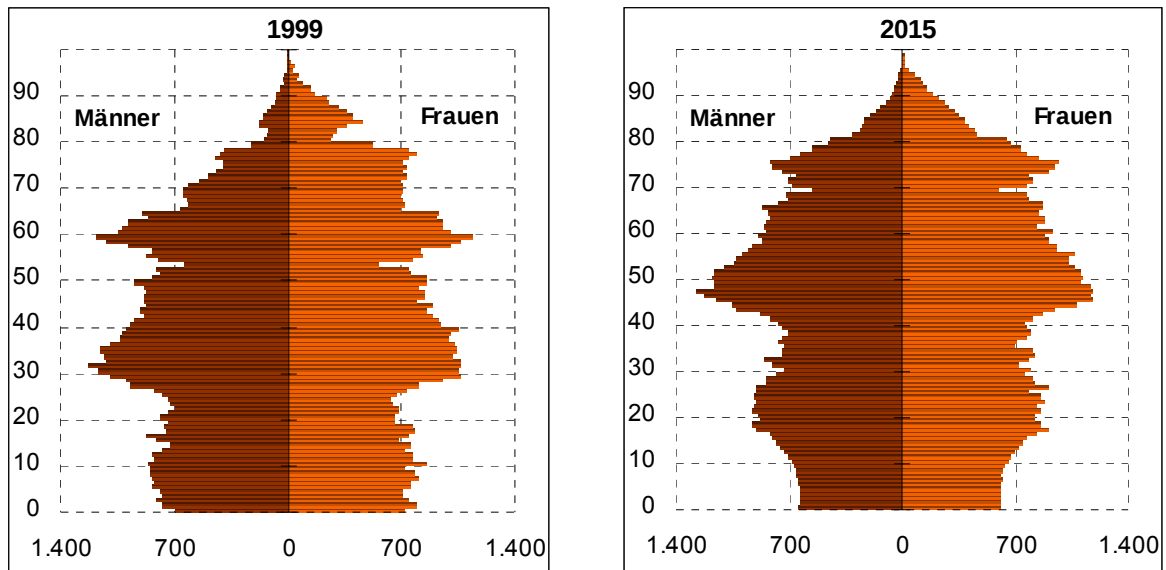


		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		442.357	447.297	4.940	1,1	2009	1999
0 bis 3		14.666	11.893	-2.773	-18,9	1999	2011
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	14.865	11.891	-2.974	-20,0	2001	2014
	6 bis 10	21.403	16.349	-5.054	-23,6	1999	2015
	10 bis 16	29.328	27.945	-1.383	-4,7	2004	2015
	16 bis 19	14.459	16.138	1.679	11,6	2008	2002
	19 bis 26	34.330	39.855	5.525	16,1	2013	1999
	Σ 3 bis 26	114.385	112.178	-2.207	-1,9	2006	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	93.897	81.521	-12.376	-13,2	1999	2007
	35 bis 50	91.005	92.830	1.825	2,0	2007	1999
	50 bis 65	86.271	91.867	5.596	6,5	2015	2007
	Σ 20 bis 65	271.173	266.218	-4.955	-1,8	1999	2007
Senioren	60 bis 80	84.004	97.492	13.488	16,1	2014	1999
	80 bis 100	17.151	20.912	3.761	21,9	2015	2000
	Σ 60 bis 100	101.155	118.404	17.249	17,1	2015	1999
Jugendliche (0-20)		99.441	89.562	-9.879	-9,9	2004	2015
Erwachsene (20-60)		241.761	239.331	-2.430	-1,0	1999	2005
Senioren (60-100)		101.155	118.404	17.249	17,1	2015	1999
Jugendquotient		41,1	37,4	-3,7	-9,0	2004	2015
Altenquotient		41,8	49,5	7,6	18,2	2015	1999
Erwerbspersonen		216.100	222.800	6.700	3,1	2015	1999

Abbildung 33: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Planungsraum V

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Dithmarschen

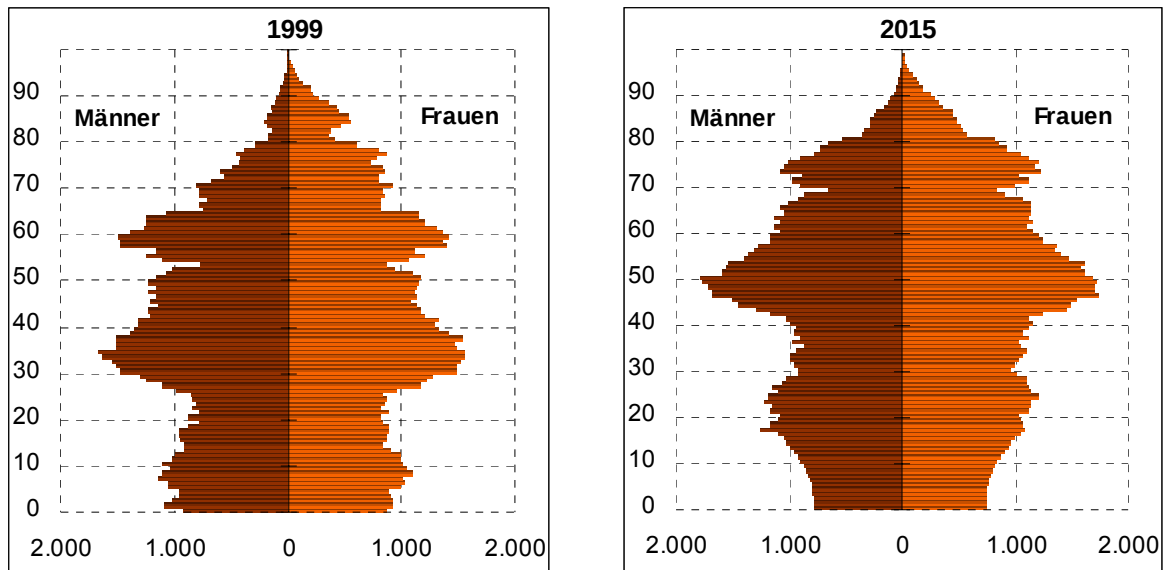


		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		136.543	139.374	2.831	2,1	2010	1999
0 bis 3		4.532	3.717	-815	-18,0	1999	2009
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	4.570	3.728	-842	-18,4	2001	2013
	6 bis 10	6.409	5.114	-1.295	-20,2	2000	2015
	10 bis 16	9.386	8.716	-670	-7,1	2004	2015
	16 bis 19	4.679	5.243	564	12,1	2010	2002
	19 bis 26	9.831	12.152	2.321	23,6	2013	1999
	Σ 3 bis 26	34.875	34.953	78	0,2	2006	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	26.916	24.883	-2.033	-7,6	1999	2007
	35 bis 50	28.103	28.140	37	0,1	2007	1999
	50 bis 65	26.951	28.802	1.851	6,9	2015	2007
	Σ 20 bis 65	81.970	81.825	-145	-0,2	1999	2007
Senioren	60 bis 80	27.757	30.974	3.217	11,6	2014	1999
	80 bis 100	5.402	6.919	1.517	28,1	2015	2000
	Σ 60 bis 100	33.159	37.893	4.734	14,3	2015	1999
Jugendliche (0-20)		30.970	28.217	-2.753	-8,9	2002	2015
Erwachsene (20-60)		72.414	73.264	850	1,2	2014	2002
Senioren (60-100)		33.159	37.893	4.734	14,3	2015	1999
Jugendquotient		42,8	38,5	-4,3	-10,0	2002	2015
Altenquotient		45,8	51,7	5,9	12,9	2015	1999
Erwerbspersonen		65.200	68.400	3.200	4,9	2015	1999

Abbildung 34: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Dithmarschen

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

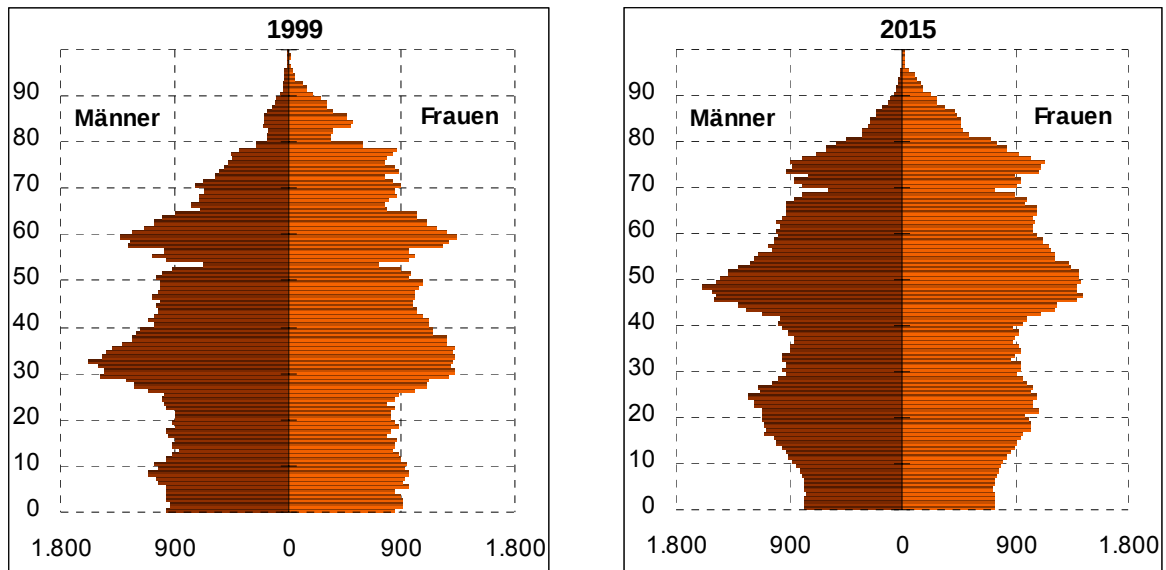
Herzogtum Lauenburg



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		175.669	184.607	8.938	5,1	2015	1999
0 bis 3		5.733	4.567	-1.166	-20,3	1999	2011
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	5.764	4.646	-1.118	-19,4	2002	2014
	6 bis 10	8.519	6.514	-2.005	-23,5	2000	2015
	10 bis 16	11.469	11.337	-132	-1,2	2004	2015
	16 bis 19	5.453	6.694	1.241	22,8	2009	1999
	19 bis 26	11.684	15.777	4.093	35,0	2013	1999
	Σ 3 bis 26	42.889	44.968	2.079	4,8	2008	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	34.809	32.038	-2.771	-8,0	1999	2007
	35 bis 50	38.410	39.113	703	1,8	2007	1999
	50 bis 65	35.970	39.753	3.783	10,5	2015	2007
	Σ 20 bis 65	109.189	110.904	1.715	1,6	2015	2007
Senioren	60 bis 80	33.432	40.351	6.919	20,7	2014	1999
	80 bis 100	6.876	8.579	1.703	24,8	2015	2000
	Σ 60 bis 100	40.308	48.930	8.622	21,4	2015	1999
Jugendliche (0-20)		38.550	35.893	-2.657	-6,9	2005	2015
Erwachsene (20-60)		96.811	99.784	2.973	3,1	2015	2002
Senioren (60-100)		40.308	48.930	8.622	21,4	2015	1999
Jugendquotient		39,8	36,0	-3,8	-9,7	2005	2015
Altenquotient		41,6	49,0	7,4	17,8	2015	1999
Erwerbspersonen		86.500	92.600	6.100	7,1	2015	1999

Abbildung 35: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Herzogtum Lauenburg
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

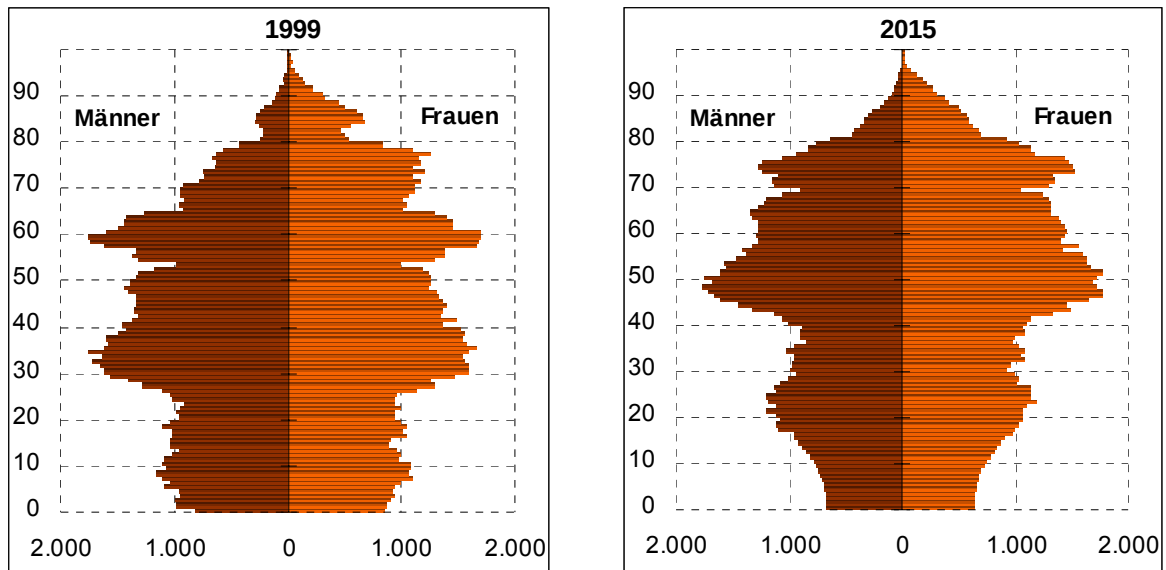
Nordfriesland



		1999 <i>Anzahl</i>	2015 <i>Anzahl</i>	Differenz		Maximum <i>Jahr</i>	Minimum <i>Jahr</i>
				<i>absolut</i>	<i>Prozent</i>		
Gesamtbevölkerung		163.070	167.740	4.670	2,9	2011	1999
0 bis 3		5.509	4.520	-989	-18,0	1999	2011
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	5.597	4.498	-1.099	-19,6	2001	2014
	6 bis 10	7.915	6.250	-1.665	-21,0	2000	2015
	10 bis 16	10.835	10.920	85	0,8	2004	1999
	16 bis 19	5.295	6.294	999	18,9	2009	1999
	19 bis 26	12.447	15.267	2.820	22,7	2014	2001
	Σ 3 bis 26	42.089	43.229	1.140	2,7	2008	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	34.256	30.342	-3.914	-11,4	1999	2008
	35 bis 50	33.263	34.638	1.375	4,1	2007	1999
	50 bis 65	31.688	34.282	2.594	8,2	2015	2007
	Σ 20 bis 65	99.207	99.262	55	0,1	2015	2007
Senioren	60 bis 80	31.603	36.126	4.523	14,3	2014	1999
	80 bis 100	6.230	7.832	1.602	25,7	2015	2000
	Σ 60 bis 100	37.833	43.958	6.125	16,2	2015	1999
Jugendliche (0-20)		36.917	34.606	-2.311	-6,3	2006	2015
Erwachsene (20-60)		88.320	89.176	856	1,0	2015	2002
Senioren (60-100)		37.833	43.958	6.125	16,2	2015	1999
Jugendquotient		41,8	38,8	-3,0	-7,2	2004	2015
Altenquotient		42,8	49,3	6,5	15,1	2015	1999
Erwerbspersonen		78.900	83.000	4.100	5,2	2015	1999

Abbildung 36: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Nordfriesland
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

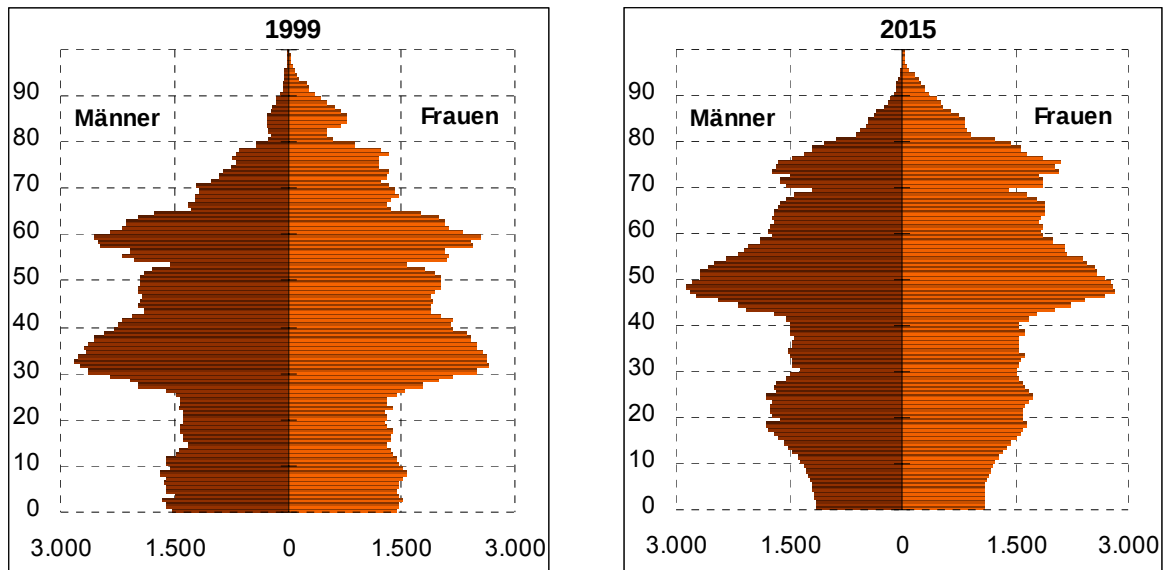
Ostholstein



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		200.138	193.439	-6.699	-3,3	2002	2015
0 bis 3		5.430	3.922	-1.508	-27,8	1999	2012
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	5.813	4.019	-1.794	-30,9	1999	2015
	6 bis 10	8.590	5.687	-2.903	-33,8	1999	2015
	10 bis 16	12.035	10.138	-1.897	-15,8	2004	2015
	16 bis 19	6.253	6.179	-74	-1,2	2008	2002
	19 bis 26	13.589	15.762	2.173	16,0	2013	1999
	Σ 3 bis 26	46.280	41.785	-4.495	-9,7	2005	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	38.298	31.906	-6.392	-16,7	1999	2008
	35 bis 50	42.748	39.119	-3.629	-8,5	2007	2015
	50 bis 65	42.174	43.925	1.751	4,2	2015	2007
	Σ 20 bis 65	123.220	114.950	-8.270	-6,7	1999	2015
Senioren	60 bis 80	42.376	49.249	6.873	16,2	2014	1999
	80 bis 100	8.877	10.618	1.741	19,6	2010	1999
	Σ 60 bis 100	51.253	59.867	8.614	16,8	2015	1999
Jugendliche (0-20)		40.150	32.098	-8.052	-20,1	1999	2015
Erwachsene (20-60)		108.735	101.474	-7.261	-6,7	1999	2015
Senioren (60-100)		51.253	59.867	8.614	16,8	2015	1999
Jugendquotient		36,9	31,6	-5,3	-14,3	2002	2015
Altenquotient		47,1	59,0	11,9	25,2	2015	1999
Erwerbspersonen		97.200	94.900	-2.300	-2,4	1999	2015

Abbildung 37: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Ostholstein
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

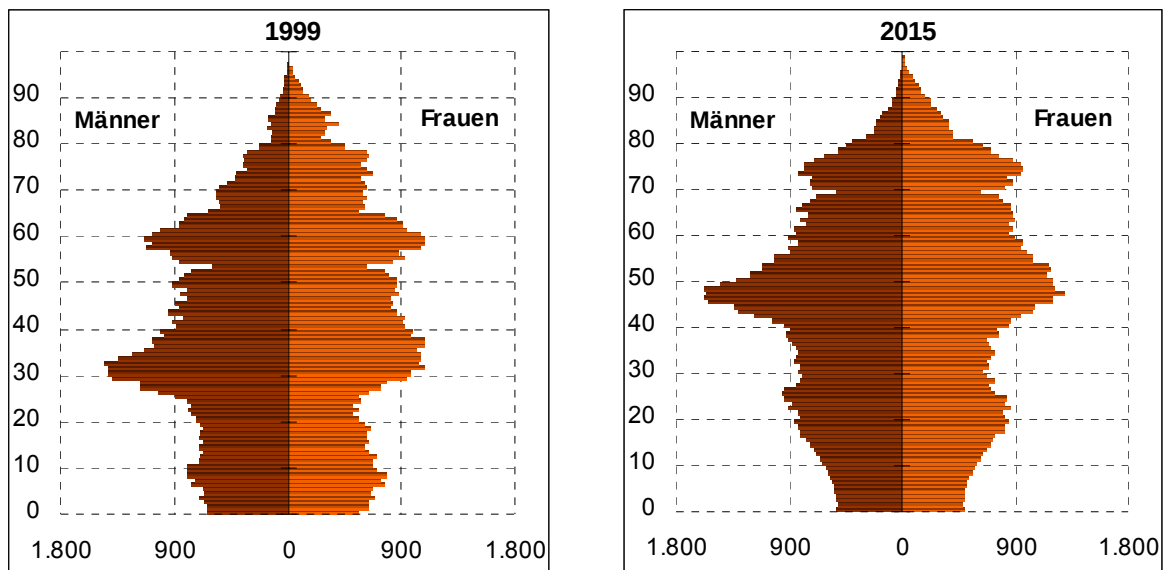
Pinneberg



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		288.054	287.869	-185	-0,1	2006	2015
0 bis 3		9.182	6.711	-2.471	-26,9	1999	2012
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	9.051	6.840	-2.211	-24,4	2002	2015
	6 bis 10	12.570	9.627	-2.943	-23,4	2005	2015
	10 bis 16	17.122	17.081	-41	-0,2	2009	2015
	16 bis 19	8.257	10.086	1.829	22,2	2015	2001
	19 bis 26	19.190	23.500	4.310	22,5	2014	1999
	Σ 3 bis 26	66.190	67.134	944	1,4	2007	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	58.593	48.019	-10.574	-18,0	1999	2007
	35 bis 50	64.447	60.408	-4.039	-6,3	2006	2015
	50 bis 65	62.633	63.500	867	1,4	2015	2007
	Σ 20 bis 65	185.673	171.927	-13.746	-7,4	1999	2015
Senioren	60 bis 80	53.946	66.725	12.779	23,7	2014	1999
	80 bis 100	10.211	13.527	3.316	32,5	2015	2000
	Σ 60 bis 100	64.157	80.252	16.095	25,1	2015	1999
Jugendliche (0-20)		58.864	53.548	-5.316	-9,0	2005	2015
Erwachsene (20-60)		165.033	154.069	-10.964	-6,6	1999	2015
Senioren (60-100)		64.157	80.252	16.095	25,1	2015	1999
Jugendquotient		35,7	34,8	-0,9	-2,6	2005	2015
Altenquotient		38,9	52,1	13,2	34,0	2015	1999
Erwerbspersonen		146.600	143.400	-3.200	-2,2	1999	2015

Abbildung 38: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Pinneberg
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

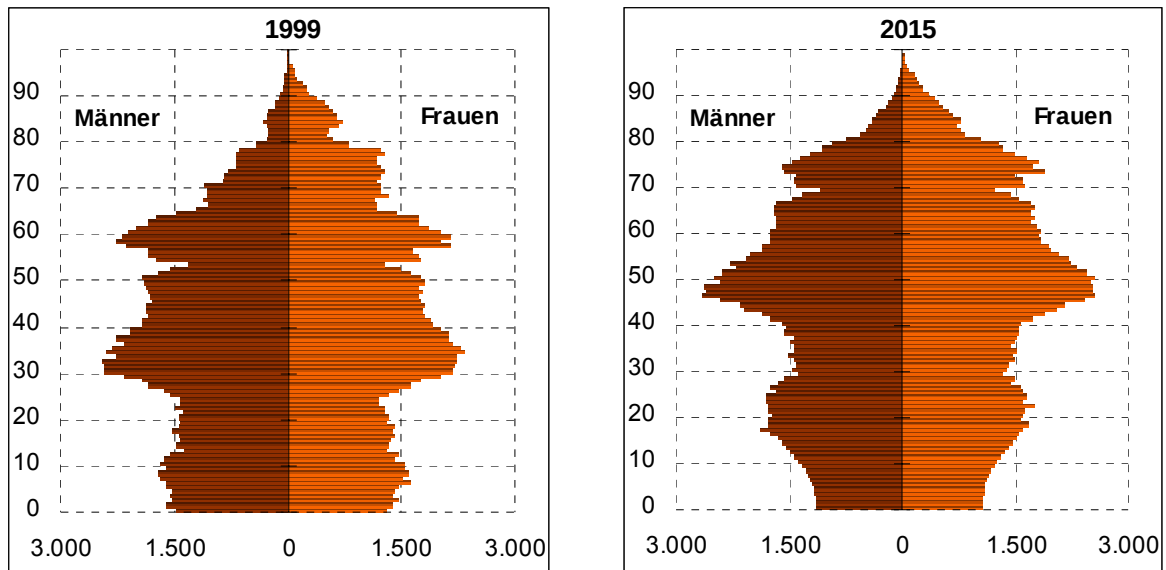
Plön



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		130.825	139.733	8.908	6,8	2015	1999
0 bis 3		3.791	3.009	-782	-20,6	1999	2011
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	4.071	3.099	-972	-23,9	2001	2014
	6 bis 10	6.117	4.482	-1.635	-26,7	1999	2015
	10 bis 16	8.196	8.104	-92	-1,1	2006	2015
	16 bis 19	3.988	4.823	835	20,9	2009	1999
	19 bis 26	9.322	11.863	2.541	27,3	2015	2001
	Σ 3 bis 26	31.694	32.371	677	2,1	2008	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	27.961	23.919	-4.042	-14,5	1999	2008
	35 bis 50	27.750	32.363	4.613	16,6	2009	1999
	50 bis 65	27.097	29.264	2.167	8,0	2015	2007
	Σ 20 bis 65	82.808	85.546	2.738	3,3	2015	1999
Senioren	60 bis 80	24.761	31.031	6.270	25,3	2014	1999
	80 bis 100	4.897	6.284	1.387	28,3	2015	1999
	Σ 60 bis 100	29.658	37.315	7.657	25,8	2015	1999
Jugendliche (0-20)		27.459	25.223	-2.236	-8,1	2005	2015
Erwachsene (20-60)		73.708	77.195	3.487	4,7	2015	2002
Senioren (60-100)		29.658	37.315	7.657	25,8	2015	1999
Jugendquotient		37,3	32,7	-4,6	-12,3	2004	2015
Altenquotient		40,2	48,3	8,1	20,1	2015	1999
Erwerbspersonen		65.800	72.000	6.200	9,4	2015	1999

Abbildung 39: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Plön
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

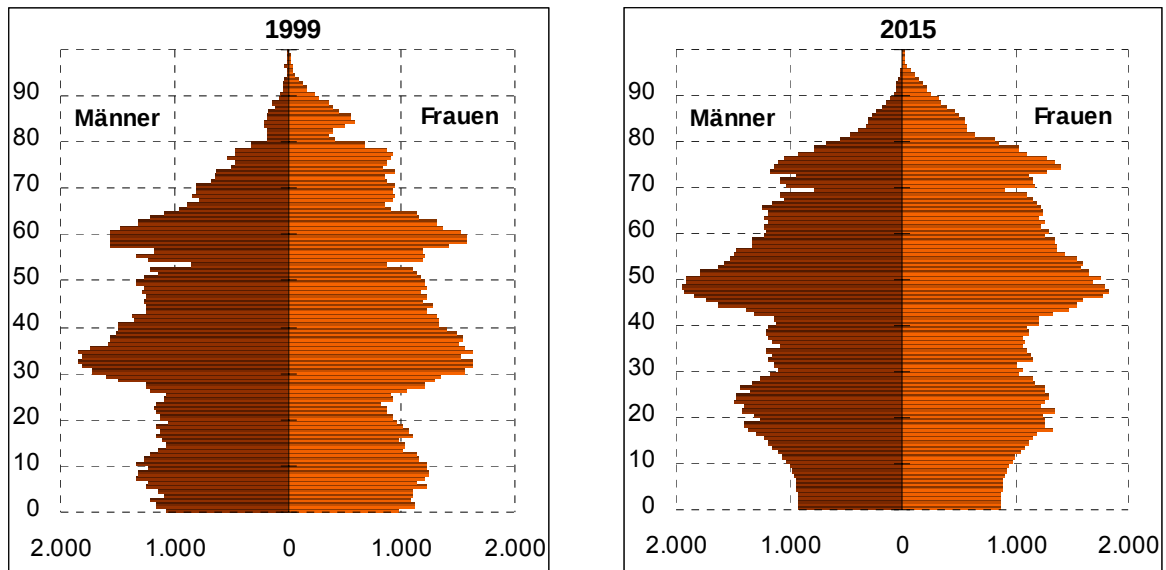
Rendsburg-Eckernförde



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		265.723	275.816	10.093	3,8	2011	1999
0 bis 3		8.778	6.630	-2.148	-24,5	1999	2012
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	8.934	6.795	-2.139	-23,9	2002	2015
	6 bis 10	12.863	9.723	-3.140	-24,4	2000	2015
	10 bis 16	17.513	17.316	-197	-1,1	2008	2015
	16 bis 19	8.592	10.237	1.645	19,1	2009	2002
	19 bis 26	19.054	23.698	4.644	24,4	2014	2000
	Σ 3 bis 26	66.956	67.769	813	1,2	2007	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	53.909	46.991	-6.918	-12,8	1999	2008
	35 bis 50	58.257	59.048	791	1,4	2007	1999
	50 bis 65	53.940	59.270	5.330	9,9	2015	2007
	Σ 20 bis 65	166.106	165.309	-797	-0,5	2000	2007
Senioren	60 bis 80	48.561	61.366	12.805	26,4	2015	1999
	80 bis 100	9.566	12.307	2.741	28,7	2015	2000
	Σ 60 bis 100	58.127	73.673	15.546	26,7	2015	1999
Jugendliche (0-20)		59.392	54.047	-5.345	-9,0	2006	2015
Erwachsene (20-60)		148.204	148.096	-108	-0,1	1999	2004
Senioren (60-100)		58.127	73.673	15.546	26,7	2015	1999
Jugendquotient		40,1	36,5	-3,6	-8,9	2004	2015
Altenquotient		39,2	49,7	10,5	26,8	2015	1999
Erwerbspersonen		132.300	138.200	5.900	4,5	2015	1999

Abbildung 40: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Rendsburg-Eckernförde
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

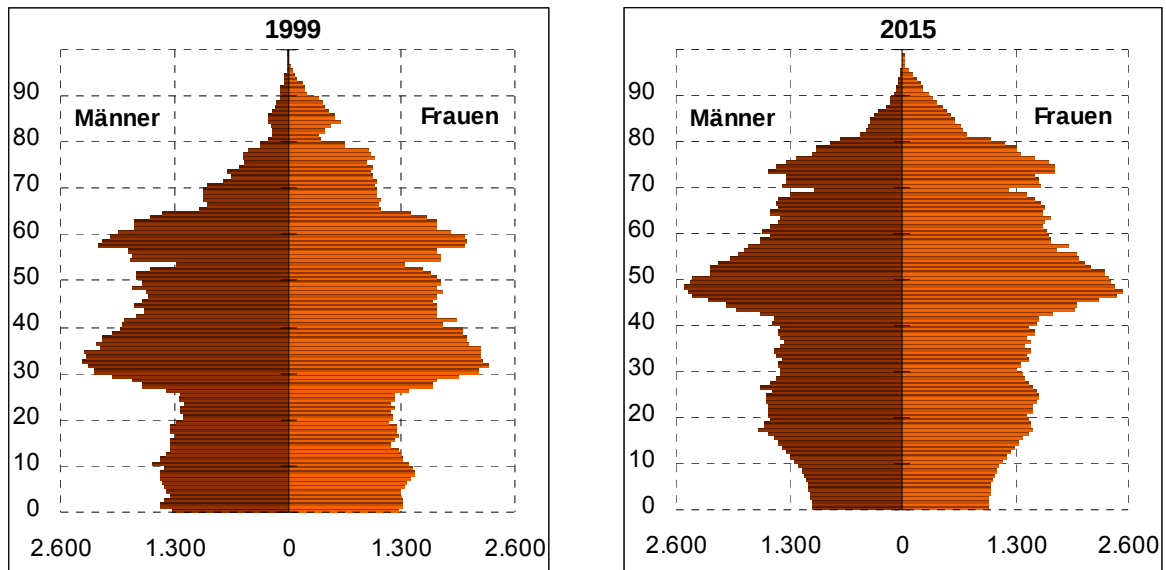
Schleswig-Flensburg



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		194.566	205.483	10.917	5,6	2015	1999
0 bis 3		6.595	5.389	-1.206	-18,3	1999	2010
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	6.894	5.432	-1.462	-21,2	2001	2013
	6 bis 10	9.893	7.522	-2.371	-24,0	2000	2015
	10 bis 16	13.642	13.097	-545	-4,0	2004	2015
	16 bis 19	6.612	7.820	1.208	18,3	2009	2002
	19 bis 26	14.073	18.557	4.484	31,9	2014	1999
	Σ 3 bis 26	51.114	52.428	1.314	2,6	2007	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	39.485	37.019	-2.466	-6,2	1999	2007
	35 bis 50	40.906	42.546	1.640	4,0	2007	1999
	50 bis 65	38.439	42.366	3.927	10,2	2015	2007
	Σ 20 bis 65	118.830	121.931	3.101	2,6	2015	2007
Senioren	60 bis 80	36.133	44.613	8.480	23,5	2015	1999
	80 bis 100	7.068	9.380	2.312	32,7	2015	1999
	Σ 60 bis 100	43.201	53.993	10.792	25,0	2015	1999
Jugendliche (0-20)		45.644	41.780	-3.864	-8,5	2005	2015
Erwachsene (20-60)		105.721	109.710	3.989	3,8	2015	2002
Senioren (60-100)		43.201	53.993	10.792	25,0	2015	1999
Jugendquotient		43,2	38,1	-5,1	-11,8	2005	2015
Altenquotient		40,9	49,2	8,4	20,4	2015	1999
Erwerbspersonen		94.800	102.300	7.500	7,9	2015	1999

Abbildung 41: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Schleswig-Flensburg
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

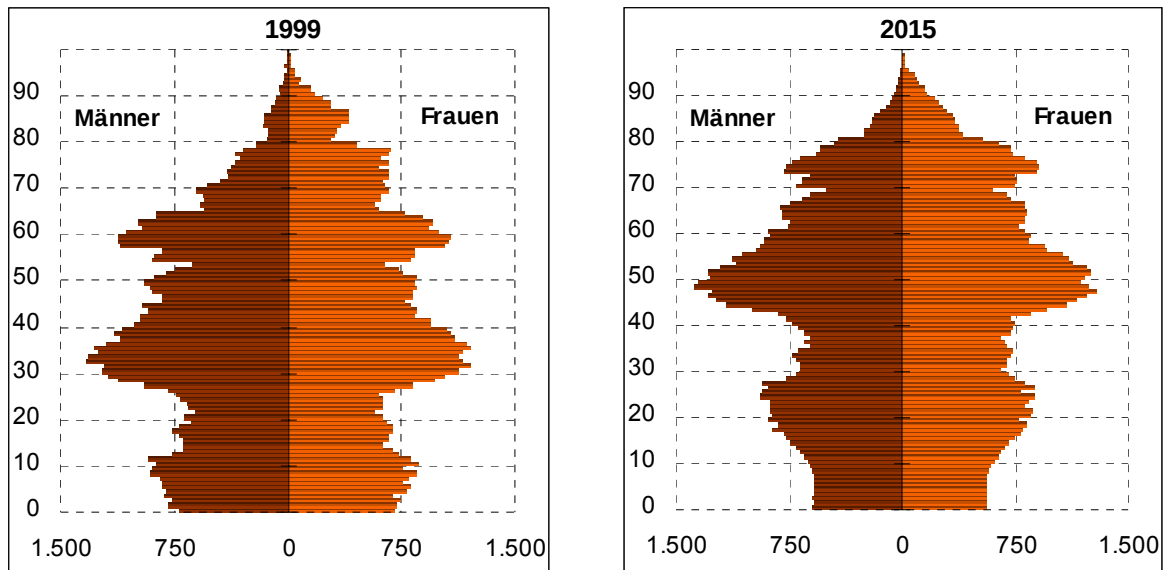
Segeberg



		1999 <i>Anzahl</i>	2015 <i>Anzahl</i>	Differenz		Maximum <i>Jahr</i>	Minimum <i>Jahr</i>
				<i>absolut</i>	<i>Prozent</i>		
Gesamtbevölkerung		244.761	256.965	12.204	5,0	2014	1999
0 bis 3		8.102	6.113	-1.989	-24,5	1999	2012
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	8.088	6.263	-1.825	-22,6	2002	2015
	6 bis 10	11.404	8.869	-2.535	-22,2	2005	2015
	10 bis 16	16.095	15.730	-365	-2,3	2004	2015
	16 bis 19	7.731	9.204	1.473	19,1	2015	2001
	19 bis 26	17.002	21.287	4.285	25,2	2014	1999
	Σ 3 bis 26	60.320	61.353	1.033	1,7	2007	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	50.720	44.253	-6.467	-12,8	1999	2007
	35 bis 50	55.275	55.774	499	0,9	2007	1999
	50 bis 65	52.287	55.314	3.027	5,8	2015	2007
	Σ 20 bis 65	158.282	155.341	-2.941	-1,9	2000	2008
Senioren	60 bis 80	42.018	57.367	15.349	36,5	2015	1999
	80 bis 100	7.322	10.821	3.499	47,8	2015	1999
	Σ 60 bis 100	49.340	68.188	18.848	38,2	2015	1999
Jugendliche (0-20)		53.857	49.145	-4.712	-8,7	2005	2015
Erwachsene (20-60)		141.564	139.632	-1.932	-1,4	1999	2005
Senioren (60-100)		49.340	68.188	18.848	38,2	2015	1999
Jugendquotient		38,0	35,2	-2,8	-7,5	2005	2015
Altenquotient		34,9	48,8	14,0	40,1	2015	1999
Erwerbspersonen		125.700	129.800	4.100	3,3	2015	1999

Abbildung 42: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Segeberg
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Steinburg

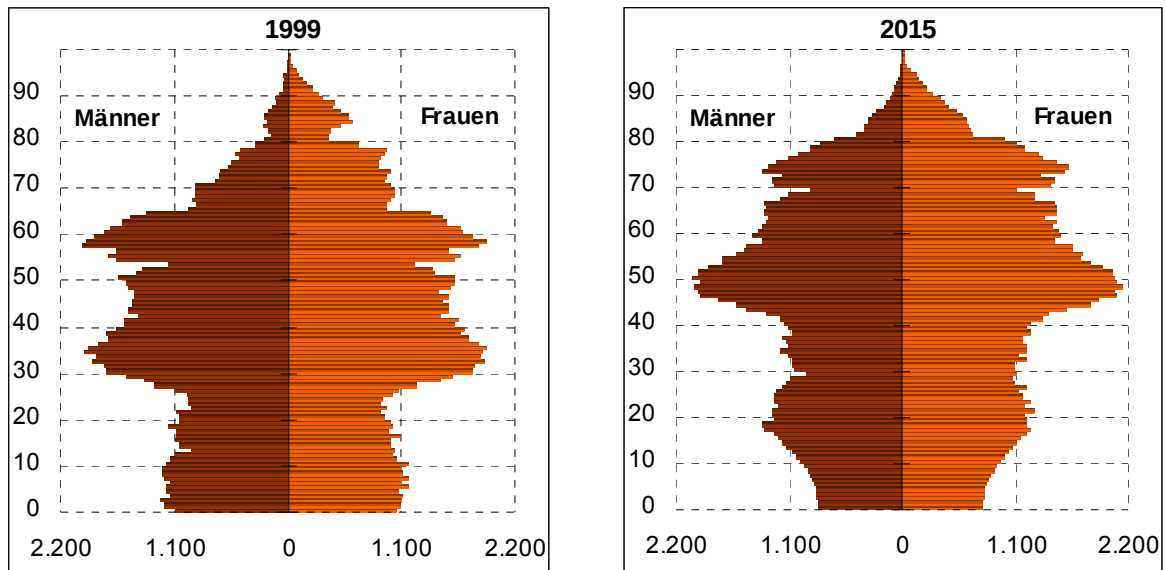


		1999 <i>Anzahl</i>	2015 <i>Anzahl</i>	Differenz		Maximum <i>Jahr</i>	Minimum <i>Jahr</i>
				<i>absolut</i>	<i>Prozent</i>		
Gesamtbevölkerung		135.153	134.998	-155	-0,1	2006	2015
0 bis 3		4.435	3.449	-986	-22,2	1999	2010
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	4.737	3.415	-1.322	-27,9	1999	2014
	6 bis 10	6.619	4.657	-1.962	-29,6	2000	2015
	10 bis 16	9.037	8.218	-819	-9,1	2003	2015
	16 bis 19	4.259	4.886	627	14,7	2007	2001
	19 bis 26	9.029	12.027	2.998	33,2	2013	1999
	Σ 3 bis 26	33.681	33.203	-478	-1,4	2006	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	27.417	23.746	-3.671	-13,4	1999	2007
	35 bis 50	29.194	28.143	-1.051	-3,6	2007	2015
	50 bis 65	26.956	29.316	2.360	8,8	2015	2007
	Σ 20 bis 65	83.567	81.205	-2.362	-2,8	1999	2007
Senioren	60 bis 80	25.159	29.333	4.174	16,6	2014	1999
	80 bis 100	5.334	6.203	869	16,3	2015	2000
	Σ 60 bis 100	30.493	35.536	5.043	16,5	2015	1999
Jugendliche (0-20)		30.381	26.275	-4.106	-13,5	2003	2015
Erwachsene (20-60)		74.279	73.187	-1.092	-1,5	1999	2005
Senioren (60-100)		30.493	35.536	5.043	16,5	2015	1999
Jugendquotient		40,9	35,9	-5,0	-12,2	2005	2015
Altenquotient		41,1	48,6	7,5	18,3	2015	1999
Erwerbspersonen		66.500	68.000	1.500	2,3	2015	1999

Abbildung 43: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Steinburg

(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

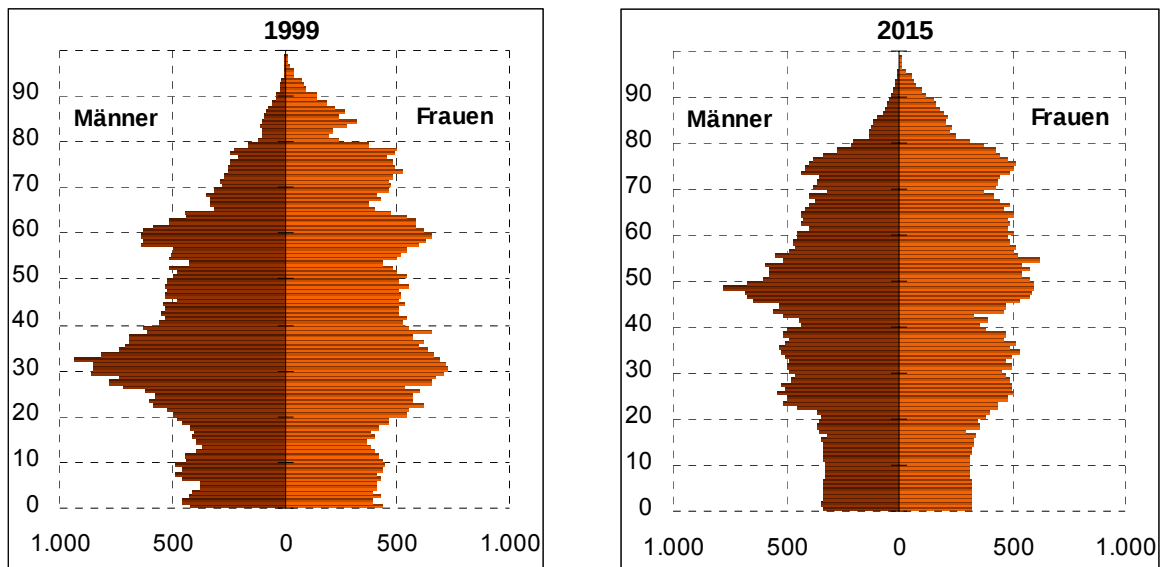
Stormarn



		1999 Anzahl	2015 Anzahl	Differenz		Maximum Jahr	Minimum Jahr
				absolut	Prozent		
Gesamtbevölkerung		214.444	217.591	3.147	1,5	2008	1999
0 bis 3		6.769	4.793	-1.976	-29,2	1999	2012
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	6.849	4.951	-1.898	-27,7	2002	2015
	6 bis 10	9.240	7.131	-2.109	-22,8	2005	2015
	10 bis 16	12.797	12.904	107	0,8	2009	1999
	16 bis 19	6.405	7.623	1.218	19,0	2014	2002
	19 bis 26	13.670	17.118	3.448	25,2	2015	1999
	Σ 3 bis 26	48.961	49.727	766	1,6	2006	1999
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	40.867	34.711	-6.156	-15,1	1999	2008
	35 bis 50	48.646	45.827	-2.819	-5,8	2007	2015
	50 bis 65	48.345	48.698	353	0,7	2015	2009
	Σ 20 bis 65	137.858	129.236	-8.622	-6,3	1999	2015
Senioren	60 bis 80	40.255	51.940	11.685	29,0	2014	1999
	80 bis 100	7.978	10.630	2.652	33,2	2015	1999
	Σ 60 bis 100	48.233	62.570	14.337	29,7	2015	1999
Jugendliche (0-20)		44.104	39.869	-4.235	-9,6	2004	2015
Erwachsene (20-60)		122.107	115.152	-6.955	-5,7	1999	2015
Senioren (60-100)		48.233	62.570	14.337	29,7	2015	1999
Jugendquotient		36,1	34,6	-1,5	-4,1	2005	2015
Altenquotient		39,5	54,3	14,8	37,6	2015	1999
Erwerbspersonen		108.600	107.500	-1.100	-1,0	1999	2015

Abbildung 44: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung im Kreis Stormarn
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

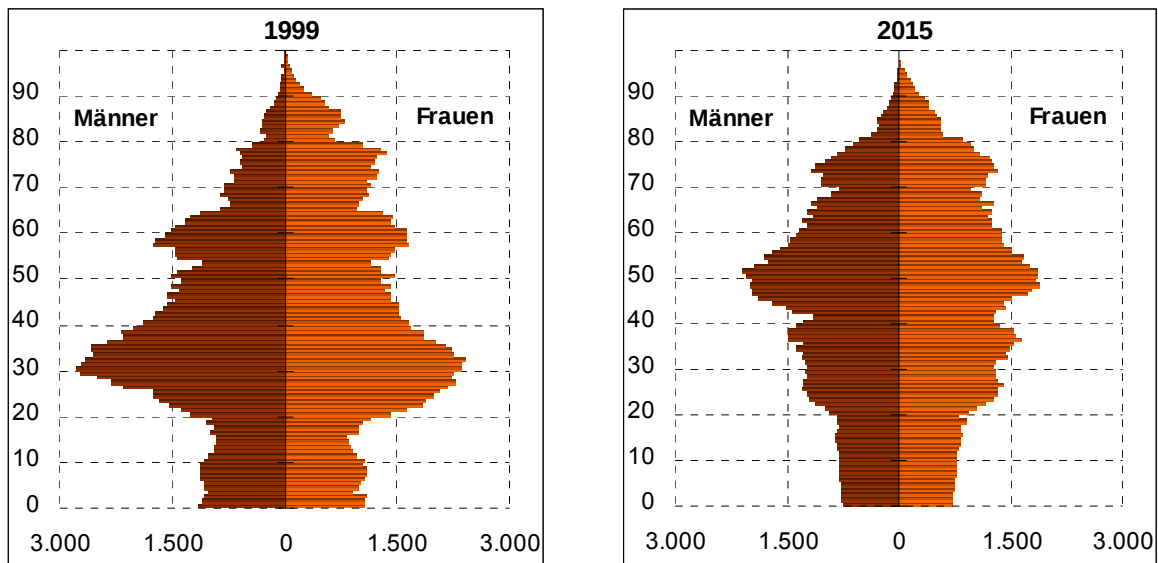
Flensburg



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		84.721	74.074	-10.647	-12,6	1999	2015
0 bis 3		2.562	1.984	-578	-22,6	1999	2015
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	2.374	1.961	-413	-17,4	1999	2015
	6 bis 10	3.595	2.577	-1.018	-28,3	1999	2015
	10 bis 16	4.851	3.928	-923	-19,0	2002	2015
	16 bis 19	2.552	2.024	-528	-20,7	2006	2015
	19 bis 26	7.810	6.031	-1.779	-22,8	2001	2015
	Σ 3 bis 26	21.182	16.521	-4.661	-22,0	1999	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	20.156	14.160	-5.996	-29,7	1999	2015
	35 bis 50	16.836	15.646	-1.190	-7,1	2005	2015
	50 bis 65	16.144	15.219	-925	-5,7	1999	2009
	Σ 20 bis 65	53.136	45.025	-8.111	-15,3	1999	2015
Senioren	60 bis 80	16.268	16.753	485	3,0	2003	1999
	80 bis 100	3.853	3.700	-153	-4,0	2006	2014
	Σ 60 bis 100	20.121	20.453	332	1,7	2003	1999
Jugendliche (0-20)		16.880	13.176	-3.704	-21,9	1999	2015
Erwachsene (20-60)		47.720	40.445	-7.275	-15,2	1999	2015
Senioren (60-100)		20.121	20.453	332	1,7	2003	1999
Jugendquotient		35,4	32,6	-2,8	-7,9	2000	2013
Altenquotient		42,2	50,6	8,4	19,9	2015	1999
Erwerbspersonen		42.400	37.500	-4.900	-11,6	1999	2015

Abbildung 45: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Stadt Flensburg
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

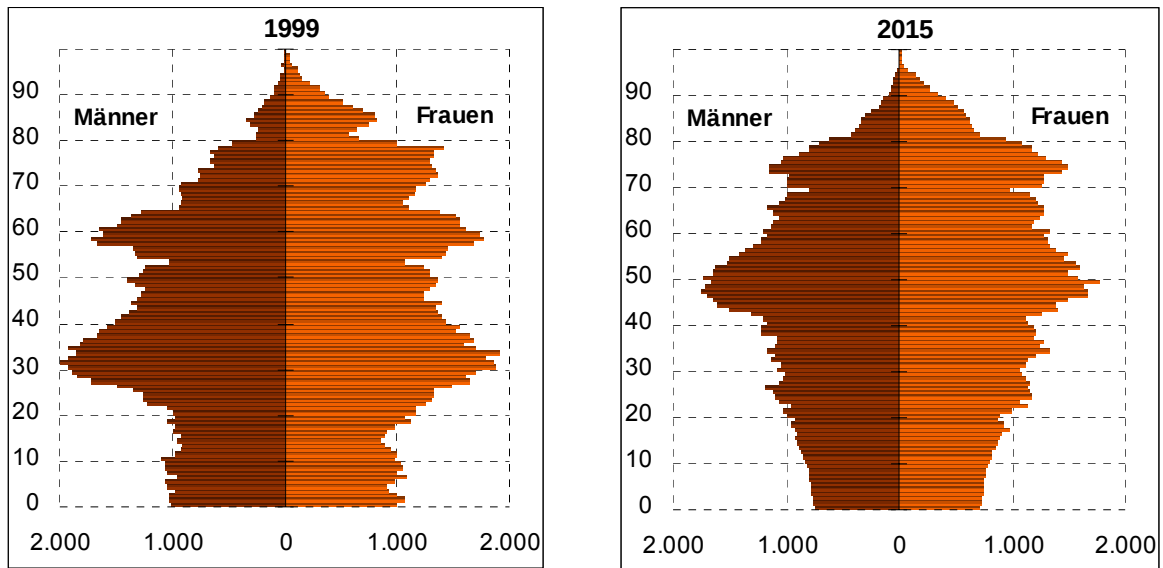
Kiel



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		237.309	202.719	-34.590	-14,6	1999	2015
0 bis 3		6.539	4.450	-2.089	-31,9	1999	2015
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	6.085	4.572	-1.513	-24,9	1999	2015
	6 bis 10	8.825	6.194	-2.631	-29,8	1999	2015
	10 bis 16	11.292	9.766	-1.526	-13,5	2003	2015
	16 bis 19	5.984	5.007	-977	-16,3	2007	2014
	19 bis 26	22.315	15.401	-6.914	-31,0	2000	2015
	Σ 3 bis 26	54.501	40.940	-13.561	-24,9	1999	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	63.727	37.480	-26.247	-41,2	1999	2015
	35 bis 50	51.454	47.012	-4.442	-8,6	2005	2015
	50 bis 65	43.043	45.753	2.710	6,3	2015	2007
	Σ 20 bis 65	158.224	130.245	-27.979	-17,7	1999	2015
Senioren	60 bis 80	41.470	44.231	2.761	6,7	2015	1999
	80 bis 100	10.754	9.154	-1.600	-14,9	1999	2014
	Σ 60 bis 100	52.224	53.385	1.161	2,2	2004	1999
Jugendliche (0-20)		40.853	31.598	-9.255	-22,7	1999	2015
Erwachsene (20-60)		144.232	117.736	-26.496	-18,4	1999	2015
Senioren (60-100)		52.224	53.385	1.161	2,2	2004	1999
Jugendquotient		28,3	26,8	-1,5	-5,2	2005	2015
Altenquotient		36,2	45,3	9,1	25,2	2015	1999
Erwerbspersonen		126.600	108.300	-18.300	-14,5	1999	2015

Abbildung 46: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Landeshauptstadt Kiel
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

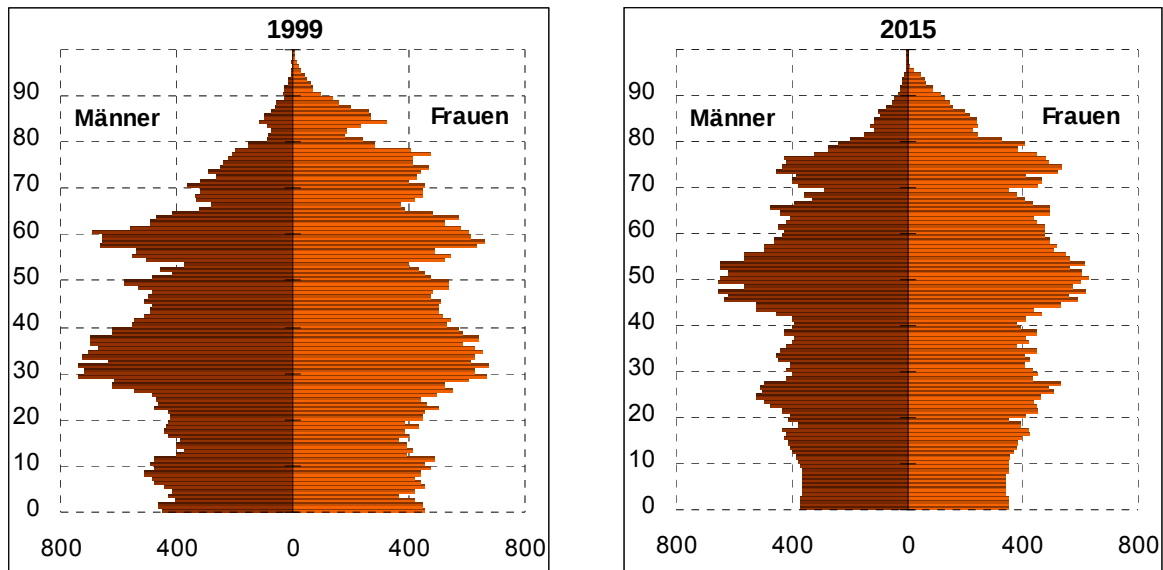
Lübeck



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		214.008	192.380	-21.628	-10,1	1999	2015
0 bis 3		6.133	4.419	-1.714	-27,9	1999	2015
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	5.900	4.557	-1.343	-22,8	1999	2015
	6 bis 10	8.287	6.257	-2.030	-24,5	1999	2015
	10 bis 16	11.350	10.258	-1.092	-9,6	2003	2015
	16 bis 19	6.032	5.589	-443	-7,3	2007	2013
	19 bis 26	16.778	14.447	-2.331	-13,9	2000	2015
	Σ 3 bis 26	48.347	41.108	-7.239	-15,0	1999	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	46.949	32.747	-14.202	-30,2	1999	2015
	35 bis 50	43.538	41.592	-1.946	-4,5	2007	2015
	50 bis 65	43.097	40.788	-2.309	-5,4	1999	2009
	Σ 20 bis 65	133.584	115.127	-18.457	-13,8	1999	2015
Senioren	60 bis 80	44.921	45.330	409	0,9	2005	1999
	80 bis 100	10.645	10.885	240	2,3	2009	2000
	Σ 60 bis 100	55.566	56.215	649	1,2	2005	1999
Jugendliche (0-20)		39.743	32.876	-6.867	-17,3	1999	2015
Erwachsene (20-60)		118.699	103.289	-15.410	-13,0	1999	2015
Senioren (60-100)		55.566	56.215	649	1,2	2005	1999
Jugendquotient		33,5	31,8	-1,7	-4,9	2005	2015
Altenquotient		46,8	54,4	7,6	16,3	2015	1999
Erwerbspersonen		105.400	95.800	-9.600	-9,1	1999	2015

Abbildung 47: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Hansestadt Lübeck
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Neumünster



		1999	2015	Differenz		Maximum	Minimum
		Anzahl	Anzahl	absolut	Prozent	Jahr	Jahr
Gesamtbevölkerung		80.796	74.796	-6.000	-7,4	1999	2015
0 bis 3		2.638	2.163	-475	-18,0	2000	2013
bildungsrelevante Altersklassen	3 bis 6	2.516	2.130	-386	-15,3	2003	2015
	6 bis 10	3.729	2.853	-876	-23,5	1999	2015
	10 bis 16	5.047	4.648	-399	-7,9	2003	2015
	16 bis 19	2.519	2.468	-51	-2,0	2006	2013
	19 bis 26	6.353	6.326	-27	-0,4	2013	2006
	Σ 3 bis 26	20.164	18.425	-1.739	-8,6	1999	2015
Personen im Erwerbsalter	20 bis 35	17.133	13.568	-3.565	-20,8	1999	2008
	35 bis 50	16.644	14.675	-1.969	-11,8	2006	2015
	50 bis 65	15.926	15.576	-350	-2,2	2000	2009
	Σ 20 bis 65	49.703	43.819	-5.884	-11,8	1999	2015
Senioren	60 bis 80	15.758	16.681	923	5,9	2005	1999
	80 bis 100	3.468	3.739	271	7,8	2011	2000
	Σ 60 bis 100	19.226	20.420	1.194	6,2	2005	1999
Jugendliche (0-20)		17.258	15.025	-2.233	-12,9	2000	2015
Erwachsene (20-60)		44.312	39.351	-4.961	-11,2	1999	2015
Senioren (60-100)		19.226	20.420	1.194	6,2	2005	1999
Jugendquotient		38,9	38,2	-0,8	-2,0	2005	2014
Altenquotient		43,4	51,9	8,5	19,6	2015	1999
Erwerbspersonen		39.400	36.500	-2.900	-7,4	1999	2015

Abbildung 48: Daten und Fakten zur demographischen Entwicklung in der kreisfreien Stadt Neumünster
(Quellen: Statistisches Landesamt, 2000; eigene Berechnungen)

Fragebogen

„Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein“

durchgeführt von:

dsn Projekte – Studien – Publikationen

Holstenstr. 13-15, 24103 Kiel, Tel. 0431/996966-0, Fax 0431/99 69 66-99

- Bitte senden Sie uns das Rückantwortfax (0431/ 99 69 66-99) bis zum 13. Februar 2004 mit Ihrer Antwort, ob Sie an der Befragung teilnehmen werden.
- Bitte senden Sie uns den Fragebogen bis zum 27. Februar 2004 per Post an die obige Adresse zurück (Freiumschlag ist beigelegt) oder per Fax an die Nummer: 0431/ 99 69 66-99.
- Rückfragen bitte an Herrn Frank Jürgensen (Frank.Juergensen@dsn-projekte.de, Telefon 0431/99 69 66-0)
- Die von Ihnen gemachten Angaben werden selbstverständlich entsprechend den einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen vertraulich behandelt.

Hinweise zum Ausfüllen des Fragebogens:

- Bitte schreiben Sie bei offenen Fragen Ihre Antwort in die dafür vorgesehenen Felder.
- Sind die Antwortmöglichkeiten vorgegeben, machen Sie bitte ein Kreuz ☒ in das dafür vorgesehene Kästchen.
- Falls Sie eine Frage nicht beantworten können, lassen Sie diese einfach aus.
- Bitte senden Sie uns den Fragebogen auch, wenn Sie nur einige Fragen beantworten konnten, auf jeden Fall zu. Für uns ist **jede einzelne beantwortete Frage von großem Nutzen**.

Diesen Fragebogen hat ausgefüllt:

Name: _____

Funktion: _____

Organisation: _____

Die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein wird die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem geplanten Kongress zum Thema „Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein“ einladen.

- ☐ Ja, ich habe Interesse, an dem von der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein im August dieses Jahres geplanten Kongress zum Thema „Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein“ teilzunehmen.

Wenn ja, möchten wir Ihr Einverständnis einholen:

- ☐ Ja, meine Adresse darf zwecks Einladung zur Veranstaltung an die Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein weitergegeben werden.

Hintergrund

Der vorliegende Fragebogen ist Bestandteil der Entwicklung einer Studie zum Thema „Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein“ durch *dsn Projekte-Studien-Publikationen* im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein.

Die demographische Entwicklung in Schleswig-Holstein ist im Wesentlichen durch eine auf niedrigem Niveau stagnierende Geburtenrate und durch eine steigende Lebenserwartung gekennzeichnet. In absehbarer Zeit werden weniger und ältere Menschen im Land leben und die Alterstruktur der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger wird sich stark verändern.

Dieser demographische Wandel stellt nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche in Schleswig-Holstein vor große Herausforderungen und eröffnet aber zugleich auch Chancen. Unmittelbare Auswirkungen ergeben sich beispielsweise im Bereich der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, der Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, des Angebots von Fachkräften oder des Zusammenlebens der Generationen.

Ziel der Befragung

Ziel der Befragung ist es, Ihre Kenntnisse und Erfahrung bei der Einschätzung des demographischen Wandels und der Entwicklung von konkreten Handlungsvorschlägen für die Landesregierung zu berücksichtigen, um den Herausforderungen zu begegnen und entstehende Chancen zu nutzen.

Der Fragebogen ist in die folgenden vier Themenbereiche strukturiert:

- Wirtschafts- und Arbeitswelt
- Lebenslanges Lernen
- Infrastruktur und Lebensumfeld
- Gesellschaftliches Leben

Im Abschnitt A des Fragebogens werden für jeden Themenbereich zentrale Ziele vorgeschlagen. Wir bitten Sie, diese zentralen Ziele zu bewerten, ggf. anzupassen und zu erweitern.

Im Abschnitt B des Fragebogens werden Aktionsfelder vorgeschlagen. Die Aktionsfelder tragen dazu bei, die Umsetzung der zentralen Ziele zu konkretisieren. Wir bitten Sie, diese Aktionsfelder zu bewerten, ggf. anzupassen und zu erweitern.

Im Abschnitt C des Fragebogens bitten wir Sie, konkrete Projektideen vorzuschlagen und uns Ihnen bekannte Initiativen und Projekte zum Thema „demographischer Wandel“ zu nennen.

A Zentrale Ziele

Im Folgenden werden zentrale Ziele in den Themenbereichen genannt, die von entscheidender Bedeutung sind, um den Herausforderung des demographischen Wandels zu begegnen und die entstehenden Chancen zu nutzen.

Wie wichtig sind die folgenden zentralen Ziele im Themenbereich Wirtschafts- und Arbeitswelt für Ihren Verantwortungsbereich?

WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSWELT Zentrale Ziele

	nicht wichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig
1. Verbesserte Erschließung des Leistungspotenzials älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	☐	☐	☐	☐
2. Erhöhte Arbeitsproduktivität bei sinkendem Erwerbspersonenpotenzial	☐	☐	☐	☐
3. Familienfreundliche Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen	☐	☐	☐	☐
4. Unternehmensfreundliche Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen	☐	☐	☐	☐
5. Deckung der Nachfrage nach Fachkräften und qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	☐	☐	☐	☐
6. Erhöhte Nutzung des Erfahrungswissens von Seniorinnen und Senioren	☐	☐	☐	☐
7. Altersgerechtes Angebot von Produkten und Dienstleistungen	☐	☐	☐	☐
8. Familiengerechtes Angebot von Produkten und Dienstleistungen	☐	☐	☐	☐
9. Erweiterter Verbraucherschutz für ältere Menschen	☐	☐	☐	☐

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den genannten zentralen Zielen?

Welche zentralen Ziele halten Sie insbesondere für das Land Schleswig-Holstein für wichtig? Eine kurze Begründung wäre hilfreich.

Wie wichtig sind die folgenden zentralen Ziele im Themenbereich Lebenslanges Lernen für Ihren Verantwortungsbereich?

LEBENSLANGES LERNEN

Zentrale Ziele

	nicht wichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig
1. Wohnortnahe Schulversorgung in ländlichen Räumen	☐	☐	☐	☐
2. Verbessertes Bildungsangebot für lebenslanges Lernen	☐	☐	☐	☐
3. Verbesserte Methodenkompetenz von Bildungsanbietern für eine Wissensvermittlung, die eigenverantwortliches Lernen unterstützt	☐	☐	☐	☐
4. Steigende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die zu eigenverantwortlicher und selbstständiger Aneignung von Wissen fähig sind	☐	☐	☐	☐
5. Steigende Anzahl von Studierenden und Weiterbildungsteilnehmenden	☐	☐	☐	☐
6. Verbesserte Aus- und Weiterbildung von Fachkräften	☐	☐	☐	☐
7. Verstärkter Wissensaustausch zwischen den Generationen, um voneinander zu lernen	☐	☐	☐	☐

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den genannten zentralen Zielen?

Welche zentralen Ziele halten Sie insbesondere für das Land Schleswig-Holstein für wichtig? Eine kurze Begründung wäre hilfreich.

Wie wichtig sind die folgenden zentralen Ziele im Themenbereich Infrastruktur und Lebensumfeld für Ihren Verantwortungsbereich?

INFRASTRUKTUR UND LEBENSUMFELD
Zentrale Ziele

	nicht wichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig
1. Effizientere und verbesserte gesundheitliche Versorgungssysteme durch neue Pflege- und Versorgungskonzepte unter Einbeziehung des sozialen Umfelds	☐	☐	☐	☐
2. Verbessertes altersgerechtes Angebot im Bereich Gesundheit und Pflege	☐	☐	☐	☐
3. Steigerung von Prävention durch erhöhtes individuelles Gesundheitsbewusstsein	☐	☐	☐	☐
4. Flächendeckende Versorgung mit kommunalen Infrastruktureinrichtungen sowie Einrichtungen des täglichen Bedarfs in ländlichen Räumen	☐	☐	☐	☐
5. Familien- und altersgerechter Verkehrsraum	☐	☐	☐	☐
6. Ausweitung familien-, altersgerechter und generationenübergreifender Wohn- und Lebensräume	☐	☐	☐	☐

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den genannten zentralen Zielen?

Welche zentralen Ziele halten Sie insbesondere für das Land Schleswig-Holstein für wichtig? Eine kurze Begründung wäre hilfreich.

Wie wichtig sind die folgenden zentralen Ziele im Themenbereich Gesellschaftliches Leben für Ihren Verantwortungsbereich?

GESELLSCHAFTLICHES LEBEN
Zentrale Ziele

	nicht wichtig	weniger wichtig	wichtig	sehr wichtig
1. Erhöhte Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft	☐	☐	☐	☐
2. Intensiveres Zusammenleben der Generationen durch mehr Begegnung und Interaktion	☐	☐	☐	☐
3. Verbesserte Integration von zugewanderten ausländischen Fachkräften	☐	☐	☐	☐
4. Verstärktes ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement	☐	☐	☐	☐
5. Verbessertes familiengerechtes Angebot im Freizeitbereich	☐	☐	☐	☐
6. Verbessertes altersgerechtes Angebot im Freizeitbereich	☐	☐	☐	☐
7. Erhöhte Attraktivität Schleswig-Holsteins als Ruhesitz für Seniorinnen und Senioren aus dem Bundesgebiet	☐	☐	☐	☐
8. Verstärkte öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema „alternde Gesellschaft und Sterben“	☐	☐	☐	☐

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den genannten zentralen Zielen?

Welche zentralen Ziele halten Sie insbesondere für das Land Schleswig-Holstein für wichtig? Eine kurze Begründung wäre hilfreich.

B Aktionsfelder

Die oben genannten Ziele werden durch Aktionsfelder konkretisiert. Im weiteren Verlauf der Studiererstellung werden in den Aktionsfeldern Maßnahmen und Projekte entwickelt.

In den folgenden Themenbäumen werden mehrere Aktionsfelder zu den einzelnen Themenbereichen genannt.



Welche Aktionsfelder sind im Themenbereich Wirtschafts- und Arbeitswelt insbesondere für Ihren Verantwortungsbereich von Bedeutung? Bitte markieren Sie diese im Themenbaum.

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den Aktionsfeldern?

In welchen Aktionsfeldern können Sie sich eine aktive Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten vorstellen? Bitte nennen Sie die Nummern der Aktionsfelder bzw. bitte geben Sie diese an, falls Sie zusätzliche Aktionsfelder vorgeschlagen haben.



Welche Aktionsfelder sind im Themenbereich Lebenslanges Lernen insbesondere für Ihren Verantwortungsbereich von Bedeutung? Bitte markieren Sie diese im Themenbaum.

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den Aktionsfeldern?

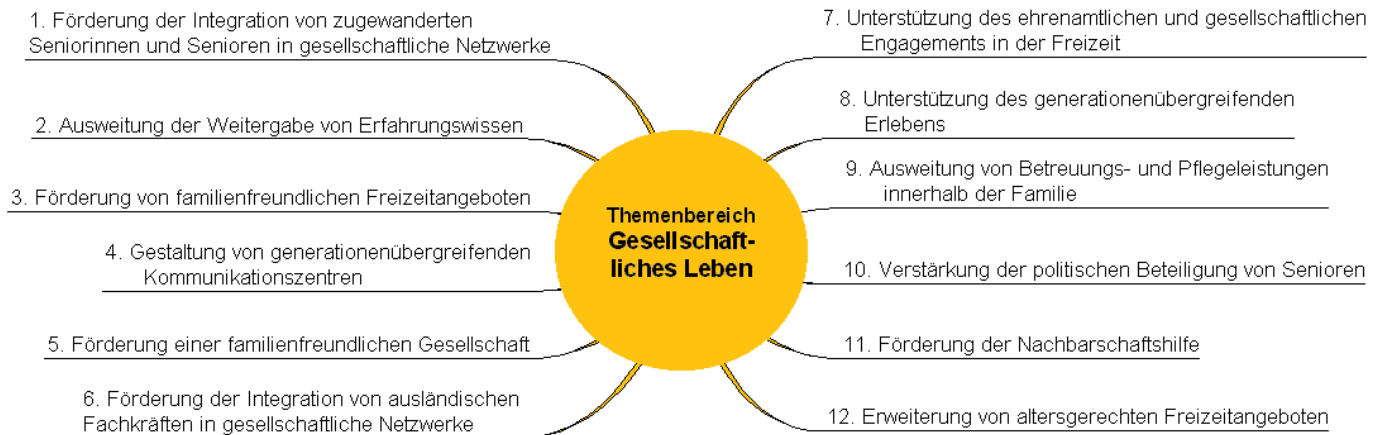
In welchen Aktionsfeldern können Sie sich eine aktive Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten vorstellen? Bitte nennen Sie die Nummern der Aktionsfelder bzw. bitte geben Sie diese an, falls Sie zusätzliche Aktionsfelder vorgeschlagen haben.



Welche Aktionsfelder sind im Themenbereich Infrastruktur und Lebensumfeld insbesondere für Ihren Verantwortungsbereich von Bedeutung? Bitte markieren Sie diese im Themenbaum.

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den Aktionsfeldern?

In welchen Aktionsfeldern können Sie sich eine aktive Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten vorstellen? Bitte nennen Sie die Nummern der Aktionsfelder bzw. bitte geben Sie diese an, falls Sie zusätzliche Aktionsfelder vorgeschlagen haben.



Welche Aktionsfelder sind im Themenbereich Gesellschaftliches Leben insbesondere für Ihren Verantwortungsbereich von Bedeutung? Bitte markieren Sie diese im Themenbaum.

Haben Sie Anmerkungen oder Ergänzungen zu den Aktionsfeldern?

In welchen Aktionsfeldern können Sie sich eine aktive Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Projekten vorstellen? Bitte nennen Sie die Nummern der Aktionsfelder bzw. bitte geben Sie diese an, falls Sie zusätzliche Aktionsfelder vorgeschlagen haben.

C Projektvorschläge und bestehende Initiativen

Haben Sie konkrete Projektideen, die Sie zur Begegnung der Herausforderungen und Nutzung der Chancen des demographischen Wandels vorschlagen möchten?

☐ Es existieren eine bzw. mehrere Projektideen, die ich nicht im Rahmen dieses Fragebogen nennen, sondern gerne in einem Gespräch erläutern möchte.

☐ Ja, ich schlage folgende Projektidee(n) vor:

Projektame
(Arbeitstitel)

Hintergrund

Zentrale Ziele
u. Ergebnisse

Mögliche
Projektpartner

Projektame
(Arbeitstitel)

Hintergrund

Zentrale Ziele
u. Ergebnisse

Mögliche
Projektpartner

Welche schleswig-holsteinischen, nationalen oder internationalen Initiativen und Projekte sind Ihnen bekannt, die sich bereits direkt oder indirekt mit den Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels beschäftigen?

Bestehende Initiativen und Projekte	Ansprechpartner, Kontakt

Welche Akteure oder Organisationen aus Schleswig-Holstein könnten nach Ihrer Meinung in die Gestaltung des demographischen Wandels in Schleswig-Holstein einbezogen werden?

Akteure/Organisation	Ansprechpartner, Kontakt

